

# MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

JULI 1962

---

## INHALT

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Sommer 1962 . . . . .	3
Geld und Kredit . . . . .	3
Öffentliche Finanzen . . . . .	22
Allgemeine Konjunkturlage . . . . .	33
Preise und Löhne . . . . .	41
Außenhandel und Zahlungsbilanz . . . . .	46
Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1961 . . . . .	57
Statistischer Teil . . . . .	83
Bankstatistische Gesamtrechnungen . . . . .	84
Deutsche Bundesbank . . . . .	89
Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen . . . . .	89
Ausweis . . . . .	92
Kreditinstitute . . . . .	94
Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen . . . . .	94
Zwischenbilanzen . . . . .	108
Mindestreservesätze und Zinssätze . . . . .	121
Kapitalmarkt . . . . .	127
Öffentliche Finanzen . . . . .	137
Außenwirtschaft . . . . .	143
Produktion und Märkte . . . . .	148
Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse . . . . .	152
Zinssätze im Ausland . . . . .	154

---

*Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben dieses Berichts bis einschließlich Dezember 1959 auf das Bundesgebiet ohne Saarland aber einschließlich Berlin (West), ab Januar 1960 auf das Bundesgebiet einschließlich Saarland und Berlin (West)*

Abgeschlossen am 2. August 1962

**Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet**

# Die Wirtschaftslage des Bundesgebietes im Sommer 1962

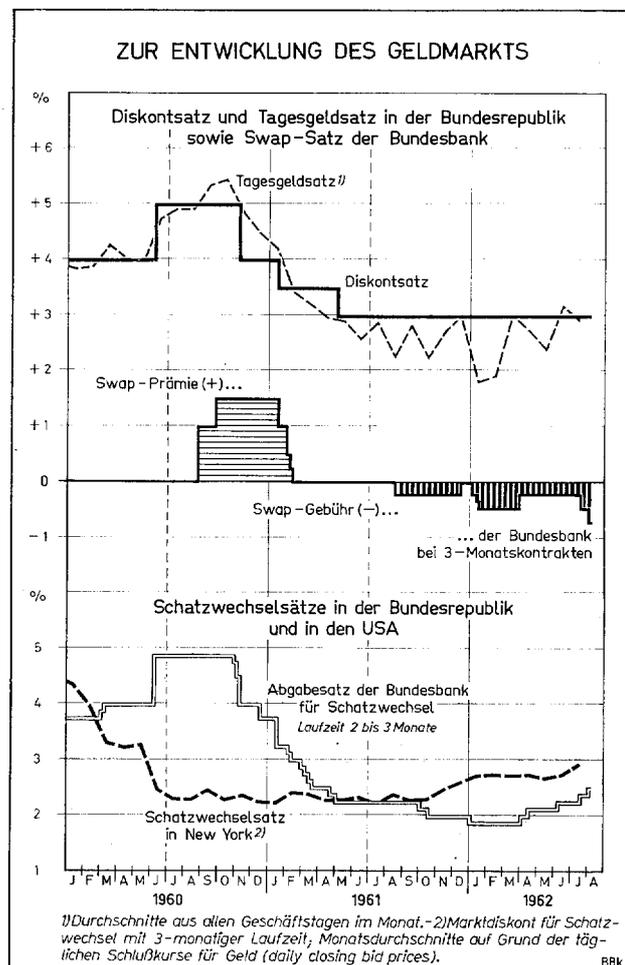
## Geld und Kredit

### Bankenliquidität und Geldmarkt

Die Liquidität des Bankenapparats stand in den letzten Monaten unter den üblichen — vor allem durch die Steuertermine bedingten — Schwankungen weiter unter Druck, zumal sich die Bundesbank weder aus binnenwirtschaftlichen noch aus außenwirtschaftlichen Gründen veranlaßt sah, dem entgegenzuwirken. Die Liquiditätsreserven der Banken sind infolgedessen erneut gesunken, wenn sie auch nach wie vor eine beträchtliche Höhe aufweisen. Die von den monatlich berichtenden Kreditinstituten unterhaltenen Bestände an inländischen Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen und ihre kurzfristigen Auslandsguthaben und -anlagen stellten sich Ende Juni auf knapp 8,6 Mrd DM gegen 9,5 Mrd DM am 31. März und 11,3 Mrd DM am 31. Januar — ihrem höchsten (aber freilich durch die zu Beginn des Jahres üblichen Liquidisierungstendenzen beeinflussten) Stand seit dem Ende der Restriktionsperiode von 1959/60. Ebenso waren die — seit November v. J. praktisch nur wenig erhöhten — Rediskontkontingente der Banken in den letzten Monaten im Durchschnitt etwas stärker ausgenutzt als vordem, wenngleich der Rückgriff auf die Bundesbank im allgemeinen noch immer relativ gering ist. Auch der Geldmarkt spiegelte deutlich die Liquiditätsanspannung wider. Tagesgeld kostete im April tagesdurchschnittlich etwa  $2\frac{3}{4}\%$ , im Mai knapp  $2\frac{1}{2}\%$ , im Juni nahezu  $3\frac{1}{4}\%$  (mit der Spitze bei  $3\frac{7}{8}\%$ ) und im Juli  $2\frac{7}{8}\%$ . Im Vergleich zu Januar und Februar, als im Durchschnitt etwa  $1\frac{3}{4}\%$  und  $1\frac{7}{8}\%$  bezahlt wurden, bedeutete dies eine merkliche Erhöhung, aber auch das Niveau vom Sommer und Herbst des vergangenen Jahres wurde mit diesen Sätzen im allgemeinen übertroffen. Der starke Abstand zwischen Tagesgeldsatz und Diskontsatz, der bis Frühjahr 1962 üblich war, hat sich jedenfalls in den letzten Monaten merklich verringert.

Unter den Anspannungstendenzen spielte die *Kassenentwicklung der zentralen öffentlichen Haushalte* weiter eine beträchtliche Rolle. Die sogenannten „inlandswirksamen“ Überschüsse des Bundes, der Länder und des Lastenausgleichsfonds, mit denen gewöhnlich ein entsprechender Liquiditätsentzug bei den Banken verbunden ist, waren im zweiten Quartal zwar bereits wesentlich geringer als im ersten, da der Bundeshaushalt, wie im Abschnitt über die öffentlichen Finanzen

näher ausgeführt, in wachsendem Maße in die Defizitzone gerät und diese Entwicklung auch das Verhältnis von Inlandseinnahmen und -ausgaben nicht unberührt läßt. Immerhin läßt sich aus der Entwicklung der Zentralbankguthaben der genannten Haushalte unter Berücksichtigung der Auslandszahlungen für das zweite Quartal noch immer ein Betrag von nahezu 0,6 Mrd DM errechnen, in dessen Höhe dem Bankenapparat durch die Kassentransaktionen jener Haushalte Mittel entzogen wurden. Allerdings handelt es sich dabei um den Saldo zwischen einer noch viel höheren Belastung im Juni, dem Monat des vierteljährlichen Hauptsteuertermins, und an sich ebenfalls nicht unbeträchtlichen Rückflüssen von öffentlichen Mitteln in den beiden übrigen Monaten; aber das ändert nichts an der Tatsache, daß in der Grundlinie die zentralen öffentlichen Haushalte nach wie vor restriktiv auf die Liquiditäts-



entwicklung wirken, wobei allerdings die Auslandszahlungen des Bundes eine große Rolle spielen. Auch im Juli scheint im Durchschnitt der Bankwochenstichtage mit den Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte dieses Mal eine leichte liquiditätsmäßige Belastung der Banken verbunden gewesen zu sein (während sich sonst in diesem Monat infolge der zahlungstechnischen Verminderung der Steuereingänge eher eine Entlastung ergab), da der Bund in der ersten Juli-Hälfte eine Anleihe im Betrage von 400 Mio DM begab, die ihm die Aufnahme größerer Kassenkredite bei der Bundesbank ersparte.

Liquiditätsbelastend wirkte ferner, daß die Banken wesentlich höhere *Bargeldansprüche* befriedigen mußten. Der Umlauf an Noten und Münzen stellte sich im Tagesdurchschnitt des Juli auf 23,77 Mrd DM. Er war damit um 900 Mio DM höher als im Tagesdurchschnitt des März; den von Juli 1961 übertraf er um 1,85 Mrd DM. Neben dem anhaltend starken Anstieg des Mas-seneinkommens, auf dessen Bedeutung für die Entwicklung des Bargeldbedarfs im Monatsbericht für April d. J. näher eingegangen wurde, ist hierfür z. Z. vor allem die starke Zunahme des Reiseverkehrs bestimmend, zumal auch auf Auslandsreisen die „Kasse“ zum Teil in DM mitgenommen wird.

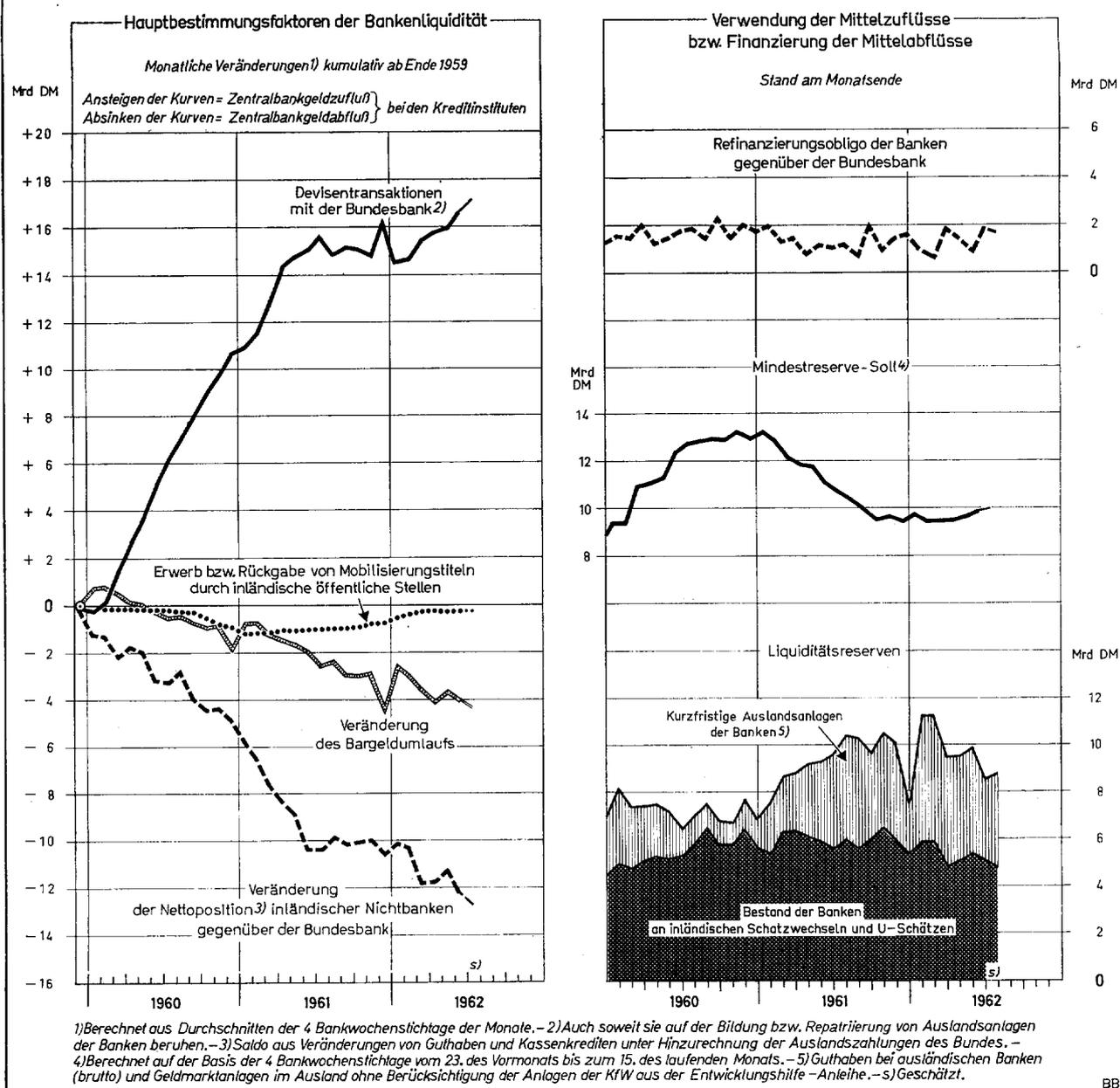
Nicht ohne Bedeutung für die Liquiditätsanspannung war schließlich, daß die Banken höheren *Mindestreserveverpflichtungen* nachkommen mußten, da die Mindestreservesätze seit dem Wegfall der Sondersätze für Auslandsverbindlichkeiten im Februar d. J. nicht mehr ermäßigt wurden und der Zuwachs an mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten sich infolgedessen voll auf das Reserve-Soll auswirkte. Im Juni, dem letzten Monat, für den Angaben zur Verfügung stehen, betrug das Soll für die Kreditinstitute ohne Einrechnung der Geldinstitute der Bundespost 9,38 Mrd DM gegen 9,01 Mrd DM im März; die Zunahme stellte sich also in den drei Monaten auf rd. 370 Mio DM. Für den Juli ist mit einer weiteren Erhöhung zu rechnen. Die Ist-Reserven, die die Kreditinstitute in diesem Monat unterhielten, waren im Tagesdurchschnitt mit 9,52 Mrd DM um 35 Mio DM höher als im Tagesdurchschnitt des Vormonats.

Den oben geschilderten Anspannungsfaktoren stand allerdings auch weiterhin eine gewisse Verflüssigungstendenz auf Grund des *laufenden Zahlungsverkehrs mit dem Ausland* gegenüber. Wie dem Abschnitt „Außenhandel und Zahlungsbilanz“ zu entnehmen ist, hat die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik in den letzten Monaten im ganzen zwar mit einem leichten Defizit abgeschlossen, wenn man die Veränderungen der Währungsreserven der Bundesbank mit den Verände-

runge des Auslandsstatus der Geschäftsbanken saldiert. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Bilanz in nicht unbeträchtlichem Umfang durch Auslandszahlungen des Bundes belastet wurde, deren kontraktiver Effekt auf die Bankenliquidität nicht unmittelbar in der Inanspruchnahme von Devisen durch die Banken, sondern im Abzug von Kundschaftseinlagen für Steuerzahlungen liegt, die nicht wieder in den inneren Kreislauf zurückfließen, also in innerwirtschaftlichen Vorgängen, deren Einfluß auf die Bankenliquidität im Zusammenhang mit den Kassentransaktionen der zentralen öffentlichen Haushalte erfaßt wurde. Läßt man diese Zahlungen und gewisse andere „liquiditätsneutrale“ Devisentransaktionen, wie z. B. die Kredittransaktionen der Bundesbank mit dem Internationalen Währungsfonds, außer acht, so ergibt sich, daß den Geschäftsbanken auf Grund des laufenden Zahlungsverkehrs mit dem Ausland per Saldo auch in den letzten Monaten Mittel zuflossen, und zwar im Betrage von reichlich 400 Mio DM im zweiten Quartal und von vielleicht 450 Mio DM im Juli. Die Verschlechterung der Zahlungsbilanzlage und die damit verbundene Abschwächung der starken Liquidisierungstendenz, die früher von den Zahlungsbilanzüberschüssen ausging, zeigt sich jedoch auch hier insofern, als dieser Mittelzufluß nur noch einen Bruchteil seines früheren Umfangs ausmachte; hatte er doch etwa im zweiten Quartal von 1961 (das in dieser Hinsicht freilich einen Höhepunkt bedeutete) rd. 3,7 Mrd DM betragen und selbst im ersten Quartal des laufenden Jahres noch fast 900 Mio DM erreicht. Zu einer völligen Kompensation der mit den „inlandswirksamen“ Kassenüberschüssen der zentralen öffentlichen Haushalte, mit der Zunahme des Bargeldumlaufs und mit den höheren Mindestreserveverpflichtungen verknüpften Belastungsfaktoren reichte diese Entlastungstendenz daher nicht aus.

Unter diesen Umständen war es natürlich, daß die Banken in den letzten Monaten ihre freien Liquiditätsreserven nicht weiter anreichern konnten, sondern daß sie im Gegenteil in zeitweilig nicht unbeträchtlichem Umfang auf sie zurückgreifen mußten. Das gilt einmal für die in ihrem Besitz befindlichen sogenannten „*Mobilisierungstitel*“, die die Bundesbank im Rahmen ihrer Offenmarktoperationen abgegeben hat. Nach der relativ starken Abstoßung solcher Titel, zu der die Banken im März dieses Jahres gezwungen gewesen waren, konnten sie ihr Portefeuille im April und Mai zwar wieder in gewissem Umfang auffüllen, ohne daß dabei freilich der Stand von Ende Januar wieder erreicht wurde. Im Juni, als der vierteljährliche Hauptsteuertermin eine beträchtliche Liquiditätsbelastung

## ZUR ENTWICKLUNG DER BANKENLIQUIDITÄT



für sie mit sich brachte, ging ihr Bestand jedoch erneut zurück, und zwar um rd. 400 Mio DM, d. h. um etwa den gleichen Betrag, um den er in den beiden Vormonaten gestiegen war. In nicht unbeträchtlichem Umfang handelte es sich dabei um Titel, die vor Fälligkeit zurückgegeben wurden; auch Mobilisierungs-U-Schätze „Lit. L“ mit einer Laufzeit von zwei Jahren, die von August bis Oktober 1960 im Rahmen einer besonderen Liquiditätsabschöpfungsaktion der Bundesbank von den größeren Kreditinstituten übernommen worden waren, befanden sich darunter, während diese Titel trotz der im August v. J. erfolgten Aufhebung der Ver-

äußerungssperre von den betreffenden Instituten bisher möglichst gehalten worden waren, da bei ihrer Rückgabe an die Bundesbank ein im Verhältnis zur Restlaufzeit relativ hoher Diskontabschlag in Kauf genommen werden muß. Auch im Juli hielt der Rückfluß von Mobilisierungstiteln zunächst noch an, obwohl die Bank am 16. Juli die Abgabesätze und damit auch die Rücknahmesätze für solche Papiere abermals um je  $\frac{1}{8}$  % heraufsetzte, was die vierte derartige Erhöhung im Verlauf dieses Jahres bedeutet (die ersten drei Erhöhungen um ebenfalls je  $\frac{1}{8}$  % waren mit Wirkung vom 30. März, vom 13. April und vom 6. Juni vorge-

nommen worden). Ende Juli war daher der Betrag der an inländische Kreditinstitute abgegebenen Mobilisierungstitel mit 3 720 Mio DM um 265 Mio DM niedriger als am Anfang des Monats; den Betrag von Ende Mai unterschritt er um 673 Mio DM. Der Gesamtumlauf an solchen Papieren stellte sich am 31. Juli auf 4 125 Mio DM gegen 4 294 Mio DM am 31. März.

Die *kurzfristigen Auslandsguthaben und -anlagen der Kreditinstitute*, die sich im Verlauf der letzten Jahre zu einer Anlage von Liquiditätsreserven entwickelt haben, die an Bedeutung die oben erwähnte Anlage in Mobilisierungstiteln quantitativ übertrifft, sind in den vergangenen Monaten ebenfalls gesunken. Ende März d. J. hatten sie sich (ohne die bei der Bundesbank erworbenen Bestände der Kreditanstalt für Wiederaufbau an US-Treasury Bills) noch auf 4,56 Mrd DM gestellt (nach 5,41 und 5,38 Mrd DM per Ende Januar bzw. Ende Februar), Ende Juni betrugen sie 3,50 Mrd DM. Allerdings war dieser starke Rückgang weitgehend durch die besondere, in dieser Stärke temporäre Liquiditätsanspannung im Juni bedingt: allein in diesem Monat hatte die Abnahme 1,0 Mrd DM betragen, der im Juli eine verhältnismäßig rasche Wiederzunahme (um schätzungsweise 0,5 Mrd DM) folgte, während der Bestand der Banken an Mobilisierungstiteln in diesem Monat, wie erwähnt, noch zurückging. Das zeigt deutlich, daß die Kreditinstitute bis in die neueste Zeit hinein die kurzfristigen Auslandsguthaben als ihre erste Liquiditätsreserve betrachtet haben, auf die sie, zumindest global gesehen, bevorzugt zurückgreifen, wenn Anforderungen an sie herantreten, und die sie mit Vorrang wieder auffüllen, wenn Mittelzuflüsse dies gestatten. Der entscheidende Grund hierfür liegt sicher darin, daß für die Unterhaltung relativ kurzfristig disponibler Gelder die Auslandsanlage bisher rentabler war als korrespondierende Inlandsanlagen, da die Abgabesätze der Bundesbank für Geldmarktpapiere, also in diesem Fall vor allem für Schatzwechsel, unter den Sätzen lagen, die selbst unter Berücksichtigung der Kurssicherungskosten im Ausland zu erzielen waren, zumal der Großteil der kurzfristigen Auslandsguthaben und -anlagen zur Kompensation von mindestreservspflichtigen Auslandsverbindlichkeiten verwendet werden kann. Der Bestand der Kreditinstitute an Mobilisierungs-Schatzwechseln ist daher praktisch auf Null gesunken, oder m. a. W. der Bestand der Kreditinstitute an Mobilisierungstiteln beschränkt sich z. Z. auf unverzinsliche Schatzanweisungen, die ihrer längeren Laufzeit wegen für relativ kurzfristige Liquiditätsdispositionen nicht ohne weiteres geeignet sind. Die monatlichen bzw. vierteljährlichen Schwankungen in der Liquiditätslage

der Banken schlugen sich daher in letzter Zeit vornehmlich in ihren Guthaben bei ausländischen Banken und (in freilich weit schwächerem Maße) auch in ihrem Bestand an ausländischen Geldmarktpapieren nieder, was zu erheblichen Schwankungen im sogenannten Auslandsstatus der Banken und vice versa in der Entwicklung der Währungsbestände der Bundesbank (auf Grund von „Geldexporten bzw. -repatriierungen“ der Geschäftsbanken) führte.

Nach Ansicht der Bank sind derartige Fluktuationen, wenn sie — wie mehrfach im Verlauf des letzten Jahres — ein bestimmtes Maß übersteigen, unerwünscht, da sie den Erkenntniswert der Angaben über die Veränderungen der zentralen Währungsreserven trüben und bis zu einem gewissen Grade Unruhe in die ausländischen Geldmärkte bringen. Seitdem überdies Geldexporte der Banken nicht mehr die gleiche Zahlungsbilanzpolitische Bedeutung haben wie früher, richtet die Bundesbank ihr Bestreben daher darauf, die Kreditinstitute wieder in stärkerem Maße zur Haltung ihrer Liquiditätsreserven in inländischen Anlagen zu veranlassen, besonders soweit es sich um nur kurzfristig verfügbare Gelder handelt, und damit den starken Schwankungen in ihren kurzfristigen Auslandsguthaben entgegenzuwirken. Über die ersten Schritte in dieser Richtung — nämlich über die Wiedereinführung eines Depots für die von der Bundesbank abgeschlossenen Kurssicherungsgeschäfte, über die allmähliche Erhöhung dieses Satzes, namentlich für die kurzfristigen Geschäfte, ferner über die Wiederheraufsetzung der Abgabesätze für Geldmarktpapiere und schließlich auch die Abschaffung der Sonder-Reservesätze für Auslandsverbindlichkeiten — ist bereits vor einem Vierteljahr an dieser Stelle berichtet worden. In der Zwischenzeit wurde dieser Weg weiter verfolgt: wie schon erwähnt, wurden die Abgabesätze für Geldmarktpapiere im Juni und Juli erneut um je  $\frac{1}{8}$  % heraufgesetzt, und mit Wirkung vom 16. Juli wurde der Jahres-Depotsatz für Swap-Transaktionen abermals erhöht, nämlich von  $\frac{1}{2}$  auf  $\frac{3}{4}$  % für Kontrakte mit einer Laufzeit von 1 bis 2 Monaten und von  $\frac{1}{4}$  auf  $\frac{1}{2}$  % für Kontrakte mit einer Befristung von 2 bis 6 Monaten. Allerdings bestand damit noch immer ein Zinsgefälle gegenüber wichtigen Plätzen des Auslandes, zumal sich im Ausland das Niveau der Geldmarktsätze in letzter Zeit zum Teil erhöht hat. Für Geldexporte der deutschen Banken war folglich nach wie vor ein gewisser Anreiz gegeben, ja, wie die Entwicklung in der zweiten Julihälfte gezeigt hat, in gewissem Umfang vielleicht sogar auf Kosten der Anlage in Mobilisierungstiteln. Die Bank hat daher mit Wirkung vom 1. August ihre Abgabesätze für Geldmarktpapiere um

abermals  $\frac{1}{8}$  % erhöht und den Jahresdeport für Swap-geschäfte erneut um je  $\frac{1}{4}$  % heraufgesetzt. Zur Zeit beträgt daher der Abgabesatz für Schatzwechsel mit einer Laufzeit von 60 bis 90 Tagen  $2\frac{1}{2}$  % gegen  $1\frac{7}{8}$  % zu Beginn des Jahres; für Dollar-Swaps mit einer Laufzeit von 1 bis 2 Monaten wird nunmehr ein Deport von 1 %, für Dollar-Swaps mit einer Laufzeit von mehr als 2 bis 6 Monaten ein Satz von  $\frac{3}{4}$  % berechnet.

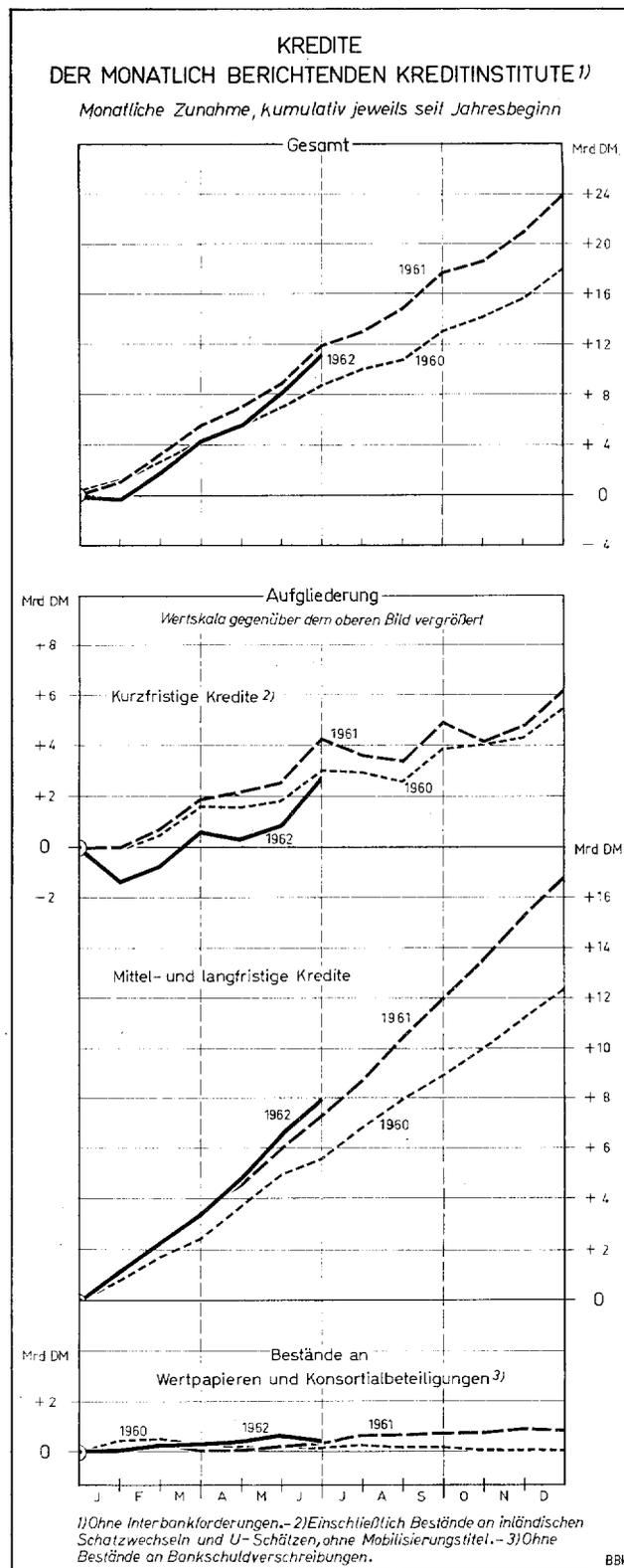
Die Bank hat allerdings nicht die Absicht, mit diesen Maßnahmen einen völligen Wandel im Geldexport der Banken herbeizuführen oder unter Umständen gar stärkere Repatriierungen von Mitteln auszulösen. Ihr Ziel ist vielmehr, einige Anomalien, die sich mit der extremen Bevorzugung der ausländischen Anlage auch für nur relativ kurzfristig verfügbare Gelder herausgebildet hatten, zu beseitigen und damit auf eine größere Stetigkeit der Auslandsposition der Geschäftsbanken hinzuwirken, ohne dabei die Grenze zu überschreiten, von der an mit neuen Geldzuflüssen aus dem Ausland gerechnet werden müßte.

#### Kredite und Wertpapiieranlagen der Banken

Die Ausdehnung der Kredite<sup>1)</sup> und Wertpapiieranlagen der monatlich berichtenden Kreditinstitute hat sich im zweiten Vierteljahr 1962 etwas verstärkt, jedoch wurde dadurch die beträchtliche Abschwächung ihrer Expansion im ersten Viertel d. J. nur zum geringen Teil aufgeholt. Läßt man bei den Wertpapiieranlagen der Banken die Bestände an Bankschuldverschreibungen außer Betracht, um bei der Berechnung der gesamten (auch über die Hereinnahme von Wertpapieren erfolgten) Kreditgewährung der Banken an Wirtschaftsunternehmen, Private und öffentliche Stellen Doppelzählungen zu vermeiden, so erhöhte sich das Kreditvolumen der Banken im zweiten Quartal 1962 um 6,81 Mrd DM, d. h. um etwa 300 Mio DM mehr als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Im ersten Quartal d. J. war es jedoch um 4,50 Mrd DM oder um fast 1 Mrd DM weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres gestiegen. In beiden Quartalen zusammen war die Kreditausdehnung also um rd. 0,7 Mrd DM geringer als vor einem Jahr. Nähere Einzelheiten, insbesondere über die Entwicklung der einzelnen Kreditarten, sind dem nebenstehenden Schaubild und der Tabelle auf S. 9 zu entnehmen.

Bei allen diesen Angaben ist zu berücksichtigen, daß die Entwicklung der Kredite auf kürzere Sicht sehr leicht durch Zufallseinflüsse bestimmt wird. Das ist

<sup>1)</sup> Ohne Interbankkredite sowie ohne Bestände der Banken an Mobilisierungstiteln und ausländischen Schatzwechseln und U-Schätzen, die als reine Geldmarkttaktiva in den folgenden Darlegungen außer Betracht bleiben.



schon deshalb bis zu einem gewissen Grade der Fall, weil sich die hier besprochenen Veränderungen stets nur auf Stichtage beziehen, an denen rein temporäre Momente das Bilanzbild relativ stark bestimmt haben mögen. Daß derartige Einflüsse auch in der Berichts-

zeit eine Rolle gespielt haben dürften, geht daraus hervor, daß auf den relativ kräftigen Anstieg der kurzfristigen Wirtschaftskredite im Juni d. J. (um fast 1,70 Mrd DM gegen 1,63 Mrd DM im Juni v. J.), zumindest bei den halbmonatlich berichtenden Kreditinstituten, in der ersten Julihälfte ein Rückgang folgte, der den entsprechenden Vorjahrsbetrag weit übertraf. Er belief sich auf 340 Mio DM und war damit etwa viermal so hoch wie in der gleichen Vorjahrszeit.

Auch die Entwicklung der längerfristigen Kredite war nicht frei von Sondereinflüssen. So ist in der Zunahme der mittel- und langfristigen Kredite an öffentliche Stellen im Berichtsquartal ein Betrag von 100 Mio DM enthalten, der lediglich den Gegenwert der von der Lastenausgleichsbank für den Lastenausgleichsfonds unter ihrem Obligo aufgelegten Emission darstellt. Die an sich zu verzeichnende Abschwächung in der Ausdehnung der „normalen“ längerfristigen Kredite an öffentliche Stellen (von jeweils rd. 700 Mio DM im Vorquartal bzw. im zweiten Vierteljahr 1961 auf rd. 500 Mio DM in der Berichtsperiode) wird dadurch teilweise verdeckt. Ebenso ist der relativ starke Anstieg der langfristigen Bankkredite an Wirtschaftsunternehmen und Private im Mai d. J. (um 1,30 Mrd DM gegen 0,95 Mrd DM im April und 0,73 Mrd DM im Juni) durch einige größere Darlehen an ausländische Wirtschaftsunternehmen beeinflusst worden. Solche Auslandskredite hatten in der nicht an bestimmte Programme geknüpften Kreditgewährung der Banken bis vor kurzem nur eine ganz untergeordnete Rolle gespielt. Sie waren auch so gut wie ausschließlich an öffentliche Stellen, nämlich im Regelfall an die Regierungen der Empfängerstaaten, gegangen. Seit einiger Zeit haben aber auch die Darlehen an ausländische Wirtschaftsunternehmen gelegentlich nennenswerte Beträge erreicht; allein im Mai d. J. machten sie gut 80 Mio DM aus, im gesamten zweiten Vierteljahr 140 Mio DM gegen 70 Mio DM im ersten. Ihr Volumen hat sich seit dem Sommer v. J. von rd. 225 Mio DM auf rd. 560 Mio DM Ende Juni d. J. erhöht.

Im übrigen war die Entwicklung der Kredite und Wertpapieranlagen der Banken in der Berichtszeit weiter dadurch gekennzeichnet, daß die Ausdehnung der kurzfristigen Kredite gegenüber dem Wachstum der mittel- und langfristigen Kredite (mit einer vereinbarten Laufzeit von sechs Monaten und mehr) zurücktrat — eine Erscheinung, die schon seit der Mitte des vergangenen Jahres zu beobachten ist. Auf der Seite der Kreditnachfrage dürfte hierbei eine wichtige Rolle gespielt haben, daß in letzter Zeit nicht mehr ein Sinken des langfristigen Zinsfußes erwartet wurde und es daher nicht mehr angezeigt erschien, die Eingehung

längerfristiger Verbindlichkeiten nach Möglichkeit aufzuschieben. Im Gegenteil dürfte man nun eher beschleunigt versucht haben, die kurzfristigen Kredite, die in der Zeit der Kreditrestriktion bevorzugt aufgenommen worden waren, zu konsolidieren. Soweit das nicht durch die Auflegung von Industrieobligationen, die zumindest bis zu der neuerlichen Versteifung des Rentenmarktes wieder einen größeren Umfang angenommen hatte, geschah, wurden dabei in beträchtlichem Umfang Schuldscheindarlehen der Banken in Anspruch genommen.

Über den Umfang der von den Banken gewährten und vermittelten Schuldscheindarlehen hat die Bundesbank kürzlich eine Sondererhebung vorgenommen. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Erhebung wird die Bank in einem der nächsten Monatsberichte veröffentlichen. Aus den vorläufigen Resultaten sei hier mitgeteilt, daß der Betrag der von Kreditinstituten bis zum Stichtag der Erhebung (31. März 1962) an *Wirtschaftsunternehmen gewährten Schuldscheindarlehen* mit rd. 4,2 Mrd DM angegeben wurde. Der weit überwiegende Teil, nämlich 3,95 Mrd DM, entfiel auf die Kreditbanken, und zwar zu 2,53 Mrd DM auf die Großbanken. Ende 1960 hatte das bis dahin aufgelaufene Volumen der von den Banken gewährten Schuldscheindarlehen an Wirtschaftsunternehmen erst 2,31 Mrd DM betragen; seitdem hat es sich also um 1,9 Mrd DM erhöht, und zwar im Jahre 1961 um 1,51 und im ersten Vierteljahr 1962 um 0,39 Mrd DM. Hierbei handelte es sich um Schuldscheindarlehen, die die Kreditinstitute in eigener Regie an die Wirtschaft (im wesentlichen wohl an Industrieunternehmen) gewährt haben, was jedoch keineswegs bedeutet, daß die Banken diese Darlehen auch selbst voll behalten haben. Offensichtlich hat sich nur ein relativ kleiner Bruchteil dieser Darlehen im Darlehensbestand der Banken niedergeschlagen, während der überwiegende Teil oft schon nach kurzer Zeit an andere Kreditgeber abgetreten wurde, ohne daß sich hierüber nähere Angaben machen lassen. Im übrigen waren die Banken vielfach als reine *Vermittler* von Schuldscheindarlehen tätig; in dieser Eigenschaft beschafften sie Wirtschaftsunternehmen nach den uns vorliegenden Meldungen im Jahre 1961 Darlehen im Betrage von rd. 0,56 Mrd DM und im ersten Vierteljahr 1962 im Betrage von 0,15 Mrd DM.

Der Schwerpunkt der den Darlehensbestand der Banken erhöhenden Kreditgewährung lag indessen nach wie vor im Beleihungsgeschäft der Hypothekenbanken und der öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten sowie der Institute des Sparkassensektors, das bekanntlich in großem Umfang der Wohnungsbaufinanzierung dient. Mit 1,41 Mrd DM waren die Hypothekenaus-

Zur Entwicklung der Aktiv- und Passivgeschäfte der Kreditinstitute \*)

in Mio DM

Posten	1961				1962					Stand am Monatsende
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.P)	April	Mai	Juni P)	
<b>Kredite an Nichtbanken und Wertpapierbestände</b>	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)									
Kurzfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmen und										
Private	+1 853	+2 280	+1 022 4)	+1 168 4)	+1 000	+1 879	— 216	+ 402	+1 693	50 142
Öffentliche Stellen	+ 228	+ 127	— 197	+ 121	— 24	+ 69	— 117	+ 47	+ 139	732
Mittel- und langfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmen und										
Private	+2 517	+3 168	+3 928	+3 832 4)	+2 681 4)	+4 020 4)	+1 274 4)	+1 500	+1 246	96 060
Öffentliche Stellen	+ 944	+ 703	+ 813	+ 882	+ 728	+ 599	+ 106	+ 326	+ 167	25 097
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen										
inländischer Emittenten	+ 660	— 689	+ 414	— 589	— 496	+ 130	+ 205	+ 249	— 324	5 053
darunter:										
Mobilisierungstitel 1)	(+ 836)	(— 711)	(+ 664)	(— 683)	(— 266)	(+ 17)	(+ 226)	(+ 200)	(— 409)	( 3 985)
ausländischer Emittenten	+ 734	— 20	+ 143	— 41	— 59	— 79	+ 114	— 40	— 153	1 057
Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen	+ 839	+1 093	+ 951	+ 690	+1 913	+ 840	+ 402	+ 464	— 26	25 031
darunter:										
Bankschuldverschreibungen 2)	(+ 725)	(+ 865)	(+ 527)	(+ 558)	(+1 572)	(+ 713)	(+ 214)	(+ 312)	(+ 187)	(16 439)
<b>Bankeinlagen und andere Passivposten</b>										
Sichteinlagen von Wirtschaftsunternehmen und										
Privaten	—2 033	+1 908	+ 903 4)	+3 690 4)	—3 167	+1 878	+1 379	+ 482	+ 17	30 757
Öffentlichen Stellen	— 553	+ 221	+ 131	+ 825	— 724	+ 300	+ 31	+ 330	— 61	4 019
Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und										
Privaten	+ 603	— 255	— 327	— 41 4)	+ 156	+ 121	+ 451	+ 207	— 537	12 169
Öffentlichen Stellen	+ 344	+ 952	+ 239	— 202	+ 578	+ 380	— 120	+ 665	— 165	10 493
Spareinlagen von										
Privaten	+2 177	+1 058	+ 960	+2 135	+2 797	+1 205	+ 400	+ 479	+ 326	58 092
Wirtschaftsunternehmen	+ 51	+ 11	+ 54	+ 58	+ 58	+ 23	+ 35	— 13	+ 1	1 760
Öffentlichen Stellen	+ 225	+ 102	+ 152	+ 327	+ 320	+ 171	+ 18	+ 120	+ 33	5 149
Bei Nichtbanken aufgenommene Gelder und Darlehen	+1 565 4)	+1 034	+1 172 4)	+1 005	+1 261	+ 832 4)	+ 246 4)	+ 422	+ 164	40 109
darunter:										
mit Kündigungsfrist oder Laufzeit ab 6 Monate	(+1 503 4)	(+1 078)	(+1 188 4)	(+1 059)	(+ 806)	(+ 807 4)	(+ 251 4)	(+ 435)	(+ 121)	( 39 029)
Umlauf an Bankschuldverschreibungen 2) 3)	+1 888	+1 472	+1 068	+1 548	+2 250	+1 558	+ 442	+ 723	+ 393	39 076

\*) Nach der monatlichen Bilanzstatistik der Kreditinstitute. Die Angaben umfassen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber inländischen und ausländischen Nichtbanken. — 1) Das sind Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes aus dem Umtausch gegen einen entsprechenden Teilbetrag der Ausgleichsforderung der Bundesbank, deren Übernahme durch die Banken keine zusätzliche Kreditgewährung an Nichtbanken darstellt. — 2) Einschließlich der unter dem Obligo der Lastenausgleichsbank begebenen Anleihen des Lastenausgleichsfonds, die in der Wertpapierstatistik — anders als hier — zu den öffentlichen Anleihen gerechnet werden. — 3) Ohne Schuldverschreibungen eigener Emissionen im Bestand der Kreditinstitute. — 4) Statistisch bereinigt. — P) Vorläufig.

zahlungen der genannten Institute im zweiten Quartal 1962 um rd. 1/4 Mrd DM größer als in der gleichen Vorjahrszeit, und die neuen Hypothekenzusagen — rd. 2,1 Mrd DM — übertrafen den entsprechenden Vorjahrsbetrag um rd. 0,2 Mrd DM. Die unerledigten Hypothekenzusagen der genannten Institute sind damit bis Ende Juni auf 7,53 Mrd DM gestiegen (gegen 5,89 Mrd DM vor einem Jahr). Über die Unterschiede, die sich in letzter Zeit in der Wohnungsbaufinanzierung der Emissionsinstitute einerseits und der Sparkassen andererseits ergeben haben, wird im Abschnitt über die Entwicklung der Wertpapiermärkte näher

berichtet. Danach scheint sich bei den Sparkassen eine neue Verstärkung in der Gewährung von Wohnungsbaukrediten angebahnt zu haben. Offenbar hängt das vor allem damit zusammen, daß die Sparkassen z. Z. günstigere Konditionen im langfristigen Beleihungsgeschäft bieten können als die Emissionsinstitute, wenn sich ihre Fähigkeit zur Expansion dieses Geschäfts auch letztlich auf den verstärkten Zufluß an Spareinlagen gründet, von dem an anderer Stelle des Berichts noch die Rede sein wird.

Der Wertpapiererwerb der Banken war dagegen in den Monaten April bis Juni mit insgesamt 0,84 Mrd

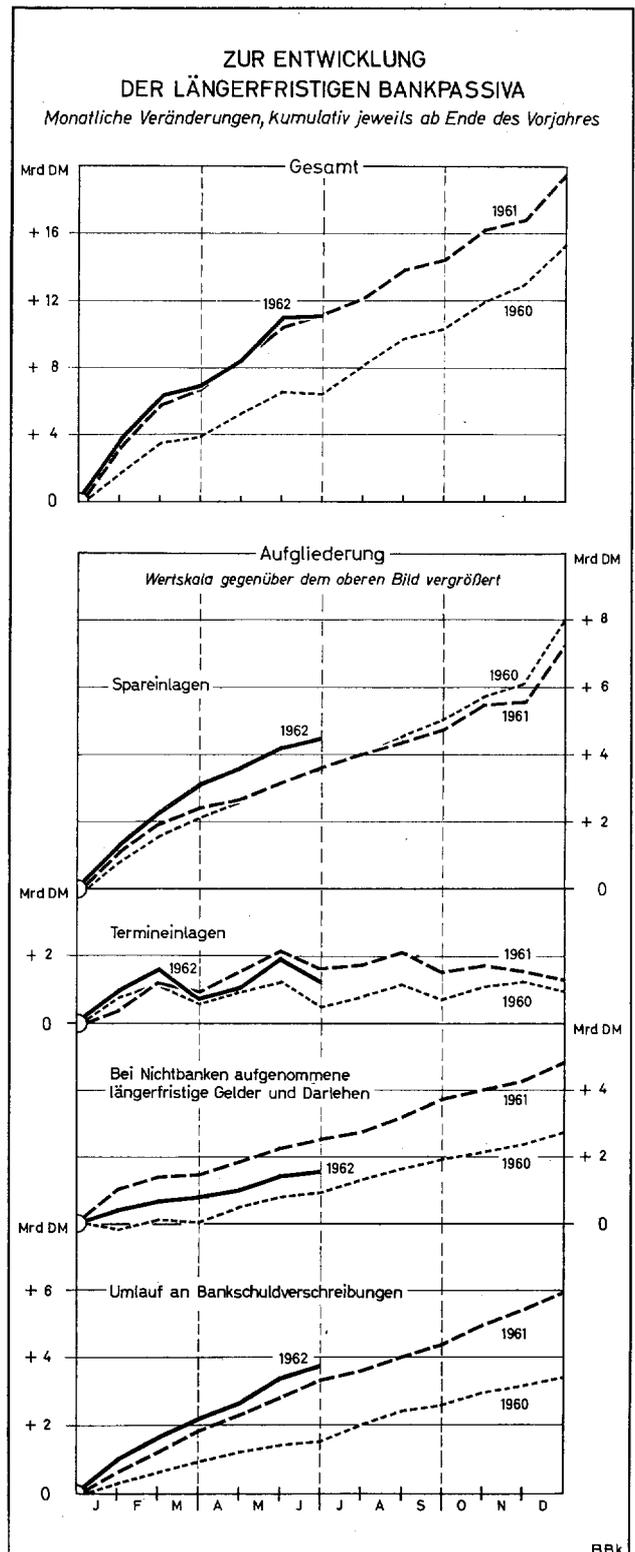
DM erheblich schwächer als im Vorvierteljahr (1,91 Mrd DM) und auch geringer als in der entsprechenden Vorjahrszeit (1,09 Mrd DM). Insbesondere bei der Hereinnahme von Bankschuldverschreibungen, auf die in der Regel der größte Teil der Wertpapierkäufe der Banken entfällt, übten die Kreditinstitute in den letzten Monaten eine gewisse Zurückhaltung. Die Anspannung der Liquiditätslage im Bankenapparat dürfte hierfür zumindest im Juni, in dem die Wertpapierbestände der Banken per Saldo sogar um ein geringes abnahmen, entscheidend gewesen sein. Stark dämpfend auf die Wertpapierkäufe der Banken wirkte auch die Baisse an den Aktienmärkten. Die Bestände der Banken an inländischen börsengängigen Dividendenwerten (einschließlich Investmentzertifikaten) erhöhten sich im Gesamtergebnis des Quartals zwar noch geringfügig, doch war nur im April d. J. eine Zunahme (um 90 Mio DM) zu verzeichnen; in den beiden folgenden Monaten verminderten sich die Bestände, nämlich um 27 Mio DM im Mai und um 50 Mio DM im Juni. Dem Bilanzwert nach stellten sie sich Ende Juni auf 2,23 Mrd DM gegen 2,14 Mrd DM vor einem Jahr, während der Bestand an inländischen festverzinslichen Wertpapieren (ohne Konsortialbeteiligungen) von den Banken für Ende Juni d. J. mit etwa 21,9 Mrd DM gegen rd. 17,6 Mrd DM zur entsprechenden Zeit des Vorjahres angegeben wurde.

#### Passivgeschäft der Banken

Kennzeichnend für das Passivgeschäft der monatlich berichtenden Banken war im zweiten Quartal 1962 vor allem der saisonübliche Wiederanstieg der *Sichteinlagen von Wirtschaftsunternehmen, Privaten und öffentlichen Stellen* nach dem scharfen Rückgang in den ersten drei Monaten des Jahres. Das Gesamtvolumen der Sichteinlagen erhöhte sich im Berichtsquartal um 2,18 Mrd DM, was etwa dem Zuwachs in der gleichen Vorjahrszeit entspricht. Im ersten Quartal d. J. hatten die Sichteinlagen jedoch um 3,89 Mrd DM abgenommen, so daß sie Ende Juni noch immer um reichlich 1,7 Mrd DM geringer waren als Ende 1961. Bestimmend für diese Entwicklung waren die Bewegungen auf den Konten von Wirtschaftsunternehmen und Privaten; die Sichteinlagen öffentlicher Stellen, die nur gut 10 vH des Gesamtvolumens dieser Einlagen ausmachen, zeigten indessen die gleiche Entwicklungstendenz. (Nähere Einzelheiten sind der Tabelle auf S. 9 zu entnehmen.)

Der *Zugang an Termineinlagen* war mit rd. 500 Mio DM im Berichtsquartal etwas geringer als in den früheren Vergleichsperioden; im ersten Viertel d. J. hatte er 734 Mio DM und im zweiten Vierteljahr 1961

knapp 700 Mio DM betragen. Im Vergleich zum Vorjahr weist jedoch die Entwicklung bei den Einlegergruppen stärkere Unterschiede auf. So sind die Termineinlagen öffentlicher Stellen von April bis Juni d. J. nur noch um 380 Mio DM gestiegen gegen rd. 950 Mio DM in der entsprechenden Vorjahrszeit. Die Abschwächung



dürfte hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß die Arbeitslosenversicherung, bei der während dieser Monate gewöhnlich Beitragsüberschüsse anfallen, mit denen sie ihre Terminkonten verstärken kann, in diesem Jahr wegen der zeitweiligen Aussetzung der Beitragserhebung ein Defizit zu verzeichnen hatte. Die Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten haben sich im Berichtszeitraum um rd. 120 Mio DM erhöht, während sie im zweiten Quartal 1961 um einen etwa doppelt so hohen Betrag gesunken waren. Erstmals seit dem Frühjahr 1960 sind in den letzten Monaten übrigens auch die Termineinlagen von *ausländischen* Wirtschaftsunternehmen wieder nennenswert gestiegen, wengleich sich der Zugang in relativ engen Grenzen hielt und daher den Unterschied gegenüber der Vorjahrsentwicklung auch nur zum geringen Teil erklärt. Immerhin haben sich die Zuwachsbeträge von Monat zu Monat verstärkt, nämlich von 6 Mio DM im April auf 28 Mio DM im Mai und rd. 40 Mio DM im Juni d. J., nachdem der Bestand an derartigen Einlagen vorher, wie gesagt, praktisch stagniert hatte. Offensichtlich steht diese Entwicklung im Zusammenhang mit der Aufhebung des Verzinsungsverbots für Bankeinlagen von Ausländern mit Wirkung vom 1. Mai d. J., obschon mit ihr keine vollständige Anpassung der Zinsen an die für Inländer geltenden Sätze verbunden war.

Die Zunahme der *Spareinlagen* belief sich von Ende März bis Ende Juni d. J. auf 1,40 Mrd DM; sie blieb damit zwar erheblich hinter dem Ergebnis des ersten Quartals (3,18 Mrd DM) zurück, was saisonüblich ist, war aber bedeutend größer als in der entsprechenden Vorjahrszeit (1,17 Mrd DM). Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß das Aufkommen an Spareinlagen im April des vergangenen Jahres durch die größtenteils in diesem Monat zu leistenden Zahlungen für die zum Verkauf stehenden VW-Aktien geschmälert worden war, während im laufenden Jahr Sondereinflüsse dieser Art fehlten. Die Tatsache, daß im April d. J. die Einzahlungsüberschüsse auf den *Sparkonten der privaten Haushalte* mit 400 Mio DM reichlich doppelt so groß waren wie im April des vergangenen Jahres, ist weitgehend diesem Umstand zuzuschreiben. Im Mai d. J., in dem die Spareinlagen der privaten Haushalte um rd. 480 Mio DM zunahm, betrug das Mehraufkommen gegenüber dem Vorjahr nur noch rd. 40 Mio DM, und im Juni blieb der Zuwachs mit 326 Mio DM sogar um rd. 100 Mio DM hinter dem vergleichbaren Vorjahrsresultat zurück. Die ungewöhnlich günstige Entwicklung im ersten Quartal d. J. (mit einem Mehraufkommen gegenüber dem Vorjahr von 145 Mio DM im Januar, 118 Mio DM im Februar und 357 Mio DM im

März) hat sich also in den letzten Monaten nicht fortgesetzt. Auch die bisher schon für den Juli vorliegenden Ergebnisse der halbmonatlichen Bankenstatistik deuten nicht auf eine neue Belebung hin. Zwar sind die gesamten Spareinlagen bei den 480 halbmonatlich berichtenden Kreditinstituten in der ersten Monatshälfte wesentlich stärker gestiegen als in der gleichen Vorjahrszeit, nämlich um 172 Mio DM gegen nur 75 Mio DM in der ersten Juli-Hälfte 1961, doch hatten damals die steuer- und prämienbegünstigten Spareinlagen um 174 Mio DM abgenommen, was erfahrungsgemäß den Gesamtzuwachs der Spareinlagen kurzfristig stark herabdrückt. Im Gegensatz dazu ist die Summe der steuer- und prämienbegünstigten Spareinlagen in der ersten Juli-Hälfte des laufenden Jahres um 28 Mio DM gestiegen.

Auf der anderen Seite hat sich jedoch der *Absatz von Bankschuldverschreibungen* an die Nichtbankenkundschaft in den letzten Monaten sichtlich belebt. Setzt man von der Gesamtzunahme des Umlaufs der Bankschuldverschreibungen die gleichzeitige Erhöhung der Bankbestände an solchen Titeln ab, so ergibt sich für den Berichtszeitraum ein Betrag von 845 Mio DM gegenüber rd. 680 Mio DM im ersten Viertel d. J. und rd. 610 Mio DM im zweiten Quartal 1961. Das beste Ergebnis brachte mit allein rd. 410 Mio DM der Mai, in dem die von der Lastenausgleichsbank begebene 100 Mio DM-Anleihe emittiert worden war. Der Gesamtabsatz an Bankschuldverschreibungen (einschließlich der Unterbringung bei Kreditinstituten) belief sich im Berichtsquartal auf 1,56 Mrd DM; er war damit geringer als in den ersten drei Monaten d. J., in denen mit  $2\frac{1}{4}$  Mrd DM ein ungewöhnlich günstiges Ergebnis erzielt worden war, ging aber über den vergleichbaren Vorjahrsabsatz (1,47 Mrd DM) noch etwas hinaus.

Die *Aufnahme von Geldern und Darlehen* bei Kreditgebern außerhalb des Bankensystems betrug im Berichtsquartal rd. 830 Mio DM, verglichen mit 1,26 Mrd DM im Vorquartal und 1,03 Mrd DM im zweiten Vierteljahr 1961. Es handelte sich dabei fast ausschließlich um längerfristige Gelder und Darlehen, d. h. um solche mit einer Laufzeit von 6 Monaten und mehr. Den größten Teil bildeten, wie üblich, öffentliche Haushaltsmittel, die unter Mitwirkung des Bankenapparates für bestimmte Investitionszwecke eingesetzt werden. Daneben spielte in der letzten Zeit aber auch die Aufnahme von Geldern und Darlehen bei Wirtschaftsunternehmen eine größere Rolle als sonst. Sie betrug rd. 200 Mio DM in der Berichtsperiode und rd. 230 Mio DM im Vorvierteljahr, verglichen mit nur rd. 115 Mio DM im Quartalsdurchschnitt des vergangenen Jahres.

## Monetäre Gesamtanalyse für das erste Halbjahr 1962

Im folgenden soll schließlich noch ein Überblick über die Entwicklung des inländischen „Geldvolumens“ (im weitesten Sinne des Wortes) und seiner wichtigsten Bestimmungsfaktoren im ersten Halbjahr 1962 gegeben werden, womit wir unsere — zuletzt im Geschäftsbericht für das Jahr 1961 und im Monatsbericht für Januar 1962 veröffentlichten — Berichte über diesen Gegenstand fortsetzen. Für die eventuell benötigten begrifflichen und methodischen Erläuterungen sei auf die oben erwähnten Darstellungen und auf die Anmerkungen der nachstehenden Tabelle verwiesen.

Den stärksten expansiven Einfluß auf das Geldvolumen übte im ersten Halbjahr 1962, wie üblich, die *Kreditexpansion* aus. Sie belief sich, wenn man sämtliche vom Bankenapparat (einschließlich der Bundesbank) an inländische Nichtbanken gewährten Kredite und die von den Banken erworbenen inländischen Wertpapiere, deren Emittenten nicht ihrerseits Banken waren, zusammenfaßt, auf reichlich 10,3 Mrd DM. Damit blieb sie allerdings zum ersten Mal seit längerer Zeit hinter der Kreditgewährung im entsprechenden Vorjahrszeitraum (rd. 11,8 Mrd DM) zurück, nachdem sie sowohl im ersten als auch im zweiten Halbjahr 1961 jeweils beträchtlich, nämlich um 3,5 bzw. 3,1 Mrd DM, darüber hinausgegangen war. Entscheidend für die Abschwächung war die Entwicklung der kurzfristigen Kredite. Im ersten Halbjahr 1962 sind die kurzfristigen Kredite der Banken und der Bundesbank an Inländer nur noch um knapp  $2\frac{1}{2}$  Mrd DM gestiegen gegenüber einer Zunahme um gut 4,6 Mrd DM in der ersten Hälfte von 1961. Die Kredite der Bundesbank, die hauptsächlich Sonderkredite an den Bund zur Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber internationalen Einrichtungen darstellen, sind dabei per Saldo um über 300 Mio DM gesunken, nachdem sie in der gleichen Vorjahrszeit um etwa denselben Betrag zugenommen hatten. Im Rahmen der gesamten Kredittransaktionen fielen sie demnach nur wenig ins Gewicht; noch wichtiger ist jedoch für die vorliegende Analyse, daß die Gewährung von Sonderkrediten und ihre Rückzahlung nur zu entsprechenden Devisenbewegungen führen, aber keinen unmittelbaren Einfluß auf das inländische Geldvolumen ausüben. Bei den monatlich berichtenden Kreditinstituten haben die kurzfristigen Kredite an Inländer in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres nur um  $2\frac{3}{4}$  Mrd DM zugenommen gegenüber fast 4,3 Mrd DM in der entsprechenden Vorjahrszeit und 3,0 Mrd DM im ersten Halbjahr 1960. Das längerfristige Kreditgeschäft der Banken hat sich dagegen weiter verstärkt. Die an Inländer gewährten mittel-

und langfristigen Darlehen stiegen im ersten Halbjahr 1962 um gut 7,4 Mrd DM, verglichen mit einer Zunahme um reichlich 6,8 Mrd DM in der ersten Hälfte von 1961 und etwa 5,3 Mrd DM in der gleichen Zeit von 1960. Auch der Erwerb inländischer Wertpapiere (ausgenommen Bankschuldverschreibungen) durch die Kreditinstitute hat sich gegenüber den beiden Vorjahren — allerdings nur mäßig — erhöht (s. Tabelle).

Die *Geldkapitalbildung bei den Banken aus inländischen Quellen*, die auf das „Geldvolumen“ insofern kontraktiv wirkt, als durch sie Mittel fürs erste gebunden werden, erreichte im bisherigen Verlauf d. J. ein bemerkenswert hohes Niveau und kompensierte damit in sehr starkem Maße die gleichzeitige Kreditexpansion. Sie belief sich unter Einschluß der Termineinlagen mit einer Laufzeit bzw. Kündigungsfrist bis zu sechs Monaten auf gut 9,9 Mrd DM und bei Ausklammerung der kürzerfristigen Termineinlagen, die rückläufig waren, auf über 10 Mrd DM. In beiden Fällen war sie damit zwar geringer als im ersten Halbjahr 1961, in dem sie 10,7 bzw. (unter Ausschluß der kürzerfristigen Termineinlagen) 11,0 Mrd DM betragen hatte, doch war sie damals durch die Entwicklungshilfe-Anleihe, deren Gegenwert der Kreditanstalt für Wiederaufbau überlassen wurde, ungewöhnlich stark aufgebläht worden. Läßt man diesen (mit mehr als 1 Mrd DM zu Buche schlagenden) Sonderfaktor für das Vorjahr außer Betracht, so war die Geldkapitalbildung in der Berichtsperiode größer als in der entsprechenden Vorjahrszeit, ebenso wie sie das Niveau des ersten Halbjahres 1960 (7,1 bzw. 7,4 Mrd DM) und der ersten Hälfte von 1959 (6,1 bzw. 6,7 Mrd DM) erheblich übertraf.

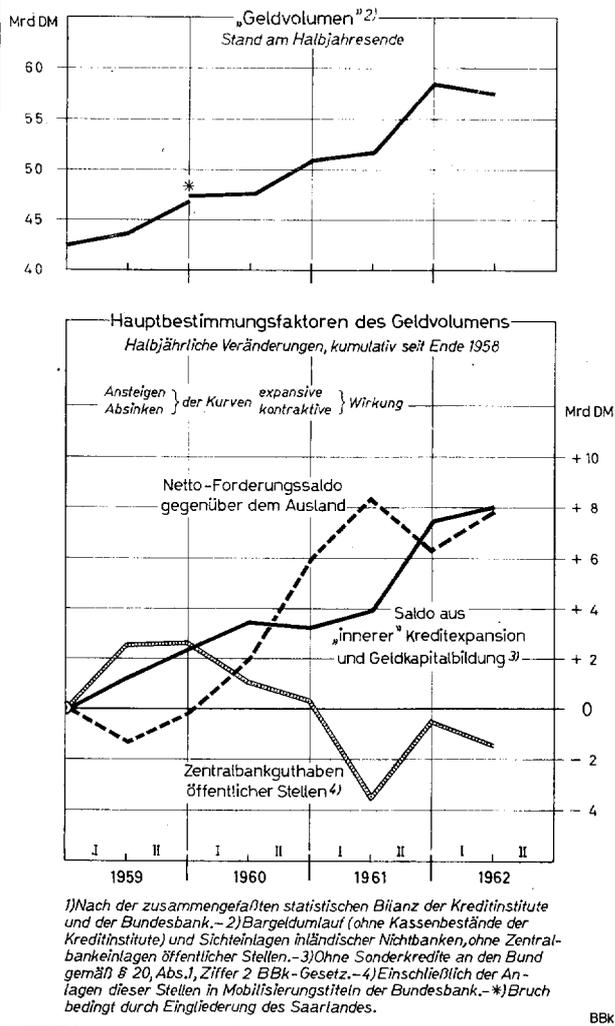
Ausschlaggebend für diese Entwicklung war der hohe Zugang an Spareinlagen von Inländern, der sich in den ersten sechs Monaten d. J. auf nahezu  $4\frac{1}{2}$  Mrd DM stellte und damit über das Aufkommen in der entsprechenden Zeit der beiden Vorjahre um jeweils annähernd 1 Mrd DM hinausging. Das Wachstum der Spareinlagen war damit größer als in jeder der früheren Vergleichsperioden seit der Währungsreform. Dagegen blieb der Anstieg der Termineinlagen im bisherigen Verlauf des Jahres (rd. 1,1 Mrd DM) hinter dem entsprechenden Vorjahrsresultat (fast 1,7 Mrd DM) weit zurück, und der Absatz von Bankschuldverschreibungen an das Publikum (also ohne den Absatz an Banken) erreichte mit gut  $1\frac{1}{2}$  Mrd DM nicht ganz den entsprechenden Vorjahrsbetrag (1,78 Mrd DM). Die Aufnahme längerfristiger Gelder und Darlehen bei öffentlichen Stellen und Wirtschaftsunternehmen war mit gut 1,6 Mrd DM sogar erheblich geringer als in der gleichen Vorjahrszeit (fast 2,6 Mrd DM), was jedoch ausschließlich auf die damalige Verstärkung der Dar-

**Zur Entwicklung der Geldversorgung \*)**  
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) in Mio DM

Posten	Jährlich			Jahr	Vierteljährlich				Januar bis Juni
	1959	1960	1961		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	
<b>I. Bankkredite an inländische Nichtbanken, gesamt</b>	+18 096	+17 307	+23 966	1960	+4 068	+4 260	+3 998	+4 981	+ 8 328
				1961	+5 316	+6 523	+6 586	+5 541	+11 839
				1962	+3 772	+6 576 P)			+10 348 P)
1) Kurzfristige Kredite (einschließlich Bestände an inländischen Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen, jedoch ohne „Mobilisierungstitel“ <sup>1)</sup> ), gesamt	+ 3 003	+ 5 512	+ 7 461	1960	+1 462	+1 387	+ 850	+1 813	+ 2 849
				1961	+1 891	+2 752	+1 643	+1 175	+ 4 643
				1962	+ 268	+2 184 P)			+ 2 452 P)
davon: Kreditinstitute (ohne Bundesbank)	+ 2 316	+ 5 447	+ 6 189	1960	+1 577	+1 432	+ 871	+1 567	+ 3 009
				1961	+1 893	+2 400	+ 591	+1 305	+ 4 293
				1962	+ 732	+2 040 P)			+ 2 772 P)
Bundesbank <sup>2)</sup>	+ 687	+ 65	+ 1 272	1960	— 115	— 45	— 21	+ 246	— 160
				1961	— 2	+ 352	+1 052	— 130	+ 350
				1962	— 464	+ 144			— 320
darunter: Sonderkredite an den Bund zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber Währungsfonds, Weltbank und Europäischem Fonds <sup>3)</sup>	(+ 549)	(+ 177)	(+ 1 321)	1960	(+ 37)	(+ 89)	(+ 4)	(+ 47)	(+ 126)
				1961	(+ 181)	(+ 362)	(+1 070)	(— 292)	(+ 543)
				1962	(— 301)	(+ 140)			(— 161)
2) Mittel- und langfristige Kredite an inländische Nichtbanken	+13 479	+11 743	+15 630	1960	+2 307	+2 973	+3 075	+3 388	+ 5 280
				1961	+3 275	+3 574	+4 517	+4 264	+ 6 849
				1962	+3 214	+4 221 P)			+ 7 435 P)
3) Bestände an inländischen Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen (ohne Bankschuldverschreibungen <sup>4)</sup> )	+ 1 614	+ 52	+ 875	1960	+ 299	— 100	+ 73	— 220	+ 199
				1961	+ 150	+ 197	+ 426	+ 102	+ 347
				1962	+ 290	+ 171 P)			+ 461 P)
<b>II. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen, gesamt</b>	+15 187	+16 170	+18 457	1960	+3 928	+3 172	+3 916	+5 154	+ 7 100
				1961	+6 526	+4 136	+3 213	+4 582	+10 662
				1962	+6 000	+3 918 P)			+ 9 918 P)
1) Spareinlagen <sup>5)</sup> von Inländern	+ 8 146	+ 7 960	+ 7 232	1960	+2 115	+1 359	+1 456	+3 030	+ 3 474
				1961	+2 422	+1 139	+1 153	+2 518	+ 3 561
				1962	+3 102	+1 348 P)			+ 4 450 P)
2) Termineinlagen von Inländern, gesamt	+ 1 678	+ 1 040	+ 1 318	1960	+ 628	— 188	+ 352	+ 248	+ 440
				1961	+ 994	+ 693	— 132	— 237	+ 1 687
				1962	+ 717	+ 396 P)			+ 1 113 P)
darunter: mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von 6 Monaten und mehr	(+ 1 549)	(+ 794)	(+ 992)	1960	(+ 364)	(+ 370)	(+ 211)	(— 151)	(+ 734)
				1961	(+1 026)	(+1 003)	(— 472)	(— 565)	(+ 2 029)
				1962	(+ 554)	(+ 674) <sup>6)</sup>			(+ 1 228) <sup>6)</sup>
3) Umlauf an inländischen Bankschuldverschreibungen (ohne Bestände der Kreditinstitute <sup>7)</sup> )	+ 2 744	+ 3 118	+ 3 306	1960	+ 710	+ 600	+ 907	+ 901	+ 1 310
				1961	+1 154	+ 624	+ 541	+ 987	+ 1 778
				1962	+ 675	+ 845 P)			+ 1 520 P)
4) Bei inländischen Nichtbanken aufgenommene längerfristige Gelder und Darlehen	+ 1 246	+ 2 636	+ 4 881	1960	+ 84	+ 854	+ 996	+ 702	+ 938
				1961	+1 489	+1 088	+1 240	+1 064	+ 2 577
				1962	+ 842	+ 802 P)			+ 1 644 P)
5) Kapital und Rücklagen	+ 1 373	+ 1 416	+ 1 720	1960	+ 391	+ 547	+ 205	+ 273	+ 938
				1961	+ 467	+ 592	+ 411	+ 250	+ 1 059
				1962	+ 664	+ 527 <sup>8)</sup>			+ 1 191 <sup>8)</sup>
<b>III. Netto-Forderungssaldo gegenüber dem Ausland<sup>9)</sup> (Bundesbank und Geschäftsbanken)</b>	— 261	+ 6 269	+ 427 <sup>11)</sup>	1960	+ 313	+1 992	+2 466	+1 498	+ 2 305
				1961	+3 276 <sup>11)</sup>	— 844 <sup>12)</sup>	—1 506	— 499	+ 2 432 <sup>11)</sup>
				1962	+1 456	+ 13 P)			+ 1 469 P)
nachrichtlich: Mittelzugang (+) zur „Wirtschaft“ auf Grund von Devisentransaktionen <sup>10)</sup>	(+ 5 699)	(+ 9 541)	(+ 7 816)	1960	(+1 612)	(+2 698)	(+2 713)	(+2 518)	(+ 4 310)
				1961	(+3 972)	(+3 147)	(+ 454)	(+ 243)	(+ 7 119)
				1962	(+2 317)	(+ 929) <sup>13)</sup>			(+ 3 246) <sup>13)</sup>
<b>IV. Bargeldumlauf<sup>14)</sup> und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken (ohne Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Stellen)</b>	+ 4 685	+ 3 408	+ 7 479	1960	—1 272	+1 349	+ 639	+2 692	+ 77
				1961	—1 624	+2 494	+2 018	+4 591	+ 870
				1962	—3 448	+2 544 P)			— 904 P)
davon: Bargeldumlauf <sup>15)</sup>	+ 1 429	+ 1 428	+ 2 366	1960	+ 121	+ 506	+ 975	— 174	+ 627
				1961	+ 809	+ 484	+ 823	+ 250	+ 1 293
				1962	+ 336	+ 347 P)			+ 683 P)
Sichteinlagen	+ 3 256	+ 1 980	+ 5 113	1960	—1 393	+ 843	— 336	+2 866	— 550
				1961	—2 433	+2 010	+1 195	+4 341	— 423
				1962	—3 784	+2 197 P)			— 1 587 P)
<b>V. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Stellen<sup>16)</sup> sowie an solche Stellen abgegebene Mobilisierungstitel</b>	— 2 686	+ 2 304	+ 1 024	1960	+ 839	+ 745	+1 025	— 305	+ 1 584
				1961	+2 877	+1 103	—1 364	—1 592	+ 3 980
				1962	+ 948	— 102			+ 846
<b>VI. Termineinlagen von Inländern mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von weniger als 6 Monaten</b>	+ 129	+ 246	+ 326	1960	+ 264	— 558	+ 141	+ 399	— 294
				1961	— 32	— 310	+ 340	+ 328	— 342
				1962	+ 163	— 278 <sup>17)</sup>			— 115 <sup>17)</sup>

\*) Die Angaben der Übersicht beziehen sich auf das Bundesgebiet (bis Dezember 1959 ohne Saarland) einschl. Berlin (West). Sie beruhen auf der „Zusammengefaßten statistischen Bilanz der Kreditinstitute einschl. der Deutschen Bundesbank“ (vgl. Tabelle I. 1 im statistischen Teil). Außer in der „Konsolidierung“ der Ziffern der Kreditinstitute mit denen der Bundesbank liegt eine zweckbedingte Besonderheit der Tabelle darin, daß die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland — mit Ausnahme der nicht zu ermittelnden DM-Noten und -Münzen sowie Bankschuldverschreibungen in Händen von Ausländern — in einem Gesamtsaldo zusammengefaßt und demgemäß in den übrigen Positionen nicht enthalten sind. — <sup>1)</sup> Das sind Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes aus dem Umtausch gegen einen entsprechenden Teilbetrag der Ausgleichsforderung der Bundesbank, deren Übernahme durch die Banken keine zusätzliche Kreditgewährung an Nichtbanken darstellt. — <sup>2)</sup> Neben den — darunter stehenden — Sonderkrediten an den Bund sind hierin im wesentlichen enthalten die als Buchkredite gewährten Kassenkredite der Bundesbank an öffentliche Stellen sowie die durch die Herannahme von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen (nicht Mobilisierungstitel) in den Bestand der Bundesbank gewährten Kredite. — <sup>3)</sup> Diese Kredite gemäß § 20, Abs. 1 Ziff. 2 Bbk-Gesetz führen zur Inanspruchnahme von Devisen bei der Bundesbank und haben insoweit keinen unmittelbaren Einfluß auf den heimischen Geldkreislauf. — <sup>4)</sup> Die Bankbestände an fremden Bankschuldverschreibungen stellen keine unmittelbare Kreditgewährung an Nichtbanken, sondern einen Bestandteil der Interbankverschuldung dar. — <sup>5)</sup> Die Ausgleichs- bzw. Entschädigungsgutschriften für Vertriebene bzw. Altsparer sind nur insoweit berücksichtigt, als Deckungsforderungen gegen den Lastenausgleichsfonds eingelöst wurden. Die nach § 252 Abs. 4 LAG (Erfüllung von Hauptentschädigungsansprüchen) begründeten Spareinlagen sind nur insoweit berücksichtigt, als der Lastenausgleichsfonds den Gegenwert zur Verfügung gestellt hat. — <sup>6)</sup> Saldiert mit den Beständen der Kreditinstitute an eigenen und fremden Bankschuldverschreibungen; die im Rahmen der Altsparerentschädigung ausgegebenen Schuldverschreibungen sind nur insoweit berücksichtigt, als Deckungsforderungen gegen den Lastenausgleichsfonds eingelöst wurden. — <sup>7)</sup> Einschließlich der von der Bundesbank übernommenen Weltbank-Bonds. — <sup>8)</sup> Veränderung des Netto-Forderungssaldos der Banken gegenüber dem Ausland nach Ausschaltung der Netto-Auslandszahlungen öffentlicher Stellen sowie der Zinserträge der Bundesbank aus ihren Auslandsanlagen und anderer „Eigengeschäfte“ der Bundesbank wie z. B. der in Anm. <sup>12)</sup> erwähnten Transaktion. — <sup>9)</sup> Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschl. der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen. — <sup>10)</sup> Ab 1961 einschließlich der Einlagen des ERP-Sondervermögens. — <sup>11)</sup> Nach Ausschaltung der Abnahme der Gold- und Devisenbestände der Bundesbank infolge Änderung der Währungsparität. — <sup>12)</sup> Die Abnahme des Netto-Forderungssaldos beruht ausschließlich auf dem Erwerb von Forderungen aus Nachkriegswirtschaftshilfe gegenüber dem Bund durch die Bundesbank in Höhe von rd. 3,1 Mrd. DM. — <sup>13)</sup> Teilweise geschätzt. — <sup>14)</sup> Vorläufig.

## ZUR ENTWICKLUNG DES GELDVOLUMENS<sup>1)</sup>



lehensaufnahme bei öffentlichen Stellen im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Übertragung des Erlöses der Entwicklungshilfe-Anleihe auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau zurückzuführen ist. Größer als in den Vorjahren war dagegen die Bildung von Kapital und Rücklagen bei den Banken. Sie erreichte im ersten Halbjahr 1962 rd. 1,2 Mrd DM, womit sie beispielsweise den Zugang an Termineinlagen übertraf. Im Vergleich zu manchen früheren Jahren war immerhin eine Abflachung des Anstiegs unverkennbar.

Trotz der hohen Geldkapitalbildung und der Abschwächung der „inneren“ Kreditexpansion ist für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres jedoch noch ein Überschuß der Kreditexpansion über die gleichzeitige Geldstillegung bei den Banken zu verzeichnen. Geht man von den Globalziffern aus, die oben für die Kreditexpansion und die Geldkapitalbildung mitgeteilt wurden, so war der Überschuß der Kreditausdeh-

nung allerdings wesentlich geringer als in den früheren Vergleichsperioden; er betrug dann nämlich nur gut 0,4 Mrd DM gegen jeweils etwa 1,2 bis 1,3 Mrd DM in der ersten Hälfte der drei vorangegangenen Jahre. Die Unterschiede sind jedoch weniger groß, wenn man, um die Netto-Geldschöpfung des Bankenapparats im Inlandsgeschäft möglichst genau zu ermitteln, die oben erwähnten Sonderkredite der Bundesbank an den Bund zur Vornahme bestimmter Auslandszahlungen außer Betracht läßt, da sie nur der Form nach Inlandskredite darstellen, das inländische Geldvolumen aber nicht unmittelbar erhöhen. Bei dieser Abgrenzung ergibt sich als „Geldschöpfungssaldo“ aus dem Inlandsgeschäft der Banken für das erste Halbjahr 1962 ein Betrag von rd. 0,6 Mrd DM, d. h. etwa ebensoviel wie im entsprechenden Vorjahrsabschnitt, aber rd. 0,5 bzw. gut 0,7 Mrd DM weniger als im ersten Halbjahr 1960 und 1959. Noch weit stärker ist der Rückgang gegenüber dem 2. Halbjahr 1961, in dem der Überschuß der Kreditexpansion im Geschäft mit Inlandskunden die gleichzeitige Geldkapitalbildung bei den Banken um rd. 3,6 Mrd DM übertroffen hatte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß neben dem starken expansiven Saisoneinfluß, dem die Kreditgewährung am Jahresende zu unterliegen pflegt, auch einmalige Faktoren eine große Rolle spielten, so vor allem die weitgehende Substitution der Kreditaufnahme im Ausland durch inländische Kredite und die starke Abnahme der steuerbegünstigten Spareinlagen. Auf diese Vorgänge ist in unserer letzten Monetären Gesamtanalyse im Monatsbericht für Januar d. J. (S. 20 ff.) hingewiesen worden.

Der Netto-Forderungssaldo der Banken und der Bundesbank gegenüber dem Ausland, in dessen Veränderung die den Bankenapparat berührenden Devisentransaktionen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand zum Ausdruck kommen, nahm nach seinem Rückgang im zweiten Halbjahr 1961 im bisherigen Verlauf d. J. zwar wieder zu, doch war der Anstieg, wie die Tabelle zeigt, bedeutend geringer als in der ersten Hälfte der beiden vorangegangenen Jahre. Von großem Einfluß waren dabei jedoch die in den Vergleichsperioden teilweise sehr unterschiedlichen Auslandszahlungen der zentralen öffentlichen Haushalte. Läßt man sie (zusammen mit einigen anderen Transaktionen, die die Geldversorgung der heimischen Wirtschaft nicht berühren) außer Betracht, so ergibt sich für das erste Halbjahr 1962 ein Mittelzugang zur „Wirtschaft“ auf Grund des Auslandsgeschäfts von rd. 3,2 Mrd DM. Das war zwar erheblich mehr als im zweiten Halbjahr 1961 (0,7 Mrd DM), in dem die Wirtschaft, wie bereits angedeutet, in starkem Maße Auslandskredite getilgt (bzw. durch Inlandskredite ersetzt) hatte, aber doch be-

deutend weniger als in den drei vorangegangenen Halbjahrsperioden, nämlich 7,1 Mrd DM im ersten Halbjahr 1961, 5,2 Mrd DM im zweiten Halbjahr 1960 und 4,3 Mrd DM im ersten Halbjahr 1960.

Auf der anderen Seite sind der „Wirtschaft“ durch die im Verkehr mit dem Inland erzielten *Einnahmeüberschüsse der zentralen öffentlichen Haushalte* im bisherigen Verlauf des Jahres — anders als in der zweiten Hälfte des Vorjahres — in beträchtlichem Umfang Mittel entzogen worden. Aus den Bewegungen der Zentralbankguthaben öffentlicher Stellen und ihrer Anlagen in Mobilisierungstiteln der Bundesbank (+ 0,8 Mrd DM im ersten Halbjahr 1962, — 3,0 Mrd DM im zweiten und + 4,0 Mrd DM im ersten Halbjahr 1961) geht das nur unvollständig hervor, weil die Guthaben der betreffenden Haushalte durch die von ihnen geleisteten Auslandszahlungen herabgedrückt werden, ohne daß dadurch Mittel in den inneren Geldkreislauf zurückfließen. Der kontraktive Einfluß der öffentlichen Kassengebarung auf die außerhalb der Bundesbank unterhaltenen Geldbestände war im bisherigen Verlauf des Jahres m. a. W. erheblich größer, als in dem Anstieg der Zentralbankeinlagen und -anlagen der öffentlichen Haushalte zum Ausdruck kommt. Quantitativ läßt er sich allerdings nicht genau ermitteln. Fest steht jedoch, daß er im zweiten Vierteljahr 1962 bereits erheblich niedriger war als im ersten (und zwar nicht nur aus saisonalen Gründen) und daß sich seine Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte fortsetzen wird.

Auf Grund der geschilderten expansiven und kontraktiven Faktoren (sowie einiger nicht näher zu-rechenbarer sonstiger Faktoren) haben die *zum Geldvolumen im engeren Sinne des Wortes gerechneten Geldbestände* (nämlich die Bargeldbestände des Publikums, die Sichteinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten sowie die von öffentlichen Stellen bei den Geschäftsbanken unterhaltenen Sichteinlagen) im ersten Halbjahr 1962 um rd. 0,9 Mrd DM abgenommen, nachdem sie im zweiten Halbjahr 1961 sehr stark, nämlich um rd. 6,6 Mrd DM gestiegen waren. Offensichtlich stellt der Rückgang im bisherigen Verlauf d. J. zumindest teilweise eine Reaktion auf den vorangegangenen beträchtlichen Anstieg dar, der sich weitgehend auf das Jahresende 1961 konzentriert hatte, an dem er durch starke Saisoneinflüsse erheblich akzentuiert worden war. Zwar bestehen zwischen der ersten und der zweiten Jahreshälfte stets saisonbedingte Unterschiede in der Entwicklung des Geldvolumens, doch war in den vergangenen Jahren, wie das Schaubild zeigt, auch im Verlauf der ersten Jahreshälfte stets ein Zuwachs zu verzeichnen, so daß das Geldvolumen um die Mitte des Jahres größer war als zu Beginn (im Jahre 1961 um

knapp 0,9 Mrd DM, im Jahre 1959 sogar um 1,3 Mrd DM), während es im laufenden Jahr, wie gesagt, um 0,9 Mrd DM abnahm.

Unter Einschluß der Zentralbankeinlagen und -anlagen öffentlicher Stellen ergibt sich für das erste Halbjahr 1962 ebenfalls eine Abnahme des (um diese Posten erweiterten) Geldvolumens, jedoch nur um knapp 0,1 Mrd DM. Ihr steht eine Zunahme um fast 3,7 Mrd DM im zweiten und um nahezu 4,9 Mrd DM im ersten Halbjahr 1961 gegenüber; in der ersten Hälfte von 1960 waren die betreffenden Geld- und „Quasigeld“-Bestände um etwa 1,7 Mrd DM gewachsen. Würde man schließlich auch die kürzerfristigen Termineinlagen als zumindest „geldähnliche“ Bank-einlagen mit einbeziehen (was dann freilich ihre Zurechnung zur Geldkapitalbildung ausschließt), so würde der sich aus den obigen Zahlenvergleichen ergebende Eindruck einer erheblichen Abschwächung im Wachstum der gesamten flüssigen oder leicht flüssig zu machenden Mittel noch verstärkt.

#### Die Entwicklung der Wertpapiermärkte

Am *Rentenmarkt* hat sich die leichte Versteifung, die in der zweiten Aprilhälfte einsetzte und von der wir damals bemerkten, daß sich ihr Charakter noch nicht klar übersehen lasse, deutlich zu einem Rückschlag entwickelt. Die Entspannung, die sich in den letzten Monaten von 1961 angebahnt und zu Beginn des neuen Jahres merklich intensiviert hatte, ist damit eine kurze Episode geblieben. Vor allem haben sich die Erwartungen auf einen Fortgang der Zinssenkung nicht erfüllt. Der im Winter nahezu allenthalben durch niedriger verzinsliche Titel abgelöste 6 %ige Wert-papiertyp hat sich vielmehr wieder auf der ganzen Linie durchgesetzt, und unter Berücksichtigung der Netto-Verkaufskurse und der Laufzeiten liegt die Rendite heute sogar leicht über 6 %.

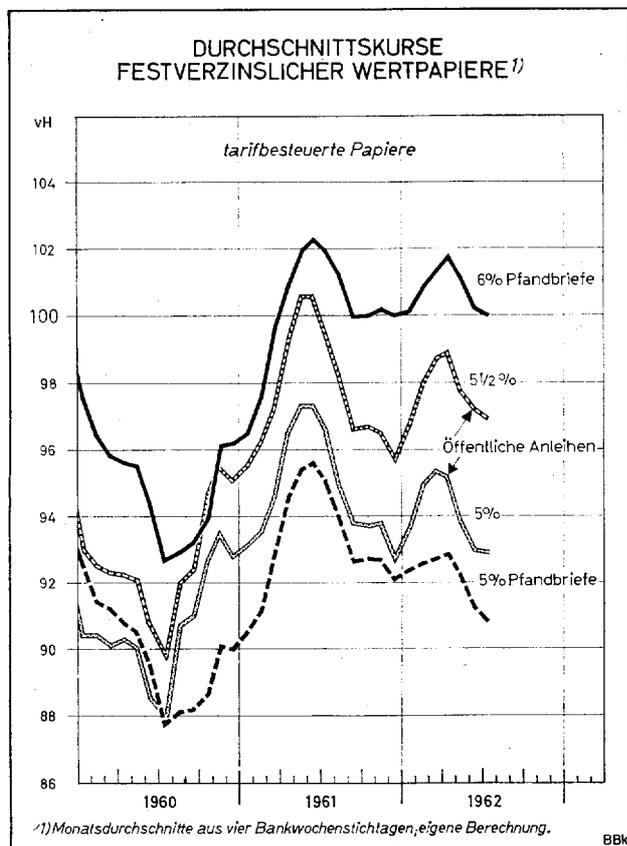
Die ersten Anzeichen dieses Wandels waren, wie gesagt, bereits in der zweiten Aprilhälfte zu spüren, als sich gegenüber den — großenteils auf 5½ % lautenden — Emissionen der Realkreditinstitute eine wachsende Zurückhaltung der Anleger bemerkbar zu machen begann. Auch erhöhte Bonifikationszugeständnisse von seiten der Emittenten vermochten hieran nichts zu ändern. Um nicht stärker an Boden zu verlieren, kehrten die Realkreditinstitute in der Folgezeit mehr und mehr zur Ausgabe von 6 %igen Pfandbriefen und Kommunalobligationen zurück. Bereits im Mai war dieser Typ an ihren Gesamtemissionen wieder mit fast 60 vH beteiligt, nachdem noch im April über drei Viertel der in diesem Monat neu aufgelegten Titel mit 5½ % ausgestattet waren, und im Juni stieg dieser Prozentsatz

weiter — auf 64 vH — an. Auch die Entwicklung der Netto-Verkaufskurse für die Emissionen der Realkreditinstitute spiegelte die Marktverschlechterung deutlich wider: Bei den 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 0/0igen Schuldverschreibungen wurden sie seit Ende März um mehr als 4 Punkte auf 92<sup>3</sup>/<sub>4</sub> bis 93 vH herabgesetzt, bei den 6 0/0igen Titeln um rd. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Punkte auf ca. 98<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 98<sup>3</sup>/<sub>4</sub> vH. Sie sind damit wieder auf das Niveau von Dezember vorigen Jahres gesunken.

Im Mai gerieten auch die Emissionen der sogenannten Einmalemittenten allmählich in diesen Sog. Die in der ersten Hälfte des Monats aufgelegten 5<sup>3</sup>/<sub>4</sub> 0/0igen Anleihen konnten zwar noch ohne Schwierigkeiten, ja sogar bei Überzeichnungen, abgesetzt werden, obwohl sich ihre Emissionskurse auf 99,5 vH oder — im Falle der 200 Mio DM-Anleihe der Kreditanstalt für Wiederaufbau — sogar auf pari stellten. Kurz danach wurden sie jedoch im Telefonhandel der Banken mit Bonifikationsabschlägen von 1/2 bis 1 Punkt angeboten, da der ursprüngliche Emissionskurs nachträglich doch als

mehr oder weniger große Bestände bei den Konsortialbanken verblieben und von diesen zunächst ins eigene Portefeuille genommen werden mußten. Mit Rücksicht hierauf wurde bei den folgenden Einmalemissionen durchweg wieder der 6 0/0ige Wertpapiertyp gewählt und außerdem der Emissionskurs zum Teil leicht unter pari gehalten. Den Anfang machte im Juni die Industriekreditbank mit einer Anleihe von 60 Mio DM zu 6 0/0 und einem Emissionskurs von 99<sup>3</sup>/<sub>4</sub> vH bei einer mittleren Laufzeit von 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren, woraus sich eine Rendite von 6,1 0/0 errechnet. Anfang Juli folgte der Bund mit einer Anleihe im Betrage von 400 Mio DM zu ebenfalls 6 0/0, aber einem Emissionskurs von 100 vH, und zu den gleichen Bedingungen wurde Ende Juli eine auf 210 Mio DM lautende Anleihe der Bundespost begeben. Alle diese Anleihen wurden glatt abgesetzt, ja die Zeichnungen übertrafen dem Vernehmen nach sogar durchweg die Anleihebeträge, so daß repartiert werden mußte. Für die Stimmung des Marktes bedeutete dies zweifellos einen Impuls: Zumindest für öffentliche Anleihen stellte sich alsbald ein regeres Interesse ein, so daß sich die Kurse in der Folgezeit verschiedentlich befestigten. Ob das jedoch den Anfang einer neuen durchgreifenden Auflockerung bedeutet, bleibt abzuwarten; in anderen Marktsektoren war von einer ähnlichen Belebung bis zu den ersten Augusttagen nichts zu spüren, und am Pfandbriefmarkt scheinen Umtauschoperationen teilweise sogar noch einen gewissen Druck ausgeübt zu haben.

Trotz des Rückschlags in der Zinsentwicklung war die Aufnahmefähigkeit des Rentenmarktes für neue Emissionen jedoch weiter bemerkenswert. Der Bruttoabsatz an festverzinslichen Wertpapieren stellte sich im zweiten Quartal auf 2,4 Mrd DM (Nominalwert), die Tilgungen auf knapp 450 Mio DM; der Nettoabsatz betrug also 1,95 Mrd DM. Er war damit zwar um fast 1,3 Mrd DM niedriger als im 1. Vierteljahr — in dem der Markt aus Saisongründen in der Regel wesentlich ergiebiger ist als im zweiten —, aber doch um rd. 460 Mio DM höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (ohne Entwicklungshilfe-Anleihe). Besonders hoch war der Absatz mit fast 900 Mio DM (netto) im Mai. Er ging dann im Juni auf weniger als 400 Mio DM zurück (wohl weil Einmalemissionen in diesem Monat nur spärlich vertreten waren), dürfte aber im Juli erneut, und zwar auf schätzungsweise über eine Milliarde DM, gestiegen sein, da in diesem Monat allein für 900 Mio DM Anleihen von Einmalemittenten (darunter die bereits erwähnte Bundesanleihe im Betrage von 400 Mio DM) untergebracht wurden. Die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß



relativ hoch empfunden wurde. In der zweiten Maihälfte ergaben sich dann auch bei der Placierung ähnlich ausgestatteter Anleihen zunehmend Schwierigkeiten; ihre Unterbringung zog sich jeweils über mehrere Wochen hin, ja es ist sehr wahrscheinlich, daß

## Der Absatz von Wertpapieren

Mio DM Nominalwert

Zeit	Schuldverschreibungen inländischer Emittenten						Anleihen ausländischer Emittenten	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	Aktien	Festverzinsliche Wertpapiere und Aktien insgesamt
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand	Sonstige Schuldverschreibungen				
<b>Brutto-Absatz</b>										
1960 1. Vj.	625,5	258,8	257,6	27,5	572,3	—	44,8	1 786,5	645,4	2 431,9
2. "	452,6	194,1	109,4	—	33,3	—	—	789,4	560,9	1 350,3
3. "	718,2	405,8	63,9	—	341,8	3,0	—	1 532,7	407,2	1 939,9
4. "	547,1	261,2	70,2	—	385,2	—	—	1 263,7	291,0	1 554,7
1961 1. Vj.	878,6	737,2	304,4	119,6	1 333,8 <sup>1)</sup>	—	—	3 373,6 <sup>1)</sup>	687,4	4 061,0
2. "	905,9	686,2	253,4	50,0	310,3 <sup>1)</sup>	25,3	—	2 231,1 <sup>1)</sup>	421,5	2 652,6
3. "	<b>864,2</b>	<b>541,9</b>	<b>135,1</b>	—	257,1 <sup>1)</sup>	28,7	<b>12,0</b>	1 839,0 <sup>1)</sup>	789,4	2 628,4
4. "	992,8	540,0	208,3	150,0	240,0	46,0	—	2 177,1	294,1	2 471,2
1962 1. Vj.	1 162,5	862,3	146,4	335,0	949,2	123,0	100,0	3 678,4	319,7	3 998,1
2. "	796,6	575,0	312,7	219,4	410,2	85,2	—	2 399,1	428,5	2 827,6
April	256,0	184,0	45,8	—	260,2	24,3	—	770,3	224,8	995,1
Mai	273,1	215,8	175,9	140,0	130,0	42,4	—	977,2	151,9	1 129,1
Juni	267,5	175,2	91,0	79,4	20,0	18,5	—	651,6	51,8	703,4
<b>Tilgung</b>										
1960 1. Vj.	33,2	42,3	47,9	142,3	57,0	—	—	322,7	—	322,7
2. "	19,6	41,8	20,5	208,9	60,8	0,1	—	351,7	—	351,7
3. "	31,3	30,8	24,7	21,9	14,7	0,0	—	123,4	—	123,4
4. "	31,9	61,6	42,9	30,8	17,9	3,5	—	188,6	—	188,6
1961 1. Vj.	30,7	104,6	86,3	115,2	38,4	—	—	375,2	—	375,2
2. "	89,8	189,9	114,0	31,0	7,1	0,1	—	431,9	—	431,9
3. "	140,9	<b>247,5</b>	<b>90,4</b>	<b>58,7</b>	<b>15,0</b>	<b>2,0</b>	—	<b>554,5</b>	—	<b>554,5</b>
4. "	77,9	99,3	43,1	14,2	32,7	3,6	—	270,8	—	270,8
1962 1. Vj.	77,7	128,9	83,9	80,9	71,6	—	—	443,0	—	443,0
2. "	66,4	134,9	64,7	59,0	123,1	0,1	—	448,2	—	448,2
April	36,1	33,7	13,6	6,3	20,0	—	—	109,7	—	109,7
Mai	25,7	19,2	0,9	34,2	0,2	—	—	80,2	—	80,2
Juni	4,6	82,0	50,2	18,5	102,9	0,1	—	258,3	—	258,3
<b>Netto-Absatz <sup>2)</sup></b>										
1960 1. Vj.	592,3	216,5	209,7	—114,8	515,3	—	44,8	1 463,8	645,4	2 109,2
2. "	433,0	152,3	88,9	—208,9	— 27,5	— 0,1	—	437,7	560,9	998,6
3. "	686,9	375,0	39,2	— 21,9	327,1	3,0	—	1 409,3	407,2	1 816,5
4. "	515,2	199,6	27,3	— 30,8	367,3	— 3,5	—	1 075,1	291,0	1 366,1
1961 1. Vj.	847,9	632,6	218,1	4,4	1 295,4	—	—	2 998,4	687,4	3 685,8
2. "	816,1	496,3	139,4	19,0	303,2	25,2	—	1 799,2	421,5	2 220,7
3. "	<b>723,3</b>	<b>294,4</b>	<b>44,7</b>	<b>— 58,7</b>	<b>242,1</b>	<b>26,7</b>	<b>12,0</b>	1 284,5	789,4	2 073,9
4. "	914,9	440,7	165,2	135,8	207,3	42,4	—	1 906,3	294,1	2 200,4
1962 1. Vj.	1 084,8	733,4	62,5	254,1	877,6	123,0	100,0	3 235,4	319,7	3 555,1
2. "	730,2	440,1	248,0	160,4	287,1	85,1	—	1 950,9	428,5	2 379,4
April	219,9	150,3	32,2	— 6,3	240,2	24,3	—	660,6	224,8	885,4
Mai	247,4	196,6	175,0	105,8	129,8	42,4	—	897,0	151,9	1 048,9
Juni	262,9	93,2	40,8	60,9	— 82,9	18,4	—	393,3	51,8	445,1

<sup>1)</sup> Darunter 5 % Anleihe der Bundesrepublik Deutschland (E) mit folgenden Beträgen: 1. Vj. 1961 857,9 Mio DM, 2. Vj. 1961 310,3 Mio DM; ab 3. Vj. 1961 nur noch Restbeträge. — <sup>2)</sup> D. h. Brutto-Absatz abzüglich Tilgung; negatives Vorzeichen bedeutet, daß im betr. Zeitraum die Tilgung von Wertpapieren den Neuabsatz übertraf.

diese ziemlich massive Beanspruchung dazu beigetragen hat, daß das Kursniveau zumindest teilweise unter Druck blieb, obwohl die Aktienbaisse das Interesse für festverzinsliche Wertpapiere eher gestärkt haben dürfte.

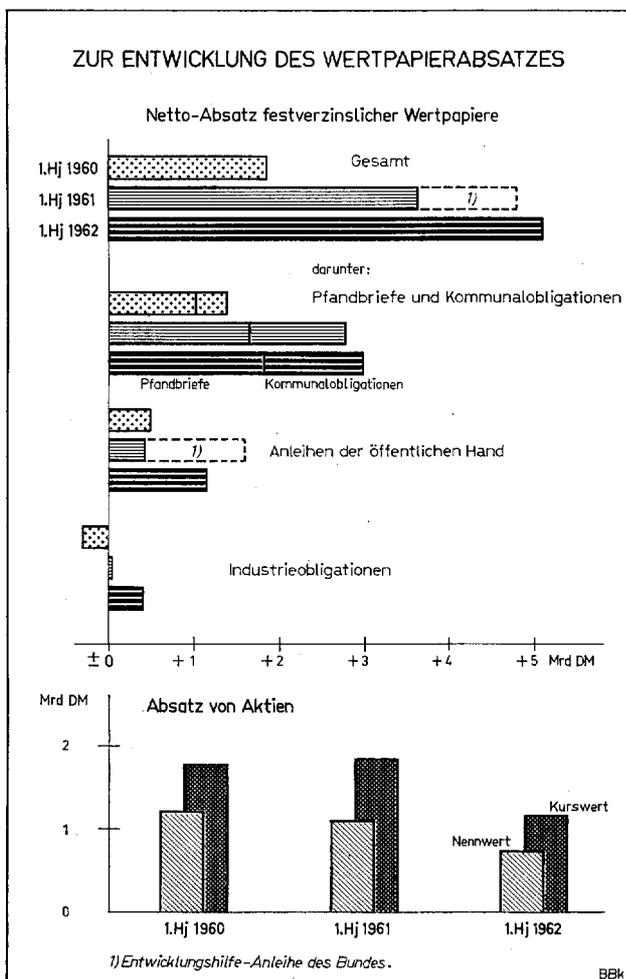
Vom Gesamtabsatz an festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 1,95 Mrd DM netto im zweiten Quartal entfielen 1,17 Mrd DM oder rd. 60 vH auf die Emissionen der Realkreditinstitute. Absolut betrachtet, war dieser Betrag wiederum sehr hoch, aber er lag doch

um rd. 140 Mio DM unter dem Absatzergebnis, das die Realkreditinstitute im zweiten Quartal von 1961 erzielt hatten. Bei den Brutto-Absatzziffern war der Abstand noch größer. Offenbar ist also die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch die Realkreditinstitute fürs erste schwächer geworden. Sie schließt sich damit der Entwicklung der Hypothekenzusagen an, die von den Emissionsinstituten für die Wohnungsbaufinanzierung gegeben wurden und die offenbar schon

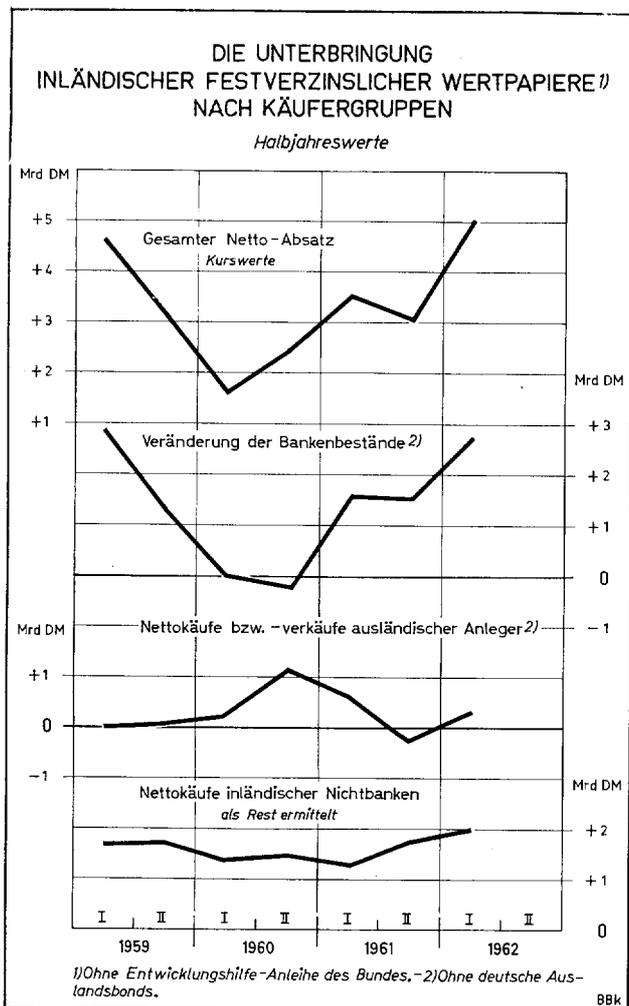
im Winter ihren Höhepunkt überschritten haben; im zweiten Quartal waren die Hypothekenzusagen der Pfandbriefe und Kommunalobligationen emittierenden Institute mit 1,18 Mrd DM sogar zum ersten Mal niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres, wenn auch nur um rd. 60 Mio DM. Diese Entwicklung hängt allem Anschein nach damit zusammen, daß die Emissionsinstitute auf der Basis des 6 %igen Pfandbriefs im Hypothekengeschäft seit einiger Zeit nicht mehr im früheren Umfang mit den Sparkassen konkurrieren können. Die Sparkassen haben nämlich, wie schon oben erwähnt, ihre Hypothekenzusagen für den Wohnungsbau seit dem Herbst des vergangenen Jahres konjunkturell beträchtlich erhöht, da der Spareinlagenzugang bei ihnen sehr gewachsen ist und sie beim derzeitigen Zinsniveau für Spareinlagen den Hypothekenehmern günstigere Konditionen einräumen können als die Emissionsinstitute. Die Deckung des immer noch enormen Kapitalbedarfs für den Wohnungsbau hat sich also in den letzten Monaten in gewissem Umfang vom Emissionsmarkt auf andere Bereiche des Kapitalmarktes verlagert.

Unter den Abnehmern von festverzinslichen Wertpapieren spielten die Banken im zweiten Quartal wiederum eine wichtige Rolle. Mit insgesamt gut 800 Mio DM entsprachen ihre Netto-Käufe an inländischen festverzinslichen Wertpapieren (einschließlich Kassenobligationen) etwa dem Vierteljahrsdurchschnitt des Vorjahres; hinter denen des Vorquartals (rd. 1,9 Mrd DM) blieben sie jedoch erheblich zurück, wobei nicht nur der absolute Betrag — entsprechend dem rückläufigen Netto-Absatz — sank, sondern sich auch ihr Anteil am Gesamtabsatz von drei Fünfteln im Vorquartal auf gut zwei Fünftel verminderte. Bankschuldverschreibungen wurden dabei weniger betroffen als andere Titel; auf sie entfiel mit rd. 675 Mio DM nach wie vor der größte Teil des Gesamterwerbs der Banken an festverzinslichen Wertpapieren. Die Bankenbestände an Kassenobligationen gingen dagegen im zweiten Quartal um 36 Mio DM zurück, nachdem sie im ersten Quartal um rd. 275 Mio DM gewachsen waren; außer auf das geringere Angebot an derartigen Titeln dürfte dies vor allem auf die in letzter Zeit verstärkten Tilgungen zurückzuführen gewesen sein. Die bedeutendsten Wertpapiererwerber unter den Banken waren weiter die Institute des Sparkassensektors. Ihre Netto-Käufe beliefen sich im April und Mai (für Juni liegen noch keine Ziffern vor) auf rd. 460 Mio DM bzw. mehr als zwei Drittel des Bestandszuwachses bei der Gesamtheit aller Banken. Auf die Sparkassen allein entfielen hiervon fast 390 Mio DM. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich die Sparkassen, wie erwähnt, neuerdings verstärkt dem langfristigen Direktgeschäft widmen — eine Tendenz, die an sich natürlich ihre Aufnahmebereitschaft und -fähigkeit für Wertpapiere mindert —, wenn auch ihre höheren Darlehenszusagen bislang noch nicht zu vermehrten Auszahlungen geführt haben.

Die Netto-Käufe ausländischer Erwerber am deutschen Rentenmarkt sind im zweiten Quartal etwas zurückgegangen. Ohne die Transaktionen in deutschen Auslandsbonds bezifferten sie sich per Saldo auf rd. 140 Mio DM gegen 175 Mio DM im ersten Vierteljahr<sup>1)</sup>. Im gesamten ersten Halbjahr 1962 erreichten sie damit rd. 315 Mio DM. Das war zwar nicht einmal halb so viel wie im ersten Halbjahr 1961 (645 Mio DM), aber im Vergleich zum zweiten Halbjahr 1961, in dem ausländische Erwerber deutsche festverzinsliche Wertpapiere im Betrage von per Saldo gut 260 Mio DM abgestoßen hatten, doch wieder recht beachtlich. Setzt man von dem gesamten Netto-Absatz inländi-



<sup>1)</sup> Vgl. hierzu auch die Tabelle „Private Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland“ im Abschnitt „Außenhandel und Zahlungsbilanz“.



scher festverzinslicher Wertpapiere (zu Kurswerten) die Netto-Käufe der Banken und des Auslandes ab, um den Anteil der sonstigen inländischen Erwerber (hierzu rechnen öffentliche und private Kapitalsammelstellen sowie Wirtschaftsunternehmen und Private) an der Wertpapierunterbringung auf dem Rentenmarkt zu ermitteln, so ergibt sich, daß diese Gruppe im abgelaufenen Quartal mit gut 940 Mio DM bzw. rd. der Hälfte des gesamten Netto-Absatzes sogar noch die Käufe der Banken übertroffen hat. Im Vorquartal waren ihre Käufe dem absoluten Betrage nach mit 1,1 Mrd DM allerdings noch etwas höher; ihr Anteil am gesamten Netto-Absatz war jedoch mit rd. einem Drittel wesentlich geringer.

Alle neueren Ereignisse am Rentenmarkt wurden an Bedeutung jedoch weit in den Schatten gestellt durch den zeitweilig geradezu sensationellen Kurssturz, der sich am Aktienmarkt vollzog. Der vom Statistischen Bundesamt berechnete Kursindex der an den deutschen Börsen notierten Aktien (31. 12. 1953 = 100) ist von Ende März bis Ende Juli von 616 auf 457 gesunken. Besonders dramatisch war der Kursrückgang Ende Mai.

Allein am 29. dieses Monats — einem Tag, der in die deutsche Börsengeschichte als der „Schwarze Dienstag vom Mai 1962“ eingehen wird — sank das durchschnittliche Kursniveau, bei selbstverständlich noch viel stärkeren Einbrüchen im einzelnen, um schätzungsweise 7 vH auf einen Indexstand von 474. Der Zusammenhang mit dem am Vortage erfolgten Kurssturz an der New Yorker Börse war evident, obwohl die New Yorker Vorgänge, wie inzwischen wohl klar geworden sein dürfte, nicht die eigentliche Ursache der deutschen Baisse bildeten, sondern nur eine bereits schwelende Krise offen in Erscheinung treten ließen. Dem Kurseinbruch vom 29. Mai folgte dann am nächsten Tag eine ebenso kräftige Erholung. Aber schon wenig später begannen die Kurse erneut zu sinken, und Ende Juni war der Index fast wieder so tief wie am 29. Mai. Auch die Belebung, die in der ersten Juli-hälfte einsetzte, wurde schon nach kurzem von einer neuen Deroute abgelöst, in deren Verlauf der Kursstand des „Schwarzen Dienstags“ schließlich sogar unterschritten wurde. Das Kursniveau lag damit Ende Juli um rd. 30 vH tiefer als Ende Dezember 1961. Die Einbuße gegenüber seinem Höchststand von Ende August 1960 — dem Kulminationspunkt der mit nur relativ schwachen Rückschlägen seit Mitte 1957 währenden Hausse, in der das Kursniveau auf beinahe das Fünffache stieg — beträgt ungefähr 45 vH.

Am stärksten wurden von dem Kursrückgang der letzten Monate die Aktien der Kreditbanken betroffen; jeweils im Durchschnitt der vier Stichtage des Monats gerechnet, ging ihr Index von März bis Juli von 967 auf 640 zurück. Überdurchschnittliche Kursverluste erlitten ferner die Farbenwerte sowie die Werte der metallverarbeitenden Industrie, und unter diesen wieder vornehmlich Stahlbau- und Maschinenbauaktien, die, ebenso wie die Bankaktien, lange Zeit das besondere Interesse der Anleger auf sich gelenkt hatten. In wesentlich engeren Grenzen blieben demgegenüber die Rückgänge bei den Werten der Grundstoffindustrien, insbesondere der Eisen- und Stahlindustrie, deren Kurse während der Hausse allerdings auch keine so extremen Höhen erreicht hatten. Einen zumindest teilweisen Überblick hierüber bietet die Tabelle auf Seite 21.

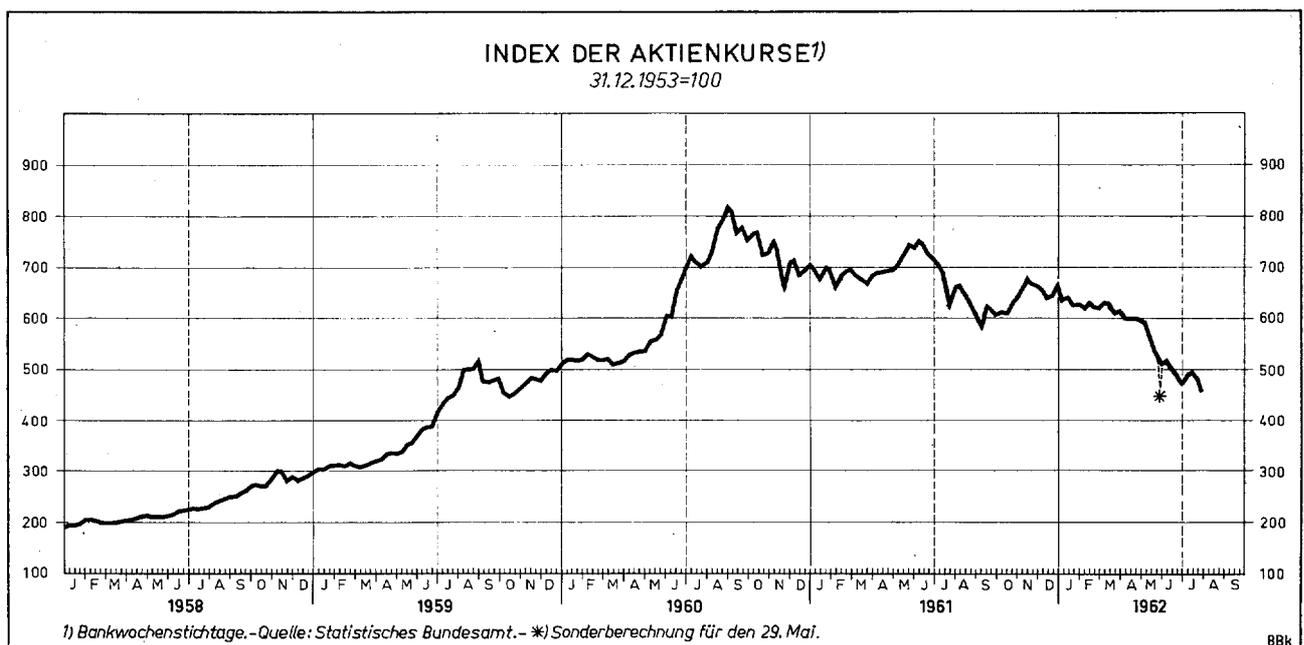
Eine allenthalben überzeugende und befriedigende Erklärung für das, was sich in den letzten Monaten am Aktienmarkt abspielte, wird sich nicht leicht finden lassen. Sicher haben viele Faktoren zu den Kursrückgängen beigetragen. Nachdem das Kursniveau stärker abzubröckeln begonnen hatte, haben z. B. gewiß technische Umstände den Rückgang akzentuiert. Die Baisse

nährt die Baisse ebenso wie die Hausse die Hausse. In diesem Zusammenhang ist etwa auf die Kündigung von Effektenkrediten bzw. auf die Forderung nach Erhöhung der Deckung zu verweisen. Offenbar haben Kredite bei den Aktienkäufen der letzten Jahre doch eine größere Rolle gespielt, als mitunter angenommen oder zugegeben wurde. Der Markt ist damit für den Fall einer Baisse naturgemäß labiler geworden. Auslandseinflüsse dürften in der Kursentwicklung der letzten Monate zum Teil ebenfalls am Werke gewesen sein, besonders stimmungsmäßig. Ihre materielle Bedeutung darf jedoch zumindest für den allgemeinen Trend nicht überschätzt werden. Nach den Ergebnissen unserer Statistik über die Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland hat das Ausland in jedem der letzten Monate einen größeren Betrag an deutschen Dividendenwerten gekauft als verkauft: Im April stellte sich das Plus auf 21 Mio DM, im Mai auf 19 Mio DM und im Juni (weitere Angaben liegen noch nicht vor) auf 32 Mio DM; im ganzen hat das Ausland den deutschen Aktienmarkt also weiter gestützt, wenn auch bei weitem nicht mehr in gleichem Maße wie früher, wurden doch von Ausländern noch im ersten Quartal 1962 per Saldo für 295 Mio DM<sup>1)</sup> deutsche Aktien erworben, von den zum Teil noch wesentlich höheren Käufen in den Jahren 1960 und 1961 ganz abgesehen.

Entscheidend für die Baisse dürfte vielmehr gewesen sein, daß sich allmählich die Erkenntnis durchgesetzt

hat, daß das frühere Kursniveau spekulativ überhöht war, d. h. in keinem angemessenen Verhältnis zu der realistisch-erwartenden Entwicklung der durchschnittlichen Ertragskraft der Unternehmungen stand. Die Bank hat hierauf in den letzten Jahren, als das Kursniveau zum Teil noch niedriger war als heute, immer wieder hingewiesen und vor den Gefahren eines Fortgangs der Hausse gewarnt. Es bedurfte aber offenbar erst der seit einiger Zeit in Gang befindlichen starken Schrumpfung der Gewinnmargen, um die breite Öffentlichkeit die Berechtigung jener Warnungen erkennen zu lassen. Die Kursverluste sind insoweit ein Spiegelbild der Ernüchterung, die hinsichtlich der Beurteilung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Platz zu greifen begonnen hat. Die Wachstumsaussichten der deutschen Wirtschaft sind auf längere Sicht gewiß auch heute nicht ungünstig, wenngleich man sich damit wird abfinden müssen, daß Wachstumsraten wie in früheren Jahren nicht mehr zu erwarten sind, zumal wenn die Arbeitszeit immer weiter eingeschränkt wird. Aber die Entwicklung der Erträge wird voraussichtlich kaum mehr mit dem Wachstum Schritt halten und vor allem in absehbarer Zeit sicher nicht die optimistischen Erwartungen rechtfertigen, die in den früheren hohen Aktienkursen zum Ausdruck kamen. Das dürfte namentlich zutreffen, wenn sich die Erhöhung des Preisniveaus, die in den letzten anderthalb Jahrzehnten zu beobachten war, nicht fortsetzt, wofür zur Zeit, nicht zuletzt im Hinblick auf den internationalen Trend, günstigere Voraussetzungen gegeben sein dürften als früher. In gewissem Sinne reflektiert also die

<sup>1)</sup> Nach Ausschaltung einer Sondertransaktion im Betrage von rd. 80 Mio DM (vgl. S. 53 dieses Berichts).



*Index der Aktienkurse<sup>1)</sup>*  
 gesamt und ausgewählte Gruppen (31. 12. 1953 = 100)

Zeit <sup>2)</sup>	Gesamt	Stein- kohlen- berg- bau	Eisen- und Stahl- industrie	Maschi- nenbau	Straßen- fahrzeug- bau	Elektro- technik	Fein- mechanik und Optik	Farben- werte	Textil- industrie	Braue- reien	Hoch- und Tiefbau	Waren- häuser	Kredit- banken	Energie- wirt- schaft
1960 Januar	522	302	525	516	1 372	557	379	555	337	859	652	997	753	486
Februar	527	296	510	529	1 456	547	385	559	351	967	691	1 031	758	481
März	518	286	489	519	1 470	533	395	551	344	977	703	1 040	749	475
April	536	290	485	537	1 526	561	409	591	353	995	799	1 087	754	500
Mai	575	306	483	602	2 009	569	399	624	372	1 083	840	1 251	752	531
Juni	663	313	512	736	2 646	640	418	714	434	1 300	942	1 513	837	645
Juli	715	331	549	811	3 303	674	440	782	453	1 307	1 034	1 666	910	665
August	783	325	539	986	4 493	732	451	838	463	1 356	1 038	1 915	977	715
September	781	331	541	984	4 174	708	474	844	473	1 396	1 093	1 880	1 035	716
Oktober	749	341	529	927	3 641	683	474	819	458	1 302	1 014	1 841	994	701
November	718	328	502	891	3 119	675	455	791	448	1 224	978	1 865	974	703
Dezember	704	323	479	872	2 952	666	440	778	437	1 186	975	1 853	965	709
1961 Januar	695	332	482	848	2 953	675	432	760	428	1 180	967	1 751	971	689
Februar	687	335	480	823	2 826	682	429	768	418	1 149	977	1 681	997	677
März	681	325	465	794	2 771	674	439	776	414	1 140	978	1 760	1 000	693
April	694	328	468	807	2 936	682	438	803	413	1 150	991	1 843	1 029	707
Mai	731	325	465	860	3 568	722	441	822	428	1 144	1 081	1 796	1 089	753
Juni	737	329	462	882	3 673	757	434	792	417	1 146	1 185	1 771	1 066	794
Juli	674	307	433	803	3 241	682	405	721	376	1 048	1 097	1 599	987	744
August	643	294	413	768	3 025	667	381	681	361	991	1 080	1 540	946	717
September	612	286	398	739	2 905	638	349	640	333	936	1 014	1 495	874	700
Oktober	626	283	386	750	2 843	668	363	657	328	986	1 058	1 665	920	727
November	670	290	398	806	3 012	746	390	689	346	1 057	1 154	1 774	1 023	777
Dezember	648	297	388	762	2 899	724	377	637	331	1 041	1 145	1 754	991	769
1962 Januar	635	299	393	731	2 796	719	367	606	318	1 062	1 206	1 704	956	763
Februar	626	291	384	706	2 673	734	348	604	300	1 060	1 291	1 654	943	780
März	622	280	370	696	2 663	738	336	611	297	1 061	1 299	1 615	967	781
April	601	270	357	661	2 649	732	334	583	286	1 042	1 255	1 567	915	762
Mai	552	258	345	593	2 451	676	288	528	259	984	1 149	1 397	821	693
Juni	499	236	325	526	2 280	607	250	466	248	889	981	1 263	702	614
Juli	484	230	319	501	2 176	603	242	462	246	833	980	1 247	640	607

Quelle: Statistisches Bundesamt. — <sup>1)</sup> Bundesgebiet ohne Berlin. — <sup>2)</sup> Jeweils Durchschnitt aus den Indexziffern der vier Bankwochenstichtage.

Aktienbaisse der letzten Zeit wohl auch ein größeres Vertrauen in die Zukunft des Geldwertes, da mit zunehmender Preisstabilisierung selbstverständlich die Impulse entfallen, die die Aktienkurse bisher aus dem Wunsch nach Sicherung gegen die Inflationstendenz empfangen.

Welche Wirkung der Kursrückgang an den Aktienmärkten seinerseits auf die Konjunkturentwicklung ausüben wird, läßt sich zur Zeit noch nicht ganz übersehen. Wahrscheinlich wird er jedoch schon aus psychologischen Gründen die verschiedentlich zu beobachtenden Abschwächungstendenzen verstärken. Nicht von der Hand zu weisen ist auch die Möglichkeit, daß er infolge der Erschwerung von Aktienemissionen zusätzliche materielle Schwierigkeiten für die Investitionstätigkeit mit sich bringt. Schon in den letzten

Monaten war es offensichtlich nicht mehr so leicht, neue Aktien zu placieren. Die Bezugsrechte wurden teilweise erheblich unter ihrer rechnerischen Parität gehandelt. Der Gesamtabsatz an neuen Aktien war mit 616 Mio DM (Kurswert) im zweiten Vierteljahr zwar um rd. 60 Mio DM höher als im ersten, aber dabei spielte die im Mai fällige zweite Einzahlungsrunde in Höhe von 138 Mio DM auf die im Februar d. J. vorgenommene Kapitalerhöhung eines Chemie-Unternehmens eine große Rolle; hinter dem durchschnittlichen Vierteljahrsergebnis vom Vorjahr — rd. 825 Mio DM — blieb die Absatzziffer des zweiten Quartals nicht unbeträchtlich zurück. Auch im Juli stand die Neuemission von Aktien noch deutlich unter dem Einfluß der durch die Baisse erheblich verschlechterten Absatzchancen.

# Öffentliche Finanzen

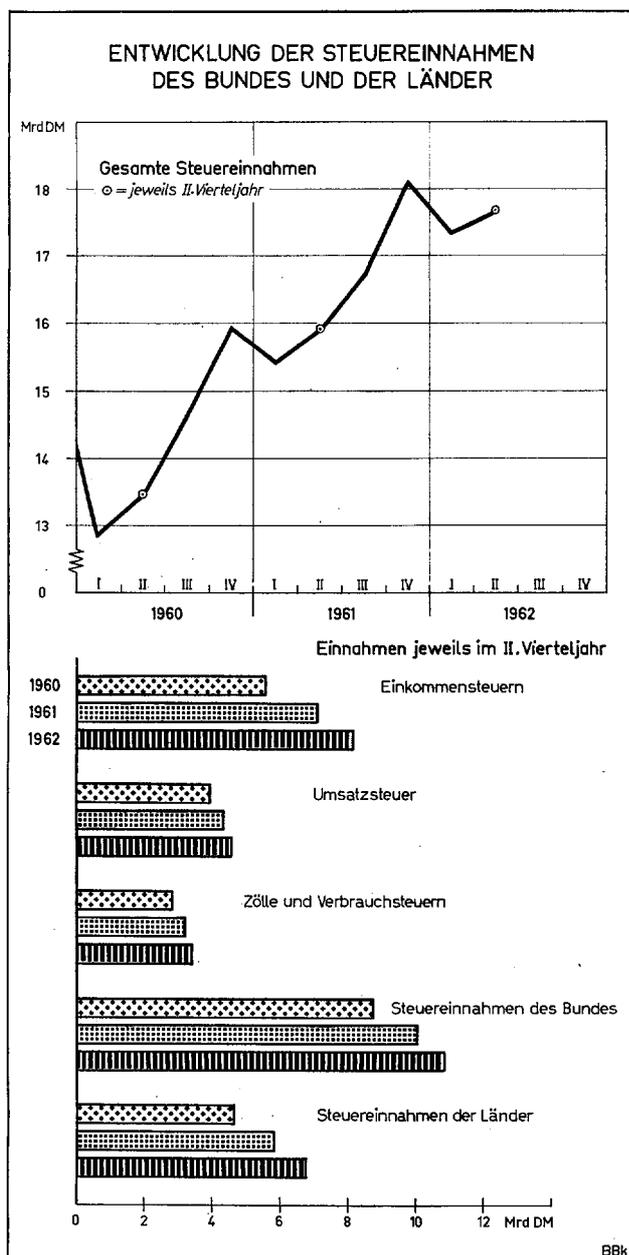
## Die Kassenentwicklung der zentralen öffentlichen Haushalte

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen war in den letzten Monaten durch einen starken Anstieg der Ausgaben bei verlangsamer Zunahme der Einnahmen gekennzeichnet. In den zentralen öffentlichen Haushalten — Bund, Länder, Lastenausgleichsfonds — sind die Überschüsse im zweiten Quartal infolgedessen im Vergleich zum ersten von fast 1,9 Mrd DM auf knapp 0,2 Mrd DM gesunken. Der Rückgang entsprach bis zu einem gewissen Grade der saisonalen Tendenz, da die Einnahmen im zweiten Viertel des Rechnungsjahres nur wenig zunehmen, während die Ausgaben nach dem

meist sehr niedrigen Stand im ersten Quartal stärker in das in den Haushaltsplänen veranschlagte Ausgabevolumen hineinwachsen. Im laufenden Jahr war dies in den Länderhaushalten besonders ausgeprägt; hier nahmen die Ausgaben gegenüber dem Vorvierteljahr um mehr als 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Mrd DM zu, während sie beim Bund schon im ersten Quartal relativ hoch gewesen waren und im zweiten dementsprechend langsamer stiegen. Die Überschüsse des zweiten Quartals waren jedoch auch geringer als im zweiten Quartal von 1961, in dem sie etwa 500 Mio DM ausgemacht hatten, obwohl damals sowohl beim Bund als auch bei einzelnen Ländern hohe Sonderzahlungen geleistet worden waren. Die Verschlechterung beruhte ausschließlich auf der kräftigen Expansion der Ausgaben, die bei Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds zusammengenommen im zweiten Quartal um etwa 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mrd DM über den Vorjahrsstand hinausgingen.

Allerdings war auch die Steigerung der Einnahmen noch verhältnismäßig stark. Aus den *Steuern von Bund und Ländern* kamen insgesamt 17,7 Mrd DM auf oder rd. 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Mrd DM mehr als im zweiten Quartal des Vorjahres. Die jährliche Zuwachsrate ist freilich weiter gesunken, nämlich auf 11 vH gegen rd. 12 vH im ersten Quartal und 16 vH im Durchschnitt des Jahres 1961. Besonders stark war der Rückgang beim Einkommensteuerertrag. Infolge des progressiven Steuertarifs ist dieser zwar wiederum überproportional zu dem Ertrag der übrigen Steuern gewachsen, aber die Zuwachsrate ist von 22 vH im Jahresdurchschnitt 1961 auf rd. 17 vH im ersten und 15 vH im zweiten Quartal zurückgegangen. Im einzelnen hat sich die Zunahme vor allem beim Lohnsteueraufkommen verlangsamt, während sie sich — offenbar aus veranlagungstechnischen Gründen — beim Körperschaftsteuerertrag erhöht hat. Die Verbrauchsteuern und Zölle erbrachten im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls geringere Mehreinnahmen als im ersten Vierteljahr, während die Umsatzsteuereinnahmen ihre — im ersten Quartal unter dem Einfluß der Konjunkturerholung und der Mitte 1961 in Kraft getretenen Umsatzsteuererleichterung auf 5,5 vH gesunkene — Zuwachsrate zu halten vermochten.

Infolge des überdurchschnittlichen Wachstums des Einkommensteuerertrags waren die Länder einnahmefähig wieder stärker begünstigt als der Bund. Sie wiesen daher trotz der beachtlichen Ausgabesteigerung auch im zweiten Quartal noch Überschüsse auf, wenngleich diese mit rd. 400 Mio DM um etwa 900 Mio DM hinter dem Betrag des Vorvierteljahres zurückblieben und den Umfang der vorjährigen Überschüsse (rd. 500



*Zur Entwicklung der Haushalte  
von Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds  
in Mio DM*

Haushalte	1961			1962	
	Gesamt	1. Hj.	2. Hj.	Gesamt <sup>*)</sup>	1. Hj.
<b>I. Kassenüberschüsse (+) bzw. -defizite (-)</b>					
1. Gesamt					
Bund	+ 324	+1 845	-1 521	-1 163	+ 437
Länder	+1 730	+1 242	+ 488	+ 930	+1 680
Lastenausgleichsfonds	- 165	- 44	- 121	- 293	- 93
Alle Haushalte	+1 889	+3 043	-1 154	- 526	+2 024
2. Auslandszahlungen des Bundes <sup>1)</sup>					
	4 069	1 853	2 216	4 161	1 908
<b>II. Niederschlag der Überschüsse bzw. der Defizite</b>					
1. Zunahme(+), Abnahme (-) der Kassenreserven					
Bund	+ 78	+1 658	-1 580	- 92	+ 28
Länder	+1 160	+1 096	+ 64	+ 620	+1 420
Lastenausgleichsfonds	+ 17	+ 121	- 104	+ 2	+ 202
Alle Haushalte	+1 255	+2 875	-1 620	+ 530	+1 650
2. Zunahme (+), Abnahme (-) der Verschuldung					
Bund	- 348	- 214	- 134	+1 016	- 414
Länder	- 570	- 146	- 424	- 310	- 260 <sup>*)</sup>
Lastenausgleichsfonds	+ 190	+ 150	+ 40	+ 250	+ 250
Alle Haushalte	- 728	- 210	- 518	+ 956	- 424
3. Münzgutschriften					
	94	42	52	100	50
<b>III. Veränderung der Nettokassenposition gegenüber der Bundesbank</b>					
Zunahme (+), Abnahme (-)					
1. der Guthaben					
Bund	- 8	+1 596	-1 604	- 8	+ 112
Länder	+1 060	+ 986	+ 74	+ 620	+1 420
Lastenausgleichsfonds	- 3	+ 101	- 104	- 1	+ 199
Alle Haushalte	+1 049	+2 683	-1 634	+ 611	+1 731
2. der Verschuldung					
Bund	- 13	- 173	+ 160	+ 90	- 160
Länder	+ 3	-	+ 3	+ 7	- 3
Lastenausgleichsfonds	-	-	-	-	-
Alle Haushalte	- 10	- 173	+ 163	+ 97	- 163
Saldo (1 -/. 2)	+1 059	+2 856	-1 797	+ 514	+1 894

<sup>1)</sup> Einschließlich sonstiger liquiditätsneutraler Zahlungen. — <sup>\*)</sup> Geschätzt.

Mio DM) ebenfalls nicht ganz erreichten. Der Bund, dessen Kassentransaktionen im ersten Quartal noch mit einem Überschuß von rd. 600 Mio DM abgeschlossen hatten, kam demgegenüber im zweiten Quartal bereits ins Defizit.

In den kommenden Monaten wird sich die Situation der zentralen Haushalte aller Voraussicht nach weiter verschlechtern; die Ausgaben dürften im dritten und noch mehr im vierten Quartal erheblich stärker zunehmen als die Einnahmen. Schon im Jahre 1961, als die Bedingungen noch wesentlich günstiger waren als im

laufenden Jahr, hatten die zentralen Haushalte in der zweiten Jahreshälfte Fehlbeträge aufgewiesen, doch hatten sich für das Jahr als Ganzes noch hohe Überschüsse ergeben. Diese dürften im laufenden Jahr Defiziten Platz machen. Die bis zum Ende d. J. zu erwartenden Fehlbeträge werden nämlich voraussichtlich die im ersten Halbjahr erzielten Überschüsse in Höhe von rd. 2 Mrd DM übertreffen, während im vergangenen Jahr die Überschüsse in der ersten Jahreshälfte noch größer waren als die Defizite der zweiten. Allerdings werden die Auslandszahlungen dabei eine große Rolle spielen, jedoch werden auch die sogenannten „inlandswirksamen“ Kassentransaktionen in der zweiten Jahreshälfte allenfalls noch ausgeglichen sein, wenn sie nicht gar bei Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds zusammen mit einem Fehlbetrag abschließen werden, während sie im Vorjahr noch einen Einnahmeüberschuß aufwiesen. In die Sprache der Konjunkturpolitik übersetzt bedeutet dies, daß die Kassenentwicklung der zentralen öffentlichen Haushalte, für sich betrachtet, im weiteren Verlauf des Jahres — anders als im ersten Halbjahr — nicht mehr restriktiv wirken wird — von den Anreizen, die von spezifischen, der Investitionsförderung dienenden Ausgaben ausgehen, ganz abgesehen.

#### *Der Bundeshaushalt*

Das Kassendefizit, das der Bundeshaushalt im zweiten Quartal d. J. aufwies, belief sich auf 171 Mio DM. Gegenüber dem Vorjahr, in dem zur gleichen Zeit ein Überschuß in Höhe von 30 Mio DM entstanden war, hat sich der Kassenabschluß also um rd. 200 Mio DM verschlechtert. Da der vorjährige Überschuß durch die im Juni 1961 vorgenommene Zahlung an die Bundesbank im Zusammenhang mit der vorzeitigen Tilgung der Nachkriegswirtschaftshilfe (gut 1/2 Mrd DM) stark herabgedrückt worden war, während Sonderzahlungen in den Monaten April bis Juni 1962 kaum eine Rolle spielten, war die Tendenz zur Verschlechterung der laufenden Kassenlage sogar noch wesentlich stärker als die obigen Zahlen erkennen lassen.

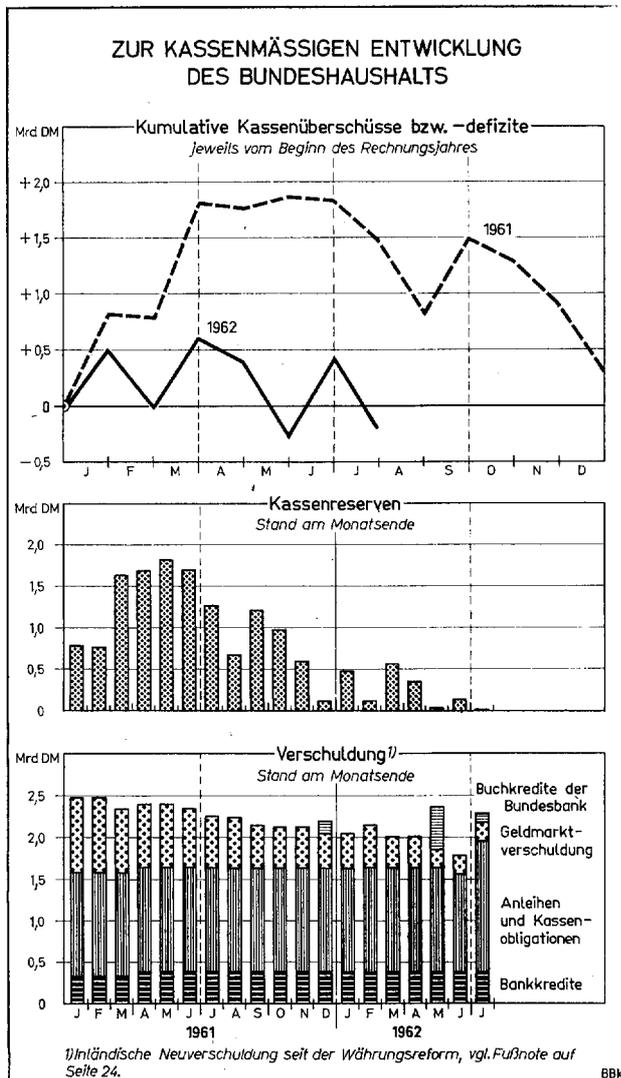
Entscheidend hierfür ist die Ausgabeentwicklung. Die Kassenausgaben erreichten im zweiten Quartal einen Betrag von 11 620 Mio DM. Sie waren damit zwar nur um rd. 900 Mio DM höher als im ersten Quartal, in dem sie — anders als im Vorjahr — bereits einen beachtlichen Stand erreicht hatten, aber sie gingen um rd. 1,7 Mrd DM (rd. 17 vH) über das entsprechende Vorjahrsergebnis hinaus, wenn man aus diesem die erwähnte einmalige Zahlung an die Bundesbank ausschaltet. Im ersten Rechnungshalbjahr waren die Ausgaben sogar bereits um über 3,8 Mrd DM höher als in der gleichen Vorjahrszeit; die für das gesamte Rech-

nungsjahr gegenüber dem Vorjahr veranschlagte Ausgabesteigerung um rd. 6,5 Mrd DM ist also schon in der ersten Jahreshälfte zum größeren Teil realisiert worden. Unter den Ausgabesteigerungen spielte nach den bis einschließlich Mai d. J. vorliegenden Angaben die Erhöhung der Verteidigungsaufwendungen die entscheidende Rolle. Einschließlich der Aufwendungen für die Notstandsplanung gingen diese in den ersten fünf Monaten d. J. um reichlich 1,7 Mrd DM (+ 40 vH) über den vergleichbaren Vorjahrsstand hinaus. Hier von entfielen fast 400 Mio DM auf die Auslandszahlungen des Verteidigungshaushalts und rd. 1,3 Mrd DM auf die inländischen Verteidigungsaufwendungen. Auch die zivilen Ausgaben sind teilweise erheblich gewachsen, so namentlich die Sozialausgaben — Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherungen, Kindergeldzahlungen —, die Bundeshilfe für Berlin und an die Bundesbahn sowie die Entschädigungszahlungen. In den genannten Fällen war die Ausgabesteigerung größer als dies der (rein rechnerisch) auf fünf Monate bezogenen

Erhöhung der Haushaltsansätze entspräche. Bei anderen Ausgabearten, z. B. bei den Aufwendungen für Subventionen und Vorratshaltung, für Wohnungsbau und Siedlung, wurde dagegen der Vorjahrsstand nicht ganz erreicht, doch fiel dies für die Entwicklung der Gesamtausgaben nur wenig ins Gewicht. Auf der anderen Seite waren die Kasseneinnahmen aus saisonalen Gründen im zweiten Quartal nur wenig höher als im ersten. Ihren Vorjahrsstand haben sie zwar weiter übertroffen, doch war die Zuwachsrate wegen der eingangs geschilderten Entwicklung des Steueraufkommens nicht mehr so hoch wie im vergangenen Jahr. Aus den Steuern des Bundes kamen rd. 8 vH mehr auf als im Vorjahr gegen 9 vH im ersten Quartal und 14 vH im Jahresdurchschnitt 1961.

Im gesamten ersten Halbjahr hat der Bund trotz des im zweiten Quartal entstandenen Defizits noch mit Kassenüberschüssen abgeschlossen. Mit insgesamt 437 Mio DM betrugten diese jedoch nur noch knapp ein Viertel des Vorjahrsbetrages (1 845 Mio DM). Die Tendenz zur Verschlechterung war auch im Juli wieder deutlich; nach vorläufigen Angaben ist in diesem Monat ein Defizit von 640 Mio DM entstanden gegen 356 Mio DM im Juli 1961. Der Abstand gegenüber dem Vorjahr war wieder etwas größer als im Monatsdurchschnitt des zweiten Quartals, jedoch lange nicht so ausgeprägt wie in dem des ersten.

Die Defizite des zweiten Quartals wurden restlos aus den Kassenreserven finanziert, die der Bund im Verlauf des ersten Vierteljahres erneut ansammeln konnte. Da die Kreditmarktverschuldung des Bundes im zweiten Quartal durch Tilgung von U-Schätzen (138 Mio DM) und Kassenobligationen (84 Mio DM) um 222 Mio DM reduziert wurde, war die Abnahme der Kassenbestände sogar noch größer als das Defizit. Ende Juni belief sich der Kassenbestand nur noch auf rd. 145 Mio DM gegen rd. 570 Mio DM Ende März. In den einzelnen Monaten des Quartals, in denen die Entwicklung der Kassentransaktionen, wie die nachstehende Tabelle zeigt, sehr unterschiedlich war — auf die Defizite im April (213 Mio DM) und Mai (685 Mio DM) folgte im Hauptsteuermonat Juni ein Überschuß von 727 Mio DM —, war der Bund für kurze Perioden bereits sogar gezwungen, Buchkredite bei der Bundesbank in Anspruch zu nehmen, so Ende Mai mit 497 Mio DM und an einzelnen Tagen vor dem Eingang der hohen Juni-einnahmen mit einem bis zu 649 Mio DM gestiegenen Betrag. Insgesamt war die Kreditmarktverschuldung des Bundes<sup>1)</sup> Ende Juni jedoch mit 1 790 Mio DM um



<sup>1)</sup> Ohne die Verpflichtungen gegenüber der Bundesbank aus den Einzahlungen des Bundes an internationale Einrichtungen, wegen Änderung der Währungsparität und wegen Forderungserwerb aus der Nachkriegswirtschaftshilfe sowie ohne Entwicklungshilfe-Anleihe.

Zur kassenmäßigen Entwicklung des Bundeshaushalts \*)  
in Mio DM

	1961				1962				
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	April	Mai	Juni
<b>I. Kassentransaktionen</b>									
1) Eingänge	10 426	10 440	10 915	11 870	11 327	11 452	3 336	3 325	4 791
2) Ausgänge	8 611	10 410	11 249	13 057	10 719	11 623	3 549	4 010	4 064
3) Überschuß (+) bzw. Defizit (—)	+1 815	+ 30	— 334	—1 187	+ 608	— 171	— 213	— 685	+ 727
<b>II. Finanzierung</b>									
1) Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) der Kassenmittel	+1 598	+ 60	— 486	—1 095	+ 456	— 428	— 221	— 335	+ 128
a) bei der Bundesbank	+1 598	— 2	— 424	—1 180	+ 541	— 428	— 221	— 335	+ 128
b) sonstige	—	+ 62	— 62	+ 85	— 85	—	—	—	—
2) Aufnahme (—) bzw. Tilgung (+) von Krediten	+ 218	— 4	+ 188	— 54	+ 192	+ 222	— 2	— 355	+ 579
a) Buchkredite der Bundesbank	+ 78	—	—	— 160	+ 160	—	—	— 497	+ 497
b) Geldmarktpapiere	+ 140	+ 57	+ 170	+ 106	+ 47	+ 138	—	+ 138	—
c) Anleihen <sup>1)</sup> und Kassenobligationen	—	+ 1	+ 18	—	— 16	+ 84	— 2	+ 4	+ 82
d) Bankkredite	—	— 62	—	—	+ 1	—	—	—	—
3) Einnahmen aus Münzgutschriften (—)	— 24	— 19	— 25	— 26	— 24	— 26	— 6	— 10	— 10
4) Saldo der Verrechnungen mit dem Lastenausgleichsfonds <sup>2)</sup>	+ 23	— 7	— 11	— 12	— 16	+ 61	+ 16	+ 15	+ 30
Summe 1 bis 4	+1 815	+ 30	— 334	—1 187	+ 608	— 171	— 213	— 685	+ 727
<b>Nachrichtlich:</b>									
1. Einzahlungen an internationale Einrichtungen, die mit Hilfe von Sonderkrediten der Bundesbank finanziert wurden (im Betrag zu I, 2 und II, 2 nicht enthalten)	181	363	1 070	— 292	— 301	140	— 140	— 80	360
2. „Inlandswirksame“ Kassentransaktionen									
Einnahmen aus dem Inland (nur ordentliche Einnahmen)	10 414	10 416	10 903	11 788	11 302	11 410	3 332	3 305	4 773
Ausgaben an inländische Empfänger <sup>2)</sup>	7 947	9 185	10 127	11 869	9 697	10 671	3 154	3 699	3 818

\*) Bei den in dieser Tabelle nachgewiesenen Kassentransaktionen handelt es sich um die Ein- und Auszahlungen auf bzw. von den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Sondervermögen). Von den Ergebnissen der amtlichen Finanzstatistik weichen die Kasseneingänge bzw. -ausgänge vor allem deshalb ab, weil sie nicht im Zeitpunkt ihrer haushaltsmäßigen Verbuchung, sondern im Zeitpunkt des effektiven Ein- und Ausgangs erfaßt werden und weil aus den Eingängen die Schuldaufnahmen bzw. aus den Ausgängen die Aufwendungen für Schuldentilgung (einschließlich des Rückkaufs von Schuldverschreibungen) ausgeschaltet werden. — <sup>1)</sup> Ohne Entwicklungshilfe-Anleihe. — <sup>2)</sup> Aus der Weiterleitung der auf dem Konto der Bundeshauptkasse eingehenden Lastenausgleichsabgaben. — <sup>3)</sup> Gesamte Ausgaben abzüglich Auslandszahlungen und sonstiger nicht in den inneren Kreislauf zurückgeflössener Mittel.

415 Mio DM niedriger als Ende Dezember v. J. In den ersten Tagen des Juli ist sie dann infolge der Emission der 6 %igen Bundesanleihe im Betrag von 400 Mio DM allerdings um nahezu den gleichen Betrag gestiegen. Der Anleiheerlös wurde, da die Kassenmittel Ende Juni nur noch gering waren, zur Deckung des im Juli entstandenen Fehlbetrages verwandt; darüber hinaus hat der Bund Ende Juli auch wieder Kassenkredite bei der Bundesbank (97 Mio DM) in Anspruch genommen.

Wie stark der Rückgriff des Bundes auf die Kreditmärkte in den noch verbleibenden fünf Monaten des Rechnungsjahres sein wird, läßt sich z. Z. nicht mit Sicherheit sagen. Im Haushaltsgesetz für 1962 ist die Kreditaufnahme bekanntlich mit 1 807 Mio DM brutto bzw. — nach Abzug der Aufwendungen für Schuldentilgungen — mit 1 359 Mio DM netto veranschlagt<sup>1)</sup>. Ob es hierzu kommen wird, hängt davon ab, welche

Verbesserungs- bzw. Verschlechterungstendenzen sich bei den Einnahmen und Ausgaben im Vergleich zu den Ansätzen ergeben werden. Sehr wahrscheinlich ist z. Z., daß die Steuereinnahmen des Bundes die Ansätze nicht erreichen werden. Im gesamten ersten Halbjahr hat die Zuwachsrate des Aufkommens (bei fallender Tendenz im zweiten Quartal) nur 8,7 vH betragen gegen 10,6 vH, die bei der Festsetzung der Haushaltsansätze für das ganze Jahr angenommen wurden. Andererseits werden die sonstigen Einnahmen des Bundes, in erster Linie die Abschöpfungsbeträge bei den Agrareinfuhren, vermutlich über den veranschlagten Betrag hinausgehen. Außerdem besteht die Chance, daß die starke Ausgabesteigerung des ersten Halbjahres im Verlauf der kommenden Monate nachläßt, da sie teilweise auf der Vorwegnahme von Ausgaben beruhte. Es erscheint sogar nicht ausgeschlossen, daß die effektiven Ausgaben im gesamten Rechnungsjahr hinter der Summe der Haushaltsansätze zurückbleiben werden.

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, 14. Jhrg., Nr. 4, April 1962, S. 18 ff.

Zwar sind nach der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes gewisse Mehrausgabeverpflichtungen entstanden — Lohn- und Gehaltsaufbesserungen für Arbeiter und Angestellte, zusätzliche Mittel für Berlin und für die Beseitigung der Flutschäden in den Küstenländern —, doch dürften diese dem Gesamtbetrage nach hinter den möglichen Einsparungen zurückstehen. An erster Stelle unter diesen ist auf die Kürzung der Bauausgaben gemäß § 8 des Haushaltsgesetzes zu verweisen, auf Grund dessen 20 vH der für Bauten veranschlagten Mittel nicht verausgabt werden sollen; darüber hinaus dürften einige andere Ansätze, wie alljährlich, gewisse Reserven enthalten. Alles in allem spricht manches dafür, daß die Kreditaufnahme den vorgesehenen Betrag von 1 359 Mio DM netto zumindest nicht überschreiten wird. Dies wäre schon deshalb erwünscht, weil die Verschuldung, wie oben dargelegt, von Ende Dezember 1961 bis Ende Juli d. J. per Saldo kaum gestiegen ist, so daß sich die für das ganze Jahr vorgesehene Verschuldungszunahme nahezu vollständig auf die Monate August bis Dezember konzentrieren und zu einer beträchtlichen Belastung der Kreditmärkte führen würde.

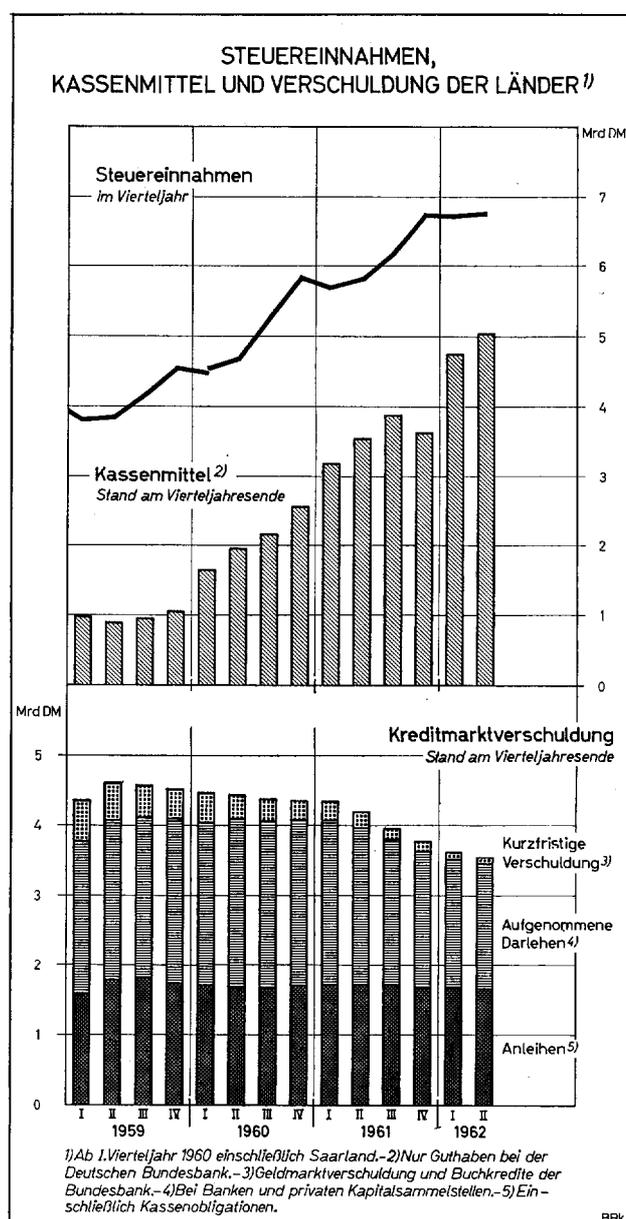
#### Länderhaushalte

Die Länderhaushalte haben, wie erwähnt, auch im zweiten Vierteljahr noch beträchtliche Kassenüberschüsse erzielt, wenn diese mit rd. 400 Mio DM auch wesentlich niedriger waren als im ersten Quartal (rd. 1,3 Mrd DM). Der Rückgang geht darauf zurück, daß die Zunahme der Ausgaben — um schätzungsweise 1,3 Mrd DM — stärker war als die der Einnahmen. Unter den Einnahmen sind lediglich die Verwaltungseinnahmen, Vermögenserträge sowie die Darlehen und Zuschüsse anderer Haushalte weiter gestiegen, während die Steuereinnahmen aus saisonalen Gründen mit rd. 6,8 Mrd DM praktisch nicht höher waren als in den ersten drei Monaten des Jahres. Im Vergleich zu 1961 haben sie allerdings immer noch wesentlich, nämlich um 944 Mio DM oder 16 vH, zugenommen. Die sonstigen Einnahmen sind ebenfalls weiter gestiegen; daß gleichwohl die Kassenüberschüsse zurückgingen, beweist, daß sich die Ausgaben im Vergleich zum zweiten Quartal von 1961 sehr kräftig erhöht haben.

Die Einnahmeüberschüsse sind zum größeren Teil auf den Bundesbankkonten der Länder stehengeblieben, deren Bestände im zweiten Vierteljahr um fast 300 Mio DM gewachsen sind. Die Länder verfügten damit Ende Juni allein bei der Bundesbank über Guthaben in Höhe von rd. 5 Mrd DM, d. h. rd. 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mrd DM mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Zusammen

mit den anderweitigen Anlagen ihrer Kassenbestände (etwa <sup>3</sup>/<sub>4</sub> Mrd DM) gingen die liquiden Mittel der Länder damit Ende Juni um mehr als 2 Mrd DM über ihre Verschuldung an den Kreditmärkten hinaus, zumal diese im zweiten Quartal durch weitere Tilgungen in Höhe von fast 100 Mio DM auf einen Betrag von rd. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mrd DM reduziert wurde. Über die Verbesserung, die sich in der Kassenposition der Länder in den vergangenen Jahren vollzogen hat, unterrichtet das nachstehende Schaubild. Sie sticht wesentlich von der Entwicklung beim Bund ab, die im Schaubild auf Seite 24 dargestellt wird.

Im gesamten ersten Rechnungshalbjahr haben die Überschüsse der Länder im ganzen nahezu 1,7 Mrd DM betragen; sie waren damit fast ebenso groß wie im gesamten Rechnungsjahr 1961 und um reichlich 400 Mio



DM höher als in der ersten Hälfte von 1961. Die weiteren Aussichten der Länderfinanzen sind nun allerdings nicht mehr so günstig wie bisher. Eine erhebliche Belastung wird zumindest mit dem von den Ländern zugesagten Beitrag zum Ausgleich des Bundeshaushalts in Höhe von 1 050 Mio DM verbunden sein. Bisher sind Zahlungen hierauf noch nicht geleistet worden, und da es hierzu eines Nachtragshaushalts bei den einzelnen Ländern bedarf, ist mit Überweisungen nicht vor Beginn des letzten Quartals zu rechnen. Dann jedoch wird diese Ausgabe verhältnismäßig stark zu Buch schlagen. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang ferner die auch bei den Ländern zu beobachtende Abschwächung im Wachstum der Steuereinnahmen. Neue Ausgabeverpflichtungen sind sodann aus der mit Wirkung vom 1. Juli d. J. in Kraft getretenen Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge erwachsen. Einschließlich der Aufbesserung der Beamtenbesoldung und -versorgung, die inzwischen — im Gegensatz zum Bund — von allen Ländern zugestanden wurde, können die hieraus für das zweite Halbjahr sich ergebenden zusätzlichen Ausgaben mit etwa 300 Mio DM veranschlagt werden. Hinzu kommen die Aufwendungen für die sog. „Harmonisierungs-novelle“, durch die die Struktur der Beamtengehälter verbessert werden soll und die bis zum Ende des Rechnungsjahres weitere 60 bis 70 Mio DM kosten dürfte. Es ist daher anzunehmen, daß die Länder spätestens im vierten Quartal, wenn die Überweisungen an den Bund vorgenommen werden, ins Defizit kommen werden und daß dann die z. Z. sehr hohen Kassenbestände abzuschmelzen beginnen. Allerdings dürften die Defizite des zweiten Halbjahres bei weitem nicht an die bisher erzielten Überschüsse heranreichen, so daß die Länderhaushalte trotz des Beitrags zum Bundeshaushalt im gesamten laufenden Rechnungsjahr wiederum Überschüsse aufweisen dürften. Wie hoch sie sein werden, ist z. Z. natürlich noch nicht vorauszusehen, jedoch ist anzunehmen, daß sie den aus den diesjährigen Haushaltsplänen zu errechnenden Betrag von 150 Mio DM übertreffen werden, obwohl in den Haushaltsplänen die Zahlungen an den Bund noch nicht berücksichtigt waren.

#### *Lastenausgleichsfonds*

Der Lastenausgleichsfonds schloß im zweiten Vierteljahr mit einem Kassenfehlbetrag von 48 Mio DM ab, der etwa ebenso hoch war wie der des ersten Quartals (45 Mio DM). Da dem Fonds im Mai der Erlös aus der von der Lastenausgleichsbank emittierten 100 Mio DM-Anleihe zugeflossen ist und er überdies im Juni vom Konto des Bundes einen höheren Abschlags-

betrag auf die Lastenausgleichsabgaben gezogen hatte als dort tatsächlich eingegangen waren, ist sein Guthaben bei der Bundesbank im Berichtszeitraum jedoch um 109 Mio DM gestiegen. Zusammen mit den anderweitigen kurzfristigen Anlagen (23 Mio DM) erreichten seine Kassenreserven damit Ende Juni einen Stand von fast 300 Mio DM. Hiervon gehörten allerdings gut 30 Mio DM dem Bund, auf dessen Konto sie im Juli zurücküberwiesen wurden. Da in diesem Monat außerdem die Einnahmen verhältnismäßig niedrig waren, sind die flüssigen Mittel des Fonds bis Ende Juli wieder auf 58 Mio DM zurückgegangen.

Daß der Ausgleichsfonds im zweiten Quartal ein Defizit aufwies, ist insofern bemerkenswert, als ihm in diesem Zeitraum größere außergewöhnliche Einnahmen zugeflossen sind. Hierzu gehören einmal 110 Mio DM, die ihm vom Bund im Juni als Vorauszahlung auf die in späteren Monaten fälligen Zuschüsse überwiesen wurden. Außerdem waren die Erträge aus vorzeitigen Ablösungen mit 183 Mio DM wesentlich höher als im ersten Vierteljahr (109 Mio DM), obwohl sie schon damals erheblich über dem Durchschnitt der vorangegangenen Quartale gelegen hatten. Ein Anreiz zu verstärkten Ablösungen ging nämlich davon aus, daß der Termin, bis zu dem sich die Abgabeschuldner zu einer vorzeitigen Zahlung verpflichten mußten, um in den Genuß des alten Abzinsungssatzes von 8 % anstelle des nunmehr geltenden Satzes von 6½ % zu kommen, nochmals, und zwar um sechs Wochen — vom 31. März auf den 15. Mai — verschoben wurde. Allerdings sind auch die Kassenausgaben im zweiten Quartal weiter gestiegen. Mit rd. 1,1 Mrd DM gingen sie um 88 Mio DM über die des Vorvierteljahres und um 200 Mio DM über die des zweiten Quartals von 1961 hinaus. Von besonderer Bedeutung für die Zunahme gegenüber dem Vorjahr waren die sichtlich wachsenden Aufwendungen für die Hauptentschädigung; sie waren mit 426 Mio DM um 165 Mio DM höher als im zweiten Quartal 1961, während der Anstieg der Ausgaben gegenüber dem ersten Vierteljahr weitgehend durch die im Juni fälligen Halbjahreszinsen und -tilgungen auf die Deckungsforderungen (rd. 65 Mio DM) bedingt war.

#### **Sonstige öffentliche Haushalte**

##### *Gemeindehaushalte*

In den Gemeindehaushalten hat die leichte Anspannung, die mit Wirkung vom Herbst v. J. unter dem Einfluß der Mitte 1961 verkündeten (aber im Januar des gleichen Jahres in Kraft getretenen) Gewerbesteuer-senkung einsetzte, weiter angehalten. Im ersten Vierteljahr (dem letzten, für das Angaben vorliegen) sind

Zur Entwicklung der öffentlichen Verschuldung \*)  
in Mio DM

	Stand am Monatsende								
	1960			1961				1962	
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept. <sup>2)</sup>	Dez.	März	Juni <sup>2)</sup>
<b>I. Kreditnehmer</b>									
1) Öffentliche Haushalte i. e. S.									
a) Bund									
(1) Für den Gesamthaushalt	2 337	2 346	2 553	2 335	2 339	2 151	2 205	2 012	1 790
(2) Sonderkredite für Einzahlungen an internationale Einrichtungen <sup>1)</sup>	1 336	1 340	1 387	1 495 <sup>10)</sup>	1 858	2 928	2 636	2 335	2 475
(3) Entwicklungshilfe-Anleihe	—	—	—	858	1 168	1 175	1 176	1 179	1 179
b) Lastenausgleichsfonds	1 353	1 403	1 490	1 638	1 640	1 635	1 680	1 834	1 930
c) Länder	4 441	4 371	4 348	4 348	4 202	3 963	3 777	3 625	3 541
d) Gemeinden	9 950	10 220	10 660	10 930	11 200	11 700	12 260	12 800	13 200
Haushalte, gesamt									
einschließlich Sonderkredite (a(2)) und Ent-	19 417	19 680	20 438	21 604	22 407	23 552	23 734	23 785	24 115
ausschließlich wicklungshilfe-Anleihe (a(3))	18 081	18 340	19 051	19 251	19 381	19 449	19 922	20 271	20 461
2) Bundesbahn und Bundespost									
a) Bundesbahn	5 085 <sup>9)</sup>	5 185	5 292	5 777	5 916	6 161	6 445	6 852	7 147
b) Bundespost	4 204	4 343	4 586	4 794	5 036	5 243	5 490	5 935	6 036
Bundesunternehmen, gesamt									
	9 289	9 528	9 878	10 571	10 952	11 404	11 935	12 787	13 183
Gesamt (1 + 2)									
einschließlich Sonderkredite (1a(2)) und Ent-	28 706	29 208	30 316	32 175	33 359	34 956	35 669	36 572	37 298
ausschließlich wicklungshilfe-Anleihe (1a(3))	27 370	27 868	28 929	29 822	30 333	30 853	31 857	33 058	33 644
<b>II. Schuldarten</b>									
1) Buchkredite der Bundesbank									
a) im Rahmen der allgemeinen Kreditplafonds in Anspruch genommen	—	—	78	—	—	—	163	—	—
b) Sonderkredite an den Bund <sup>1)</sup>	1 336	1 340	1 387	1 495 <sup>10)</sup>	1 858	2 928	2 636	2 335	2 475
2) Direktausleihungen der Kreditinstitute <sup>2)</sup>									
	14 524	14 720	15 169	15 798	16 240	16 558	17 129	17 625	18 000
3) Geldmarktpapiere <sup>3)</sup>									
	2 606	2 377	2 388	2 082	2 062	2 069	2 066	1 800	1 702
4) Kassenobligationen									
	1 037	1 068	1 305	1 327	1 327	1 327	1 462	1 823	1 741
5) Anleihen <sup>4)</sup>									
darunter: Entwicklungshilfe-Anleihe	( — )	( — )	( — )	( 858)	( 1 168)	( 1 175)	( 1 176)	( 1 179)	( 1 179)
6) Alle übrigen Schulden <sup>5)</sup>	3 517	3 701	3 836	4 034	4 121	4 107	4 173	4 412	4 452
Gesamt (1 bis 6)									
	28 706	29 208	30 316	32 175	33 359	34 956	35 669	36 572	37 298
<b>III. Gläubiger</b>									
1) Bundesbank <sup>6)</sup>									
	1 377	1 355	1 601	1 525	1 877	2 929	2 799	2 335	2 478
2) Kreditinstitute, gesamt									
a) Direktausleihungen <sup>2)</sup>	14 524	14 720	15 169	15 798	16 240	16 558	17 129	17 625	18 000
b) Bestand an Geldmarkttiteln	1 794	1 607	1 495	1 319	1 341	1 091	1 185	955	1 068
c) Bestand an Kassenobligationen <sup>7)</sup>	787	724	611	563	600	704	882	1 034	949
d) Bestand an Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen <sup>7)</sup>	2 953	2 889	2 712	2 892	2 893	3 120	3 044	3 229	3 370
3) Nichtbanken <sup>8)</sup>									
	7 271	7 913	8 728	10 078	10 408	10 554	10 630	11 394	11 433
Gesamt (1 bis 3)									
	28 706	29 208	30 316	32 175	33 359	34 956	35 669	36 572	37 298

\*) Die Angaben beziehen sich auf die inländische Neuverschuldung seit der Währungsreform und lassen die gegenseitige Verschuldung der genannten Stellen außer Betracht. — <sup>1)</sup> Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Europäischer Fonds. — <sup>2)</sup> Ohne Ausleihungen der Lastenausgleichsbank an den Lastenausgleichsfonds aus der Weiterleitung von 7-f-Darlehen und des Erlöses der von der Bank begebenen Anleihen und Kassenobligationen (in Pos. II, 6 bzw. 4 und 5 enthalten), ferner ohne die aus öffentlichen Mitteln gewährten Darlehen an die Gemeinden (Betrag geschätzt); hieraus sowie aus der Ausschaltung der an sonstige inländische und ausländische öffentliche Stellen gewährten Kredite erklären sich die Abweichungen von den Angaben der Tab. III A 1 des Statistischen Teils. — <sup>3)</sup> Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen, Steuergutscheine und Warenwechsel der Bundesbahn; ohne aus der Umwandlung von Ausgleichsforderungen stammende Titel. — <sup>4)</sup> Einschl. verzinsl. Schatzanweisungen, abzüglich der Anleihestücke im eigenen Bestand der Emittenten. — <sup>5)</sup> Hauptsächlich Darlehen von privaten Kapitalsammelstellen. — <sup>6)</sup> Buchkredite und Bestand der Bundesbank an Geldmarktpapieren und Anleihen. — <sup>7)</sup> Einschließlich der Bestände an Anleihen und Kassenobligationen der Lastenausgleichsbank (Beträge geschätzt); hieraus erklären sich die Abweichungen von den Angaben der Tab. III A 2 des Statistischen Teils. — <sup>8)</sup> Öffentliche und private Stellen sowie Ausland (als Differenz ermittelt). — <sup>9)</sup> Ab Juni 1960 einschl. Saarland. — <sup>10)</sup> Nach Berücksichtigung der durch die DM-Aufwertung bedingten Abnahme um 73 Mio DM. — <sup>11)</sup> Zum Teil geschätzt. — <sup>12)</sup> Berichtigt.

die Steuereinnahmen zwar wieder gestiegen. Sie beliefen sich auf rd. 2,4 Mrd DM (ohne Hansestädte und Berlin) und waren damit um 30 Mio DM höher als im Vorvierteljahr und um 183 Mio DM höher als im gleichen Quartal 1961. Die jährliche Zuwachsrate blieb mit rd. 8 vH allerdings im ersten Quartal — ebenso wie im gesamten Jahre 1961 — hinter der der Bundes- und Ländersteuern (rd. 12 vH) zurück. Bis zu einem gewissen Grade wurde dies durch höhere Zuweisungen der Länder kompensiert. Die Länderzuweisungen waren zwar, wie stets zu Beginn des neuen Rechnungsjahres, geringer als im Vorquartal, übertrafen aber den entsprechenden Vorjahrsbetrag um etwa  $\frac{1}{4}$  Mrd DM. Die vorliegenden Angaben über die Bauinvestition zeigen den gleichen Rhythmus. Auch hier ist die beträchtliche Zunahme gegenüber dem ersten Quartal von 1961 — um etwa 200 Mio DM oder rd. 16 vH — bemerkenswert. Wie sich die laufenden Ausgaben entwickelt haben, ist nicht bekannt, doch ist allein schon wegen der im letzten Jahr vorgenommenen Lohn- und Gehaltserhöhungen anzunehmen, daß sie den Stand des ersten Quartals von 1961 ebenfalls erheblich übertrafen haben.

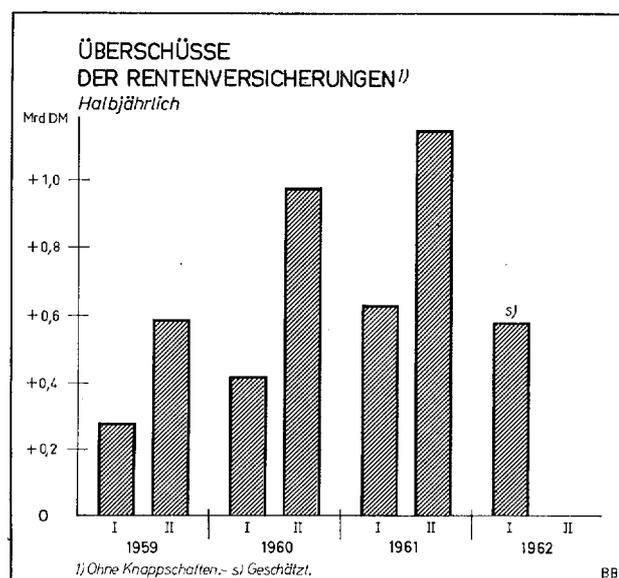
Mit der durch die Gewerbesteuersenkung bedingten Anspannung der Kassenlage dürfte es zum Teil zusammenhängen, daß die Kreditaufnahme der Gemeinden im ersten Quartal von 1962 stark zugenommen hat. Sie erreichte 540 Mio DM — etwa den doppelten Betrag wie in den Monaten Januar bis März 1961. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß in der finanziellen Situation der einzelnen Gemeinden große Unterschiede bestanden und die finanzkräftigeren auch weiterhin keine Kredite benötigten, sondern noch Überschüsse der laufenden Einnahmen über die gesamten Ausgaben aufwiesen. Offenbar haben bei der Verschuldungszunahme in den ersten Monaten d. J. auch vorsorgliche Kreditaufnahmen eine große Rolle gespielt. Im zweiten Quartal war der Anstieg der kommunalen Verschuldung mit rd. 400 Mio DM (gegen 270 Mio DM im gleichen Vierteljahr von 1961) wiederum sehr groß, wenn auch etwas niedriger als im ersten. Ein sehr erheblicher Teil der von den Kommunen im ersten Halbjahr in Anspruch genommenen Kredite (insgesamt fast 1 Mrd DM gegen reichlich  $\frac{1}{2}$  Mrd DM im ersten Halbjahr 1961) ist weiter auf den Konten der Gemeinden bei den Kreditinstituten, in erster Linie im Sparkassenbereich, stehengeblieben. Hierauf deutet allein schon die sehr starke Zunahme des Gesamtbetrages an öffentlichen Spareinlagen hin.

Nach den Entwicklungstendenzen, die sich im Bereich der Gemeindehaushalte z. Z. abzeichnen, dürfte sich die finanzielle Situation im laufenden Jahr im Ver-

gleich zu 1961 in gewissem Umfang verschlechtern. Einmal dürften die Investitionsausgaben zunächst weiter beträchtlich wachsen. Auf der anderen Seite ist es fraglich, ob sich die Überschüsse der laufenden Rechnung auf der Höhe des letzten Jahres halten werden. Die Steuermehreinnahmen werden nach den offiziellen Steuerschätzungen im laufenden Jahr nur noch rd. 600 Mio DM (6,4 vH) erreichen gegen rd. 750 Mio DM (8,7 vH) im Vorjahr, und wenn auch die laufenden Zuweisungen von den Ländern mit rd. 4,7 Mrd DM um rd. 1,4 Mrd DM höher veranschlagt sind als die effektiven Zahlungen des Vorjahres, so dürfte der Anstieg der laufenden Ausgaben hinter der zu erwartenden Steigerung der gesamten ordentlichen Einnahmen nicht zurückbleiben, sondern diese vielleicht sogar übertreffen. Viele Gemeinden werden also auf ihre — zum Teil noch sehr hohen — Bankguthaben zurückgreifen müssen, aber auch der Kreditbedarf wird voraussichtlich relativ groß bleiben, so daß sich die Finanzentwicklung der Gemeinden, global betrachtet, im Prinzip kaum von der der anderen Haushalte unterscheiden wird.

#### Rentenversicherungen und Arbeitslosenversicherung

Die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherungen sind aus saisonalen Gründen im zweiten Vierteljahr nur wenig gewachsen; sie hielten auch nicht ganz mit der Entwicklung der Ausgaben Schritt, so daß die Rechnungsüberschüsse mit schätzungsweise 250 Mio DM etwas geringer waren als im ersten Quartal (rd. 330 Mio DM). Auch im Vergleich zum Vorjahr sind die Überschüsse leicht gesunken, da die — längerfristig betrachtet — immer noch verhältnismäßig kräftige konjunkturelle Zunahme des Beitragsaufkommens durch die Erhöhung der Rentenzahlungen, die vor allem aus der



**Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen**  
in Mio DM

	1960		1961				1962					
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März <sup>*)</sup>	April	Mai	Juni <sup>*)</sup>
<b>Einlagen der öffentlichen Haushalte bei der Bundesbank<sup>*)</sup></b>												
Gesamt	3 537	2 859	5 329	5 656	5 479	3 853	5 761	5 777	5 761	4 769	4 317	5 777
Bund	1 033	39	1 637	1 635	1 211	31	572	144	572	351	16	144
Lastenausgleichsfonds	46	80	203	181	241	77	168	276	168	58	391	276
ERP-Sondervermögen <sup>1)</sup>	272	120	280	250	117	87	239	282	239	217	197	282
Länder	2 159	2 565	3 187	3 551	3 885	3 625	4 751	5 045	4 751	4 118	3 691	5 045
Gemeinden u. Sozialversicherungen	27	55	22	39	25	33	31	30	31	25	22	30
<b>Einlagen inländischer öffentlicher Stellen bei Kreditinstituten<sup>*)</sup></b>												
Gesamt	14 383	15 528	15 570	16 838	17 317	18 273	18 435	19 293	18 435	18 373	19 489	19 293
Sichteinlagen	2 971	3 664	3 098	3 321	3 454	4 272	3 556	3 895	3 556	3 610	3 930	3 895
Termineinlagen	7 856	8 012	8 395	9 338	9 532	9 343	9 901	10 250	9 901	9 767	10 443	10 250
Spareinlagen	3 556	3 852	4 077	4 179	4 331	4 658	4 978	5 148	4 978	4 996	5 116	5 148
<b>Verschuldung der öffentlichen Haushalte<sup>*)</sup></b>												
<b>Inländische Kreditmarktverschuldung<sup>*)</sup></b>												
Gesamt	19 680	20 438	21 604	22 407	23 552	23 734	23 785	24 115 <sup>p)</sup>	23 785	.	.	24 115 <sup>p)</sup>
Bund	3 686	3 940	4 688	5 365	6 254	6 017	5 526	5 444	5 526	5 388	5 662	5 444
Lastenausgleichsfonds	1 403	1 490	1 638	1 640	1 635	1 680	1 834	1 930	1 834	1 841	1 935	1 930
Länder <sup>4)</sup>	4 371	4 348	4 348	4 202	3 963	3 777	3 625	3 541	3 625	.	.	3 541
Gemeinden <sup>4)</sup>	10 220	10 660	10 930	11 200	11 700	12 260	12 800	13 200	12 800	.	.	13 200
Ausgleichsforderungen												
Gesamt	20 620	20 552	20 563	20 499	20 517	20 407	20 359	20 272	20 359	20 359	20 358	20 272
Bund	11 177	11 164	11 175	11 167	11 185	11 142	11 134	11 108	11 134	11 134	11 133	11 108
Länder	9 448	9 388	9 388	9 332	9 332	9 265	9 225	9 164	9 225	9 225	9 225	9 164
Deckungsforderungen (Lastenausgleichsfonds)	.	2 163	.	.	.	2 080	.	.	.	.	.	.
Auslandsverschuldung												
Bund <sup>5)</sup>	6 826	6 856	6 535	3 455	3 464	3 465	3 462	...	3 462	.	.	...
Länder	161	164	157	157	156	211	...	...	...	.	.	...
<b>Verschuldung öffentlicher Unternehmen<sup>*)</sup></b>												
<b>Inländische Kreditmarktverschuldung<sup>*)</sup></b>												
Bundesbahn	5 185	5 292	5 777	5 916	6 161	6 445	6 852	7 147	6 852	6 989	7 014	7 147
Bundespost	4 343	4 586	4 794	5 036	5 243	5 490	5 935	6 036	5 935	5 946	6 002	6 036
<b>Einnahmen aus Steuern und Abgaben</b>												
<b>Steuereinnahmen von Bund und Ländern</b>												
Gesamt	14 653	15 966	15 448	15 919	16 733	18 134	17 360	17 677 <sup>p)</sup>	7 407	4 541	4 947	8 189 <sup>p)</sup>
darunter:												
Einkommensteuern <sup>6)</sup>	6 388	7 140	6 904	7 083	7 630	8 107	8 045	8 141	4 567	1 559	1 578	5 004
Umsatzsteuer	4 019	4 336	4 320	4 356	4 459	4 730	4 559	4 594	1 336	1 518	1 516	1 560
Verbrauchssteuern und Zölle	3 077	3 253	2 962	3 207	3 370	3 810	3 234	3 422	1 102	1 053	1 159	1 210
Lastenausgleichsabgaben	414	551	505	505	459	555	577	588	99	133	398	57
Gemeindesteuern	2 479	2 662	2 506	2 620	2 659	2 686	2 707	...	.	.	.	.
<b>Bundeshaushalt</b>												
Kasseneingänge	10 021	10 782	10 426	10 440	10 915	11 870	11 327	11 452	4 272	3 336	3 325	4 791
Kassenausgänge	9 717	12 045	8 611	10 410	11 249	13 057	10 719	11 623	3 663	3 549	4 010	4 064
Kassenüberschuß (+) bzw. -defizit (-)	+ 304	-1 263	+1 815	+ 30	-334	-1 187	+ 608	- 171	+ 609	- 213	- 685	+ 727
<b>Lastenausgleichsfonds</b>												
Kasseneingänge <sup>7)</sup>	829	1 094	839	858	863	1 014	942	1 027	207	206	569	252
Kassenausgänge <sup>7)</sup>	874	1 125	866	875	786	1 212	987	1 075	358	338	345	392
Kassenüberschuß (+) bzw. -defizit (-)	- 45	- 31	- 27	- 17	+ 77	- 198	- 45	- 48	- 151	- 132	+ 224	- 140
<b>Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten</b>												
Beitragsaufkommen	3 481	3 654	3 563	3 653	3 825	4 226	3 955	3 993	1 289	1 180	1 452	1 361
Rentenzahlungen	3 543	3 597	3 783	3 815	3 881	3 906	4 087	4 117	1 474	1 364	1 375	1 378
<b>Arbeitslosenversicherung<sup>8)</sup></b>												
Einnahmen	535	582	497	561	400	108	91	291	25	44	92	155
Ausgaben	189	205	404	220	195	230	524	365	207	158	117	90

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VI, Öffentliche Finanzen, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes und früherer Hefte.

<sup>\*)</sup> Stand am Vierteljahres- bzw. Monatsende. — <sup>1)</sup> Ohne Einlagen aus der Teilprivatisierung des VW-Werkes. — <sup>2)</sup> Außer den Einlagen der vorstehend aufgeführten Haushalte sind hierin auch die Einlagen der Bundesbahn, der Bundespost und sonstiger öffentlicher Unternehmen (soweit diese keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen) enthalten. — <sup>3)</sup> Neuverschuldung seit der Währungsreform; ohne die Anleihestücke im eigenen Bestand. — <sup>4)</sup> Zum Teil geschätzt. — <sup>5)</sup> Ab 2. Vj. 1961 ohne Verschuldung an die Bundesbank wegen des Forderungserwerbs aus der Nachkriegswirtschaftshilfe. — <sup>6)</sup> Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer. — <sup>7)</sup> Eingänge auf bzw. Ausgänge aus dem bei der Bundesbank unterhaltenen Konto des Bundesausgleichsamts abzüglich Verschuldungstransaktionen. — <sup>8)</sup> Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. — <sup>p)</sup> Vorläufig.

zu Beginn d. J. vorgenommenen „Anpassung“ resultierte, nahezu kompensiert wurde und die sonstigen Aufwendungen stärker gestiegen sind als die Bundeszuschüsse und die Vermögenserträge. Die Beitragseinnahmen (ohne die der Knappschaften, für die neuere Angaben noch nicht vorliegen) erreichten im Berichtszeitraum einen Betrag von 3,99 Mrd DM gegen 3,65 Mrd DM in der gleichen Zeit des Vorjahres. Ihre Wachstumsrate, die im ersten Quartal noch 11 vH und im Durchschnitt des Jahres 1961 sogar 13 vH betragen hatte, hat sich weiter — auf rd. 9 vH — verringert. Sie hat damit die Zuwachsrate der Rentenausgaben, die im zweiten Quartal mit 4,13 Mrd DM um rd. 300 Mio DM oder 8 vH höher waren als ein Jahr zuvor, fast erreicht. Die Überschüsse der Rentenversicherungen dürften infolgedessen, nachdem sie sich in den beiden letzten Jahren auf Grund der günstigen Beitragsentwicklung mehr als verdoppelt hatten, im laufenden Jahr nicht mehr zunehmen. Auf weitere Sicht ist sogar mit einer Abnahme zu rechnen, da — wie bereits im Monatsbericht für Januar 1962 ausgeführt — die Rentenausgaben, der Entwicklung der allgemeinen Bemessungsgrundlage folgend, in den nächsten Jahren stark wachsen werden, wenn an der jährlichen Anpassung der Renten an die steigende Bemessungsgrundlage festgehalten wird, während sich das Wachstum der Einnahmen beträchtlich abschwächen wird, wenn die Welle der Lohn- und Gehaltssteigerungen der letzten Jahre abebbt.

Daß für die späteren Jahre und Jahrzehnte die finanziellen Perspektiven der Rentenversicherungen wegen des wachsenden Mißverhältnisses zwischen der Zahl der Rentner und der Versicherten (d. h. der Beitragszahler) noch ungünstiger sind, dürften die ersten — auf den Stichtag vom 1. Januar 1959 bezogenen — „Versicherungstechnischen Bilanzen“ zeigen, die die Bundesregierung demnächst (wenn auch mit erheblicher Verspätung gegenüber den Intentionen des Gesetzgebers) vorlegen wird. Im Monatsbericht für Oktober wird hierauf voraussichtlich näher eingegangen werden können.

Die *Arbeitslosenversicherung*, die im ersten Quartal mit einem Fehlbetrag von 434 Mio DM abgeschlossen hatte, wies — im Gegensatz zu den Vorjahren — auch im zweiten Vierteljahr noch ein Defizit auf, wenn dieses mit 74 Mio DM auch verhältnismäßig niedrig war. Der Rückgang des Defizits ist teils auf die Wiedereinführung der von August 1961 bis März 1962 gänzlich sistierten Beitragserhebung, teils auf die saisonal bedingte Abnahme der Unterstützungszahlungen zurückzuführen. Die Beitragseinnahmen machten im zweiten Quartal einen Betrag von 213 Mio DM aus gegen nur 13 Mio DM im ersten Vierteljahr, bei denen es sich ausschließ-

lich um Nachzahlungen für die Zeit vor dem 1. August 1961 handelte. Die vergleichbaren Einnahmen des Vorjahres (487 Mio DM) haben sie allerdings bei weitem nicht erreicht, da der neue Beitragssatz nur noch 1,4 vH der Arbeitsentgelte beträgt gegenüber einem Satz von 2 vH, der bis zur zeitweiligen Beitragsaussetzung gegolten hatte, und da ferner die (aus verwaltungstechnischen Gründen von den Krankenkassen eingesammelten) Beiträge gewöhnlich mit einer Verspätung von einigen Wochen bei der Arbeitslosenversicherung abgeliefert werden. Die Unterstützungszahlungen der Arbeitslosenversicherung sind von 377 Mio DM im ersten auf 185 Mio DM im zweiten Quartal zurückgegangen. Gemessen an den entsprechenden Vorjahrsausgaben (69 Mio DM) waren sie damit verhältnismäßig hoch, da wegen der ungünstigeren Witterung vor allem für die Schlechtwettergeldregelung vergleichsweise umfangreiche Mittel aufgewendet werden mußten.

Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherungen und der Arbeitslosenversicherung in Mrd DM

Zeit	Einnahmen			Ausgaben		Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—)
	Gesamt	darunter		Gesamt	darunter	
		Beiträge	Zahlungen des Bundes			
I. Rentenversicherungen (ohne Knappschaften)						
1958 gesamt	15,46	10,88	3,97	14,55	12,17	+ 0,91
1959 "	16,64	11,80	4,20	15,78	13,17	+ 0,86
1960 "	18,64	13,45	4,46	17,25	14,21	+ 1,39
1961 " <sup>P)</sup>	20,70	15,26	4,57	18,92	15,43	+ 1,78
1960 1. Vj.	4,38	3,15	1,12	4,17	3,52	+ 0,21
2. "	4,48	3,17	1,10	4,28	3,53	+ 0,20
3. "	4,76	3,48	1,10	4,39	3,55	+ 0,37
4. "	5,02	3,65	1,14	4,41	3,61	+ 0,61
1961 1. Vj.	4,84	3,56	1,14	4,51	3,79	+ 0,33
2. "	4,97	3,65	1,14	4,67	3,83	+ 0,30
3. "	5,17	3,82	1,14	4,81	3,89	+ 0,36
4. " <sup>P)</sup>	5,72	4,23	1,15	4,93	3,92	+ 0,79
1962 1. Vj. <sup>P)</sup>	5,31	3,95	1,20	4,98	4,11	+ 0,33
2. " <sup>P)</sup>	...	3,99	...	...	4,13	...
II. Arbeitslosenversicherung						
1958 gesamt	1,69	1,44	0,02	1,75	1,14	— 0,06
1959 "	1,79	1,55	0,01	1,49	0,89	+ 0,30
1960 "	2,09	1,77	0,01	1,13	0,55	+ 0,96
1961 "	1,57	1,26	0,00	1,05	0,45	+ 0,52
1960 1. Vj.	0,51	0,40	0,01	0,51	0,36	— 0,00
2. "	0,47	0,42	0,00	0,23	0,08	+ 0,24
3. "	0,53	0,47	0,00	0,19	0,05	+ 0,34
4. "	0,58	0,48	0,00	0,20	0,06	+ 0,38
1961 1. Vj.	0,50	0,43	0,00	0,41	0,26	+ 0,09
2. "	0,56	0,49	0,00	0,22	0,07	+ 0,34
3. "	0,40	0,32	0,00	0,19	0,05	+ 0,21
4. "	0,11	0,02	0,00	0,23	0,07	— 0,12
1962 1. Vj.	0,09	0,01	0,00	0,52	0,38	— 0,43
2. "	0,29	0,21	0,00	0,37	0,19	— 0,08

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung bzw. Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. — <sup>P)</sup> Vorläufig.

## Bundesbahn und Bundespost

Die schon seit etwa zwei Jahren sowohl bei der Bundesbahn als auch bei der Bundespost zu beobachtende Tendenz zu einer steigenden Schuldaufnahme hat sich im bisherigen Verlauf d. J. weiter verstärkt. Die Ursache hierfür liegt vor allem in der ständigen Erhöhung der Investitionsaufwendungen; neuerdings spielt ferner eine Rolle, daß sich das Verhältnis der Erträge zu den Ausgaben verschlechtert hat.

Die Kreditmarktverschuldung der *Bundesbahn* ist im zweiten Quartal um 295 Mio DM gegen 407 Mio DM im ersten Vierteljahr gewachsen. Die Verringerung im Anstieg erklärt sich zum Teil daraus, daß die kassenmäßigen Investitionsausgaben im zweiten Quartal meist nicht so hoch sind wie im ersten, in dem im Zusammenhang mit dem Jahresabschluß umfangreiche Rechnungen aus dem Vorjahr bezahlt werden. Außerdem hat die Bahn im Berichtszeitraum per Saldo rd. 140 Mio DM an Darlehen von öffentlichen Stellen erhalten gegen nur 77 Mio DM im ersten Vierteljahr. Im gesamten ersten Halbjahr ist ihre Kreditmarktverschuldung um 702 Mio DM und damit stärker gestiegen als in der gleichen Zeit des Vorjahres (+ 624 Mio DM). Einschließlich der von öffentlichen Stellen gewährten höheren Darlehen (rd. 220 Mio DM gegen rd. 90 Mio DM im ersten Halbjahr 1961), wobei es sich jedoch lediglich um eine Vorziehung von an sich später fälligen Zuweisungen von Bundesmitteln handelte, und der im Ausland aufgenommenen Kredite (35 Mio DM) standen ihr mithin rd. 245 Mio DM mehr an fremden Mitteln zur Verfügung als in der gleichen Zeit von 1961. Der höhere Fremdmittelbedarf war zum Teil durch die fühlbare Verschlechterung der Gewinn- und Verlustrechnung bedingt, die von Januar bis März (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) mit einem Verlust von 109 Mio DM abschloß, nachdem sie in der gleichen Zeit des Vorjahres nahezu ausgeglichen war. Die Verluste sind auf die gestiegenen Betriebsausgaben zurückzuführen, und zwar vor allem auf die durch Lohn- und Gehaltsaufbesserungen erhöhten Personalkosten, für die die Bahn aus eigenen Mitteln keinen Ausgleich zu schaffen vermochte, da ihre Betriebseinnahmen seit einiger Zeit nahezu stagnieren. Hinzu kommt, daß auch die Investitionsausgaben weiter zugenommen haben dürften. Neuere Angaben hierüber sind zwar nicht verfügbar, doch lassen die im laufenden Wirtschaftsplan veranschlagten Bruttoinvestitionen (335 Mio DM mehr als 1961) auf eine derartige Entwicklung schließen.

Die im zweiten Quartal aufgenommenen Kreditmarktmittel — wie erwähnt 295 Mio DM — konnten

## Die Bruttoanlageinvestitionen der Bundesbahn und der Bundespost in Mio DM

Jahr	Gesamt	Bundesbahn	Bundespost
1959	3 154	2 164	990
1960	3 338	2 186	1 152
1961	3 900	2 525 <sup>a)</sup>	1 375 <sup>a)</sup>
1962	4 625	2 860 <sup>a)</sup>	1 765 <sup>a)</sup>

<sup>a)</sup> Ansätze der Wirtschaftspläne.

zum größeren Teil durch die Emission einer Anleihe im Betrag von 260 Mio DM beschafft werden. Die übrigen Mittel wurden kurzfristig durch Erhöhung des Schatzwechselumlaufs und der Kassenvorschüsse der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank aufgebracht. Im zweiten Halbjahr dürfte der Kreditbedarf der Bahn wiederum sehr groß sein, zumal sie vom Bund bereits den überwiegenden Teil der im Haushaltsplan für 1962 veranschlagten Investitionsdarlehen und -hilfen erhalten hat. Die Bundesbahn hat daher bereits im Juli die Auflegung einer weiteren Anleihe im Betrag bis zu 300 Mio DM in die Wege geleitet, die Ende August oder Anfang September begeben werden soll.

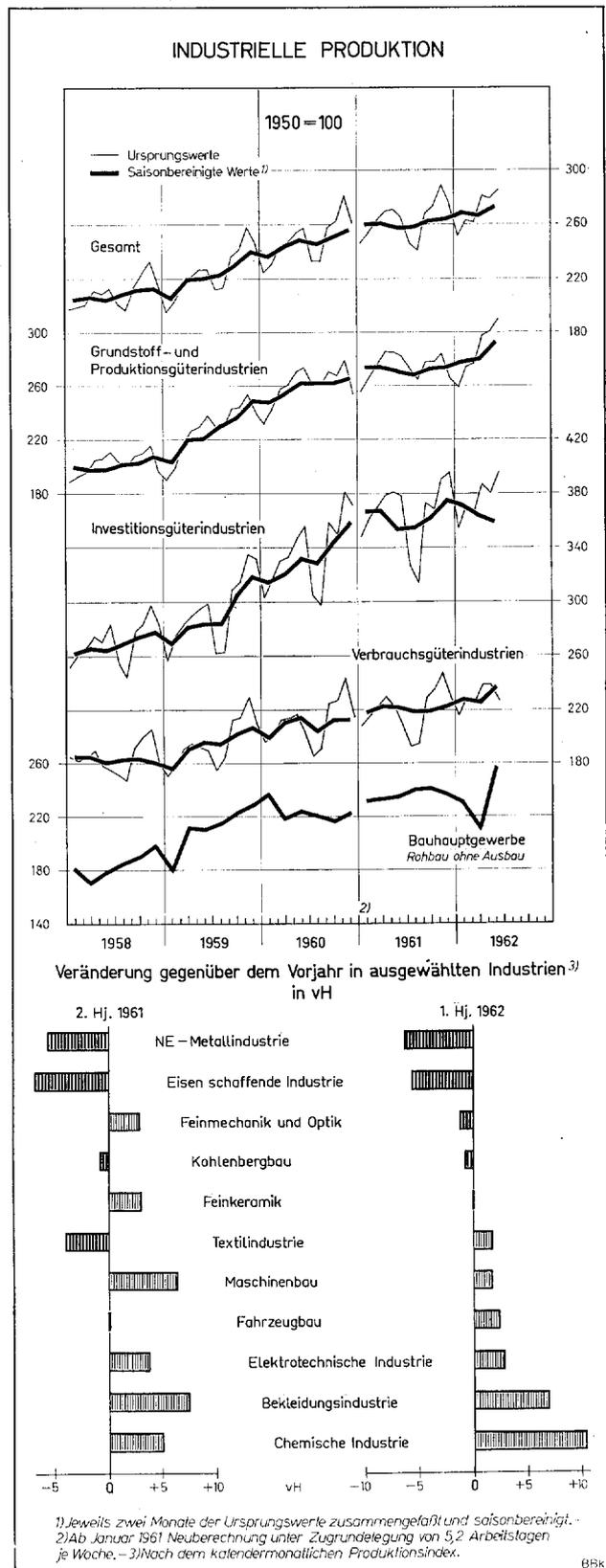
Die Kreditmarktverschuldung der *Bundespost* ist im zweiten Vierteljahr um rd. 100 Mio DM gestiegen. Die Zunahme war wesentlich geringer als die des entsprechenden Vorjahrsquartals (242 Mio DM), was vermutlich darauf zurückzuführen ist, daß die umfangreichen Kredite, die die Post im ersten Quartal aufgenommen hatte (rd. 450 Mio DM), zum Teil erst im zweiten Vierteljahr benötigt wurden. Faßt man die beiden Quartale zusammen, so war die Kreditaufnahme mit 546 Mio DM um rd. 100 Mio DM größer als im ersten Halbjahr von 1961. Bereits Ende Juli hat die Post eine weitere Anleihe in Höhe von 210 Mio DM begeben. Der wachsende Kreditbedarf ist in erster Linie eine Folge der gestiegenen Investitionsausgaben, die nach den diesjährigen Haushaltsansätzen mit nahezu 1,8 Mrd DM um 390 Mio DM höher sein werden als im letzten Jahr und beinahe doppelt so hoch wie im Jahre 1959 (990 Mio DM). Ferner hat sich die Gewinn- und Verlustrechnung etwas verschlechtert. Anders als bei der Bahn nehmen die Betriebserträge hier zwar noch verhältnismäßig stark zu, jedoch hat sich das Wachstum im Vergleich zu den beiden Vorjahren sichtlich verlangsamt; seit einiger Zeit bleibt es hinter der Zunahme der Aufwendungen zurück. Im ersten Quartal d. J. wies die Post jedenfalls einen Verlust von 40 Mio DM auf, während sie zur gleichen Zeit des Vorjahres noch mit einem, wenn auch nur bescheidenen, Gewinn abgeschlossen hatte.

# Allgemeine Konjunkturlage

## Anhaltende Hochkonjunktur . . .

Ungeachtet gewisser Entwicklungen, die, längerfristig gesehen, offenkundig auf eine Konjunkturabschwächung hinwirken, stand die Wirtschaftstätigkeit, dem äußeren Erscheinungsbild nach, auch in den letzten Monaten im Zeichen einer ausgesprochenen Hochkonjunktur, ja sogar einer weiteren Expansion. Die Belebung, die in weiten Sektoren der Wirtschaft in den Frühjahrsmonaten Platz zu greifen pflegt, war in diesem Jahr eher stärker als sonst, wobei freilich mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß sich die rein saisonalen Schwankungen insofern etwas akzentuiert haben, als die Einschränkungen in den Sommermonaten wegen der Massierung von Urlauben und Betriebsferien stärker geworden sind und zum Ausgleich hierfür in den vorangehenden Monaten mehr gearbeitet wird. Immerhin ist die industrielle Produktion vom ersten zum zweiten Quartal um fast 9 vH gestiegen gegen knapp 6 vH im Vorjahr. Ihr Zuwachs gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsquartal hat sich damit auf 4,9 vH gegenüber 1,7 vH im ersten Vierteljahr erhöht; besonders im Juni war der Abstand mit 7,5 vH erheblich, was jedoch, wie schon angedeutet, bis zu einem gewissen Grade damit zusammenhängen mag, daß in diesem Monat ein Teil der sonst in den Ferienmonaten Juli und August geleisteten Arbeit vorgezogen wurde — von den Schwierigkeiten ganz abgesehen, die die unterschiedliche Zahl der Arbeitstage einer genauen Berechnung der Monatsziffern des Index nach wie vor bereitet. Auch der Arbeitsmarkt steht weiter im Zeichen einer außerordentlichen Anspannung. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende Juni nur noch 88 000, d. h. sie war im Vergleich zu dem schon völlig anomalen Tiefstand von Ende Juni 1961 noch um 11 000 gesunken und stellte sich auf lediglich 0,4 vH der Zahl der insgesamt erfaßten unselbständigen Erwerbspersonen. Gleichzeitig ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen weiter gestiegen. Sie lag Ende Juni bei nahezu 600 000, d. h. um rd. 30 000 höher als vor einem Jahr. Auch die Zahl der in der Bundesrepublik tätigen ausländischen Arbeitskräfte, die zur Zeit mit etwa 650 000 ihren Vorjahresstand um ungefähr 150 000 übertreffen dürfte, beweist, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften bisher kaum nachgelassen hat. Das ist um so bemerkenswerter, als sich in letzter Zeit die Arbeitskraftfluktuation zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen, die in den ersten Monaten des Jahres offenbar durch die Tendenz zur Hortung von Arbeitskräften beeinträchtigt war, inzwischen etwas verstärkt zu haben

scheint, indem von den weniger durch die Konjunktur begünstigten Zweigen, wie z. B. dem Montanbereich,



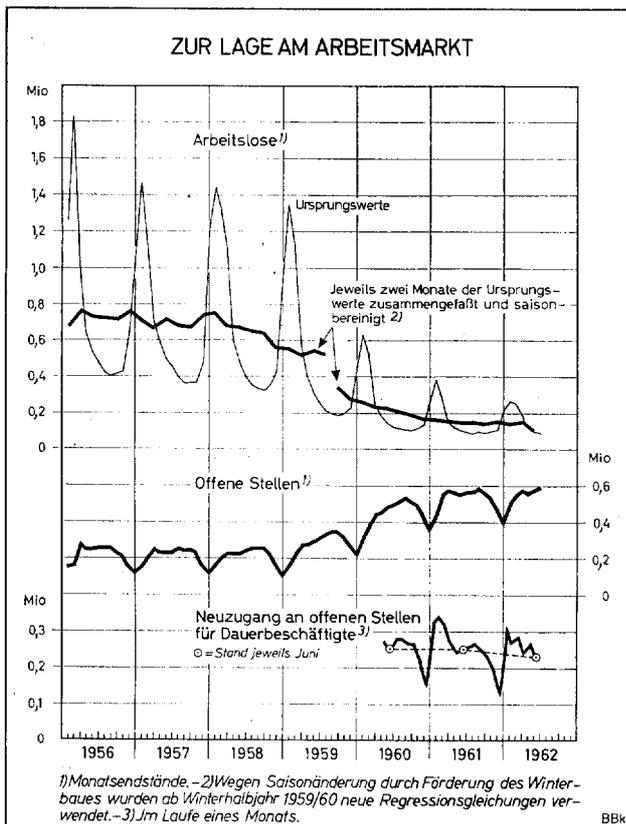
dem Schiffbau und einigen Verbrauchsgüterindustrien, Kräfte an die expansiveren Bereiche abgegeben wurden. Der Sog, den die Produktion auf den Arbeitsmarkt ausübt, ist im ganzen also — trotz der hie und da notwendig gewordenen Betriebseinschränkungen und -stilllegungen — noch sehr beträchtlich. Er führt zu um so größeren Spannungen als die Arbeitszeit gleichwohl laufend verkürzt wird.

Wie im folgenden dargelegt, beruht die teilweise sogar verstärkte Hochkonjunktur der letzten Monate jedoch nicht auf neuen grundlegenden Konjunkturimpulsen, sondern zum Teil nur auf Nachwirkungen des Booms, der sich in den Jahren 1959 bis 1961 entwickelt hatte. Es war von vornherein klar, daß ein Boom von so starker Intensität nicht rasch abklingen würde, sondern daß er ein beträchtliches Beharrungsvermögen, ja in mancher Hinsicht sogar Selbsterhaltungstendenzen, wenn auch nur von beschränkter Dauer, an den Tag legen würde.

Ein gewisses Beharrungsvermögen des Booms ergibt sich schon daraus, daß sich in seinem Verlauf erhebliche Auftragsbestände angesammelt haben, die selbst in Bereichen, in denen die laufende Nachfrage inzwischen schwächer geworden ist, vielfach noch zu äußersten Produktionsanstrengungen zwingen. Manche Unternehmen nehmen überdies zur Zeit noch Aufträge herein, von denen sie keine Gewinne mehr erwarten kön-

nen, sondern vielleicht gar Verluste befürchten müssen, mit deren Hilfe sie jedoch zumindest fürs erste stärkere Produktionseinschränkungen vermeiden und im Geschäft bleiben möchten. Eine typische Nachwirkung des Booms ist weiter der anhaltende Anstieg der öffentlichen Ausgaben. Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte sind in den ersten Stadien des Booms fast durchweg stärker gestiegen als die Ausgaben; seit geraumer Zeit ziehen die Ausgaben jedoch in raschem Tempo nach, ja sie wachsen neuerdings sogar stärker als die Einnahmen, mit dem Effekt, daß die vordem gebildeten Überschüsse nunmehr rasch in den Kreislauf zurückfließen und die Übernachfrage stützen, d. h. eine raschere Normalisierung der Marktlage verhindern. Der Bund namentlich hat die hohen Guthaben, über die er zeitweilig im vergangenen Jahr verfügte, mittlerweile völlig verausgabt, und auch bei den Ländern haben die Kassenbestände — die allein auf ihren Konten bei der Bundesbank in der Spitze auf über 5 Mrd DM angewachsen waren — neuerdings deutlich sinkende Tendenz. In das gleiche Kapitel gehört, daß die Investitionen und vor allem auch die Investitionspläne mancher öffentlicher Unternehmungen, im Gegensatz zu denen weiter Bereiche der Privatwirtschaft, noch im Zeichen einer starken Expansion stehen, und zwar sichtlich stimuliert durch den bisherigen Trend der Konjunktur und den allgemeinen Anstieg der öffentlichen Ausgaben. Der Wirtschaftsplan der Bundespost z. B. sieht für das laufende Jahr Bruttoanlageinvestitionen vor, die mit 1,76 Mrd DM um fast 400 Mio DM höher sind als die für 1961 veranschlagten und, wenn die Ansätze realisiert werden, die Ist-Aufwendungen für diese Zwecke im Jahre 1959 um ungefähr 80 vH übertreffen dürften.

Ein Bereich, in dem sich der Auftragsüberhang und die hohen öffentlichen Ausgaben in besonders verhängnisvoller Weise auswirken, ist nach wie vor die Bauwirtschaft. Sie steht weiter im Zeichen einer beträchtlichen Übernachfrage, die den Preisindex für Bauleistungen im Wohnungsbau bis Mai d. J. auf einen Stand steigen ließ, der um 4 vH über dem von Februar d. J. und um 11 vH über dem von Mai vorigen Jahres lag. Die Zahl der begonnenen, aber noch nicht fertiggestellten und der bereits genehmigten, wenn auch noch nicht in Angriff genommenen Wohnungsbauprojekte stellte sich zu Beginn dieses Jahres auf 717 000 gegen 657 000 vor einem Jahr und 611 000 zu Beginn des Jahres 1960. Es kommt hinzu, daß der Abbau dieses Überhangs in diesem Jahr durch das schlechte Wetter, das in den ersten Monaten des Jahres herrschte, noch mehr verzögert wurde, als es infolge des Arbeitskräfte-Engpasses, der namentlich die Aus-



Zur Entwicklung von Produktion, Umsatz und Beschäftigung  
Bundesgebiet ohne Berlin (West)

	1961						1962					Veränderung 2. Vj. 1962 gegen 2. Vj. 1961 in vH <sup>p)</sup>
	April	Mai	Juni	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	April	Mai <sup>p)</sup>	Juni <sup>p)</sup>	1. Vj.	2. Vj. <sup>p)</sup>	
				Monatsdurchschnitte						Monatsdurchschnitte		
<b>Index der Industrieproduktion <sup>1)</sup></b> (arbeitsmäßig <sup>1)</sup> , 1950 = 100)												
Gesamt	270	271	265	269	252	280	281	279	285	259	282	+ 4,9
Bauwirtschaft	267	281	266	271	259	238	284	291	300	177	292	+ 7,6
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	286	285	283	285	272	276	298	301	310	270	303	+ 6,4
Investitionsgüterindustrien	379	380	378	379	338	385	387	380	396	364	388	+ 2,2
darunter:												
Maschinenbau	318	324	323	322	296	331	328	315	338	304	327	+ 1,5
Fahrzeugbau	598	614	606	606	488	567	623	635	649	589	636	+ 5,0
Verbrauchsgüterindustrien	229	223	210	221	206	238	239	239	227	224	235	+ 6,4
darunter:												
Textilindustrie	182	176	172	177	156	182	182	187	179	179	183	+ 3,3
<b>Steinkohlenbergbau (Tsd t)</b>												
Förderung, fördertätlich	549,4	541,5	534,1	541,7	518,9	552,1	533,6	530,5	519,1	549,1	527,7	- 2,6
Haldenbestände (Steinkohle und -koks) <sup>2)</sup>	11 471	12 113	12 439	12 439	11 959	11 988	10 986	10 577	10 060	11 501	10 060	-19,1
Steinkohleneinfuhr (ohne Koks) <sup>3)</sup>	627	519	548	565	618	634	681	728	723	573	711	+25,8
<b>Eisen- und Stahlindustrie (Tsd t)</b>												
Rohseisenzeugung, kalendertätlich	69,9	70,1	71,4	70,5	70,2	65,8	64,8	67,3	66,7	67,0	66,3	- 6,0
Rohstahlerzeugung, produktionstätlich	104,6	103,8	106,0	104,8	98,4	94,8	100,2	102,7	99,8	97,2	100,9	- 3,7
Walzstahlfertigerzeugnisse <sup>4)</sup>												
Lieferungen	1 806	1 824	1 839	1 823	1 801	1 672	1 663	1 823	1 742	1 755	1 743	- 4,4
Auftragsgänge	1 672	1 797	1 674	1 714	1 591	1 677	1 778	1 849	1 768	1 899	1 798	+ 4,9
Auftragsbestände <sup>5)</sup>	5 156	5 044	4 882	4 882	4 137	3 948	4 363	4 332	4 300	4 299	4 300	-11,9
<b>Auftragseingang bei der Industrie <sup>1)</sup></b> (Werte: kalendermonatlich in vH des Umsatzes von 1954)												
Gesamt	195	201	206	201	194	207	205	220	198	202	208	+ 3
Grundstoffindustrien	178	182	188	183	181	173	184	197	185	181	189	+ 3
Investitionsgüterindustrien	237	237	264	246	242	260	253	261	238	259	251	+ 2
darunter:												
Maschinenbau	238	246	277	254	242	255	234	242	216	242	231	- 9
Fahrzeugbau	272	260	275	269	233	281	296	329	302	306	309	+15
Verbrauchsgüterindustrien	163	177	152	164	146	183	167	197	163	156	176	+ 7
darunter:												
Textilindustrie	139	142	125	135	123	155	143	156	127	136	142	+ 5
<b>Bauwirtschaft</b>												
Geleistete Arbeitsstunden (Mio <sup>6)</sup> )												
Gesamt	223,6	243,9	241,6	236,3	240,5	208,1	225,6	253,9	241,0	158,2	240,2	+ 1,7
Wohnungsbauten	94,3	102,5	100,9	99,2	98,7	84,3	93,0	103,6	...	61,6	...	- 0,1 <sup>x)</sup>
Öffentliche und Verkehrsbauten	73,3	81,1	81,0	78,5	82,8	72,5	79,1	91,4	...	54,1	...	+10,5 <sup>x)</sup>
Gewerbliche und industrielle Bauten	48,4	51,5	51,4	50,4	51,0	45,4	46,9	51,0	...	39,2	...	- 2,0 <sup>x)</sup>
Geplanter Bauaufwand für genehmigte Hochbauten (Mio DM)												
Gesamt	2 853,4	2 660,8	2 778,5	2 764,2	2 840,6	2 585,6	2 596,6	3 276,7	3 109,4	2 310,4	2 994,2	+ 8,3
Wohngebäude	1 711,1	1 666,7	1 778,4	1 718,7	1 811,1	1 658,5	1 649,7	1 970,1	1 970,7	1 458,0	1 863,5	+ 8,4
Übrige Gebäude	1 142,3	994,1	1 000,1	1 045,5	1 029,5	927,1	946,9	1 306,6	1 138,7	852,4	1 130,7	+ 8,1
Wohnungsbauhypotheken von Kapital-sammelstellen (Mio DM) <sup>7)</sup>												
Monatliche Zusagen	924,9	1 023,2	1 045,6	997,9	1 067,1	957,9	1 003,0	1 244,6	923,1	1 038,3	1 056,9	+ 5,9
Monatliche Auszahlungen	654,3	667,5	763,4	695,1	821,1	956,8	689,1	845,4	848,4	701,7	794,3	+14,3
<b>Umsätze im Einzelhandel</b> (1954 = 100)												
Werte												
Gesamt	161	169	160	163	164	216	191	182	182	163	185	+13
davon:												
Nahrungs- und Genussmittel	155	163	158	159	162	180	174	168	178	161	173	+ 9
Bekleidung, Wäsche und Schuhe	156	162	146	155	147	234	197	170	172	142	180	+16
Hausrat und Wohnbedarf	168	178	169	172	189	253	194	196	182	176	191	+11
Sonstiges	175	183	179	179	178	229	213	211	202	189	209	+17
<b>Arbeitsmarkt (Tsd)</b>												
Arbeitslose <sup>8)</sup>												
Gesamt	131,2	111,5	99,2	99,2	94,9	222,5	122,1	97,9	87,6	189,9	87,6	-11,7
Männer	75,0	64,7	58,4	58,4	57,9	157,1	75,5	59,7	54,2	131,6	54,2	- 7,2
Frauen	56,2	46,8	40,8	40,8	37,0	65,4	46,6	38,2	33,4	58,3	33,4	-18,1
Unselbständig Beschäftigte <sup>9)</sup>	.	.	20 760,4	20 760,4	20 933,6	20 796,9	.	.	21 223,2	20 880,7	21 223,2	+ 2,2

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabelle Nr. VIII (Produktion und Märkte) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — <sup>1)</sup> Ohne Saarland. — <sup>2)</sup> Stand jeweils am Monats- bzw. Vierteljahresende. — <sup>3)</sup> Einschließlich Halbzeug für Röhrenwerke, Vorprodukte und Edelstahl, jedoch ohne sonstiges Halbzeug und ohne Breitband. — <sup>4)</sup> Unter Zugrundelegung der 5,2-Tageweche. — <sup>5)</sup> Ohne Lebensversicherungen. — <sup>6)</sup> Bauhauptgewerbe insgesamt. — <sup>7)</sup> Einschl. Berlin (West). — <sup>8)</sup> Vorläufig. — <sup>9)</sup> April/Mai.

bauarbeiten hemmt, ohnehin der Fall gewesen wäre. Durch die Förderung von seiten der öffentlichen Hand ist aber auch die neue Nachfrage nach Bauleistungen auf einem hohen Stand gehalten, wenn nicht gar gesteigert worden. Der Betrag der Mittel, die von den Bewilligungsstellen der Länder für Kapitalhilfen an den Wohnungsbau gewährt wurden, war in den ersten fünf Monaten d. J. um 22 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Er diente nicht zuletzt dazu, das Mietenniveau der im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus erstellten Wohnungen trotz der erheblichen Baukostensteigerungen niedrig zu halten und unterband damit die natürliche Reaktion, die die beträchtlichen Kostensteigerungen sonst auf die Nachfrage ausgeübt hätten. Sämtliche zusätzlichen Mittel wurden dabei übrigens von den Ländern auf Grund ihrer ausgezeichneten Kassenlage für eigene Rechnung bereitgestellt. Von großer Bedeutung für die Übernachfrage im Wohnungsbau ist ferner die Beibehaltung des § 7 b EStG. Mit den steigenden Einkommen werden immer mehr Baulustige instandgesetzt, von diesen Abschreibungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen, und der Anreiz hierzu ist um so größer, als andere Steuervergünstigungen für die private Vermögensbildung im Laufe der letzten Jahre eingeschränkt wurden. Alles in allem besteht jedenfalls in der Bauwirtschaft ein Auftragsüberhang, der, selbst wenn sich die Restriktionsmaßnahmen als wirksam erweisen sollten, die vom Bundestag vor kurzem für bestimmte Bauobjekte beschlossen wurden, einem Abklingen der Spannungen in der Bauwirtschaft noch auf geraume Zeit im Wege stehen wird.

Genährt wird die Hochkonjunktur zunächst auch noch durch die starke Zunahme des privaten Verbrauchs, die, wie gleich bemerkt sei, freilich ein Janusgesicht hat und auf weitere Sicht keineswegs als eigenständiger, sich selbst forttragender Konjunkturimpuls gewertet werden darf. Sie ist eine natürliche Folge der starken Erhöhung des Masseneinkommens, die ihrerseits jedoch nicht etwa mit einer entsprechend steigenden Produktionsleistung auf Grund eines zunehmenden Arbeitsvolumens oder wachsender Produktivität einhergeht, sondern überwiegend auf Lohn- und Gehaltssteigerungen beruht, die über die Erhöhung der Produktivität hinausgehen. Eine solche Entwicklung ist, wie gesagt, auf die Dauer nicht unbedenklich, aber fürs erste treten mehr die Impulse in Erscheinung, die sie in ihren Anfangsstadien auf die konsumabhängigen Bereiche der Wirtschaft auszuüben vermag und die mitunter über die Gefahren hinwegtäuschen, die nicht nur preispolitisch, sondern auch konjunkturpolitisch gesehen, mit ihnen verbunden sein können. Die Einzel-

handelsumsätze, die ein wichtiges, wenn auch keineswegs ganz repräsentatives Symptom des privaten Verbrauchs darstellen, sind in den letzten Monaten offenbar beschleunigt gestiegen. Im Durchschnitt der Monate Mai und Juni waren sie um fast 11 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, und obschon bezeichnenderweise ein nicht unerheblicher Teil dieses Anstiegs — nämlich 4,5 vH von den nominal fast 11 vH — durch Preissteigerungen kompensiert wurde, war doch auch die mengenmäßige Zunahme beträchtlich. Auch im Produzentenbereich war diese partielle Nachfrageverstärkung deutlich zu spüren. Weitgehend unter ihrem Einfluß waren die Auftragseingänge in den Verbrauchsgüterindustrien, bei sehr unterschiedlicher Entwicklung im einzelnen, im ganzen im zweiten Quartal d. J. volumen- und wertmäßig um 7 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, während der Gesamtindex des Auftragseingangs in der Industrie in der gleichen Zeit nur um 2 bis 3 vH gestiegen ist und sich damit auf einen Zuwachs beschränkte, der möglicherweise durch die Stornierung alter Aufträge ausgeglichen wurde. Auch die — bei offensichtlich verstärkter Anspannung der Produktionskräfte — in den letzten Monaten bewirkte Steigerung der industriellen Produktion hing weitgehend mit der Erhöhung des privaten Verbrauchs zusammen, denn in den Verbrauchsgüterindustrien war die Produktion im zweiten Quartal um 6,4 vH höher als im entsprechenden Vorjahrszeitraum, während der Anstieg der Gesamtproduktion, wie erwähnt, auf 4,9 vH beschränkt blieb. Ebenso stehen einige der zur Zeit besonders stark in die Augen springenden Symptome der Hochkonjunktur, wie vor allem der Reiseverkehr, der in diesem Jahr sicher noch die Rekordziffern des Vorjahres übertreffen wird, mit der durch die Lohn- und Gehaltswelle bewirkten Aufblähung des Masseneinkommens in enger Verbindung.

#### ... aber Abschwächung der entscheidenden Auftriebskräfte

Hinter dem äußeren Erscheinungsbild einer anhaltenden Hochkonjunktur vollzieht sich jedoch eine Abschwächung der Triebkräfte, auf denen der Boom der vergangenen Jahre letztlich beruhte, und damit ein Wandel, der für die weitere Konjunkturentwicklung von entscheidender Bedeutung werden kann.

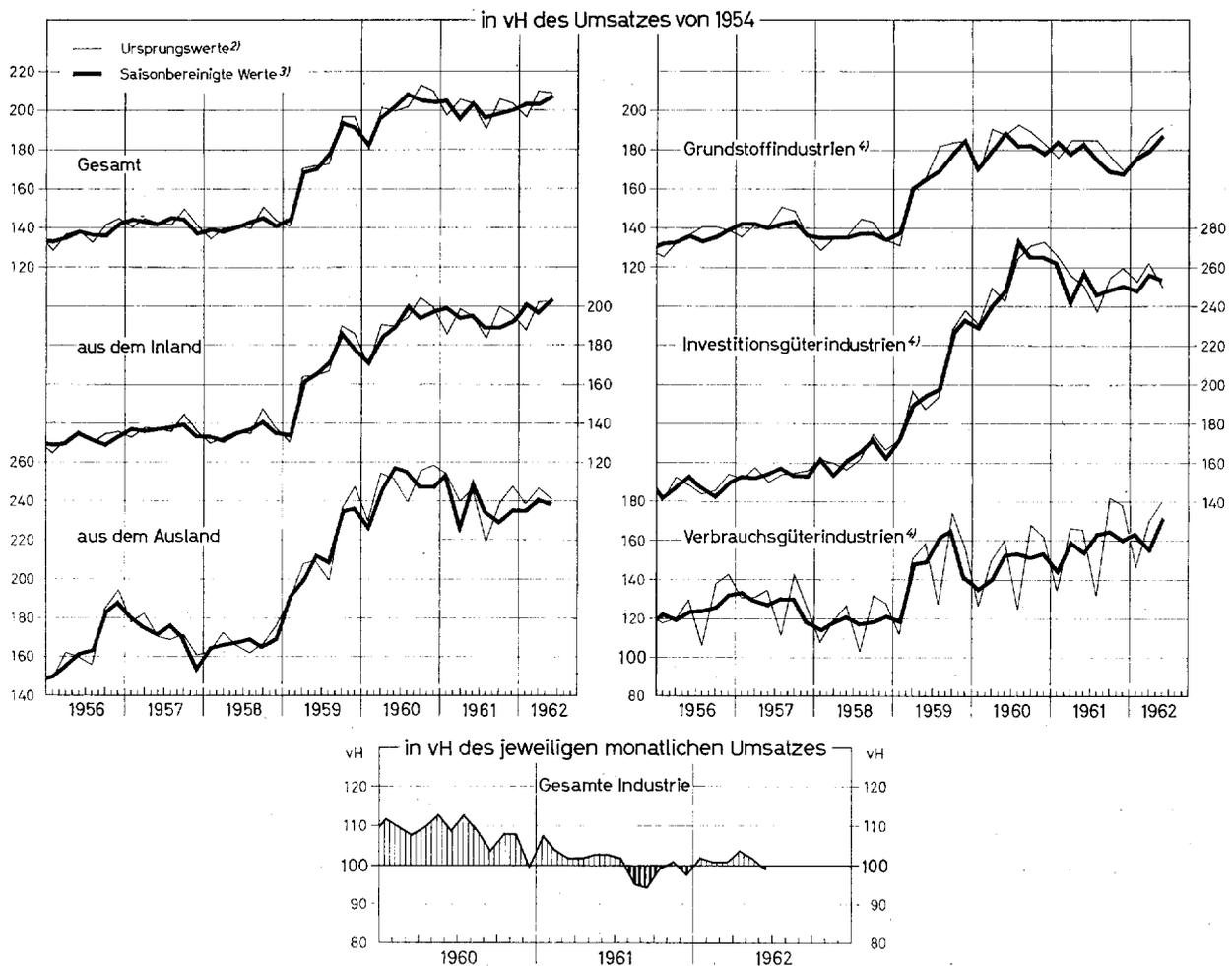
In diesem Zusammenhang ist einmal auf die immer deutlicher in Erscheinung tretende Veränderung der außenwirtschaftlichen Position der Bundesrepublik zu verweisen: Die Konjunktur empfängt aus den außenwirtschaftlichen Beziehungen heute kaum mehr Im-

pulse, die — wie es länger als ein Jahrzehnt der Fall war — über den engeren Ausfuhrbereich hinweg die gesamte Nachfrage stimulieren, sondern sie wird im Gegenteil von dieser Seite her in zunehmendem Maße unter Druck gesetzt und damit in normalere, auf weitere Sicht vielleicht sogar nicht unbedenkliche Bahnen gedrängt.

Seit einiger Zeit stößt die Ausfuhr auf wachsende Schwierigkeiten. Das liegt einmal daran, daß in einigen wichtigen Abnehmerländern der Konjunkturaufschwung wesentlich schwächer geworden ist, ja zum Teil sogar in eine Stagnation überzugehen droht, und zwar vor allem auf Grund eines Nachlassens der Investitionstätigkeit, was den deutschen Export umso stärker trifft, als in ihm Investitionsgüter dominieren. Auch die Tatsache, daß einige Rohstoffländer erheblich unter dem anhaltenden Preisrückgang eines Teils ihrer wichtig-

sten Exportgüter leiden, spielt in diesem Zusammenhang eine nicht unerhebliche Rolle. In den letzten fünf-einhalb Jahren ist das Niveau der internationalen Rohstoffpreise um nahezu ein Fünftel gesunken. In zahlreichen Überseegebieten sind damit, trotz der erhöhten Entwicklungshilfe, Zahlungsbilanzschwierigkeiten entstanden, die ihre Aufnahmefähigkeit für fremde Waren mehr und mehr beeinträchtigen. Auch die deutsche Ausfuhr, die 1961 immerhin zu etwa 18 vH in überseeische Rohstoffländer ging, wird hierdurch betroffen. Die entscheidende Ursache für die wachsenden Schwierigkeiten im deutschen Export liegt jedoch in der beträchtlichen Verschiebung der Preisrelationen, die zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland in den letzten anderthalb Jahren Platz gegriffen hat und auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Bis zu einem gewissen Grade hängt diese Entwicklung mit der Auf-

### AUFTRAGSEINGANG BEI DER INDUSTRIE <sup>1)</sup>



1) Neuzugang an Aufträgen ohne Stornierungen alter Aufträge. — 2) Jeweils zwei Monate zusammengefaßt. — 3) Jeweils zwei Monate der Ursprungswerte zusammengefaßt und saisonbereinigt. — 4) Inlands- und Auslandsaufträge.

BBK

wertung der DM vom März 1961 zusammen, mit der bewußt das Ziel verfolgt wurde, die Disparität, die beim alten Wechselkurs gegenüber dem Ausland bestand, zu vermindern, um zu verhindern, daß sie nur durch eine Steigerung des inneren Preis- und Kosten-niveaus beseitigt würde. Gleichwohl hat sich eine solche Steigerung nicht völlig vermeiden lassen, ja diese droht sogar infolge der Auftriebskräfte, die mit dem Boom der Jahre von 1959 bis 1961 entfesselt wurden, einen Grad anzunehmen, der über das aus außenwirtschaftlichen Gründen vielleicht Unumgängliche hinausgeht und infolgedessen zu einer in diesem Ausmaß unerwünschten Verschlechterung der Außenhandels-situation führen könnte. Sowohl im vergangenen Jahr als auch in der ersten Hälfte des laufenden Jahres sind die Löhne in der Bundesrepublik weit stärker gestiegen als in den anderen großen Industrieländern. Das Lohn-niveau in der Industrie z. B. war im Februar d. J. um 25 vH höher als im Februar 1960; in den Vereinigten Staaten von Amerika dagegen haben die Stundenlöhne in der verarbeitenden Industrie innerhalb dieses Zeit-raums nur um 4,7 vH zugenommen, in der englischen Industrie um 9,3 vH (wovon der größte Teil auf das Jahr 1960 entfiel), in Frankreich um 16 vH. Die Unter-schiede in der Produktivitätsentwicklung fallen im Ver-gleich zu diesen Differenzen kaum ins Gewicht. Es ist zwar richtig, daß die Produktivitätserhöhung in der Bundesrepublik im allgemeinen etwas größer war als in den genannten Ländern, aber das gleicht den stär-keren Lohnanstieg bei weitem nicht aus — zumal etwa in den Vereinigten Staaten der Produktivitätsanstieg zumindest 1960 und 1961 größer war als die Zunahme der Löhne —, so daß sich auch die Lohnkosten je Pro-duktionseinheit in der Bundesrepublik im allgemeinen weit mehr erhöht haben als im Ausland und die deutsche Wirtschaft der ausländischen Konkurrenz nicht mehr im gleichen Maß begegnen kann wie früher.

Die Expansion des deutschen Exports hat sich daher in den letzten anderthalb Jahren beträchtlich verlang-samt, ja es hat den Anschein, als käme sie allmählich zum Stillstand. Im zweiten Quartal d. J. war die Aus-fuhr nur noch um 3 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres (wobei zu berücksichtigen ist, daß sie da-mals, saisonbereinigt, im Zeichen eines deutlichen Rückschlags auf die vor der DM-Aufwertung erfolgte Vorziehung von Lieferungen gestanden hatte), wäh-rend sich die Zuwachsrate im Jahre 1961 auf 6,3 vH und im Jahre 1960 auf 16,4 vH gestellt hatte; im Juni allein lag der Ausfuhrwert sogar um 2,8 vH unter dem Stand des entsprechenden Vorjahrsmonats. Noch deut-licher zeigt sich der Wandel der Exportsituation in der

Entwicklung des Auftragseingangs bei der Industrie. Der Auftragseingang aus dem Ausland war im zweiten Quartal dem Werte nach um 1 vH, dem Volumen nach um 2 vH niedriger als vor einem Jahr; im Juni allein betrug die Verminderung 9 bis 10 vH. Im zweiten Quartal erreichten die neuen Auslandsorders auch nicht mehr ganz das Niveau der laufenden Lieferungen, d. h. der Auftragsbestand hat in diesem Zeitraum ab-genommen. Alles in allem ist also die Expansionssten-denz, die in früheren Jahren mit der Ausfuhr verbun-den war, sichtlich im Schwinden.

Hinzu kommt aber noch ein zweites: Seit einiger Zeit gewinnt das Ausland am Inlandsmarkt beträcht-lich an Terrain, da sich auch hier unter dem Einfluß der Aufwertung und der relativ starken Preis- und Kostensteigerung in der Bundesrepublik die Wett-bewerbslage vielfach zugunsten der ausländischen Lie-feranten verschoben hat. Die Einfuhr war in der ersten Hälfte von 1962 nach der Außenhandelsstatistik, dem Werte nach um 13,3 vH, dem Volumen nach um 16,6 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, und selbst wenn man dabei die 2 bis 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Prozent in Abzug bringt, die auf die statistische Erhöhung infolge der Änderung gewisser zollrechtlicher Bestimmungen zurückzuführen ist (vgl. hierzu den Abschnitt „Außen-handel und Zahlungsbilanz“), bleibt die Zunahme be-trächtlich. Prozentual besonders stark war dabei die Zunahme der Einfuhr von Fertigwaren. Sie stellte sich auf 17,5 vH und ging damit ganz erheblich über die Steigerung der industriellen Produktion hinaus. Ein wachsender Teil der steigenden Inlandsnachfrage wird mit anderen Worten durch Lieferungen des Auslands befriedigt, und zwar zu Preisen, die offenbar stabiler sind als die Inlandspreise, waren doch die Durch-schnittswerte der Einfuhr auch bei Fertigwarener-zeugnissen im Durchschnitt des zweiten Quartals nicht höher als vor einem Jahr. Zusammen mit dem verlangsamten Anstieg der Ausfuhr ist dies ein wesent-licher Beitrag zur Entspannung der Konjunktur. Der Ausfuhrüberschuß ist im ersten Halbjahr, selbst wenn man die erwähnte „statistische Erhöhung“ der Einfuhr nicht mitrechnet, auf beinahe die Hälfte seines ent-sprechenden Vorjahrsstandes gesunken, und da sich bei den übrigen laufenden Posten der Zahlungsbilanz gleichzeitig das Defizit so stark erhöht hat, daß der Ausfuhrüberschuß damit völlig kompensiert wird, ist die außenwirtschaftliche Quelle der Konjunkturerpan-sion des letzten Jahrzehnts also praktisch versiegt.

Ein sehr wesentlicher Wandel der bisherigen Kon-junkturdynamik liegt schließlich darin, daß sich die *Investitionsneigung der privaten Wirtschaft* seit dem

vergangenen Jahr vermindert hat. Damit soll nicht etwa gesagt sein, daß die effektiven Investitionsaufwendungen in diesem Bereich bereits rückläufig seien. Das ist nicht der Fall und kann auch nicht der Fall sein, da ein großer Teil der in den letzten Jahren in Angriff genommenen Investitionsprogramme schon wegen der relativ langen Liefer- bzw. Erstellungsfristen, die auch heute noch für Investitionsgüter und Bauten bestehen, nur allmählich abgewickelt werden kann. Aber die Einleitung neuer Investitionen geht zurück, und diese reserviertere Haltung macht sich bereits deutlich im Auftragseingang der Investitionsgüterindustrien bemerkbar. Seit Ende 1960 ist der Eingang an Inlandsaufträgen bei den Investitionsgüterindustrien vor allem dem Volumen nach tendenziell im Sinken begriffen; im zweiten Quartal d. J. dürfte er nach Ausschaltung der Saisonschwankungen bereits um etwa 5 vH niedriger gewesen sein als an seinem Höhepunkt im Winterhalbjahr 1960/61. Daß er nicht noch stärker abgenommen hat, ist dabei ausschließlich darauf zurückzuführen, daß sich die Bestellungen von längerlebigen Konsumgütern, die leider nicht scharf von den übrigen Aufträgen getrennt werden können, besser gehalten, ja in letzter Zeit sogar wieder etwas zugenommen haben; namentlich höhere Aufträge an Automobilen fielen dabei ins Gewicht. Außerhalb des Fahrzeugbaus war der Rückgang der Bestellungen jedenfalls akzentuierter als es in den Gesamtziffern für die Investitionsgüterindustrien zum Ausdruck kommt, besonders da, wo nicht andere längerlebige Konsumgüter das Bild beeinflussen. Im Maschinenbau z. B. blieben die Auftragsgänge aus dem Inland im zweiten Quartal dem Werte nach um 9 vH, dem Volumen nach um 14 vH hinter dem entsprechenden Vorjahrsstand zurück.

Auch für die Abnahme der Investitionsneigung ist im wesentlichen der — vor allem durch die starken Lohnerhöhungen bewirkte — Anstieg des Kostenniveaus bestimmend. Da das deutsche Preisniveau in der Regel nunmehr kaum noch unter dem der wichtigsten Konkurrenzländer liegt, ist es nämlich da, wo der internationale Wettbewerb spielen kann, nicht ohne weiteres möglich, die Preise entsprechend den gestiegenen Kosten zu erhöhen; der Kostenanstieg geht also zumindest teilweise zu Lasten der Gewinnmarge, obwohl nicht zu übersehen ist, daß auch jetzt noch Überwälzungen auf die Preise möglich sind und der Preistrend daher nach wie vor aufwärts gerichtet ist. Im laufenden Jahr dürfte in einer wachsenden Zahl von Unternehmen und Wirtschaftszweigen nicht nur die Gewinnmarge, sondern auch die Gewinnsumme

sinken, zumal die Steuerabführungen infolge der in den vorangegangenen Jahren eingetretenen Gewinnsteigerung vielfach höher sind als im letzten. Eine so starke Verschlechterung der Gewinnsituation, wie sie zur Zeit im Gange ist, läßt aber aller Erfahrung nach die Investitionsneigung nicht unberührt, selbst wenn sie von einem relativ günstigen Niveau ausgeht, wie es dieses Mal der Fall ist. Mit schrumpfenden Gewinnen verringert sich einmal die Möglichkeit der Unternehmen, ihre Investitionen aus eigenen Mitteln zu finanzieren; teilweise führt schon das zu Investitionsbeschränkungen. Vor allem aber nimmt mit einer Verschlechterung der Gewinnlage nicht selten auch die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Aufnahme fremder Mittel ab, da sie weitgehend vom Verhältnis zwischen den erzielbaren Erträgen und den mit der Beschaffung von Fremdkapital verbundenen Zinskosten abhängig ist. In dieser Hinsicht wirkt zur Zeit noch zusätzlich belastend, daß sich zu der Verringerung der Gewinnmarge neuerdings eine leichte Wiedererhöhung des Kapitalzinses gesellt hat. Vor allem aber ist es nicht ausgeschlossen, daß die Aktienbaisse der letzten Monate — ganz abgesehen von ihren psychologischen Auswirkungen auf die Unternehmerplanungen — die Finanzierung neuer Investitionen fühlbar beeinträchtigen wird, da sie sowohl potentielle Sicherungen für Bankkredite im Werte gemindert als auch namentlich die Heranziehung von Beteiligungskapital schwieriger gemacht hat.

### Die Bilanz

Stellt man eine Bilanz der gegenwärtig auf die Konjunktur einwirkenden Kräfte auf, so ergibt sich also

auf der einen Seite eine anhaltende Stützung der Hochkonjunktur durch die noch nicht abgeklungenen Auswirkungen der Übernachfrage der letzten Jahre, ja zum Teil sogar eine Verstärkung der Expansionstendenzen durch die Erhöhung des Verbrauchs infolge der Lohnwelle und durch die fortschreitende Verausgabung der in den letzten Jahren angesammelten Guthaben des Bundes und der Länder

auf der anderen Seite aber eine zunehmende Bremsung durch die Verschlechterung der Außenwirtschaftsbilanz und die abnehmende Investitionsneigung der privaten Wirtschaft.

Es ist anzunehmen, daß die Bremsungstendenzen, wenn sie anhalten, allmählich die Oberhand gewinnen werden, da sie die letztlich entscheidenden Kräfte der Konjunktur berühren, während die heute noch wirksamen expansiven Faktoren, wie vor allem der private Verbrauch, „abgeleitete“ Kräfte sind, die aus der durch

die außenwirtschaftliche Lage des letzten Jahrzehnts und durch den Investitionsboom entstandenen Übernachfrage erwachsen sind und mit dieser ihre Dynamik auch wieder einbüßen. Zweifellos sind also bereits Kräfte zur Selbstkorrektur der zur Zeit noch bestehenden Konjunkturüberspannung und des damit verknüpften Preisauftriebs vorhanden. Entscheidend ist dabei, daß das Preisniveau der Bundesrepublik nun allmählich das des Auslands erreicht hat und weitere Kostenerhöhungen infolgedessen in zunehmendem Maße die ausländische Konkurrenz begünstigen und zu einem Druck auf die Investitionen führen — zu Entwicklungen also, die eine Konjunkturabschwächung mit sich bringen und im weiteren Verlauf auch dem Kosten- und Preisauftrieb mehr und mehr den Wind aus den Segeln nehmen werden.

Wann der Punkt erreicht sein wird, an dem die bremsenden oder gar kontraktiven Kräfte das Übergewicht erlangen werden, läßt sich natürlich schwer voraussagen. Es ist möglich, daß sich der gegenwärtige Zustand, in dem die Nachwirkungen des früheren Ausfuhr- und Investitionsbooms noch weitgehend das äußere Erscheinungsbild der Wirtschaft bestimmen, zunächst fortsetzt und infolgedessen auch die Kosten- und Preissituation labil bleibt. Wie in dem folgenden, mehr statistisch gehaltenen Abschnitt über Preise und Löhne näher dargelegt, hat sich in den letzten Monaten zwar der Preisanstieg, besonders, soweit es sich um Erzeugerpreise für industrielle Produkte handelt, beträchtlich verlangsamt; neuerdings hat er sich sogar im ganzen kaum mehr fortgesetzt. Es bleibt aber abzuwarten, ob diese Stabilität anhalten wird, wenn in den nächsten Wochen und Monaten bei den — namentlich im Bereich der Verbrauchsgüterindustrien — zur Erneuerung anstehenden Tarifverträgen neue erhebliche Lohnsteigerungen vereinbart werden sollten, denn erfahrungsgemäß sind größere Lohnsteigerungen immer zum Anlaß genommen worden, um ausgleichende Preiserhöhungen zu versuchen. Weitere Preis- und Kostenerhöhungen aber wären äußerst bedenklich, weil mit ihnen die Gefahr wachsen würde, daß sich die Tendenzen der Selbstkorrektur, von denen oben die Rede war, damit in einem Maße verstärken, daß sie schließlich nicht nur zu der — an sich durchaus erwünschten — Entspannung der allgemeinen Konjunkturlage, sondern darüber hinaus zu einem fühlbareren Konjunkturrückschlag führen. Namentlich wenn sich auf Grund weiterer beträchtlicher Lohnsteigerungen ein wachsender Abstand zwischen dem deutschen Kosten- und Preisniveau und dem wichtiger Konkurrenzländer ergeben sollte, wäre eine solche Entwicklung durchaus mög-

lich, von den sozialen Auswirkungen anhaltender Preiserhöhungen ganz abgesehen.

Wie schon wiederholt in unseren Verlautbarungen, besonders in unserem Geschäftsbericht für das Jahr 1961, betont, sollte die Überwindung der derzeitigen Konjunkturspannungen daher nicht ganz den automatisch wirkenden Markttendenzen überlassen werden; es gilt vielmehr die Strecke bis zu dem Punkt, an dem die kontraktiven Tendenzen die noch gegebenen expansiven Tendenzen neutralisieren werden, dadurch zu verkürzen, daß man den letzteren nach Möglichkeit entgegenwirkt. Eine Selbstbeschränkung der Arbeitnehmer bei ihren Lohnforderungen und ein stärkerer Widerstand der Unternehmen gegen exzessive Lohn erhöhungen wären in diesem Zusammenhang sehr wertvoll, und zwar, auf weitere Sicht, im Interesse der Arbeitnehmer selbst. Konjunktur- und wirtschaftspolitisch wäre neben anderen Maßnahmen — unter denen namentlich auf den von der Bank schon seit Jahren empfohlenen Abbau der übertriebenen staatlichen Förderungsmaßnahmen für den Wohnungsbau hingewiesen sei — zur Zeit vor allem eine nicht expansiv wirkende Fiskalpolitik nötig. Im vorliegenden Bericht wird an verschiedenen Stellen darauf hingewiesen, welche Rolle für die Aufrechterhaltung einer Boomsituation gegenwärtig die Tatsache spielt, daß die Ausgaben der großen öffentlichen Haushalte die laufenden ordentlichen Einnahmen zu übersteigen begonnen haben und die in den letzten Jahren angesammelten Kassenreserven infolgedessen allmählich in den Kreislauf zurückströmen, und zwar zum Teil auch in den inneren. Diese Entwicklung sollte nach Möglichkeit durch strenge Zurückhaltung bei den Ausgaben gebremst werden. Soweit die Haushalte die Aufnahme zusätzlicher Mittel nicht vermeiden können, müssen diese ferner auf eine Weise beschafft werden, die das Geldvolumen nicht vermehrt, d. h. in möglichst großem Umfange über den Kapitalmarkt, wobei selbstverständlich auf dessen Leistungsfähigkeit Rücksicht zu nehmen ist, da sonst die Gefahr einer weiteren Erhöhung des Kapitalzinses heraufbeschworen würde; auch im Hinblick hierauf ist also eine sparsame Ausgabenpolitik dringend vonnöten. Kreditpolitisch wird der gegenwärtigen Lage Rechnung getragen, indem die Bundesbank der Liquiditätsverknappung, die sich mit der Veränderung in der Zahlungsbilanzlage angebahnt hat, wie im Abschnitt „Geld und Kredit“ dargelegt, seit Monaten nicht mehr entgegenwirkt hat und ihr vorerst auch weiter nicht entgegenwirken wird. Drastischere Maßnahmen sind allerdings zur Zeit nicht angezeigt, da immer noch die Gefahr besteht, daß sie zu neuen Geldzuflüssen aus dem

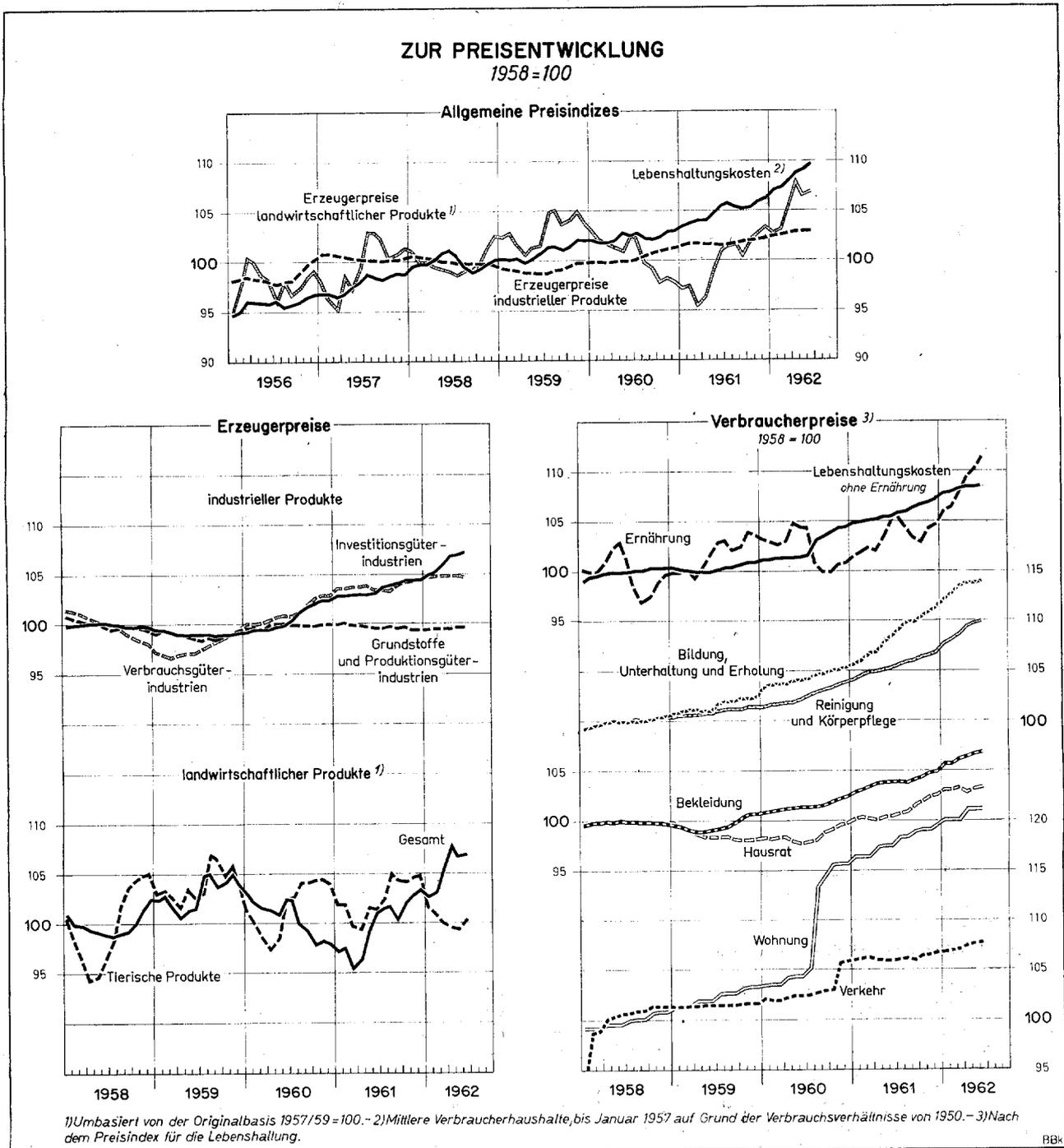
Ausland führen, wodurch die erstrebten Wirkungen vereitelt und eventuell auch Störungen in der internationalen Zahlungslage hervorgerufen würden. In diesem Zusammenhang ist ferner zu berücksichtigen, daß die private Investitionsneigung, die durch restrikt-

tive Kreditmaßnahmen in erster Linie getroffen zu werden pflegt, ohnehin rückläufig ist und daß durch die jüngsten Vorgänge an den Wertpapiermärkten der finanzielle Spielraum der Wirtschaft bereits erheblich beschränkt wurde.

## Preise und Löhne

Der Preisanstieg im Bundesgebiet hat sich in den letzten Monaten merklich verlangsamt. Namentlich bei den Erzeugerpreisen waren, wenn auch zum Teil aus

saisonalen Gründen, die Preissteigerungen nur noch gering. Der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung hat sich allerdings bis Mitte des Jahres mit nahe-



Zur Preisentwicklung <sup>1)</sup>

	1961	1962	Juni 1962 gegen Juni 1961 %)	Veränderung gegenüber dem Vormonat					
	Juni	Juni %)		Jan. 1962	Febr. 1962	März 1962	April 1962	Mai 1962	Juni %) 1962
	1958 = 100			vH					
<b>Binnenmarkt:</b>									
Grundstoffpreise insgesamt <sup>2)</sup>	99	101	+ 2,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,6	+ 0,9	- 0,5	+ 0,4
davon: industrieller Herkunft	100	100	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,3	- 0,2	+ 0,1
darunter: Mauerziegel	114	122	+ 6,7	- 1,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,8
Kupfer (Halbzeug)	108	102	+ 4,4	- 0,2	- 0,2	+ 1,3	+ 2,3	- 1,0	+ 0,8
land-, forst- und plantagenwirtschaftlicher Herkunft	98	102	+ 4,4	- 0,2	- 0,2	+ 1,3	+ 2,3	- 1,0	+ 0,8
darunter: Baumwolle	90	89	- 1,3	+ 0,9	+ 0,2	- 0,6	- 0,4	- 0,3	- 0,9
Rohwolle, ausländische	100	102	+ 2,8	+ 0,9	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,0	- 0,3	+ 0,2
Rohholz (Stamm), inländisches	101	99	- 2,6	- 0,2	- 0,8	- 0,8	- 1,9	- 1,8	± 0
Rohkautschuk	100	91	- 9,2	+ 2,6	+ 3,3	- 3,0	- 2,0	- 0,1	- 3,5
Speisekartoffeln	106	209	+97,4	+11,2	+ 2,3	+11,4	+16,7	± 0	+ 4,6
Schweine	103	100	- 3,2	- 0,4	- 1,6	- 4,6	- 3,3	- 0,5	+ 4,6
Erzeugerpreise der Industrie insgesamt <sup>3)</sup>	101,6	103,1	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	± 0
darunter: Grundstoff- und Produktionsgüter-Industrien <sup>4)</sup>	99,7	99,7	± 0	- 0,1	+ 0,1	± 0	± 0	+ 0,1	± 0
darunter: Eisen und Stahl	99,0	98,5	- 0,5	± 0	± 0	± 0	± 0	± 0	± 0
NE-Metalle und NE-Metallhalbzeuge	103,5	101,1	- 2,3	- 0,2	+ 0,8	- 0,4	- 0,1	+ 0,3	- 0,6
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	97,8	97,3	- 0,5	- 0,2	± 0	+ 0,1	+ 0,5	± 0	- 0,2
Investitionsgüter-Industrien <sup>4)</sup>	103,2	106,0	+ 2,9	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,7
darunter: Maschinenbauerzeugnisse	106,4	112,7	+ 5,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,1
Landfahrzeuge	100,8	103,6	+ 2,8	- 0,1	± 0	± 0	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,2
Verbrauchsgüter-Industrien <sup>4)</sup>	103,6	104,9	+ 1,1	+ 0,5	± 0	± 0	± 0	± 0	± 0
darunter: Textilien	100,4	98,3	- 2,1	+ 0,3	± 0	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,2
Bekleidung	103,6	107,3	+ 3,6	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1
Möbel	105,2	110,3	+ 4,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,6	± 0	+ 0,1
Nahrungs- und Genußmittel-Industrien <sup>4)</sup>	100,9	102,1	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,1	± 0	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>5)</sup>									
insgesamt	101,5	107,4	+ 5,8	- 0,7	+ 0,4	+ 2,4	+ 2,3	- 1,2	+ 0,2
davon: Pflanzliche Produkte	104,0	128,9	+23,9	+ 5,0	+ 3,3	+10,3	+ 8,2	- 3,1	- 1,3
Tierische Produkte	100,6	99,4	- 1,2	- 2,9	- 0,7	- 1,0	- 0,4	- 0,3	+ 1,0
Einzelhandelspreise insgesamt <sup>6)</sup>	103,2	107,6	+ 4,5	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3
darunter: Lebensmittelgeschäfte	102,6	108,4	+ 5,7	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,5
darunter: Gemüsegeschäfte	105,0	137,3	+30,8	+ 8,1	+ 3,6	+ 8,2	+ 7,6	+ 0,7	+ 2,2
Geschäfte für Textilwaren und Schuhwerk	102,9	105,6	+ 2,8	+ 0,9	± 0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2
Geschäfte für Hausrat und Wohnbedarf	104,0	108,6	+ 4,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
darunter: Geschäfte für Eisenwaren	106,8	112,0	+ 4,9	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,2
Möbel	103,4	107,8	+ 4,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1
Elektrogeräte (ohne Rundfunkgeräte)	102,3	105,6	+ 3,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt <sup>7)</sup>	105,6	109,8	+ 4,0	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,5
darunter: Ernährung	105,5	111,5	+ 5,7	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,2
Heizung und Beleuchtung	102,6	104,5	+ 1,9	+ 0,7	+ 0,1	± 0	- 1,3	- 0,4	+ 0,3
Hausrat	100,6	103,4	+ 2,8	+ 0,5	± 0	+ 0,2	- 0,4	+ 0,3	+ 0,1
Bekleidung	103,9	106,9	+ 2,9	+ 0,8	± 0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1
Reinigung und Körperpflege	105,4	110,0	+ 4,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2
Bildung, Unterhaltung und Erholung	108,5	114,1	+ 5,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	± 0	+ 0,2
Verkehr	106,0	107,8	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1
<b>Weltmarkt <sup>8)</sup></b>									
Preisindex d. Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs insgesamt	96,0	92,0	- 4,2	± 0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,9	- 0,9
davon: Nahrungs- und Futtermittelrohstoffe	90,1	87,9	- 2,4	- 0,6	- 0,1	+ 1,6	+ 1,4	- 0,9	- 1,3
Industrierohstoffe	98,5	93,7	- 4,9	+ 0,2	+ 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,8	- 0,9
Moody's Index	93,0	92,8	- 0,3	+ 0,8	- 1,5	- 0,5	- 0,2	- 0,6	+ 0,5
Reuter's Index	101,0	98,6	- 2,4	- 1,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	- 0,9	- 0,4

<sup>1)</sup> Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabelle VIII, 6 (Großhandels- und Erzeugerpreise) sowie 7 (Verbraucherpreise und Löhne) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — <sup>2)</sup> Errechnet unter Berücksichtigung von zwei Dezimalstellen der Indizes. — <sup>3)</sup> Veränderung in vH errechnet auf Grund der Indizes auf Originalbasis mit einer Dezimalstelle. — <sup>4)</sup> Umbasiert von der Originalbasis 1950 = 100. — <sup>5)</sup> Originalindex 1957/59 = 100. — <sup>6)</sup> Zusammengefaßt nach Warengruppen, -zweigen oder -klassen. — <sup>7)</sup> Vorläufig.

zu unverminderter Stärke fortgesetzt. Auch Lohnerhöhungen waren wieder recht beträchtlich, wenngleich sich auch hier eine leichte Abschwächung bemerkbar machte.

Die *Erzeugerpreise industrieller Produkte*, die am ehesten auf konjunkturelle Veränderungen reagieren, sind im Juni d. J. im Durchschnitt unverändert geblieben, nachdem sie im Mai noch um 0,1 vH und im April sowie im März um 0,2 vH gestiegen waren. Allerdings hatte die Preisberuhigung nicht ausschließlich innerwirtschaftliche Gründe, vielmehr spielte dabei auch der seit dem Frühjahr wieder verstärkte Rückgang der Weltmarktpreise eine Rolle, da er dem Anstieg der inländischen Kosten entgegenwirkte. Namentlich bei einigen stark weltmarktabhängigen Industriezweigen, wie bei der NE-Metallindustrie, deren Erzeugerpreise in den letzten Monaten ständig gesunken sind, war dieser Einfluß ausgeprägt. Gefördert wurde die größere Stabilität der Preise ferner dadurch, daß in den Monaten Mai und Juni in der Industrie keine stärkeren Lohnerhöhungen vorgenommen wurden, da in diesem Zeitraum nur wenige Tarifverträge zur Erneuerung anstanden. Teilweise wirkten aber die im ersten Quartal erfolgten Lohnerhöhungen noch nach. Soweit die Auftragslage relativ günstig war, wie z. B. in der Metall verarbeitenden Industrie, setzte sich der Preisanstieg daher auch in den letzten Monaten fort. Im zweiten Quartal wurden Maschinen, Kraftfahrzeuge sowie Feinmechanische und Optische Erzeugnisse im Durchschnitt um nahezu 2 vH teurer; die Preise für Elektrotechnische Erzeugnisse erhöhten sich gleichzeitig um rd. 1 vH. Bei den Verbrauchsgüterindustrien, in denen die letzten Tariflohnerhöhungen zum Teil relativ weit zurückliegen, sind die Erzeugerpreise im zweiten Quartal dagegen im allgemeinen unverändert geblieben. Auch die Erzeugerpreise der Grundstoffindustrien haben sich im zweiten Vierteljahr praktisch nicht verändert, die des Bergbaus und der Erdölgewinnung gingen saisonbedingt etwas zurück. Nach dem Neuabschluß des Tariflohnvertrages für Bergarbeiter am 1. 7. 1962 wurden allerdings die Preise für Steinkohle und Koks um rd. 2,5 vH heraufgesetzt, obwohl die Bundesregierung anlässlich der Lohnerhöhungen zugesagt hat, dem Steinkohlenbergbau im Rahmen des geplanten Rationalisierungsverbandes zusätzliche Mittel im Betrage von 200 Mio DM zur Verfügung zu stellen.

Der *Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte* hatte seinen Höchststand im April d. J. erreicht. Im Mai ging er erstmals um 1,2 vH zurück, vornehmlich weil Gemüse aus der neuen Ernte auf den Markt kam. Im Juni setzte sich der saisonbedingte Rückgang der Gemüsepreise verstärkt fort. Der Gesamtindex der

Erzeugerpreise wies gleichwohl einen leichten Anstieg auf, weil andere Preise — namentlich die für Obst — weiter erhöht wurden. Da jedoch für Gemüse, und auch für Kartoffeln und einige wichtige Obstsorten, die Ernteaussichten in diesem Jahr bisher günstiger sind als im letzten, kann für die nächste Zeit ein relativ kräftiger Preisrückgang bei diesen Produkten erwartet werden. Bei den tierischen Erzeugnissen war die Preisentwicklung in den letzten Monaten weit stabiler als bei den pflanzlichen Erzeugnissen. Im Juni 1962 waren diese Preise kaum höher als im März d. J., wobei die Preissteigerungen (z. B. bei Schlachtschweinen und Eiern) und die Preissenkungen (z. B. bei Rindern) weitgehend saisonbedingt waren und sich gegenseitig annähernd ausglich. Lediglich die Preiserhöhung für Schlachtgeflügel (von März bis Juni um 5 vH) läßt sich nicht allein mit Saisonfaktoren erklären. Sie scheint vielmehr bereits ein Vorgriff auf die Preiserhöhungen zu sein, die sich nach Inkrafttreten der EWG-Agrarverordnungen am 30. Juli 1962 ergeben dürften. Nach diesem Termin gelten auch Geflügel und Eier als „Marktordnungswaren“, so daß sie nunmehr einer Regulierung der Einfuhr durch staatlich festgesetzte Abschöpfungsbeträge oder Mindesteinschleusungspreise unterliegen, während sie bis dahin frei eingeführt werden konnten. Wenn es bei den bisher festgesetzten Abschöpfungsbeträgen bzw. Einschleusungspreisen bleibt, ist damit zu rechnen, daß die Einfuhren an Geflügel und Eiern aus Mitgliedsländern der EWG relativ wenig, die Importe aus Drittländern dagegen stärker verteuert werden. Bei dem vergleichsweise hohen Anteil, den die Importe bei der Deckung des Inlandsbedarfs an Geflügel und Eiern innehaben, wird dadurch auch das inländische Preisniveau etwas angehoben werden. In gewissem Umfang ist dies auch schon deshalb zu erwarten, weil ab 1. August 1962 die bisher an inländische Geflügel- und Eierproduzenten gezahlten Subventionen — die bis zu rd. 20 vH der Erzeugerpreise ausmachten — nicht mehr gewährt werden sollen und die Erzeuger infolgedessen versuchen werden, sich durch eine Heraufsetzung der Preise schadlos zu halten. Auch die Umstellung der Marktordnung für Getreide auf das für alle EWG-Länder beschlossene Verfahren wird, zumindest bei Importgetreide aus Drittländern, mit leichten Preisanhebungen verbunden sein. Lediglich die Änderung des Marktordnungsverfahrens für Schlachtschweine dürfte zunächst ohne spürbare Konsequenzen für die Preise bleiben. Alles in allem aber hat es nicht den Anschein, als ob diese agrarpolitisch bedingten Verteuerungen ein größeres Gewicht haben werden als die für die nächsten Monate zu erwartende Verbilligung bei pflanzlichen Produkten.

Bei den *Verbraucherpreisen* hat sich der Preisanstieg zunächst nur wenig abgeschwächt. Der Preisindex für die Lebenshaltung ist im Laufe des zweiten Quartals um 1,6 vH gestiegen gegenüber 1,7 vH im ersten Vierteljahr und 0,9 vH im vierten Quartal 1961. Im Juni war er damit um 4,0 vH höher als vor einem Jahr. Die Erhöhung entfällt zum größten Teil auf die Ernährungskosten. Allein im zweiten Vierteljahr nahmen diese — vor allem wegen der Verknappung von Gemüse, Obst und Kartoffeln — um 3,3 vH zu; sie waren damit im Juni um 5,7 vH höher als ein Jahr zuvor. Die nichtagrarischen Waren und Dienstleistungen haben sich dagegen im zweiten Quartal nur um 0,4 vH verteuert; ihr Preisniveau übertraf am Ende des ersten Halbjahres 1962 den entsprechenden Vorjahrsstand um 2,9 vH. Daß die Steigerung des Gesamtindex diesen Satz erheblich übertraf, hängt damit zusammen, daß den Preisen für Ernährungsgüter im Gesamtindex ein relativ hohes Gewicht beigemessen wird. Nach dem zur Zeit geltenden Gewichtungsschema, das auf der Struktur der Verbrauchsausgaben einer vierköpfigen Arbeitnehmerhaushaltung im Jahre 1958 beruht, entfallen 38,5 vH der Gesamtaufwendungen der „Indexfamilie“ auf die Ernährung. Selbst bei den Haushaltungen des erwähnten Familientyps ist aber bis zum Jahre

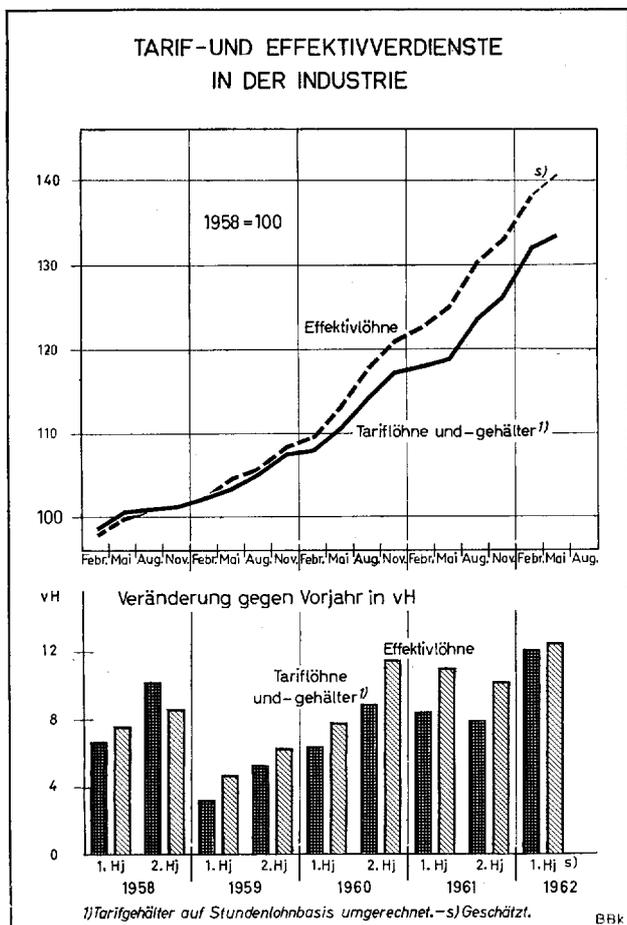
1961 der Anteil der Ernährungsausgaben an den gesamten Verbrauchsausgaben auf 35,9 vH gesunken. In allen Haushaltungen, die über ein größeres Familieneinkommen als die „Indexhaushaltung“ verfügen (netto knapp 600 DM je Monat im Jahre 1958) oder weniger als zwei Kinder haben — das eine oder andere trifft für die überwiegende Zahl der Haushaltungen zu —, ist das Gewicht der Ernährungsausgaben sogar noch geringer, so daß für sie die Preissteigerungen bei Ernährung in den letzten Monaten wahrscheinlich nicht ganz so stark zu Buche geschlagen haben wie dies im Preisindex für die Lebenshaltung zum Ausdruck kommt.

Wie bereits angedeutet, hat sich der *Lohnanstieg* im zweiten Quartal d. J. zwar fortgesetzt, jedoch nicht mit der gleichen Stärke wie im ersten Vierteljahr. Dies trifft zumindest für die Tariflöhne und -gehälter zu, die im zweiten Quartal d. J. nur für rd. 3,5 Millionen Beschäftigte heraufgesetzt wurden, während dies im ersten Vierteljahr für 6,7 Millionen Arbeitnehmer der Fall war. Entscheidend hierfür war, daß im zweiten Quartal auf Grund der früher vereinbarten Kündigungsfristen weniger Tarifverträge zur Erneuerung anstanden als vorher und der Abschluß wichtiger Verträge länger als sonst hinausgeschoben wurde; der

Tarifverdiensterhöhungen im Bundesgebiet <sup>1)</sup>

Zeit	Zahl der Beschäftigten, für die Tarifverdiensterhöhungen in Kraft getreten sind <sup>2)</sup>		Ausmaß der jeweiligen Tarifverdiensterhöhung <sup>3)</sup> in vH			Tarifverdienstniveau <sup>4)</sup>			
	in Tsd	in vH der tarifstatistisch erfaßten Beschäftigten <sup>5)</sup>	Stundenverdienste	Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung	Wochenverdienste	Stundenverdienste		Wochenverdienste	
						1958 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in vH	1958 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in vH
1957	12 030	75	8,8	3,6	5,2	93,4	-	95,1	-
1958	14 920	92	7,0	1,7	5,3	100,0	+ 7,1	100,0	+ 5,2
1959	12 490	76	6,5	1,3	5,2	104,8	+ 4,8	103,2	+ 3,2
1960	16 100	95	8,6	0,4	8,2	112,4	+ 7,3	110,0	+ 6,6
1961 <sup>P)</sup>	15 470	89	8,5	0,1	8,4	121,9	+ 8,5	119,1	+ 8,3
1959 1. Vj.	4 180	26	2,7	2,2	0,5	102,8	+ 5,6	101,5	+ 3,8
2. "	6 640	41	4,5	0,3	4,2	103,8	+ 4,2	102,3	+ 2,4
3. "	3 750	23	5,0	0,3	4,7	105,5	+ 4,4	103,8	+ 2,7
4. "	3 660	22	6,0	1,4	4,6	107,0	+ 4,9	105,1	+ 3,7
1960 1. Vj.	3 945	23	6,6	0,5	6,1	108,7	+ 5,7	106,5	+ 5,0
2. "	8 080	48	5,9	0,4	5,5	110,6	+ 6,6	108,3	+ 5,9
3. "	5 625	33	8,9	0,2	8,7	114,1	+ 8,2	111,5	+ 7,5
4. "	1 870	11	7,6	0,3	7,3	116,3	+ 8,6	113,6	+ 8,1
1961 <sup>P)</sup> 1. Vj.	5 710	33	5,4	0,1	5,3	118,0	+ 8,6	115,3	+ 8,3
2. "	5 300	31	9,6	0,1	9,5	120,5	+ 8,9	117,7	+ 8,7
3. "	5 130	30	6,7	0,1	6,6	123,7	+ 8,4	120,9	+ 8,3
4. "	2 010	12	7,8	0,1	7,7	125,4	+ 7,9	122,5	+ 7,8
1962 <sup>P)</sup> 1. Vj.	6 720	38	7,8	2,6	5,2	128,4	+ 8,8	124,5	+ 8,0
2. "	3 550	20	6,8	0,4	6,4	130,8	+ 8,6	126,4	+ 7,4

<sup>1)</sup> Ohne Berlin (West); ab 1960 einschl. Saarland. — Zu den Tarifverdiensterhöhungen werden hier auch die Erhöhungen der Verdienste der Angestellten und Beamten gerechnet. Wird für Angestellte und Beamte die Arbeitszeit verkürzt, ohne daß die Monatsverdienste geändert werden, so wird eine entsprechende Erhöhung der Stundenverdienste und ein entsprechender Verdienstaustausch unterstellt. — <sup>2)</sup> Abweichungen der Jahresergebnisse von den Summen bzw. dem Durchschnitt der Vierteljahreswerte ergeben sich daraus, daß in den Jahresergebnissen bei mehrfachen Verdiensterhöhungen im Laufe eines Jahres die Beschäftigten nur einmal und die Verdiensterhöhungen mit ihrem jährlichen Gesamtbetrag erfaßt werden. — <sup>3)</sup> Insgesamt werden die Tarifverträge von etwa 85 vH aller unselbständig Beschäftigten erfaßt. — <sup>4)</sup> Die Jahres- bzw. Vierteljahresergebnisse wurden als Durchschnitt aus Monatsständen ermittelt. — <sup>5)</sup> Vorläufige, noch nicht vollständige Ergebnisse.



Tarifvertrag für die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst, der bereits Anfang April gekündigt worden war, ist z. B. erst zu Beginn des dritten Quartals in Kraft getreten. Von Bedeutung war ferner, daß bei den Neuabschlüssen im zweiten Vierteljahr im Durchschnitt (auf Stundenlohnbasis gerechnet) Erhöhungen um 6,8 vH vereinbart wurden gegen 7,8 vH im ersten Quartal. Das gesamte Tariflohniveau lag damit im Juni d. J. um 7,4 vH über dem entsprechenden Vorjahrsstand gegen 9,0 im März. Diese leichte Abschwächung des Anstiegs dürfte sich mindestens in gleichem Maße auf die Effektivverdienste übertragen haben. Wie aus dem vorstehenden Schaubild zu ersehen ist, hat sich in der Industrie bis zum ersten Halbjahr 1962 der Abstand zwischen den Steigerungssätzen der Effektivverdienste und den (niedrigeren) Zuwachsraten der Tarifverdienste ständig verkleinert; diese Entwicklung dürfte sich in letzter Zeit fortgesetzt haben.

Gleichwohl ist die jüngste Steigerungsrate der Effektiv- und Tarifverdienste immer noch mindestens doppelt so hoch wie die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, die — gemessen als Produktionsergebnis je Erwerbstätigenstunde — für den Jahresdurchschnitt 1962 auf gut 4 vH veranschlagt wird. Die Lohnkosten je Produktionseinheit erhöhten sich daher weiter sehr beträchtlich.

Die Lohnsteigerungen sind, wie aus der untenstehenden Tabelle ersichtlich ist, auch in der letzten Zeit — ebenso wie schon im Vorjahr — erheblich über die in anderen Industrieländern hinausgegangen. In den ersten Monaten d. J. waren die effektiven Stundenverdienste in der Bundesrepublik um gut 12 vH höher als ein Jahr zuvor, während in anderen Ländern, für die annähernd vergleichbare Angaben vorliegen, die Steigerungsraten zwischen 3 vH und 9 vH schwankten. Nicht zuletzt damit hängt es auch zusammen, daß die Erzeuger- bzw. Großhandelspreise industrieller Produkte im Verlauf der letzten zwölf Monate in den übrigen Ländern mit Ausnahme Großbritanniens weniger gestiegen sind als in der Bundesrepublik, ja teilweise, wie in Belgien und in den Niederlanden, sogar sanken.

#### Preise und Löhne im internationalen Vergleich

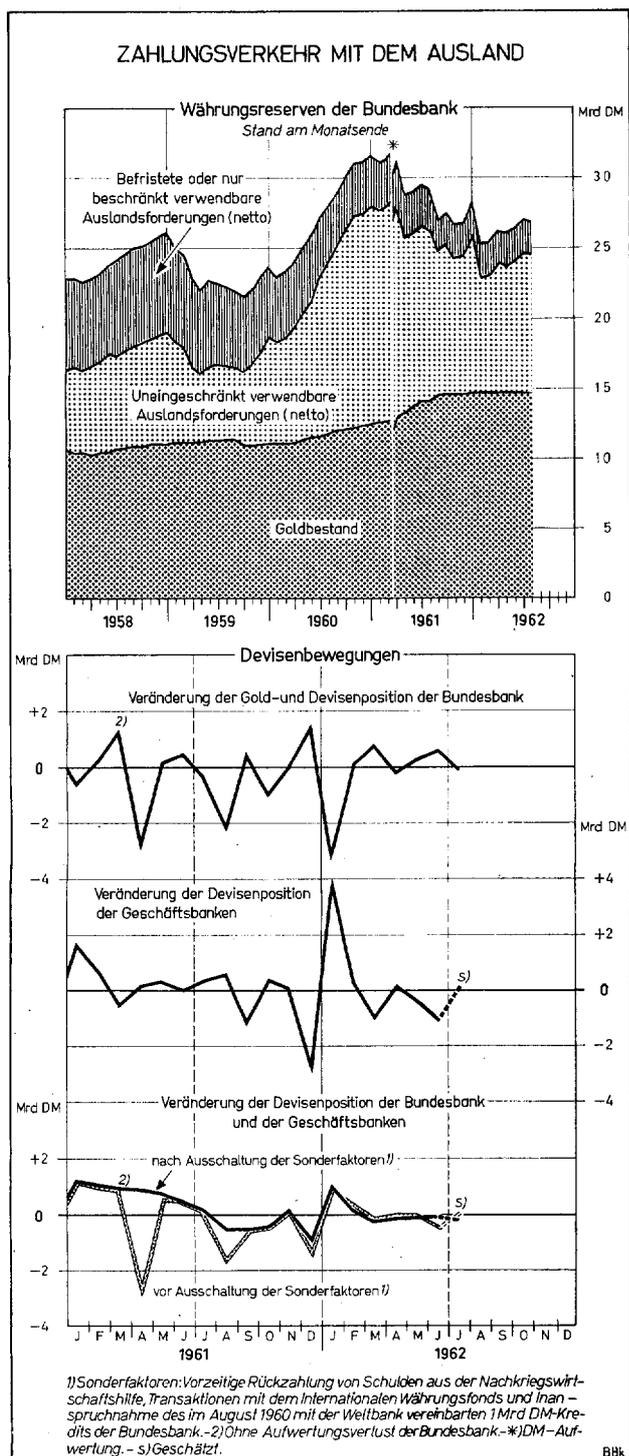
Land	Veränderung Mai 1962 in vH gegenüber	
	Mai 1960	Mai 1961
<b>Großhandels- und Erzeugerpreise industrieller Produkte</b>		
Großbritannien	+ 4,5	+ 2,3
BR Deutschland	+ 3,1	+ 1,3
Italien (März)	+ 0,5	+ 0,7
Japan (März)	+ 4,4	+ 0,6
Frankreich	+ 3,2	+ 0,3
USA	— 0,4	+ 0,1
Niederlande (April)	— 0,8	— 0,3
Belgien (April)	— 1,9	— 1,5
<b>Bruttostundenlöhne in der Industrie</b>		
BR Deutschland (Februar) <sup>1)</sup>	+ 25,0	+ 12,3
Österreich (1. Vierteljahr) <sup>2)</sup>	+ 20,3	+ 9,2
Frankreich (April) <sup>3)</sup>	+ 16,2	+ 7,5
Schweden (1. Vierteljahr) <sup>4)</sup>	+ 16,8	+ 5,0
Belgien (1. Vierteljahr) <sup>4)</sup>	+ 8,1	+ 5,0
USA (April) <sup>5)</sup>	+ 4,7	+ 3,7
Großbritannien (April) <sup>6)</sup>	+ 9,3	+ 2,6

<sup>1)</sup> Einschl. Bergbau und Baugewerbe. — <sup>2)</sup> Nur Wien; männliche Arbeiter in Industrie und Handwerk. — <sup>3)</sup> Tarifstundenlöhne; ohne Bergbau. — <sup>4)</sup> Einschl. Bergbau. — <sup>5)</sup> Verarbeitende Industrie.

## Außenhandel und Zahlungsbilanz

Die Entwicklung des Gold- und Devisenbestandes der Bundesbank war in den letzten Monaten weiter durch verhältnismäßig starke Schwankungen gekennzeichnet, die sich — wie nun schon seit längerer Zeit — zu einem großen Teil aus Veränderungen im Auslandsstatus der Kreditinstitute, hauptsächlich infolge von

Geldexporten oder Geldrepatriierungen, erklären. Im April hat sich der Auslandsstatus der Geschäftsbanken um 162 Mio DM verbessert, im Mai und Juni verschlechterte sich der Saldo zwischen kurzfristigen Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten um 290 bzw. 999 Mio DM, und im Juli dürfte er unter dem Einfluß neuer Geldexporte nach den bei Abschluß dieses Berichtes vorliegenden Teilangaben wieder eine Verbesserung um vielleicht 100 bis 200 Mio DM aufgewiesen haben. Weitgehend invers hierzu entwickelten sich die Währungsreserven der Bundesbank: Sie nahmen im April um 147 Mio DM ab, im Mai und Juni um 308 bzw. 606 Mio DM zu, und im Juli gingen sie erneut zurück, und zwar um 45 Mio DM. Faßt man die Veränderung der zentralen Reserven mit der Entwicklung der Devisenposition der Kreditinstitute zusammen, so ergeben sich für die letzten Monate also nur relativ geringe Bewegungen, die überdies weitgehend durch Transaktionen mit dem Internationalen Währungsfonds beeinflußt waren. Auf Grund von Kreditrückzahlungen Großbritanniens an den IWF, die, soweit sie in D-Mark erfolgten, an die Bundesrepublik weitergeleitet wurden, flossen der Bundesbank in den Monaten April bis Juli 500 Mio DM zu. Diesem Zugang standen infolge von DM-Ziehungen Ägyptens (20 Mio DM), Argentiniens (40 Mio DM), vor allem aber Kanadas (320 Mio DM) Abflüsse im Betrage von 380 Mio DM gegenüber, so daß die Bundesbank in den letzten Monaten aus Transaktionen mit dem Internationalen Währungsfonds per Saldo einen Devisenzugang von 120 Mio DM zu verzeichnen hatte. Sieht man hiervon ab, so schloß die Zahlungsbilanz (gemessen an der Veränderung der Devisenposition der Bundesbank und der Geschäftsbanken) im zweiten Quartal 1962 mit einem Defizit von 220 Mio DM ab; auch im Juli dürfte sie passiv gewesen sein. Die Zahlungsbilanz war also in den letzten Monaten — ebenso wie bereits im Winterhalbjahr 1961/62 — weitgehend ausgeglichen, ja sogar leicht defizitär, während sie im ersten Halbjahr 1961 nach Ausschaltung der Sonder-Kapitalexporte noch einen Überschuß von mehr als 5,6 Mrd DM aufgewiesen hatte. Die Veränderung ist dabei keineswegs allein auf den weitgehenden Wegfall der spekulativen und zinsbedingten Kapitalzuflüsse zurückzuführen, sondern mehr noch auf die Verschlechterung der Bilanz der laufenden Posten, die das wichtigste Element der sogenannten „basic balance of payments“ bildet.



**Zur Beurteilung der Zahlungsbilanz**  
Mio DM

Positionen	1961					1962				
	Insgesamt	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	April	Mai	Juni
1. Netto-Zunahme (+) oder -Abnahme (—) der Währungsreserven der Bundesbank	—1 928 <sup>1)</sup>	+1 212 <sup>2)</sup>	—1 892	—1 995	+ 747	—2 055	+ 767	— 147	+ 308	+ 606
2. Verbesserung (+) oder Verschlechterung (—) der Devisenposition der Geschäftsbanken	+ 264	+1 898	+ 606	— 51	—2 189	+3 362	—1 127	+ 162	— 290	— 999
darunter: Kreditanstalt für Wiederaufbau <sup>3)</sup>	(+ 643)	(+ 677)	(+ 124)	(+ 16)	(— 174)	(— 16)	(— 16)	(— 2)	(— 0)	(— 14)
3. Laufender Devisenzugang bzw. -abgang (1+2)	—1 664	+3 110	—1 286	—2 046	—1 442	+1 307	— 360	+ 15	+ 18	— 393
4. Sonderfaktoren										
IWF-Transaktionen	—1 322	— 181	— 363	—1 070	+ 292	+ 301	— 140	+ 140	+ 80	— 360
davon: DM-Ziehungen beim IWF	(—2 022)	(— 181)	(— 363)	(—1 430)	(— 48)	(— 59)	(— 380)	( — )	(— 20)	(— 360)
DM-Käufe des IWF gegen Gold	(+ 360)	( — )	( — )	(+ 360)	( — )	( — )	( — )	( — )	( — )	( — )
Rückzahlungen des IWF	(+ 340)	( — )	( — )	( — )	(+ 340)	(+ 360)	(+ 240)	(+ 140)	(+ 100)	( — )
Kreditgewährung der Bundesbank an die Weltbank <sup>3)</sup>	— 880	— 100	— 50	— 250	— 480	—	—	—	—	—
Vorzeitige Rückzahlung von Schulden aus der Nachkriegswirtschaftshilfe	—3 125	—	—3 125	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	—5 327	— 281	—3 538	—1 320	— 188	+ 301	— 140	+ 140	+ 80	— 360
5. Laufender Devisenzugang bzw. -abgang nach Ausschaltung der Sonderfaktoren (3 ./ 4)	+3 663	+3 391	+2 252	— 726	—1 254	+1 006	— 220	— 125	— 62	— 33

<sup>1)</sup> Ohne Aufwertungsverlust der Bundesbank (1 419 Mio DM). — <sup>2)</sup> Anlage von Mitteln aus der Entwicklungshilfe-Anleihe der deutschen Wirtschaft in US-Treasury Bills aus dem Bestande der Bundesbank (Rückreichungen: —). — <sup>3)</sup> Nur Inanspruchnahme des im August 1960 vereinbarten Kredits über rd. 1 Mrd DM.

### Die Bilanz der laufenden Posten

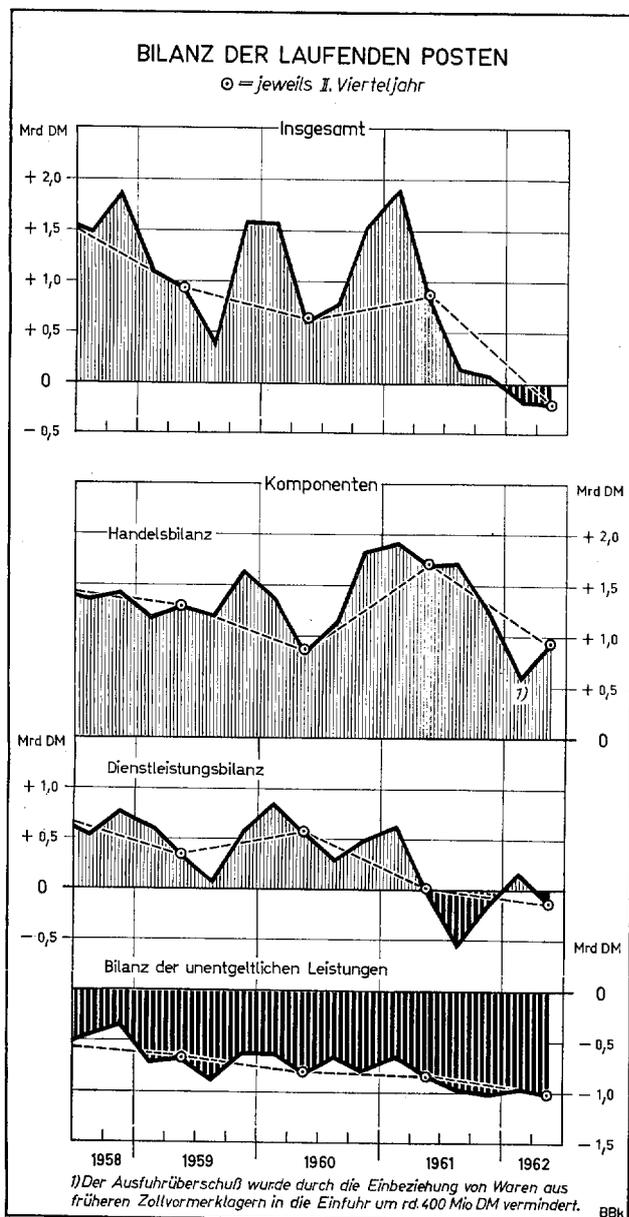
Die Bilanz der laufenden Posten der Zahlungsbilanz wies im zweiten Quartal von 1962 wiederum ein Defizit auf, das mit rd. 220 Mio DM noch etwas höher war als das des ersten (rd. 150 Mio DM). Im zweiten Quartal von 1961 hatte demgegenüber noch ein Überschuss von fast 870 Mio DM bestanden, der sich in den beiden folgenden Quartalen dann freilich rasch auf etwa 150 bzw. 100 Mio DM verringert hatte.

### Außenhandel

Der Überschuss der Handelsbilanz hat dabei vom ersten zum zweiten Quartal dieses Jahres nach den Ziffern der amtlichen Außenhandelsstatistik wieder zugenommen, nämlich von 617 Mio DM auf 939 Mio DM. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Ausfuhrüberschuss im ersten Quartal dadurch herabgedrückt worden war, daß damals auf Grund einer Änderung der zollrechtlichen Bestimmungen Waren im Werte von mehr als 400 Mio DM aus früheren Zollvormerklagern in die Ziffern der Einfuhr im Spezialhandel einbezogen wurden und die Einfuhrangaben insofern statistisch überhöht waren. Im zweiten Quartal dagegen beschränkte sich dieser Einfluß auf ungefähr 50 Mio DM. Ohne ihn ist also der Ausfuhrüberschuss für das erste Quartal auf etwas mehr als 1 Mrd DM und für das zweite Quartal auf knapp 1 Mrd DM zu veranschlagen. Die Abnahme des Handelsbilanzüberschusses erscheint damit kontinuierlicher und im Vergleich zum Vorjahr

etwas weniger dramatisch als nach der amtlichen Außenhandelsstatistik, die, um Verwirrungen zu vermeiden, den in unserer Zahlungsbilanz ausgewiesenen Angaben über den Warenverkehr zugrundeliegt. In beiden Fällen aber ist der starke Rückgang des Ausfuhrüberschusses im Vergleich zum Vorjahr unverkennbar, hatte der Überschuss doch 1961 im ersten Quartal 1,9 Mrd DM und im zweiten Quartal 1,7 Mrd DM betragen. Selbst unter Außerachtlassung der in den ersten Monaten von 1962 erfolgten Aufblähung der Einfuhrziffern durch die erwähnten zollrechtlichen Änderungen im Betrage von insgesamt 465 Mio DM hat sich also der Ausfuhrüberschuss vom ersten Halbjahr 1961 bis zum ersten Halbjahr 1962 von 3,6 auf 2,0 Mrd DM ermäßigt, während er nach der amtlichen Statistik sogar um mehr als die Hälfte, nämlich von 3,6 Mrd DM auf 1,6 Mrd DM, gesunken ist.

Vom ersten zum zweiten Vierteljahr 1962 hat sich dieser Rückgang jedoch nur noch schwach fortgesetzt, ja nach der Außenhandelsstatistik ist der Aktivsaldo der Handelsbilanz, wie erwähnt, im zweiten Quartal sogar gestiegen. Das liegt einmal daran, daß die Ausfuhr in dieser Periode mit 13,2 Mrd DM um etwa 560 Mio DM höher war als im ersten Quartal. Dieser Anstieg war weitgehend saisonmäßig bedingt. Aber auch die saisonbereinigte Kurve der Ausfuhr war im zweiten Vierteljahr, wie das Schaubild auf Seite 50 zeigt, weiter leicht nach oben gerichtet; sie hat damit den Einbruch, den sie im Sommer des vergangenen Jahres



— offenbar unter dem Einfluß einer Reaktion auf das „Vorziehen“ der Exporte in den Monaten vor der DM-Aufwertung — aufwies, wieder überwunden. Im Vergleich zur entsprechenden Vorjahrszeit war die Ausfuhr im zweiten Quartal noch um 3,0 vH höher gegen 3,2 vH im ersten. Das ist umso bemerkenswerter, als es vielen Exporteuren kaum mehr gelungen sein dürfte, höhere Preise als damals durchzusetzen, so daß der Anstieg der Wertziffern sicherlich weitgehend auf einer entsprechenden Erhöhung des Volumens beruht; tatsächlich weist auch das vom Statistischen Bundesamt errechnete Volumen im zweiten Quartal, verglichen mit dem entsprechenden Vorjahrsabschnitt, einen Anstieg um 2,8 vH auf. Die Ausfuhr hat damit trotz der mannigfachen Erschwerungen, auf die sie seit

einiger Zeit stößt, bisher eine bemerkenswerte Widerstandskraft an den Tag gelegt.

Immerhin ist nicht zu verkennen, daß der Druck auf die Ausfuhr nach wie vor stark ist, ja wahrscheinlich sogar noch zunimmt. Im Abschnitt „Allgemeine Konjunkturlage“ ist hierauf bereits näher eingegangen worden. Der starke innere Kostenanstieg bringt den deutschen Export auf vielen Märkten gegenüber der ausländischen Konkurrenz zweifellos ins Hintertreffen. Die Abschwächung des Konjunkturanstiegs in einigen wichtigen Industrieländern bildet ein weiteres Absatzhemmnis, zumal von der Konjunkturabschwächung in erster Linie die Investitionstätigkeit betroffen wird, die wegen des hohen Anteils der Investitionsgüter am gesamten deutschen Auslandsabsatz für die Entwicklung des Exports der Bundesrepublik von besonderer Bedeutung ist. Auch die Tatsache, daß die überseeischen Rohstoffländer wegen des anhaltenden Preisrückgangs für ihre wichtigsten Erzeugnisse trotz der Entwicklungshilfe zum Teil mit wachsenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu kämpfen haben, bedeutet für einen Teil des deutschen Exports ein zunehmendes Hindernis. In der Tat ist der Auftragseingang aus dem Ausland auch in letzter Zeit im Grunde genommen enttäuschend gewesen. Einige Industriezweige, wie etwa die Chemische Industrie, die Elektrotechnische Industrie und die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, konnten im Frühjahr zwar wieder etwas höhere Auftragsgänge als vor Jahresfrist buchen — eine Tatsache, die auch den Gesamtindex des Auftragseingangs aus dem Ausland, wenn man die Saisonschwankungen ausschaltet, im ersten Quartal von 1962 wieder etwas steigen ließ —; wie das Schaubild auf Seite 50 zeigt, ging der Index jedoch schon im zweiten Vierteljahr erneut zurück, so daß er in dieser Zeit wieder merklich unter seinem bisherigen Höhepunkt im Winterhalbjahr 1960/61 lag. Außerdem hat sich die Relation zwischen Auftragsengängen und Ausfuhr merklich verschlechtert, da die Ausfuhr der gewerblichen Wirtschaft in der Zwischenzeit weiter, wenn auch nur noch leicht, gewachsen ist. Ein Anhalten des Exportanstiegs kann daher auf Grund der zur Zeit vorliegenden Indizien nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden.

Die *Einfuhr* stellte sich im zweiten Quartal auf knapp 12,3 Mrd DM und war damit nach den Ziffern der Außenhandelsstatistik nur um ungefähr 240 Mio DM höher als im Vorvierteljahr, während die Ausfuhr um rd. 560 Mio DM zugenommen hat. Dabei ist freilich in Betracht zu ziehen, daß die Einfuhrziffern für das erste Quartal infolge der bereits erwähnten Einbeziehung von Waren aus früheren Zollvormerklagern statistisch überhöht waren. Schaltet man diesen Ein-

## Zur Außenwirtschaftslage \*)

Mio DM

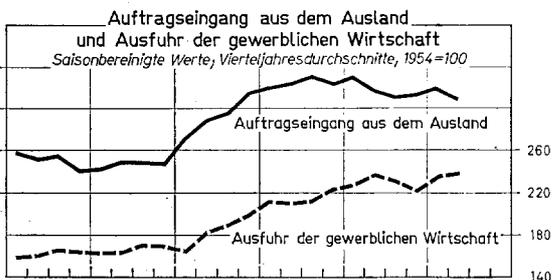
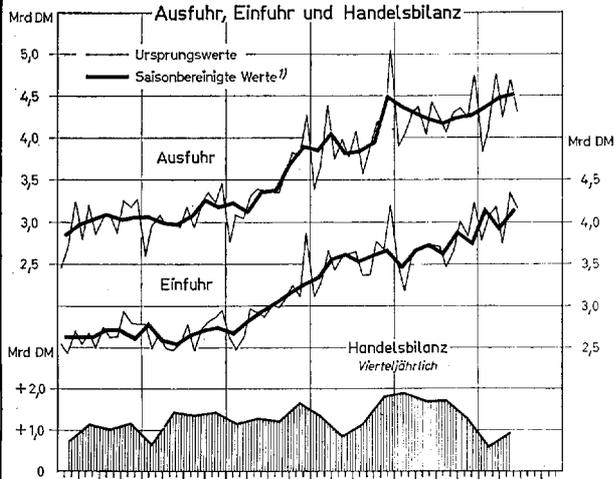
Positionen	1961						1962				
	2. Vj.	April	Mai	Juni	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. *)	April	Mai	Juni *)
<b>Außenhandel</b>											
Monatsdurchschnitte bzw. Monate											
Alle Länder <sup>1)</sup>											
Ausfuhr (fob)	4 274	4 368	4 034	4 418	4 194	4 442	4 216	4 402	4 243	4 666	4 296
Einfuhr (cif)	3 704	3 649	3 737	3 726	3 621	4 019	4 010	4 089	3 763	4 363	4 140
Saldo	+ 570	+ 719	+ 297	+ 692	+ 573	+ 423	+ 206	+ 313	+ 480	+ 303	+ 156
Ländergruppen <sup>2)</sup>											
EWA-Länder:											
Ausfuhr	3 159	3 206	3 005	3 265	3 075	3 220	3 162	3 272	3 121	3 508	3 186
Einfuhr	2 630	2 558	2 675	2 656	2 559	2 776	2 796	2 796	2 627	2 949	2 811
Saldo	+ 529	+ 648	+ 330	+ 609	+ 516	+ 444	+ 366	+ 476	+ 494	+ 559	+ 375
Vereinigte Staaten											
von Amerika											
Ausfuhr	338	334	323	358	337	372	324	384	390	373	388
Einfuhr	630	625	634	633	597	728	715	747	616	852	772
Saldo	- 292	- 291	- 311	- 275	- 260	- 356	- 391	- 363	- 226	- 479	- 384
Ostblockländer:											
Ausfuhr	143	173	129	127	139	157	132	140	142	146	132
Einfuhr	122	120	119	125	136	160	147	150	150	146	155
Saldo	+ 21	+ 53	+ 10	+ 2	+ 3	- 3	- 15	- 10	- 8	+ 0	- 23
Sonstige Länder:											
Ausfuhr	622	643	567	654	630	680	586	594	578	628	577
Einfuhr	315	339	302	304	321	346	343	389	363	410	394
Saldo	+ 307	+ 304	+ 265	+ 350	+ 309	+ 334	+ 243	+ 205	+ 215	+ 218	+ 183
Austauschrelation (terms of trade)											
1954 = 100											
Durchschnittswerte der Ausfuereinheit	104,0	103,6	104,4	104,0	104,7	104,2	104,1	104,2	103,5	105,3	103,6
Durchschnittswerte der Einfuhreinheit	89,3	88,3	90,1	89,5	88,2	88,4	87,1	87,9	87,5	88,0	88,2
Austauschrelation <sup>3)</sup>	116,5	117,3	115,9	116,3	118,7	118,0	119,5	118,5	118,3	119,7	117,5
Währungsreserven der Deutschen Bundesbank <sup>4)</sup>											
Stand am Ende des Berichtszeitraums											
Goldbestand und uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen											
Insgesamt	27 378	26 753	26 821	27 378	25 746	26 166	24 354	24 932	24 133	24 329	24 932
davon:											
Goldbestand	14 053	13 184	13 732	14 053	14 576	14 654	14 665	14 667	14 665	14 666	14 667
Uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen	13 325	13 569	13 089	13 325	11 170	11 512	9 689	10 265	9 468	9 663	10 265
Befristete oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen											
Insgesamt	3 142	3 165	3 164	3 142	2 477	2 452	2 437	2 422	2 437	2 436	2 422
darunter:											
Bilaterale Forderungen aus früheren Krediten an die EZU	1 718	1 729	1 729	1 718	1 055	1 039	1 026	1 013	1 026	1 024	1 013
Schuldverschreibungen der Weltbank <sup>5)</sup>	1 352	1 352	1 352	1 352	1 352	1 352	1 352	1 352	1 352	1 352	1 352
Konsolidierungskredite an ausländische Zentralbanken	72	83	83	72	70	61	59	57	59	59	57
Auslandsverpflichtungen											
Insgesamt	991	1 110	942	991	689	337	565	361	491	378	361
Zahlungsbilanz											
Monatsdurchschnitte bzw. Monate											
I. Saldo der Devisenbilanz <sup>6)</sup> (Überschuß: +)	- 631	- 2 613	+ 235	+ 486	- 665	+ 249	- 685	+ 255	- 147	+ 308	+ 606
II. Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz	- 965	- 2 832	- 124	+ 62	- 463	+ 448	- 1 061	+ 123	- 345	+ 366	+ 349
1. Laufende Posten	+ 289	+ 490	+ 181	+ 196	+ 52	+ 31	- 51	- 72	- 42	+ 34	- 209
davon: Waren- und Dienstleistungsverkehr	+ 575	+ 900	+ 385	+ 439	+ 376	+ 368	+ 264	+ 268	+ 451	+ 307	+ 46
Unentgeltliche Leistungen (eigene Leistungen: -)	- 286	- 410	- 204	- 243	- 324	- 337	- 315	- 340	- 493	- 273	- 255
2. Kapitalverkehr (eigene Leistungen: -)	- 1 254	- 3 322	- 305	- 134	- 515	+ 417	- 1 010	+ 195	- 303	+ 332	+ 558
davon: Langfristig	- 1 117	- 2 943	- 132	- 276	- 178	- 307	+ 25	- 63	- 99	- 30	- 59
Kurzfristig	- 137	- 379	- 173	+ 142	- 337	+ 724	- 1 035	+ 258	- 204	+ 362	+ 617
III. Saldo der nicht erfaßten Posten und der statistischen Ermittlungsfehler <sup>7)</sup> (I./II.)	+ 334	+ 219	+ 359	+ 424	- 202	- 199	+ 376	+ 132	+ 198	- 58	+ 257

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VII, Außenwirtschaft, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes.

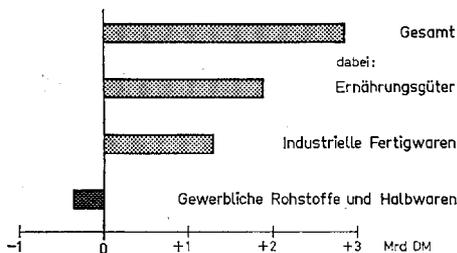
\*) Die Angaben dieser Tabelle beziehen sich vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. 7. 1959) auf das Bundesgebiet einschl. Saarland.

\*) Die Daten sind mit den im Rahmen des Bundesbankausweises angegebenen Zahlen nicht ganz identisch, da der Goldbestand sowie die Auslandsforderungen und -verpflichtungen hier entsprechend den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds für die Aufstellung von Zahlungsbilanzen zum Paritätskurs angegeben sind, während sie im Bundesbankausweis zum Jahresende nach dem Niederwertprinzip und für das laufende Jahr jeweils zum Tageskurs berechnet werden. Darüber hinaus bestehen bei den Verpflichtungen gewisse Unterschiede in Bezug auf die Abgrenzung der zu berücksichtigenden Positionen. — <sup>3)</sup> Einschl. der nicht nach Ländern gegliederten Einfuhr und Ausfuhr von Schiffsbedarf usw. — <sup>4)</sup> Einfuhr aus Einkaufsländern, Ausfuhr nach Käuferländern. — <sup>5)</sup> Durchschnittswerte der Ausfuereinheit in vH der Durchschnittswerte der Einfuhreinheit. — <sup>6)</sup> Forderungen und Verpflichtungen in ausländischer Währung sind mit dem am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums geltenden Paritätskurs bewertet. — <sup>7)</sup> Ohne Bonds und ohne diejenigen Notes, die im Bundesbankausweis in der Position „Wertpapiere“ und in der Zahlungsbilanz bei den langfristigen öffentlichen Kapitalleistungen berücksichtigt sind. Vgl. hierzu auch die Erläuterungen zu den Wochenausweisen vom 7. 12. 1960 und 7. 2. 1961. — <sup>8)</sup> Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank. — <sup>9)</sup> Hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment. — <sup>x)</sup> Teilweise vorläufig.

## AUSSENHANDEL



Veränderung der Einfuhr<sup>2)</sup>  
1. Halbjahr 1962 gegenüber 1. Halbjahr 1961



1) Jeweils zwei Monate der Ursprungswerte zusammengefaßt und saisonbereinigt. - 2) Einschließlich der Importe aus früheren Zollvormerktagern in der Zeit von Januar bis Mai 1962 (insgesamt 465 Mio DM).

BBK

fluß aus, so beträgt die Steigerung gegenüber dem Vorvierteljahr rd. 600 Mio DM; sie war also etwas höher als die der Ausfuhr, obwohl die Einfuhr im zweiten Quartal saisonmäßig schwächer zu wachsen pflegt. Der starke längerfristige Anstieg der Einfuhr kommt in den Einfuhrziffern des zweiten Quartals jedoch vor allem

darin zum Ausdruck, daß sie um 10,4 vH höher waren als die des entsprechenden Vorjahrsabschnittes, obwohl die Verminderung des Durchschnittswertes der Einfuhreinheit, der weitgehend eine Folge des bereits erwähnten Rückgangs der internationalen Rohstoffpreise ist, dem Anstieg der Einfuhrwerte nicht unbeträchtlich entgegenwirkte.

Für den Zuwachs der Einfuhr gegenüber dem Vorjahr waren weiterhin die hohen Importe von Ernährungsgütern von ausschlaggebender Bedeutung; ungefähr 80 vH der Gesamterhöhung, die die Einfuhr im zweiten Quartal 1962 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahrszeit aufwies, entfielen auf diese Warenkategorie. Wie in früheren Berichten schon mehrfach dargelegt, spielte der schlechte Ernteausfall im vergangenen Jahr in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Es kam jedoch, ebenso wie schon im ersten Quartal, hinzu, daß das — ursprünglich für den 1. Juli in Aussicht genommene und dann auf den 30. Juli verschobene — Inkrafttreten der EWG-Agrarmarktorfnungen die Importeure zu erheblichen Voreindeckungen veranlaßte, da erwartet wurde, daß die neuen Importregelungen bei einigen Gütern beträchtliche Verteuerungen der Einfuhr mit sich bringen würden. Es ist wichtig, sich dies zu vergegenwärtigen, weil insofern das relativ hohe Importniveau des letzten halben Jahres zweifellos bis zu einem gewissen Grade auf temporären Faktoren beruhte, deren Wegfall den Einfuhranstieg in den nächsten Monaten möglicherweise verlangsamen wird.

Auf der anderen Seite ist jedoch die Einfuhr von industriellen Fertigwaren wegen des Vordringens der ausländischen Konkurrenz auf einem relativ großen Teil des Inlandsmarktes nach wie vor stark im Wachsen begriffen. Im zweiten Quartal stellte sie sich auf 4,43 Mrd DM gegen 4,29 Mrd DM im Vorvierteljahr und 3,96 Mrd DM im zweiten Quartal von 1961, wobei zu beachten ist, daß in der zuletzt genannten Periode die Einfuhr durch die kurz zuvor erfolgte Aufwertung der DM bereits merklich stimuliert worden war. Da die Entwicklung der Preisrelationen zwischen Inland und Ausland gerade im industriellen Bereich zur Zeit noch immer die ausländische Konkurrenz begünstigt, ist anzunehmen, daß sich dieser Trend weiter fortsetzen und die in Gang befindliche Abschwächung des Anstiegs der inneren Nachfrage die Einfuhr wahrscheinlich weniger berühren wird als die Inlandsproduktion. Ein gewisses Gegengewicht gegen diesen Trend wird freilich vielleicht auch in Zukunft damit gegeben sein, daß die Einfuhr von gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren zumindest dem Werte nach stagniert oder sich doch nur wenig erhöht, da die Preise in diesem Sektor, wie erwähnt, nach wie vor rückläufig sind und die Abneh-

**Wichtige Posten der Zahlungsbilanz\*)**  
in Mio DM

Zeit	I. Saldo der Devisenbilanz	II. Leistungs- und Kapitalbilanz											III. Restposten der Zahlungsbilanz (I./II)		
		Saldo der laufenden Posten					Saldo der Kapitalleistungen (eigene: —, fremde: +)								
		Insgesamt	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs		Saldo der unentgeltlichen Leistungen (eigene: —)	Saldo der gesamten Kapitalleistungen	Saldo der langfristigen Kapitalleistungen			Saldo der kurzfristigen Kapitalleistungen				Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz	
			Insgesamt	Handelsbilanz			Dienstleistungsbilanz	Insgesamt	Privat	Öffentlich	Insgesamt	Privat			Öffentlich
1960	+8 007	+4 545	+7 423	+5 223	+2 200	-2 878	+1 698	-257	+ 982	-1 239	+1 955	+2 909	- 954	+6 243	+1 764
1961	-1 928	+2 998	+6 481	+6 615	- 134	-3 483	-5 160	-4 233	+ 887	-5 120	- 927	+ 339	-1 266	-2 162	+ 234
1960 1. Vj.	+ 353	+1 587	+2 208	+1 375	+ 833	- 621	-1 498	- 673	- 460	- 213	- 825	+ 154	- 979	+ 89	+ 264
2. "	+3 458	+ 637	+1 445	+ 874	+ 571	- 808	+1 735	- 258	+ 91	- 349	+1 993	+1 761	+ 232	+2 372	+1 086
3. "	+2 633	+ 789	+1 455	+1 148	+ 307	- 666	+ 666	+ 3	+ 356	- 353	+ 663	+ 571	+ 92	+1 455	+1 178
4. "	+1 563	+1 532	+2 315	+1 826	+ 489	- 783	+ 795	+ 671	+ 995	- 324	+ 124	+ 423	- 299	+2 327	- 764
1961 1. Vj.	+1 212	+1 881	+2 522	+1 919	+ 603	- 641	-1 106	+ 574	+ 821	- 247	-1 680	-1 454	- 226	+ 775	+ 437
2. "	-1 892	+ 867	+1 724	+1 708	+ 16	- 857	-3 761	-3 351	+ 145	-3 496	- 410	- 98	- 312	-2 894	+1 002
3. "	-1 995	+ 156	+1 129	+1 720	- 591	- 973	-1 545	- 535	- 99	- 436	-1 010	- 5	-1 005	-1 389	- 606
4. "	+ 747	+ 94	+1 106	+1 268	- 162	-1 012	+1 252	- 921	+ 20	- 941	+2 173	+1 896	+ 277	+1 346	- 599
1962 1. Vj.	-2 055	- 152	+ 794	+ 617	+ 177	- 946	-3 032	+ 74	+ 272	- 198	-3 106	-2 966	- 140	-3 184	+1 129
2. " p)	+ 767	- 217	+ 804	+ 939	- 135	-1 021	+ 587	- 188	+ 36	- 224	+ 775	+1 001	- 226	+ 378	+ 397
Jan.	-3 010	- 209	+ 77	+ 33	+ 44	- 286	-3 779	+ 164	+ 176	- 12	-3 943	-3 809	- 134	-3 980	+ 978
Febr.	+ 167	- 171	+ 99	+ 9	+ 90	- 270	- 90	- 197	- 45	- 152	+ 107	- 96	+ 203	- 261	+ 428
März	+ 788	+ 228	+ 618	+ 575	+ 43	- 390	+ 837	+ 107	+ 141	- 34	+ 730	+ 939	- 209	+1 065	- 277
April	- 147	- 42	+ 451	+ 480	- 29	- 493	- 303	- 99	+ 27	- 126	- 204	- 199	- 5	- 345	+ 198
Mai	+ 308	+ 34	+ 307	+ 303	+ 4	- 273	+ 332	- 30	+ 109	- 139	+ 362	+ 236	+ 126	+ 366	- 58
Juni p)	+ 606	- 209	+ 46	+ 156	- 110	- 255	+ 558	- 59	- 100	+ 41	+ 617	+ 964	- 347	+ 349	+ 257

\*) Angaben für frühere Zeiträume und Erläuterungen: Tab. VII, 2 im Statistischen Teil des vorliegenden Berichts. — p) Vorläufig.

mer — wohl nicht zuletzt unter dem Einfluß dieser Entwicklung — ihre Lager niedrig zu halten trachten. Im zweiten Quartal war der Wert der Einfuhr von gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren mit rd. 4 Mrd DM jedenfalls nur etwa ebenso hoch wie im letzten Quartal von 1961 und um ungefähr 6 vH niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Es ist jedoch wenig wahrscheinlich, daß dieser Umstand und eine eventuelle Reaktion bei der Einfuhr von ernährungswirtschaftlichen Gütern den zu erwartenden weiteren Anstieg der Fertigwarenimporte gänzlich kompensieren und damit von der Einfuhrseite her die Voraussetzungen für eine stärkere Wiedererhöhung des Ausfuhrüberschusses schaffen könnten.

#### Dienstleistungsbilanz

Die Dienstleistungsbilanz, in der bei der laufenden Berichterstattung die in den Einfuhr-cif-Werten (und damit in der Handelsbilanz) erfaßten Fracht- und Versicherungskosten nicht enthalten sind, hat sich im zweiten Quartal, der Saisontendenz entsprechend, verschlechtert. Nach zum Teil noch geschätzten Angaben wies sie in der Zeit von April bis Juni einen Passivsaldo von 135 Mio DM auf, verglichen mit einem Überschuß von knapp 180 Mio DM im ersten Quartal. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß die Netto-devisenausgaben im Reiseverkehr um schätzungsweise

200 Mio DM auf 500 Mio DM und die von Gastarbeitern in das Ausland überwiesenen Arbeitsentgelte (einschließlich Renten und Pensionen) um 70 Mio DM auf 400 Mio DM zugenommen haben.

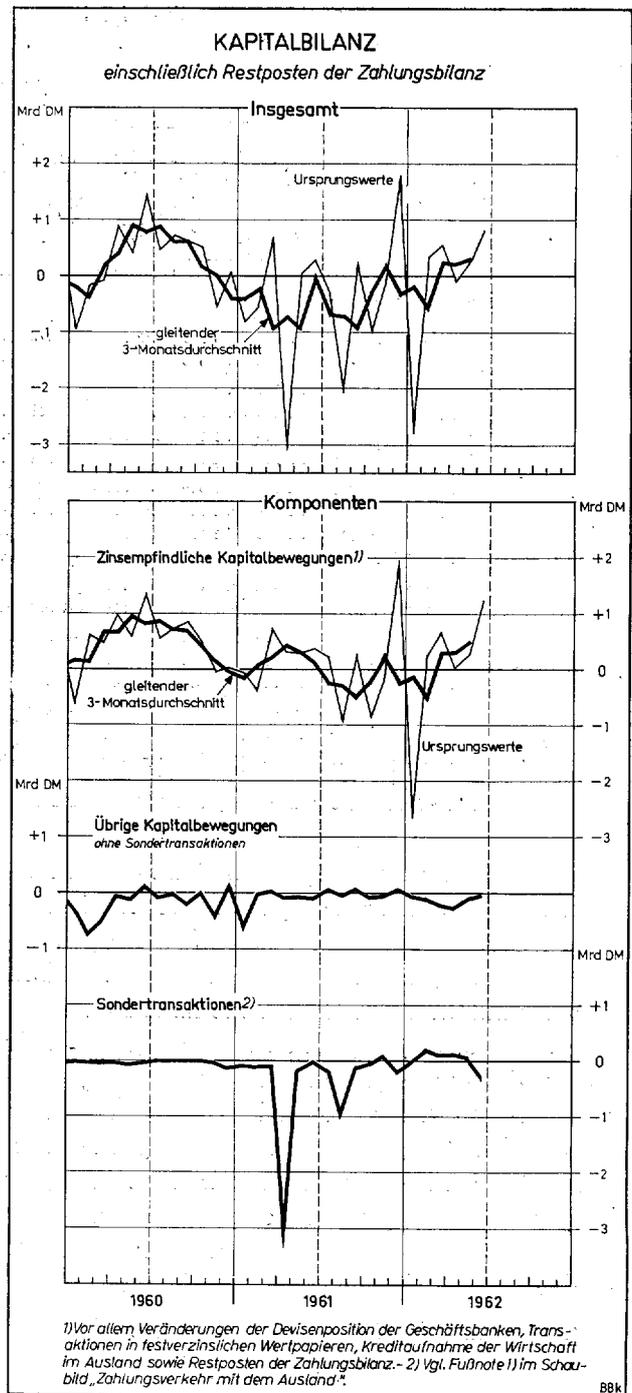
Auch die gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit festzustellende Verschlechterung der Dienstleistungsbilanz (im zweiten Quartal von 1961 hatte sie noch einen geringfügigen Überschuß aufgewiesen) geht in erster Linie auf erhöhte Devisenanforderungen im Reiseverkehr und auf gestiegene Rimessen von ausländischen Arbeitskräften zurück, deren Zahl Mitte 1962 auf 650 000 gestiegen ist gegen 500 000 am 30. Juni 1961. Die Ausgänge unter diesen beiden Titeln lagen mit insgesamt 900 Mio DM um 300 Mio DM über dem Stand vom zweiten Vierteljahr 1961. Wenn gleichwohl die Verschlechterung der Gesamtbilanz etwas schwächer war, so deshalb, weil die den ausländischen Investoren zum Halbjahresresultato gutgeschriebenen Erträge in diesem Jahr erheblich niedriger waren als im Vorjahr, in dem sie durch ungewöhnlich hohe Gewinnausschüttungen eines in ausländischem Besitz befindlichen großen Unternehmens stark beeinflußt worden waren. Im gesamten ersten Halbjahr von 1962 war jedoch das Defizit der Kapitalertragsbilanz mit rd. 520 Mio DM um knapp 60 Mio DM höher als in den ersten sechs Monaten von 1961.

## Unentgeltliche Leistungen

Die tendenziell gleichfalls anhaltende Verschlechterung der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen — sie wies im zweiten Quartal 1962 ein Defizit von 1 021 Mio DM auf gegen 946 Mio DM im ersten Vierteljahr und 857 Mio DM in der Zeit von April bis Juni 1961 — ging weiter in erster Linie auf die Entwicklung der Wiedergutmachungszahlungen zurück. Für diese waren im Berichtsquartal 745 Mio DM aufzuwenden gegen 685 Mio DM im zweiten Vierteljahr 1961. Ins Gewicht fielen dabei vor allem die Leistungen aus dem Israel-Abkommen. Sie betragen 241 Mio DM, womit sich die seit dem Inkrafttreten des Israel-Abkommens insgesamt erbrachten Leistungen der Bundesrepublik auf reichlich 2,6 Mrd DM erhöhten. Unter den sonstigen unentgeltlichen Leistungen an das Ausland ist zu erwähnen, daß die privaten Überweisungen — dabei handelt es sich hauptsächlich um Unterstützungszahlungen und Studienbeihilfen — weiter ansteigen; sie stellten sich in der Zeit von April bis Juni auf knapp 150 Mio DM gegen etwas mehr als 100 Mio DM in der gleichen Zeit des Vorjahres.

### Die Kapitalbilanz

Die laufende Entwicklung des Kapitalverkehrs mit dem Ausland wurde in den letzten Monaten wieder in starkem Maße durch die eingangs bereits erwähnten Veränderungen in der Devisenposition der Geschäftsbanken überlagert. Nur auf diese Veränderungen ist es zurückzuführen, daß die Bilanz der statistisch erfaßten Kapitalbewegungen im zweiten Quartal von 1962 mit knapp 600 Mio DM aktiv war, nachdem sie in den ersten drei Monaten des Jahres — ebenfalls auf Grund von Veränderungen im Auslandsstatus der Banken — mit einem Defizit von mehr als 3 Mrd DM abgeschlossen hatte. Sieht man von der Veränderung der Geschäftsbankenposition und ferner von den ebenfalls schon erwähnten Transaktionen mit dem Internationalen Währungsfonds ab, so wies die Kapitalbilanz im zweiten Vierteljahr 1962 ein Defizit von 400 Mio DM auf, verglichen mit Überschüssen von 29 Mio DM im vorangegangenen Quartal und von 383 Mio DM im entsprechenden Vorjahrsabschnitt (vgl. die folgende Tabelle). Besonders der langfristige Kapitalverkehr hat sich in den letzten Monaten wieder passiviert, nachdem er im ersten Viertel von 1962 mit einem Überschuß abgeschlossen hatte. Unter den langfristigen Kapitalexporten des Berichtsquartals sind in erster Linie Leistungen der öffentlichen Hand zu nennen. Sie machten 330 Mio DM aus gegen 200 Mio DM im Vorquartal. Zum größten Teil handelte es sich



dabei um die Gewährung von Krediten und Darlehen, von denen 150 Mio DM auf Portugal, 55 Mio DM auf Pakistan und 45 Mio DM auf Liberia entfielen. Nicht berücksichtigt ist in diesem Zusammenhang jedoch, daß sich die Auslandsforderungen der öffentlichen Hand dadurch um 102 Mio DM verminderten, daß die 1957 mit öffentlichen Mitteln erworbenen Aktien der Hugo Stinnes Corporation (Vereinigte Staaten) nunmehr an ein deutsches Unternehmen veräußert wurden. Für die laufende Entwicklung des gesamten langfristigen Kapitalverkehrs war diese Transaktion insofern ohne Bedeu-

tung, als sie lediglich eine Umschichtung zwischen öffentlichen und privaten Auslandsanlagen, die ja um den gleichen Betrag zugenommen haben, darstellt und mithin zu keinem Kapitalabfluß in das Ausland geführt hat.

Bei den *privaten langfristigen Kapitalleistungen* ist ohne diesen Vorgang der Nettokapitalimport von 270 Mio DM im Vorquartal auf 140 Mio DM im zweiten Vierteljahr zurückgegangen. Von Einfluß war dabei, daß die Aufnahme von längerfristigen Krediten und Darlehen durch deutsche Wirtschaftsunternehmen im Ausland unter starken monatlichen Schwankungen per Saldo abgenommen hat. Einschließlich der Übernahme von nicht in Wertpapieren verbrieften Geschäfts- und Kapitalanteilen durch das Ausland betrug sie knapp 260 Mio DM gegen 380 Mio DM im vorangegangenen Quartal. Ebenfalls abgenommen, wenn auch nicht im gleichen Umfang, hat der Aktivsaldo der privaten Wertpapierbilanz. Ohne den Erwerb der Stinnes-Aktien stellte er sich bei stark verminderten Wertpapierumsätzen — 1,8 Mrd DM gegen 2,3 Mrd DM in den ersten drei Monaten des Jahres — auf 133 Mio DM gegen 183 Mio DM im Vorquartal und 469 Mio DM im zweiten Vierteljahr von 1961. Im April hatte sich dabei noch ein Überschuß von 74 Mio DM, im Mai ein solcher von 58 Mio DM ergeben; im Juni war die Bilanz jedoch ausgeglichen. Entscheidend für die Abschwächung im Verlauf des zweiten Quartals waren nicht — was auf Grund der Baisse an den Aktienmärkten hätte erwartet werden können — die Transaktionen in Dividendenpapieren, sondern die in festverzinslichen deutschen Wertpapieren. Zwar sind die Verkäufe von deutschen Dividendenpapieren durch ausländische Investoren im Mai gestiegen, nämlich auf 143 Mio DM gegen 109 Mio DM im April, jedoch stand diesen höheren Verkäufen gleichzeitig eine Zunahme der Käufe auf 162 Mio DM gegenüber (verglichen mit 130 Mio DM im April), so daß dem deutschen Aktienmarkt in diesem Monat vom Ausland per Saldo keine Mittel entzogen, sondern im Gegenteil 19 Mio DM (Vormonat: 21 Mio DM) zugeführt wurden — ein Betrag, der sich dann im Juni auf 32 Mio DM erhöhte. Immerhin ist zu beachten, daß für das Quartal als Ganzes die Nettokäufe von deutschen Aktien durch das Ausland mit 72 Mio DM nicht unerheblich niedriger waren als im Vorvierteljahr, in dem sie 295 Mio DM betragen hatten, wenn man den Übergang eines deutschen Unternehmens in ausländischen Besitz durch die Abgabe von Aktien außer acht läßt, da es sich hierbei eigentlich um eine Direktinvestition handelte. Bei den Transaktionen in ausländischen Dividendenpapieren lassen die Angaben unserer Kapitalverkehrsstatistik in den einzelnen Monaten des zweiten Quartals ebenfalls nur geringe Ver-

*Kapitalverkehr mit dem Ausland*  
in Mio DM

Zeit	Saldo der gesamten Kapitalbilanz	Sonderfaktoren <sup>1)</sup>	Veränderung der Devisenposition der Geschäftsbanken <sup>2)</sup>	Übrige Kapitalleistungen		
				Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
1960	+1 698	— 269	+2 254	— 287	— 157	— 130
1961	—5 160	—5 327	— 264	+ 431	— 228	+ 659
1960 1. Vj.	—1 498	— 30	+ 120	—1 588	— 673	— 915
2. „	+1 735	— 88	+1 610	+ 213	— 258	+ 471
3. „	+ 666	— 4	+ 315	+ 355	+ 3	+ 352
4. „	+ 795	— 147	+ 209	+ 733	+ 771	— 38
1961 1. Vj.	—1 106	— 281	—1 898	+1 073	+ 674	+ 399
2. „	—3 761	—3 538	— 606	+ 383	— 176	+ 559
3. „	—1 545	—1 320	+ 51	— 276	— 285	+ 9
4. „	+1 252	— 188	+2 189	— 749	— 441	— 308
1962 1. Vj.	—3 032	+ 301	—3 362	+ 29	+ 74	— 45
2. „	+ 587	— 140	+1 127	— 400	— 188	— 212
April	— 303	+ 140	— 162	— 281	— 99	— 182
Mai	+ 332	+ 80	+ 290	— 38	— 30	— 8
Juni	+ 558	— 360	+ 999	— 81	— 59	— 22

<sup>1)</sup> Aufgliederung siehe Tabelle auf Seite 47. — <sup>2)</sup> Verschlechterung: +.

änderungen erkennen. Die Verkäufe ausländischer Aktien waren im Mai mit 67 Mio DM ebenso hoch wie im April, und im Juni gingen sie sogar leicht (auf 57 Mio DM) zurück. Lediglich die Käufe hatten im Mai etwas nachgegeben — 73 Mio DM gegen 90 Mio DM im April —, aber auch ohne den Erwerb der Stinnes-Aktien erreichten sie bereits im Juni wieder den Stand vom April. Per Saldo flossen somit im zweiten Quartal auf Grund des Erwerbs von Dividendenpapieren 62 Mio DM ins Ausland gegen 229 Mio DM im Vorvierteljahr, in dem die Wertpapierbilanz allein durch den Kauf von Aktien der Ford Motor Company, die von der Ford Foundation an ein deutsches Bankenkonsortium veräußert wurden, im Betrage von 114 Mio DM belastet worden war. Im Vergleich zu den Dividendenwerten fielen die Transaktionen in deutschen festverzinslichen Wertpapieren stärker ins Gewicht, wenn sie auch nicht mehr ganz so hoch waren wie im Vorvierteljahr. Im April hatte das Ausland per Saldo noch festverzinsliche Werte im Betrage von 78 Mio DM übernommen, wovon 46 Mio DM auf die Zeichnung einer in der Schweiz begebenen Anleihe eines deutschen Unternehmens entfallen waren. Obwohl auch im Mai eine private deutsche Anleihe in der Schweiz emittiert wurde, gingen die Nettokäufe in diesem Monat auf 43 Mio DM zurück, und im Juni machten sie nur noch 5 Mio DM aus.

Die Bilanz der kurzfristigen Kapitalbewegungen wies im zweiten Quartal von 1962 — wenn man die Veränderungen in der Devisenposition der Geschäftsbanken und die Transaktionen mit dem Internationa-

**Private Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland**  
in Mio DM

Positionen <sup>1)</sup>	1960	1961	1960		1961				1962				
			3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	April	Mai	Juni
<b>A. Transaktionen in ausländischen Wertpapieren</b>													
1) Käufe von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	1 724	1 205	507	315	324	323	240	318	576	408 <sup>2)</sup>	106	96	206 <sup>3)</sup>
dav.: a) Dividendenpapiere	( 1 550)	( 1 067)	( 479)	( 280)	( 295)	( 290)	( 187)	( 295)	( 433)	( 355 <sup>2)</sup> )	( 90)	( 73)	( 192 <sup>3)</sup> )
b) Festverzinsl. Wertpapiere	( 174)	( 138)	( 28)	( 35)	( 29)	( 33)	( 53)	( 23)	( 143)	( 53)	( 16)	( 23)	( 14)
2) Verkäufe von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	1 009	1 006	278	228	321	213	191	281	236	241	81	92	68
dav.: a) Dividendenpapiere	( 811)	( 867)	( 240)	( 190)	( 253)	( 188)	( 165)	( 261)	( 204)	( 191)	( 67)	( 67)	( 57)
b) Festverzinsl. Wertpapiere	( 198)	( 139)	( 38)	( 38)	( 68)	( 25)	( 26)	( 20)	( 32)	( 50)	( 14)	( 25)	( 11)
Nettokäufe (—) bzw. -verkäufe (+) von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	— 715	— 199	— 229	— 87	— 3	— 110	— 49	— 37	— 340	— 167	— 25	— 4	— 138
dav.: a) Dividendenpapiere	(— 739)	(— 200)	(— 239)	(— 90)	(— 42)	(— 102)	(— 22)	(— 34)	(— 229)	(— 164)	(— 23)	(— 6)	(— 135)
b) Festverzinsl. Wertpapiere	(+ 24)	(+ 1)	(+ 10)	(+ 3)	(+ 39)	(— 8)	(— 27)	(— 3)	(— 111)	(— 3)	(— 2)	(+ 2)	(— 3)
<b>B. Transaktionen in inländischen Wertpapieren <sup>2)</sup></b>													
1) Käufe von inländischen Wertpapieren durch Ausländer	4 349	4 408	1 425	1 629	1 232	1 367	921	888	1 013	739	262	282	195
dav.: a) Dividendenpapiere	( 2 490)	( 2 697)	( 875)	( 737)	( 562)	( 861)	( 619)	( 655)	( 624)	( 409)	( 130)	( 162)	( 117)
b) Festverzinsl. Wertpapiere	( 1 859)	( 1 711)	( 550)	( 892)	( 670)	( 506)	( 302)	( 233)	( 389)	( 330)	( 132)	( 120)	( 78)
2) Verkäufe von inländischen Wertpapieren durch Ausländer	2 276	2 762	662	580	466	788	858	650	490	541	163	220	158
dav.: a) Dividendenpapiere	( 1 790)	( 1 354)	( 557)	( 421)	( 228)	( 457)	( 343)	( 326)	( 247)	( 337)	( 109)	( 143)	( 85)
b) Festverzinsl. Wertpapiere	( 486)	( 1 408)	( 105)	( 159)	( 238)	( 331)	( 515)	( 324)	( 243)	( 204)	( 54)	( 77)	( 73)
Nettokäufe (+) bzw. -verkäufe (—) von inländischen Wertpapieren durch Ausländer	+ 2 073	+ 1 646	+ 763	+ 1 049	+ 766	+ 579	+ 63	+ 238	+ 523	+ 198	+ 99	+ 62	+ 37
dav.: a) Dividendenpapiere	(+ 700)	(+ 1 343)	(+ 318)	(+ 316)	(+ 334)	(+ 404)	(+ 276)	(+ 329)	(+ 377)	(+ 72)	(+ 21)	(+ 19)	(+ 32)
b) Festverzinsl. Wertpapiere	(+ 1 373)	(+ 303)	(+ 445)	(+ 733)	(+ 432)	(+ 175)	(— 213)	(— 91)	(+ 146)	(+ 126)	(+ 78)	(+ 43)	(+ 5)
<b>C. Saldo (A + B)</b>													
	+ 1 358	+ 1 447	+ 534	+ 962	+ 763	+ 469	+ 14	+ 201	+ 183	+ 31	+ 74	+ 58	— 101
dav.: a) Dividendenpapiere	(— 39)	(+ 1 143)	(+ 79)	(+ 226)	(+ 292)	(+ 302)	(+ 254)	(+ 295)	(+ 148)	(— 92)	(— 2)	(+ 13)	(— 103)
b) Festverzinsl. Wertpapiere	(+ 1 397)	(+ 304)	(+ 455)	(+ 736)	(+ 471)	(+ 167)	(— 240)	(— 94)	(+ 35)	(+ 123)	(+ 76)	(+ 45)	(+ 2)

<sup>1)</sup> Dividendenpapiere einschl. Investmentzertifikate. — <sup>2)</sup> Einschl. deutscher Auslandsbonds. — <sup>3)</sup> Einschl. der Übernahme von bisher im Besitz der deutschen öffentlichen Hand befindlichen Aktien eines ausländischen Unternehmens (102 Mio DM).

len Währungsfonds<sup>1)</sup> ausschaltet — ein Defizit von reichlich 200 Mio DM auf gegen 45 Mio DM in den ersten drei Monaten des Jahres. Die Zunahme des Passivsaldo erklärt sich im wesentlichen aus der Entwicklung der von deutschen Unternehmen im Ausland direkt, d. h. ohne Zwischenschaltung von inländischen Banken, aufgenommenen Finanzkredite. Nachdem diese Kredite im ersten Quartal von 1962 per Saldo um mehr als 300 Mio DM gestiegen waren, überwogen in der Zeit von April bis Juni die Kreditrückzahlungen. Sie machten gut 130 Mio DM aus und betrafen in erster Linie auf fremde Währung lautende Kredite, die vordem bei ausländischen Banken aufgenommen wor-

den waren. Daß sich dies nicht stärker auf das Ergebnis der Gesamtbilanz ausgewirkt hat, liegt daran, daß die Leistungen der öffentlichen Hand mit rd. 90 Mio DM (netto) erheblich geringer waren als im Vorquartal, in dem sie unter dem Einfluß von Sonderfaktoren annähernd 450 Mio DM (netto) betragen hatten.

Wie erwähnt, wurde jedoch die Passivierung des im wesentlichen auf den Transaktionen von Nichtbanken beruhenden lang- und kurzfristigen Kapitalverkehrs durch die starke Verschlechterung im *Auslandsstatus der Kreditinstitute* überkompensiert. Der mit dieser Verschlechterung verbundene Devisenzustrom betrug im zweiten Quartal etwas mehr als 1,1 Mrd DM. Er geht in erster Linie auf die Entwicklung der Auslandsguthaben zurück: Im April nahmen die kurzfristigen Auslandsforderungen der Banken um 116 Mio DM ab (nachdem sie bereits im März um mehr als 750 Mio DM vermindert worden waren). Im Mai wurden sie dann

<sup>1)</sup> Die laufenden Transaktionen mit dem Internationalen Währungsfonds werden nunmehr unter den kurzfristigen Kapitalbewegungen berücksichtigt, während sie früher Bestandteil des langfristigen Kapitalverkehrs waren. Über die Gründe, die zu dieser Umgruppierung geführt haben, vgl. den Aufsatz: Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik im Jahre 1961, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 14. Jhrg., Nr. 6, Juni 1962, S. 3 und 10.

wieder etwas aufgestockt (um 28 Mio DM), aber im Juni gingen sie unter dem Druck der inneren Liquiditätsanspannung erneut zurück, und zwar um 937 Mio DM. Für das zweite Quartal als Ganzes ergibt sich damit eine Repatriierung von Mitteln im Betrage von 1 025 Mio DM. Hiervon entfielen 891 Mio DM auf Termineinlagen bei ausländischen Banken. Daneben wurden aber auch die Sichteinlagen und der Bestand an ausländischen Geldmarktpapieren reduziert. Die Kreditgewährung an das Ausland wies dagegen eine, wenn auch nur leichte, Zunahme (um 43 Mio DM) auf. Nach den zur Zeit vorhandenen Teilangaben haben die Banken (einschließlich der Kreditanstalt für Wiederaufbau) im Juli ihre kurzfristigen Auslandsforderungen wieder erhöht, und zwar um schätzungsweise 350 Mio DM. Längerfristig gesehen sind sie jedoch offensichtlich im Begriff, ihre Auslandsguthaben zu vermindern. Bis zu einem gewissen Grade ist dies eine natürliche Folge der im Abschnitt „Geld und Kredit“ geschilderten Liquiditätsanspannung, die in zunehmendem Maße zur Inanspruchnahme der freien Liquiditätsreserven zwingt. Neuerdings wird diese Tendenz aber auch noch durch die mehrfache Erhöhung des Depots, den die Bundesbank bei den mit ihr getätigten Swapabschlüssen in US-Dollar berechnet, und durch die gleichzeitige Heraufsetzung der Abgabesätze für die inländischen Geldmarktpapiere verstärkt, da hierdurch das Zinsgefälle zwischen Inland und Ausland zugunsten der heimischen Geldanlage verringert wird. Auch auf diesen Zusammenhang ist in dem eben erwähnten Berichtsab-

schnitt — vgl. vor allem die Seiten 6/7 dieses Heftes — näher eingegangen worden.

Zu der Verschlechterung der Netto-Devisenposition der Geschäftsbanken hat im zweiten Quartal ferner beigetragen, daß die Auslandspassiva der Banken unter starken Schwankungen per Saldo gestiegen sind. Die Zunahme, die ausschließlich auf vermehrte Einlagen des Auslandes zurückgeht, machte etwas mehr als 100 Mio DM aus. Insgesamt beliefen sich die kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten der Banken Ende Juni auf 5,6 Mrd DM, von denen 3,7 Mrd DM auf Einlagen (vorwiegend in DM) und 1,9 Mrd DM auf Kreditaufnahmen (hauptsächlich in fremder Währung) entfielen. Diesen Verbindlichkeiten standen im gleichen Zeitpunkt Auslandsguthaben in Höhe von insgesamt 5,5 Mrd DM gegenüber. Hierin sind US-Treasury Bills im Gegenwert von rd. 610 Mio DM enthalten, in denen die Kreditanstalt für Wiederaufbau einen Teil des Erlöses der im Vorjahr begebenen Entwicklungshilfe-Anleihe bis zu seiner endgültigen Verwendung angelegt hat. Ohne diese Anlagen war die Netto-Devisenposition der Banken am 30. Juni mit knapp 650 Mio DM passiv, während sie Ende Februar dieses Jahres, an ihrem bisher günstigsten Stand, einen Netto-Forderungssaldo von reichlich 1,3 Mrd DM aufgewiesen hatte. Zweifellos war jedoch diese Verschlechterung bis zu einem gewissen Grade durch die besondere Anspannung des Liquiditätsstatus der Banken im Juni bestimmt. Im Juli hat sich daher auch das Verhältnis zwischen Auslandsguthaben und -verbind-

Veränderung der Devisenposition der Geschäftsbanken <sup>1)</sup>  
in Mio DM

Positionen	1960	1961 <sup>2)</sup>	1960		1961				1962				
			3. Vj.	4. Vj.	1. Vj. <sup>3)</sup>	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	April	Mai	Juni
<b>A. Kurzfristige Auslandsforderungen <sup>4)</sup></b>													
Guthaben bei ausländischen Banken	- 361	+ 621	-150	+236	+1 131	+1 635	-468	-1 677	+2 453	-1 034	-279	+113	-868
davon: Täglich fällige Gelder	(- 228)	(+ 125)	(-101)	(+ 37)	(+ 48)	(+ 51)	(+ 12)	(+ 14)	(+ 138)	(- 143)	(-149)	(+164)	(-158)
Termingelder	(- 133)	(+ 496)	(- 49)	(+199)	(+1 083)	(+1 584)	(-480)	(-1 691)	(+2 315)	(- 891)	(-130)	(- 51)	(-710)
Geldmarktpapiere	- 867	+ 842	- 28	+ 65	+ 720	- 16	+172	- 34	- 69	- 34	+133	- 13	-154
darunter: Anlagen der Kreditanstalt für Wiederaufbau <sup>4)</sup>	( - )	(+ 643)	( - )	( - )	(+ 677)	(+ 124)	(+ 16)	(- 174)	(- 16)	(- 16)	(- 2)	(- 0)	(- 14)
Kurzfristige Kredite	+ 125	+ 95	- 16	- 18	+ 212	- 68	+ 74	- 123	+ 256	+ 43	+ 30	- 72	+ 85
Insgesamt	-1 103	+1 558	-194	+283	+2 063	+1 551	-222	-1 834	+2 640	-1 025	-116	+ 28	-937
<b>B. Kurzfristige Auslandsverpflichtungen <sup>2)</sup></b>													
Einlagen von Ausländern	+ 231	+ 344	-155	+317	- 140	+ 335	-339	+ 488	- 383	+ 102	-101	+212	- 9
davon: Banken	(- 128)	(+ 248)	(-161)	(+ 59)	(+ 32)	(+ 153)	(-266)	(+ 329)	(- 269)	(- 35)	(-114)	(+162)	(- 83)
Nichtbanken	(+ 359)	(+ 96)	(+ 6)	(+258)	(- 172)	(+ 182)	(- 73)	(+ 159)	(- 114)	(+ 137)	(+ 13)	(+ 50)	(+ 74)
Kurzfristige Kredite	+ 920	+ 950	+276	+175	+ 305	+ 610	+168	- 133	- 339	- 0	-177	+106	+ 71
Insgesamt	+1 151	+1 294	+121	+492	+ 165	+ 945	-171	+ 355	- 722	+ 102	-278	+318	+ 62
<b>C. Saldo (Netto-Devisenposition) <sup>2)</sup></b>													
	-2 254	+ 264	-315	-209	+1 898	+ 606	- 51	-2 189	+3 362	-1 127	+162	-290	-999

<sup>1)</sup> Bestandsangaben: Tabelle VII, 4 im Statistischen Teil dieses Berichts. — <sup>2)</sup> Zunahme der Forderungen und Verpflichtungen: +, Abnahme: —; Verbesserung des Saldos (Netto-Devisenposition): +, Verschlechterung: —. — <sup>3)</sup> Einschl. der durch die DM-Aufwertung bedingten Veränderung bei Forderungen und Verpflichtungen in ausländischer Währung. — <sup>4)</sup> Anlage von Mitteln aus der Entwicklungshilfe-Anleihe der deutschen Wirtschaft in US-Treasury Bills aus dem Bestande der Bundesbank (Rückrechnungen: —).

lichkeiten wieder etwas gebessert, wie die bis zum 23. dieses Monats vorliegenden wöchentlichen Positionsmeldungen für die hauptbeteiligten Banken erkennen lassen. Der bereits erwähnte Wiederanstieg der Auslandsguthaben war dabei entscheidend.

Die Sonderfaktoren des Kapitalverkehrs führten im zweiten Quartal per Saldo wieder zu einem Netto-Kapitalexport, nachdem in den ersten drei Monaten von 1962 die Zuflüsse überwogen hatten. Das Defizit — 140 Mio DM — erklärt sich ebenso wie der Netto-Kapitalimport des ersten Quartals aus den Transaktionen mit dem Internationalen Währungsfonds. Insgesamt hat der IWF, wie eingangs dargelegt, auf Grund von DM-Ziehungen Kanadas, Argentiniens und Ägyptens 380 Mio DM abgerufen. Diesen Abzügen stand ein Zugang von 240 Mio DM gegenüber, der sich aus Rückzahlungen Großbritanniens erklärt. Per Saldo ist damit der Betrag, der dem Fonds aus der deutschen Subskription (3 150 Mio DM) zur Verfügung stand, im zweiten Quartal um 140 Mio DM auf 762 Mio DM gesunken. Durch eine weitere Rückzahlung Großbritanniens im Juli, diesmal in Höhe von 260 Mio DM, hat er sich inzwischen wieder auf 1 022 Mio DM erhöht. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Bundesrepublik in der Berichtsperiode den von zehn Ländern mit dem Fonds vereinbarten Sonderkreditabmachungen auch formell beigetreten ist, nachdem die hierfür erforderlichen Voraussetzungen erfüllt waren. Die Bundesbank hat dabei die Verpflichtung übernommen, dem Fonds außerhalb der deutschen Quote unter bestimmten Bedingungen Mittel bis zum Betrage von 4 Mrd DM zur Verfügung zu stellen. Die über den deutschen (und französischen) Beitritt zu den Allgemeinen Kreditvereinbarungen herausgegebene Presseverlautbarung des Internationalen Währungsfonds ist am Schluß dieses Abschnitts abgedruckt. Verwiesen sei

ferner auf einen Sonderaufsatz über dieses Thema im Monatsbericht für Februar 1962.

#### Der Restposten der Zahlungsbilanz

Der statistisch nicht näher aufzugliedernde Restposten der Zahlungsbilanz, der als Differenz zwischen der Veränderung der zentralen Reserven und den im einzelnen registrierten Transaktionen des Leistungs- und Kapitalverkehrs errechnet wird, war im zweiten Quartal 1962 mit knapp 400 Mio DM aktiv. Der Überschuß war damit erheblich niedriger als im vorangegangenen Quartal, in dem er — zum Teil allerdings lediglich auf Grund der statistischen Überhöhung der Einfuhr<sup>1)</sup> — 1,1 Mrd DM betragen hatte. Es fällt jedoch auf, daß sich die Passivierungstendenz, die in der zweiten Hälfte des vergangenen und — bei monatlicher Betrachtung — im Frühjahr dieses Jahres zu beobachten war, neuerdings nicht mehr fortgesetzt hat. Im Juni ergab sich sogar wieder ein nicht unerheblicher Überschuß (rd. 260 Mio DM). Eine eindeutige Erklärung hierfür bietet sich nicht an. Statistische Ungenauigkeiten in der Erfassung der einzelnen Bilanzposten — vor allem auch in der zeitlichen Zuordnung der verschiedenen Vorgänge — mögen dabei eine Rolle spielen. Da ins Gewicht fallende Veränderungen des Restpostens der Zahlungsbilanz erfahrungsgemäß aber oft auch auf nicht erfaßte Geld- und Kreditbewegungen bei der Finanzierung des Außenhandels (terms of payment) zurückgehen, ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die in den letzten Monaten zeitweilig zu beobachtende Unruhe an den internationalen Devisenmärkten vorübergehend leichte spekulative Kapitalzuflüsse in die Bundesrepublik mit sich gebracht hat.

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu die im Monatsbericht für April 1962 auf Seite 49 gegebenen Erläuterungen.

#### Presseverlautbarung des Internationalen Währungsfonds vom 19. Juni 1962\*)

##### *über den deutschen (und den französischen) Beitritt zu den Allgemeinen Kreditvereinbarungen vom 5. Januar 1962 zur Verstärkung der Mittel des Fonds<sup>1)</sup>*

Die französische Regierung und die Deutsche Bundesbank haben dem Internationalen Währungsfonds ihren formellen Beitritt zu den Allgemeinen Kreditvereinbarungen des Fonds mitgeteilt. Der von der französischen Regierung [für die Bereitstellung von Landeswährung] zugesagte Höchstbetrag entspricht dem Gegenwert von 550 Mio Dollar, im Falle der Deutschen Bundesbank beläuft er sich auf 1000 Mio Dollar.

Durch diese Beitritte erhöht sich die Zahl der offiziellen Zustimmungserklärungen auf fünf und die Summe der zugesagten Höchstbeträge auf den Gegenwert von 3350 Mio Dollar. Die Abmachungen treten in Kraft, sobald mindestens sieben Länder mit Bereit-

stellungsverpflichtungen im Gegenwert von insgesamt 5,5 Mrd Dollar dem Fonds offiziell ihren Beitritt anzeigen. Im Rahmen der Allgemeinen Kreditvereinbarungen ist vorgesehen, daß zehn Hauptindustrieländer dem Fonds Beträge bis zum Gegenwert von insgesamt rund 6 Mrd Dollar leihen, falls dies erforderlich sein sollte, um der Gefahr einer Beeinträchtigung der internationalen Währungsordnung vorzubeugen oder ihr zu begegnen.

Der Fonds hat schon früher den Beitritt Italiens, Großbritanniens und Japans — mit Bereitstellungsverpflichtungen im Gegenwert von maximal 550 Mio Dollar, 1000 Mio Dollar und 250 Mio Dollar — bekanntgegeben. Mit dem offiziellen Beitritt der übrigen fünf Teilnehmerländer ist zu rechnen, sobald die zuständigen Instanzen der betreffenden Länder die notwendigen Vorbereitungen abgeschlossen haben.

\*) Übersetzt von der Deutschen Bundesbank.

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu auch die Presseveröffentlichung des Internationalen Währungsfonds vom 8. Januar 1962, abgedruckt in „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, 14. Jhrg., Nr. 1, Januar 1962, S. 63.

# Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1961

Mit dem vorliegenden Aufsatz wird die jährliche Berichterstattung der Bank über die Vermögensbildung und ihre Finanzierung für das Jahr 1961 fortgesetzt. Die Zahlenangaben beziehen sich auf das Bundesgebiet ohne Berlin (West) und schließen — im Gegensatz zum vorangegangenen Bericht — in den Jahren 1960 und 1961 das Saarland ein. Die Methode der Berechnungen wurde gegenüber früheren Darstellungen in mancher Hinsicht geändert. Näheres hierüber ist dem Dezember-Heft 1961 der Monatsberichte zu entnehmen. Entsprechend diesen Änderungen wurden nun auch die Zahlen für die Jahre 1950 bis 1960 korrigiert; die neuen Ergebnisse sind aus den Texttabellen und aus den im Anhang abgedruckten Jahresübersichten zu ersehen. Die Zahlenangaben für 1961 sind noch als vorläufig zu betrachten; größere Revisionen dürften allerdings nur dann notwendig werden, wenn sich die zur Zeit ebenfalls nur vorläufigen Ergebnisse des Statistischen Bundesamts über die Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts bei der endgültigen Berechnung erheblich ändern sollten.

Die Finanzierungsvorgänge im Jahre 1961 waren durch wichtige einmalige Vorgänge, wie die DM-Aufwertung, die Ausgabe von VW-Aktien und die Aufbringung von Mitteln für die Entwicklungshilfe, beeinflusst. Auf die zum Teil komplizierte Verbuchung dieser Vorgänge im Rahmen unserer Vermögens- und Finanzierungsrechnung wird in einem Anhang näher eingegangen.

## I. Vermögensbildung und Ersparnis

### Gesamte Vermögensbildung

Die Nettovermögensbildung der Bundesrepublik (Sachvermögensbildung im Inland sowie Nettoforderungszuwachs gegenüber dem Ausland) belief sich im Jahre 1961 auf 57,3 Mrd DM gegenüber 56,4 Mrd DM im Vorjahr; der Zuwachs war mit 0,9 Mrd DM oder knapp 2 vH beträchtlich niedriger als in den Jahren 1959 und 1960, in denen er 13 bzw. 23 vH betragen hatte. Die prozentuale Zunahme der Vermögensbildung blieb 1961 merklich hinter der des Sozialprodukts (9,7 vH) zurück. Der Anteil der Vermögensbildung am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen, der 1959 und 1960 — wie in allen anderen Jahren mit einem Konjunkturaufschwung — kräftig gestiegen war, sank im Berichtsjahr auf 20,2 vH gegen 21,8 vH im Vorjahr. Die Verminderung des Zuwachses der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung im Jahre 1961 war vor allem auf die beträchtliche Abnahme des Nettozuwachses an Forderungen gegenüber der übrigen Welt (Ausland, West-Berlin und Währungsgebiet der DM-Ost) und die Verringerung der Lagerinvestitionen zurückzuführen; die Netto-Anlageinvestitionen haben dagegen weiter beträchtlich, wenn auch nicht ganz so stark wie im Vorjahr, zugenommen.

Der Nettozuwachs an Forderungen gegenüber der übrigen Welt betrug nach der in dieser Berechnung verwendeten Abgrenzung im Jahre 1961 0,7 Mrd DM gegen 4,1 Mrd DM im Vorjahr und 5 Mrd DM im Durchschnitt der Jahre 1956 bis 1959. Entscheidend für die Abnahme war die Entwicklung des Forderungs-

zuwachses gegenüber dem Ausland, der sich 1961 nur noch auf 1,6 Mrd DM belief gegen 4,7 Mrd DM im Vorjahr. Der Rückgang hing zum Teil mit der Verminderung des Überschusses in der laufenden Rechnung (Waren und Dienstleistungen einschließlich Einkommensübertragungen) zusammen, von Bedeutung waren ferner die Bewertungsverluste, die bei den in der Regel auf Fremdwährungen lautenden Auslandsforderungen und beim Goldbestand der Bundesbank durch die DM-Aufwertung entstanden und in unserer auf DM lautenden Berechnung ebenfalls berücksichtigt werden mußten; sie sind in unseren Zahlen mit 1,4 Mrd DM enthalten. Ohne diese Bewertungsverluste belief sich der Nettozugang von Forderungen an das Ausland auf rd. 3 Mrd DM gegen — wie erwähnt — 4,7 Mrd DM im Vorjahr<sup>1)</sup>. Im übrigen schlägt sich in der Abnahme des Forderungszuwachses gegenüber der übrigen Welt die höhere Nettozunahme der Verpflichtungen gegenüber West-Berlin nieder, die für 1961 auf 0,9 Mrd DM gegen 0,6 Mrd DM im Vorjahr geschätzt wurde.

Die Vermögensbildung im Inland hat sich im Berichtsjahr nur im Bereich der Lagerinvestitionen vermindert. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts erhöhten sich die Lagerbestände im abgelaufenen Jahr um 5,5 Mrd DM gegen 8,0 Mrd DM im Jahre 1960 und 4,6 Mrd DM im Jahre 1959. Abgesehen von der generellen Abschwächung im Wachstum von Produktion und Umsätzen, prägte sich in der

<sup>1)</sup> Abweichungen gegenüber den Ergebnissen der Zahlungsbilanz erklären sich u. a. daraus, daß in dieser der Außenhandel West-Berlins mitberücksichtigt wird.

Tab. 1: Die Vermögensbildung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 und 1955 bis 1961 <sup>1)</sup>

Arten der Vermögensbildung	1950	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961 <sup>P)</sup>	Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
									1958	1959	1960	1961 <sup>P)</sup>
	Mrd DM								vH			
1. Brutto-Anlageinvestitionen	18,3	41,0	45,0	46,7	50,3	57,1	67,7	77,8	+ 7,8	+ 13,5	+ 16,3	+ 14,9
davon:												
a) Ausrüstungsinvestitionen	( 9,4)	(21,9)	(23,7)	(24,2)	(25,8)	(28,1)	(33,7)	(39,0)	+ 6,8	+ 8,9	+ 17,8	+ 15,6
b) Bauinvestitionen	( 8,9)	(19,1)	(21,3)	(22,5)	(24,5)	(29,0)	(34,0)	(38,8)	+ 8,9	+ 18,4	+ 14,8	+ 14,2
2. Abschreibungen	10,1	14,8	16,6	18,3	19,9	20,8	23,4	26,7	+ 8,4	+ 4,7	+ 10,4	+ 14,2
3. Netto-Anlageinvestitionen (1 -/. 2)	8,2	26,2	28,5	28,3	30,4	36,3	44,3	51,1	+ 7,4	+ 19,3	+ 19,6	+ 15,3
4. Vorratsinvestitionen	3,5	6,0	4,3	5,3	3,8	4,6	8,0	5,5	- 27,9	+ 18,8	+ 73,6	- 31,2
5. Sachvermögensbildung insgesamt (3 + 4)	11,7	32,2	32,8	33,6	34,3	40,9	52,3	56,6	+ 1,9	+ 19,2	+ 25,6	+ 8,2
davon:												
a) Unternehmen <sup>2)</sup>	(10,0)	(27,2)	(27,9)	(28,6)	(28,6)	(33,7)	(44,1)	(47,2)	- 0,1	+ 17,9	+ 28,4	+ 7,1
b) Öffentliche Haushalte <sup>2)</sup>	( 1,7)	( 5,0)	( 4,9)	( 5,0)	( 5,7)	( 7,1)	( 8,3)	( 9,4)	+ 13,0	+ 25,9	+ 12,8	+ 13,9
6. Nettozuwachs der Forderungen an die übrige Welt	0,3	2,2	4,2	5,6	5,6	4,4	4,1	0,7	+ 1,0	- 22,8	- 0,3	- 82,3
davon:												
a) an das Ausland	(-0,3)	( 2,1)	( 4,3)	( 5,8)	( 5,9)	( 4,3)	( 4,7)	( 1,6)	+ 3,1	- 27,6	+ 14,6	- 65,0
b) an Berlin (West) und das Währungsgebiet der DM-Ost	( 0,6)	( 0,1)	(-0,1)	(-0,2)	(-0,3)	( 0,1)	(-0,6)	(-0,9)	.	.	.	.
7. Nettovermögensbildung (5 + 6)	12,0	34,4	37,0	39,2	39,9	45,2	56,4	57,3	+ 1,8	+ 13,3	+ 23,2	+ 1,6
desgl. in vH des Netto-sozialprodukts zu Marktpreisen	(13,7)	(21,0)	(20,6)	(20,1)	(19,1)	(19,9)	(21,8)	(20,2)	.	.	.	.

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Einschl. Netto-Erwerb bzw. -Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — <sup>P)</sup> Vorläufig.

Entwicklung der Lagerinvestitionen auch die Zurückhaltung des Handels und der verarbeitenden Industrie bei ihren laufenden Lagerdispositionen aus, die für den Konjunkturverlauf im Jahre 1961 typisch war. Dagegen sind die *Anlageinvestitionen* im Jahre 1961 weiter verhältnismäßig kräftig gestiegen. Sie beliefen sich brutto auf 77,8 Mrd DM gegen 67,7 Mrd DM im Vorjahr; ihre prozentuale Zunahme war mit 14,9 vH allerdings etwas schwächer als 1960 (16,3 vH). In erster Linie blieb die Zuwachsrate der Ausrüstungsinvestitionen hinter der des Vorjahres zurück, während die der Bauinvestition fast ebenso groß war wie im Vorjahr. Die in unseren vierteljährlichen Berichten zur Wirtschaftslage geschilderte wachsende Zurückhaltung der Unternehmen bei der Erteilung neuer Investitionsaufträge hat sich also in den effektiven Ausgaben für Investitionen im Jahre 1961 als Ganzes noch nicht ausgewirkt. Wenn jedoch kürzere Zeiträume in Betracht gezogen werden, so läßt sich gegen Ende des Jahres 1961 bei den Ausrüstungsinvestitionen eine merkliche Abschwächung des Anstiegs beobachten; ihr Zuwachs gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit betrug im zweiten Halbjahr 1961 nur noch 12 vH gegen 20 vH in der ersten Jahreshälfte. Die Entwicklung der Investitionsausgaben der Unternehmen wich freilich immer noch beträchtlich von der in diesem Zeitraum konjunkturell rückläufigen Erteilung neuer

Investitionsaufträge ab, da bei den Investitionsgüterproduzenten hohe Auftragsbestände vorhanden waren, die die laufenden Auslieferungen stützten. Die nach Absetzung der Abschreibungen verbleibenden Netto-Anlageinvestitionen betragen 1961 gut 51 Mrd DM; sie waren damit — ähnlich wie die Brutto-Anlageinvestitionen — um rd. 15 vH höher als im Vorjahr.

#### Ersparnisbildung nach Sektoren

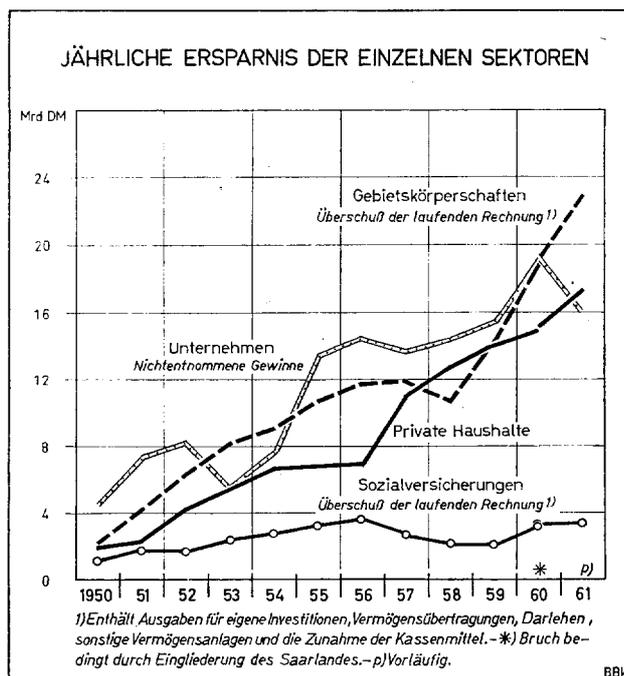
Für die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Ersparnis im Jahre 1961, die das monetäre Spiegelbild der realen Vermögensbildung darstellt, ist charakteristisch, daß sich die Ersparnis der „Nichtunternehmer“, d. h. die der privaten und öffentlichen Haushalte, im Berichtsjahr weiter kräftig erhöht hat, während die Ersparnis der Unternehmen — d. h. ihr nichtentnommener Gewinn — beachtlich zurückgegangen ist. Die nichtentnommenen Gewinne der *Unternehmen* (mit und ohne eigene Rechtspersönlichkeit) beliefen sich nach vorläufiger Berechnung — deren Ergebnis allerdings noch größeren Korrekturen unterliegen kann — im Jahre 1961 auf 15,9 Mrd DM gegen 19,5 Mrd DM im Vorjahr; sie waren damit etwa ebenso hoch wie 1959. Der Anteil der Ersparnis der Unternehmen an der gesamten Ersparnisbildung verminderte sich von 34,5 vH bzw. 34,6 vH in den Jahren 1959 und 1960 auf 27,8 vH im vergangenen Jahr, eine Quote, die bisher nur im Jahre 1953 unterschritten worden war.

Die Gründe für den starken Rückgang — er war größer als in jedem anderen Jahr — lagen einmal darin, daß die Gewinne der Unternehmen vor Abzug der Steuern infolge des stark zunehmenden Kostendrucks bei verhältnismäßig eng begrenzten Möglichkeiten für Preiserhöhungen nur noch wenig zugenommen haben. Zum anderen mußten die Unternehmen infolge des Nachhinkens der Steuerveranlagung hinter der Einkommensentwicklung im Jahre 1961 erheblich mehr direkte Steuern als im Vorjahr abführen, und schließlich haben die Gewinnentnahmen der Selbständigen und die Gewinnausschüttungen der Kapitalgesellschaften zusammen etwas stärker als die Bruttogewinne zugenommen.

Die Ersparnis der beiden anderen inländischen Sektoren (private und öffentliche Haushalte) ist dagegen beträchtlich gestiegen, da sich die Einkommen dieser Sektoren weit stärker als die der Unternehmen erhöht haben und außerdem ein größerer Teil des Einkommens als im Vorjahr gespart wurde. Deutlich läßt sich dies für die *privaten Haushalte* nachweisen, deren Ersparnis von 15,2 Mrd DM im Vorjahr auf 17,4 Mrd DM, d. h. um gut 14 vH, zunahm, während sich ihr verfügbares Einkommen um 10,5 vH erhöhte. Die Sparquote, d. h. der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, nahm damit auf 8,9 vH zu gegen 8,6 vH im Jahre 1960 und 8,9 vH im Jahre 1959. Da die Erhöhung der privaten Ersparnis, prozentual gesehen, weit über die der gesamten Ersparnis hinausging, ist ihr Anteil an dieser von 26,9 vH im Jahre 1960 auf 30,3 vH gewachsen, womit freilich der Anteil der Jahre 1959 und 1958

nicht ganz erreicht wurde. Der Anstieg der Ersparnis der privaten Haushalte ist im Jahre 1961 allerdings bis zu einem gewissen Grade durch die im Frühjahr erfolgte Teilprivatisierung des Volkswagenwerks in der Form der Ausgabe von Volksaktien beeinflußt worden. Die besonderen Vergünstigungen, die mit dem Erwerb dieser Aktien verbunden waren, lösten vielfach Sparentschlüsse aus, die sonst kaum getroffen worden wären. Immerhin ist der 1961 erreichte Stand der Sparquote auch im bisherigen Verlauf des Jahres 1962 gehalten worden.

Den absolut und relativ stärksten Anstieg wies 1961 jedoch die Ersparnis der *öffentlichen Haushalte* auf. Der Überschuß der laufenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte über die laufenden (nicht der Finanzierung von Sachinvestitionen, Darlehen oder Vermögensübertragungen dienenden) Ausgaben belief sich im Berichtsjahr auf 26,7 Mrd DM gegen 22,5 Mrd DM im Vorjahr. Die prozentuale Steigerung betrug 18,5 vH; sie war damit im Vergleich zum Vorjahr zwar um etwa die Hälfte geringer, da sich aber der relative Zuwachs der gesamten Ersparnis noch stärker abschwächte, erhöhte sich der Anteil der öffentlichen Haushalte an der Gesamtersparnis im Jahre 1961 auf 46,5 vH gegen 39,8 vH im Vorjahr und 36,5 bzw. 32,3 vH in den Jahren 1959 und 1958. Dabei ist jedoch der Saldo der Vermögensübertragungen von öffentlichen Haushalten an andere Sektoren von der Ersparnis nicht abgesetzt worden. Im Jahre 1961 haben diese Transaktionen — die auf der Seite der Empfänger einen Vermögenszugang darstellen, auf der Seite des Gebers jedoch keine Forderung begründen — erheblich an Bedeutung gewonnen. Per Saldo gewährten die öffentlichen Haushalte im Jahre 1961 5,7 Mrd DM Vermögensübertragungen gegen 3,8 Mrd DM im Vorjahr. Zum großen Teil hängt diese Zunahme mit einem einmaligen Vorgang, nämlich mit der Übernahme des Aufwertungsverlustes der Deutschen Bundesbank durch den Bund in Form der Zuerkennung einer entsprechenden Forderung der Bundesbank gegen den Bund zusammen. Zum Ausgleich mußte hierfür in unserer Berechnung der Vermögensbildung und Ersparnis eine Vermögensübertragung an das Ausland (vgl. Erläuterung auf S. 14 f.) unterstellt werden. Außerdem sind aber auch die traditionellen Vermögensübertragungen von öffentlichen Haushalten, namentlich die einmaligen Entschädigungszahlungen im Rahmen der Wiedergutmachung und die Hauptentschädigung des Lastenausgleichs, gewachsen, und andere Vermögensübertragungen, z. B. die Zuweisungen an die sog. Bruttobetriebe der öffentlichen Haushalte, haben sich erhöht.



Tab. 2: Die Ersparnisbildung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 und 1955 bis 1961<sup>1)</sup>

Sektoren	1950	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961 <sup>p)</sup>	Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
									1958	1959	1960	1961 <sup>p)</sup>
<b>1. Laufende Ersparnis</b>												
Mrd DM												
vH												
Private Haushalte	2,0	6,9	7,0	11,1	12,8	14,1	15,2	17,4	+15,0	+10,6	+6,5	+14,4
Unternehmen (Nichtentnommene Gewinne) <sup>2)</sup>	4,6	13,5	14,6	13,8	14,5	15,6	19,5	15,9	+5,1	+7,5	+23,3	-18,5
Öffentliche Haushalte (Überschuß der laufenden Rechnung) <sup>3)</sup>	3,5	14,1	15,5	14,6	12,9	16,5	22,5	26,7	-11,8	+28,0	+35,1	+18,5
davon:												
Gebietskörperschaften <sup>4)</sup>	(2,3)	(10,8)	(11,8)	(12,0)	(10,8)	(14,4)	(19,2)	(23,2)	-9,7	+33,7	+32,6	+21,0
Sozialversicherungen	(1,2)	(3,3)	(3,7)	(2,7)	(2,1)	(2,1)	(3,3)	(3,4)	-21,1	-1,2	+52,5	+3,9
Saldo der Vermögensübertragungen des Auslands und Berlins (West) <sup>5)</sup>	1,8	-0,1	-0,2	-0,3	-0,3	-1,0	-0,8	-2,6	.	.	.	.
<b>Insgesamt</b>	<b>12,0</b>	<b>34,4</b>	<b>37,0</b>	<b>39,2</b>	<b>39,9</b>	<b>45,2</b>	<b>56,4</b>	<b>57,3</b>	<b>+1,8</b>	<b>+13,3</b>	<b>+23,2</b>	<b>+1,6</b>
vH												
Private Haushalte	17,1	20,0	19,0	28,3	32,0	31,3	26,9	30,3	.	.	.	.
Unternehmen (Nichtentnommene Gewinne) <sup>2)</sup>	38,8	39,3	39,6	35,2	36,4	34,5	34,6	27,8	.	.	.	.
Öffentliche Haushalte (Überschuß der laufenden Rechnung) <sup>3)</sup>	28,8	40,9	41,9	37,3	32,3	36,5	39,8	46,5	.	.	.	.
davon:												
Gebietskörperschaften <sup>4)</sup>	(18,9)	(31,4)	(32,0)	(30,5)	(27,0)	(31,9)	(34,0)	(40,5)	.	.	.	.
Sozialversicherungen	(9,9)	(9,5)	(9,9)	(6,8)	(5,3)	(4,6)	(5,8)	(6,0)	.	.	.	.
Saldo der Vermögensübertragungen des Auslands und Berlins (West) <sup>5)</sup>	15,3	-0,2	-0,5	-0,9	-0,8	-2,3	-1,3	-4,5	.	.	.	.
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>							
<b>2. Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen</b>												
Mrd DM												
vH												
Private Haushalte	2,0	6,7	6,2	9,9	11,6	12,8	14,3	16,3	+17,9	+10,2	+10,6	+14,2
Unternehmen	5,1	14,6	16,1	16,7	18,6	19,4	23,4	20,0	+11,3	+4,1	+19,4	-14,4
Öffentliche Haushalte	4,9	13,1	14,7	12,6	9,7	13,0	18,7	21,0	-23,5	+34,8	+41,2	+12,0
davon:												
Gebietskörperschaften <sup>4)</sup>	(3,7)	(9,9)	(11,0)	(10,0)	(7,6)	(11,0)	(15,5)	(15,4)	-24,2	+44,7	+39,1	-0,8
Sozialversicherungen	(1,1)	(3,2)	(3,7)	(2,6)	(2,1)	(2,1)	(3,2)	(5,6)	-21,1	-1,4	+52,4	+73,1
<b>Insgesamt</b>	<b>12,0</b>	<b>34,4</b>	<b>37,0</b>	<b>39,2</b>	<b>39,9</b>	<b>45,2</b>	<b>56,4</b>	<b>57,3</b>	<b>+1,8</b>	<b>+13,3</b>	<b>+23,2</b>	<b>+1,6</b>
vH												
Private Haushalte	16,3	19,3	16,8	25,2	29,2	28,4	25,3	28,5	.	.	.	.
Unternehmen	43,0	42,5	43,5	42,6	46,6	42,8	41,5	34,9	.	.	.	.
Öffentliche Haushalte	40,7	38,2	39,7	32,2	24,2	28,8	33,2	36,6	.	.	.	.
davon:												
Gebietskörperschaften <sup>4)</sup>	(31,2)	(28,9)	(29,8)	(25,5)	(19,0)	(24,3)	(27,5)	(26,8)	.	.	.	.
Sozialversicherungen	(9,5)	(9,3)	(9,9)	(6,7)	(5,2)	(4,5)	(5,7)	(9,8)	.	.	.	.
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>							

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Einschl. öffentlicher Unternehmen und Erwerbsbetriebe sowie Bundesbahn und Bundespost; im Einkommenskonto der Unternehmen als Rest ermittelt. — <sup>3)</sup> Der Überschuß ist ermittelt aus den laufenden Einnahmen abzüglich der laufenden (d. h. der vermögensunwirksamen) Ausgaben. — <sup>4)</sup> Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — <sup>5)</sup> Insbesondere Auslandshilfe und Leistungen im Rahmen der Wiedergutmachung, 1959 einschl. der unentgeltlichen Leistungen an Frankreich im Zusammenhang mit der Saarrückgliederung, 1961 einschl. Ausgleichsbuchung für Aufwertungsverluste. — <sup>p)</sup> Vorläufig.

Nach Abzug der Vermögensübertragungen belief sich die Ersparnis der öffentlichen Haushalte im Jahre 1961 nur auf 21,0 Mrd DM oder 36,6 vH der gesamten Ersparnis. Auch der Anteil der privaten Haushalte an der Gesamtersparnis vermindert sich bei Berücksichtigung des Saldo der Vermögensübertragungen — von 30,3 vH auf 28,5 vH —, da in unseren Berechnungen stets ein nicht unerheblicher Teil der Ersparnis der privaten Haushalte auf den Unternehmenssektor übertragen wird; insoweit nämlich Private als Bauherren von Eigenheimen tätig werden (deren Erstellung aus statistischen Gründen bisher von den übrigen Investitionen der Unternehmen nicht abge sondert werden kann) und

hierfür die bei Bausparkassen angesparten Eigenmittel verwenden oder insoweit Private Tilgungen für Bauspardarlehen leisten, erscheinen die betreffenden Beträge nach Berücksichtigung der Vermögensübertragungen nicht mehr unter der Ersparnis der privaten Haushalte, sondern unter der des Unternehmenssektors<sup>1)</sup>. Hauptsächlich aus diesem Grunde beläuft sich der Anteil der Ersparnis der Unternehmen unter Einbeziehung der Vermögensübertragungen auf 34,9 vH gegen 27,8 vH ohne die Vermögensübertragungen. So

<sup>1)</sup> Vgl.: Methodische Erläuterungen zu den Berechnungen über die Vermögensbildung und ihre Finanzierung. In „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, 13. Jhrg., Nr. 12, Dezember 1961, S. 24.

sehr die Anteile der einzelnen Sektoren durch die Berücksichtigung der Vermögensübertragungen in ihrer absoluten Höhe aber auch beeinflusst wurden, ihre Veränderungen gegenüber dem Vorjahr blieben tendenziell die gleichen: einer Zunahme der auf öffentliche und private Haushalte entfallenden Quote der Gesamtersparnis stand eine Abnahme des Anteils der Unternehmen gegenüber.

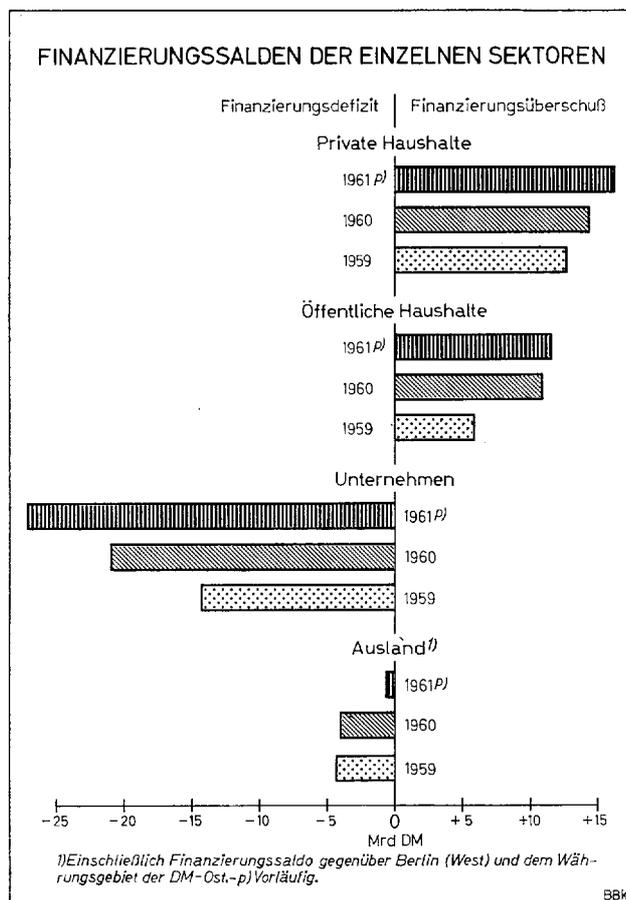
### Die Finanzierungssalden

Die weitere Zunahme der Investitionsausgaben der Unternehmen im Jahre 1961 bei gleichzeitiger Abnahme der aus der Ersparnis und den Vermögensübertragungen zur Verfügung stehenden eigenen Mittel hatte eine starke Zunahme des Bedarfs an fremden Finanzierungsmitteln zur Folge. Das sogenannte Finanzierungsdefizit der Unternehmen belief sich im Berichtsjahr auf 27,2 Mrd DM gegen 20,7 Mrd DM im Vorjahr und 14,3 Mrd DM im Jahre 1959; innerhalb von zwei Jahren hat es sich also fast verdoppelt. In den beiden anderen inländischen Sektoren ergaben sich dagegen wie in den Vorjahren erhebliche Finanzierungsüberschüsse. Im Jahre 1961 nahmen diese Finanzierungsüberschüsse aber nur wenig zu, nämlich die der öffentlichen Haushalte nur um 1,1 Mrd DM auf

Tab. 3: Investition, Ersparnis und Finanzierungssaldo 1958 bis 1961<sup>1)</sup> in Mrd DM

Positionen	Inländische Sektoren				Ausland	Berlin (West) <sup>2)</sup>	Summe
	Unternehmen	Öffentliche Haushalte	Private Haushalte	insgesamt			
1. Sachvermögensbildung	1961 <sup>p)</sup>	47,2	9,4	—	56,6	—	56,6
	1960	44,1	8,3	—	52,3	—	52,3
	1959	33,7	7,1	—	40,9	—	40,9
	1958	28,6	5,7	—	34,3	—	34,3
2. Laufende Ersparnis	1961 <sup>p)</sup>	15,9	26,7	17,4	59,9	-4,1	56,6
	1960	19,5	22,5	15,2	57,2	-5,4	52,3
	1959	15,6	16,5	14,1	46,3	-5,3	40,9
	1958	14,5	12,9	12,8	40,2	-6,2	34,3
3. Empfangene Vermögensübertragungen	1961 <sup>p)</sup>	5,4	0,9	2,5	8,6	2,5	11,5
	1960	5,3	1,0	2,0	7,9	0,9	9,3
	1959	4,4	0,6	1,1	6,1	1,1	7,3
	1958	4,3	0,3	0,8	5,5	0,4	5,9
4. Geleistete Vermögensübertragungen	1961 <sup>p)</sup>	1,3	6,5	3,6	11,2	0,1	11,5
	1960	1,5	4,8	2,9	8,7	0,2	9,3
	1959	0,6	4,1	2,4	7,2	0,1	7,3
	1958	0,3	3,6	2,0	5,8	0,1	5,9
Finanzierungsüberschuf bzw. -defizit (-)							
(2 + 3 - 4 - 1) 1961 <sup>p)</sup>	-27,2	11,6	16,3	0,7	-1,6	0,9	—
1960	-20,7	10,5	14,3	4,1	-4,7	0,6	—
1959	-14,3	5,9	12,8	4,4	-4,3	-0,1	—
1958	-10,0	4,0	11,6	5,6	-5,9	0,3	—

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — <sup>p)</sup> Vorläufig.



11,6 Mrd DM und die der privaten Haushalte um 2,0 Mrd DM auf 16,3 Mrd DM; sie wuchsen also weit weniger als das Finanzierungsdefizit der Unternehmen, das um 6,5 Mrd DM größer war als 1960. Dementsprechend ist das Finanzierungsdefizit der übrigen Welt gegenüber der Bundesrepublik (das dem Forderungszuwachs der Bundesrepublik gegenüber der übrigen Welt entspricht) zurückgegangen, und zwar von 4,1 Mrd DM im Jahre 1960 auf 0,7 Mrd DM im Berichtsjahr. Das bedeutet, daß 1961 die Investitionen im Inland und die gesamtwirtschaftliche Ersparnis weitgehend übereinstimmten, während bis dahin ein erheblicher Überschuf der Ersparnis über die inländischen Investitionen vorhanden gewesen war, der in dem hohen jährlichen Nettozuwachs der Forderungen der Bundesrepublik gegenüber der übrigen Welt sichtbar wurde.

## II. Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme

### Inländische Sektoren insgesamt

Die Entwicklung der Finanzierungssalden läßt bereits die Richtung erkennen, in der sich die Kreditauf-

nahme der einzelnen Sektoren und ihre Geldvermögensbildung entwickelt haben. Neben dem Nettofinanzierungsbedarf oder -überschuß sind für die Kreditaufnahme und die Geldvermögensbildung eines Sektors allerdings noch andere Einflüsse maßgeblich, wie z. B. innerhalb des Unternehmenssektors die zunehmende Bedeutung von geldanlegenden Unternehmen einerseits und kreditaufnehmenden Unternehmen andererseits, die selbst bei gleichbleibenden Finanzierungssalden des gesamten Sektors innerhalb des Sektors auf eine verstärkte Zunahme sowohl der Geldvermögensbildung als auch der Kreditaufnahme hinwirkt. Im Jahre 1961 scheinen Einflüsse dieser Art neben den vielfach in gleicher Richtung wirkenden Sondertransaktionen eine besondere Rolle gespielt zu haben, denn die Geldvermögensbildung und die Kreditaufnahme der inländischen Sektoren dehnte sich in diesem Jahr weit stärker aus als durch die Entwicklung der Finanzierungssalden zu erklären wäre.

Die Geldvermögensbildung der inländischen Sektoren — private und öffentliche Haushalte sowie Unternehmen (ohne Banken, Versicherungen und Bausparkassen) — belief sich im Jahre 1961 auf insgesamt 43,9 Mrd DM gegen 36,7 Mrd DM im Vorjahr und 32,0 Mrd DM im Jahre 1959. Die Zunahme gegenüber 1960 betrug damit knapp 20 vH; sie ging erheblich über das Wachstum des Bruttosozialprodukts hinaus, während sie sich im Vorjahr etwa im gleichen Rahmen gehalten hatte. Am stärksten erhöhten sich die Forderungen der inländischen Sektoren gegen Banken, so daß ihr Anteil an der gesamten Geldvermögensbildung 1961 53 vH betrug gegen 49 vH im Vorjahr und gut 43 vH im Jahre 1959. Sie haben damit im Rahmen der gesamten Geldvermögensbildung annähernd wieder die Bedeutung erlangt wie Mitte der fünfziger Jahre. Besonders kräftig erhöhten sich die sehr liquiden Forderungen an das Bankensystem (einschließlich Bundesbank) — d. h. die Sichteinlagen bei inländischen Banken und die Bargeldbestände —, die im Berichtsjahr um 8,3 Mrd DM zunahmen gegen 4,4 Mrd DM im Vorjahr. In früheren Berichten ist bereits darauf hingewiesen worden, daß dieser Anstieg — namentlich soweit er mit der Entwicklung der Sichteinlagen der Unternehmen zusammenhängt — zu einem guten Teil auf das Zusammentreffen einiger temporärer, nur am Jahresende wirksamer Faktoren zurückzuführen ist<sup>1)</sup>. Aber auch nach Eliminierung dieser Einflüsse verbleibt noch ein beträchtlicher Anstieg. Bis zu einem gewissen Grade erklärt er sich daraus, daß

<sup>1)</sup> Vgl.: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, 14. Jhrg., Nr. 1, Januar 1962, S. 12, und „Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1961“, S. 31 f.

Tab. 4: Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme der inländischen Sektoren\*)<sup>1)</sup>

Positionen	1958	1959	1960	1961 <sup>P)</sup>	1960	1961 <sup>P)</sup>
	Mrd DM				vH	
<b>I. Veränderung der Forderungen (Geldvermögensbildung)</b>						
1) Bargeld und Sichteinlagen	4,1	1,4	4,4	8,3	12,0	19,0
2) Termineinlagen	0,6	1,2	0,4	0,8	1,1	1,8
3) Spareinlagen	6,5	7,9	7,8	7,2	21,2	16,4
4) Sonstige an Banken gegebene Mittel <sup>2)</sup>	3,8	3,4	5,4	7,0	14,7	15,9
<b>An Banken gegebene Mittel (Summe 1 bis 4)</b>	<b>15,0</b>	<b>13,9</b>	<b>18,0</b>	<b>23,3</b>	<b>49,0</b>	<b>53,0</b>
5) Geldanlage bei Bausparkassen <sup>3)</sup>	1,2	1,5	2,1	2,2	5,6	5,0
6) Geldanlage bei Versicherungen <sup>3)</sup>	2,3	3,0	3,3	3,7	9,0	8,4
7) Erwerb von Geldmarktpapieren	-0,6	0,3	1,0	-0,1	2,7	-0,2
8) Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren	2,8	3,1	2,7	3,7	7,2	8,4
9) Erwerb von Aktien		1,4	3,5	3,3	9,6	7,5
				-0,9 a)		-2,1 a)
10) Sonstige Forderungen	4,8	8,8	6,2	8,7	16,9	19,9
<b>Summe 1 bis 10</b>	<b>25,4</b>	<b>32,0</b>	<b>36,7</b>	<b>43,9</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen (Kreditaufnahme)</b>						
1) Kurzfristige Bankkredite	0,6	3,1	5,9	8,7	18,1	20,2
2) Längerfristige Bankkredite <sup>4)</sup>	10,3	13,5	11,5	19,5	35,2	45,1
<b>Bankkredite insgesamt (1 und 2)</b>	<b>11,0</b>	<b>16,6</b>	<b>17,4</b>	<b>28,2</b>	<b>53,3</b>	<b>65,4</b>
3) Darlehen der Bausparkassen <sup>4)</sup>	0,6	0,9	1,4	1,6	4,4	3,8
4) Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	1,3	1,6	2,0	2,6	6,0	6,0
5) Absatz von Geldmarktpapieren	-0,5	0,2	-0,1	-0,6	-0,3	-1,5
6) Absatz von festverzinslichen Wertpapieren	3,5	2,2	0,9	2,2	2,8	5,1
7) Absatz von Aktien	0,8	1,5	4,4	3,7	13,4	8,7
8) Sonstige Verpflichtungen	3,0	4,6	6,6	5,4	20,3	12,5
<b>Summe 1 bis 8</b>	<b>19,8</b>	<b>27,7</b>	<b>32,6</b>	<b>43,2</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>III. Überschuß der Geldvermögensbildung über die Kreditaufnahme (I - II)</b>	<b>5,6</b>	<b>4,4</b>	<b>4,1</b>	<b>0,7</b>		
Dem entspricht ein Nettoforderungszuwachs an das Ausland und Berlin (West), der sich zusammensetzt aus:						
Zunahme der Forderungen an das Ausland und Berlin (West)	6,7	5,3	11,2	3,7	.	.
darunter: Ausland	(6,0)	(4,6)	(10,6)	(3,0)	.	.
Zunahme der Verpflichtungen an das Ausland und Berlin (West)	1,1	0,9	7,1	3,0	.	.
darunter: Ausland	(0,1)	(0,3)	( 5,9)	(1,4)	.	.
*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Unternehmen, öffentliche Haushalte und private Haushalte. — <sup>2)</sup> Einschl. Eigenmittel der einzelnen Kapitalsammelstellen. — <sup>3)</sup> Einschl. Pensionskassen. — <sup>4)</sup> Einschl. der für die Finanzierung der eigenen Sachvermögensbildung durch die Kapitalsammelstellen aufgewendeten Mittel. — a) Veräußerungsgewinn der öffentlichen Haushalte bei der Abgabe der VW-Aktien. — <sup>P)</sup> Vorläufig.						

die längerfristigen Geldanlagen der Unternehmen und der privaten Haushalte im Berichtsjahr etwas weniger als im Vorjahr zunahmen. Die Termin- und Spareinlagen sowie die sonstigen längerfristig an Banken gegebenen Mittel aller inländischen Sektoren stiegen 1961 jedoch stärker als im Vorjahr, da in diese Anlageformen in erhöhtem Umfang öffentliche Gelder geflossen sind.

Die Geldvermögensbildung der inländischen Sektoren außerhalb des Bankensystems hat sich 1961 nur um 1,9 Mrd DM oder 10 vH auf 20,6 Mrd DM erhöht; ihr Anteil an der gesamten Geldvermögensbildung verminderte sich damit von 51 vH im Jahre 1960 auf 47 vH im Berichtsjahr. Dabei spielte eine Rolle, daß die Zunahme der Geldanlagen bei Versicherungen und Bausparkassen hinter der gesamten Geldvermögensbildung zurückblieb. Noch mehr schlug zu Buch, daß 1961 von den inländischen Sektoren per Saldo keine Geldmarktpapiere erworben, sondern solche im Gegenteil abgegeben wurden. Außerdem war der Erwerb neuemittierter Aktien durch die inländischen Sektoren 1961 geringer als im Vorjahr.

Die Kreditaufnahme der inländischen Sektoren war 1961 mit 43,2 Mrd DM um nahezu ein Drittel größer als 1960. Diese Erhöhung entfiel ausschließlich auf die Bankkredite, die im Jahre 1961 um 28,2 Mrd DM zugenommen haben gegen 17,4 Mrd DM im Vorjahr. Ein recht erheblicher Teil dieser Zunahme — etwa 5,1 Mrd DM von der insgesamt 10,6 Mrd DM betragenden Steigerung — hing jedoch mit Vorgängen zusammen, die keine oder doch keine unmittelbare Wirkung auf die Entwicklung der inländischen Nachfrage nach Gütern und Leistungen gehabt haben dürften. Zu nennen sind hier vor allem: die der Bundesbank zuerkannte Forderung an den Bund wegen des Aufwertungsverlustes sowie die Gewährung zusätzlicher Bundesbankkredite an den Bund zur Kreditgewährung an den Internationalen Währungsfonds und zur vorzeitigen Tilgung von Auslandsschulden. Die zuletzt genannte Transaktion hatte gleichzeitig einen Rückgang der außerhalb des Bankensystems gewährten Kredite zur Folge. Hierauf ist es zurückzuführen, daß der Anteil dieser Kredite an der gesamten Kreditaufnahme der inländischen Sektoren von 46,7 vH im Jahre 1960 auf 34,6 vH im Jahre 1961 zurückging.

#### *Sektor Unternehmen*

Die Nettosachvermögensbildung der Unternehmen (einschließlich Wohnungsbau) hat sich 1961 um 3,1 Mrd DM auf 47,2 Mrd DM erhöht; die eigenen Finanzierungsmittel (nichtentnommene Gewinne und

Saldo der Vermögensübertragungen) sind dagegen um 3,4 Mrd DM auf 20,0 Mrd DM zurückgegangen. Das Finanzierungsdefizit der Unternehmen stieg damit im Jahre 1961 um 6,5 Mrd DM auf 27,2 Mrd DM.

Die Kreditaufnahme der Unternehmen ging jedoch erheblich über diesen Betrag hinaus, da — global betrachtet — ein beträchtlicher Teil der verfügbaren eigenen und fremden Mittel nicht für die Finanzierung von Investitionen, sondern für die Geldvermögensbildung verwandt wurde. Wie schon im Vorjahr, entfiel gut die Hälfte der insgesamt 37,7 Mrd DM betragenden Kreditaufnahme im Jahre 1961 auf Bankkredite. Die kurzfristigen Bankkredite stiegen dabei langsamer als die langfristigen, in denen auch die für den Wohnungsbau gewährten Kredite enthalten sind. Dementsprechend nahm der Anteil der längerfristigen Bankkredite an der gesamten Kreditaufnahme von 34,0 vH im Vorjahr auf 36,7 vH im Berichtsjahr zu, während der Anteil der kurzfristigen Bankkredite mit 18,5 vH in etwa gleichblieb. Auch der Anteil der von Bausparkassen und Versicherungen an die Unternehmen gewährten Kredite blieb mit rd. 11 vH im Vergleich zum Vorjahr konstant. Durch die Neuemission von Wertpapieren brachten die Unternehmen (zu denen in diesem Zusammenhang auch die Bundesbahn und die Bundespost zählen) 1961 4,7 Mrd DM oder 12,5 vH ihres Fremdmittelbedarfs auf. Dabei hat sich der Markt vor allem für die Emission von festverzinslichen Wertpapieren etwas ergiebiger erwiesen. Der Betrag der durch die Neuemission von Aktien in Anspruch genommenen Finanzierungsmittel war dagegen mit 3,7 Mrd DM um 0,6 Mrd DM niedriger als 1960. Dieser Rückgang entspricht der Summe, mit der im Vorjahr die Ausgabe der Aktien des Volkswagenwerks an die damals alleinigen Anteilseigner (Bund und Land Niedersachsen) nach der Umwandlung der früheren Gesellschaft mit beschränkter Haftung in eine Aktiengesellschaft als Neuemission in Rechnung gestellt werden mußte. Da jedoch mit dieser Umwandlung keine zusätzlichen Finanzierungsmittel aufgenommen, sondern lediglich die Verpflichtungen aus den ursprünglichen GmbH-Anteilen zum Erlöschen gebracht wurden, war die Mittelaufbringung durch die Neuemission von Aktien 1961 praktisch ebenso hoch wie im Vorjahr. Unter den Krediten, die den Unternehmen (einschließlich Wohnungsbau) nicht durch die Vermittlung der Banken und anderer Kapitalsammelstellen oder durch die Ausgabe von Wertpapieren zuflossen, haben im Jahre 1961 vor allem die Direktkredite von den öffentlichen Haushalten eine größere Rolle gespielt. Sie

Tab. 5: Die Vermögensbildung der Unternehmen und ihre Finanzierung 1950 und 1955 bis 1961<sup>1)</sup>

Positionen	1950	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961 <sup>P)</sup>	1958	1959	1960	1961 <sup>P)</sup>
	Mrd DM								vH			
<b>A. Investition und Ersparnis</b>												
I. Sachvermögensbildung <sup>2)</sup>	10,0	27,2	27,9	28,6	28,6	33,7	44,1	47,2	100,0	100,0	100,0	100,0
II. Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen	5,1	14,6	16,1	16,7	18,6	19,4	23,4	20,0	65,0	57,4	53,1	42,4
davon:												
1) Laufende Ersparnis (Nichtentnommene Gewinne)	( 4,6)	(13,5)	(14,6)	(13,8)	(14,5)	(15,6)	(19,5)	(15,9)	(50,8)	(46,3)	(44,3)	(33,7)
2) Empfangene Vermögensübertragungen <sup>3)</sup>	( 0,6)	( 1,6)	( 2,1)	( 3,1)	( 4,3)	( 4,4)	( 5,3)	( 5,4)	(15,2)	(12,9)	(12,1)	(11,5)
3) Geleistete Vermögensübertragungen <sup>4)</sup>	(- 0,1)	(- 0,5)	(- 0,7)	(- 0,2)	(- 0,3)	(- 0,6)	(- 1,5)	(- 1,3)	(- 0,9)	(- 1,8)	(- 3,3)	(- 2,7)
III. Finanzierungsdefizit (II - I)	- 4,9	-12,6	-11,8	-11,9	-10,0	-14,3	-20,7	-27,2	35,0	42,6	46,9	57,6
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>												
I. Veränderung der Forderungen (Geldvermögensbildung)												
1) Bargeld und Sichteinlagen	1,8	1,1	1,2	1,9	2,9	2,8	1,4	4,0	40,4	30,9	15,8	38,2
2) Termineinlagen	1,3	0,3	1,3	2,0	0,1	0,5	0,1	- 0,4	1,4	5,8	1,5	- 4,0
3) Spareinlagen	0,0	0,2	- 0,2	0,1	0,2	0,4	0,2	0,2	3,3	4,6	2,4	1,9
4) Sonstige an Banken gegebene Mittel <sup>5)</sup>	1,6	1,4	1,1	1,5	2,1	2,1	3,4	2,6	29,5	23,2	39,3	24,9
5) Geldanlage bei Bausparkassen <sup>6)</sup>	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,9	0,9	2,1	2,3
6) Geldanlage bei Versicherungen <sup>7)</sup>	0,1	0,3	0,3	0,5	0,7	0,8	0,8	0,9	9,5	8,9	9,0	8,4
7) Erwerb von Geldmarktpapieren	0,1	0,2	- 0,0	0,0	- 0,3	0,2	0,2	- 0,0	- 4,4	2,2	1,8	- 0,4
8) Erwerb von Wertpapieren	0,0	1,2	0,9	0,6	0,3	0,9	1,5	1,7	4,8	10,6	17,1	16,6
9) Sonstige Forderungen <sup>8)</sup>	0,9	0,4	0,5	0,8	1,0	1,1	0,9	1,3	14,7	12,8	11,0	12,2
darunter:												
Kapitalexport <sup>9)</sup>	( - )	( 0,3)	( 0,3)	( 0,7)	( 0,6)	( 0,4)	( 0,8)	( 1,0)	( 7,9)	( 4,9)	( 9,8)	( 9,8)
Sonstige Forderungen an das Ausland und Berlin (West) <sup>11)</sup>	( 0,8)	( - )	( - )	( - )	( 0,4)	( 0,5)	( - )	( 0,0)	( 5,9)	( 5,8)	( - )	( 0,3)
Summe	5,8	5,2	5,2	7,5	7,1	8,9	8,6	10,5	100,0	100,0	100,0	100,0
II. Veränderung der Verpflichtungen (Kreditaufnahme)												
1) Kurzfristige Bankkredite	4,0	2,8	1,4	1,3	0,1	2,1	5,5	7,0	0,7	9,1	18,8	18,5
2) Längerfristige Bankkredite <sup>10)</sup>	4,4	8,6	7,6	6,1	8,2	10,5	9,9	13,8	47,9	45,0	34,0	36,7
3) Darlehen der Bausparkassen <sup>10)</sup>	0,3	0,7	0,7	0,7	0,6	0,8	1,4	1,6	3,7	3,6	4,9	4,4
4) Darlehen der Versicherungen <sup>10)</sup>	0,3	0,9	1,1	1,1	1,2	1,5	1,6	2,4	7,1	6,6	5,6	6,3
5) Absatz von Geldmarktpapieren	0,3	- 0,4	0,0	0,9	- 0,1	0,1	- 0,5	- 0,0	- 0,6	0,3	- 1,8	- 0,1
6) Absatz von festverzinslichen Wertpapieren	0,3	0,6	0,5	1,0	2,9	1,1	0,2	1,0	16,8	4,7	0,7	2,6
7) Absatz von Aktien	0,0	1,2	1,6	1,4	0,8	1,5	4,4	3,7	4,5	6,5	14,9	9,9
8) Sonstige Verpflichtungen <sup>8)</sup>	1,1	3,4	4,0	6,9	3,4	5,6	6,7	8,2	19,9	24,1	22,9	21,7
darunter:												
Direktkredite des Staates	( 1,1)	( 2,8)	( 2,7)	( 4,5)	( 2,8)	( 4,8)	( 3,4)	( 5,6)	(16,6)	(20,6)	(11,5)	(14,8)
Kapitalimport <sup>9)</sup>	( - )	(- 0,1)	( 0,1)	( 0,0)	(- 0,1)	( 0,4)	( 1,0)	( 1,3)	(- 0,4)	( 1,6)	( 3,4)	( 3,5)
Sonstige Kredite des Auslandes und Berlin (West) <sup>11)</sup>	( - )	( 0,7)	( 1,1)	( 2,3)	( 0,6)	( 0,4)	( 2,3)	( 1,3)	( 3,6)	( 1,9)	( 7,9)	( 3,4)
Summe	10,7	17,8	17,0	19,4	17,1	23,3	29,2	37,7	100,0	100,0	100,0	100,0
III. Veränderung der Nettoverschuldung (I - II)	- 4,9	-12,6	-11,8	-11,9	-10,0	-14,3	-20,7	-27,2	-	-	-	-

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Netto-Anlageinvestitionen, Vorratsinvestitionen und Grundstückserwerb (netto). — <sup>3)</sup> Bei Bausparkassen angesparte Eigenmittel und Tilgung von Bauspardarlehen durch private Bauherren, staatliche Zuschüsse für Investitionszwecke, Hauptentschädigung u. a. — <sup>4)</sup> Ablösungen von Lastenausgleichsabgaben, Ausgabe von Gratisaktien u. a. — <sup>5)</sup> Einschl. Eigenmittel der Banken, die ebenfalls Mittel von Unternehmen darstellen und die wie andere Zufüsse ausgeliehen werden können. — <sup>6)</sup> Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen bzw. Versicherungen. — <sup>7)</sup> Einschl. Pensionskassen. — <sup>8)</sup> Einschl. statistischer Ermittlungsfehler. — <sup>9)</sup> Ohne Berücksichtigung der Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland. — <sup>10)</sup> Einschl. der für die Finanzierung der Sachvermögensbildung der Kapitalsammelstellen aufgewendeten Mittel. — <sup>11)</sup> Gegenbuchung des „Restpostens“ in der Zahlungsbilanz. — <sup>P)</sup> Vorläufig.

beliefen sich im Jahre 1961 auf schätzungsweise 5,6 Mrd DM und waren damit (unter Ausschaltung von Sondereinflüssen) um 1,6 Mrd DM höher als im Vorjahr. Dagegen hat die direkte Kreditaufnahme in der „übrigen Welt“, d. h. vor allem im Ausland, im Vergleich zum Vorjahr an Bedeutung verloren. Während die Unternehmen im Jahre 1960 Kredite in einer Gesamtsumme von 3,3 Mrd DM im Ausland und in West-Berlin aufgenommen hatten (der „Restposten“ der Zahlungsbilanz ist dabei in voller Höhe als Zunahme

der Forderungen bzw. Verpflichtungen behandelt worden), verminderte sich der entsprechende Betrag im Jahre 1961 auf 2,6 Mrd DM.

Die Geldvermögensbildung der Unternehmen ist im Jahre 1961 im Vergleich zum vorangegangenen Jahr erneut gewachsen. Sie belief sich auf 10,5 Mrd DM gegenüber 8,6 Mrd DM im Vorjahr. An dieser Zunahme waren ausschließlich die liquiden Mittel beteiligt; der Zuwachs an Bargeld und Sichteinlagen betrug im Berichtsjahr 4,0 Mrd DM gegen 1,4 Mrd DM im

Vorjahr. Abgesehen von den normalen Wachstumseinflüssen und der am Jahresende aus Gründen der „Bilanzoptik“ vorgenommenen Erhöhung der Liquiditätsreserven dürfte diese Entwicklung vor allem mit der im abgelaufenen Jahr vielfach zu beobachtenden Tendenz zur Knapphaltung oder gar zum Abbau der Läger und der stärkeren Zurückhaltung bei der Erteilung neuer Investitionsaufträge zusammengehangen haben. Auch in früheren Jahren mit relativ ruhiger oder gar gedämpfter Konjunkturentwicklung (1954 und 1958) war eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Im Jahre 1961 nahm außerdem die Neigung der Unternehmen zu einer längerfristigen Bindung ihres Geldvermögens ab. Zwar ist der Erwerb von Wertpapieren durch Unternehmen von 1,5 Mrd DM auf 1,7 Mrd DM und die Kreditgewährung der Unternehmen an das Ausland von 0,8 auf 1,0 Mrd DM gestiegen, dagegen haben sich die Bestände an Termineinlagen bei Banken im Gegensatz zu den Vorjahren vermindert, so daß insgesamt 1961 weniger Mittel der längerfristigen Geldanlage zugeführt wurden als im Vorjahr.

#### Sektor öffentliche Haushalte

Die Sachvermögensbildung der öffentlichen Haushalte betrug im Jahre 1961 9,4 Mrd DM gegen 8,3 Mrd DM im Vorjahr. Der weitaus überwiegende Teil hiervon entfiel — wie schon in den vorangegangenen Jahren — auf Bauinvestitionen, der Rest auf den Erwerb von beweglichem Sachvermögen und von Grundvermögen. Zur Finanzierung der Vermögensbildung standen den öffentlichen Haushalten im Jahre 1961 eigene Mittel (Ersparnis abzüglich Vermögensübertragungen) in Höhe von insgesamt 21,0 Mrd DM zur Verfügung, so daß ein *Finanzierungsüberschuß* von 11,6 Mrd DM verblieb gegen 10,5 Mrd DM im Vorjahr. Die Zunahme war ausschließlich auf den Finanzierungsüberschuß der Sozialversicherungen zurückzuführen, der sich im Jahre 1961 auf 5,5 Mrd DM (gegen 3,1 Mrd DM im Vorjahr) stellte. Der Finanzierungsüberschuß der Gebietskörperschaften hat sich dagegen von 7,4 Mrd DM im Jahre 1960 auf 6,1 Mrd DM vermindert. Diese unterschiedlichen Tendenzen erklären sich aus einigen Sondertransaktionen des Bundes zu Gunsten der Rentenversicherungen<sup>1)</sup> bzw. der landwirtschaftlichen Alterskassen<sup>2)</sup>.

Die Zunahme des Finanzierungsüberschusses der öffentlichen Haushalte schlug sich vor allem in der Erhöhung der *Geldvermögensbildung* nieder, die im Be-

richtsjahr mit insgesamt 16,0 Mrd DM um 3,1 Mrd DM höher war als im Vorjahr. Knapp die Hälfte der gesamten Geldvermögensbildung entfiel auf Geldanlagen im Bankensystem (einschließlich Bundesbank) gegen nur 36 vH im Jahre zuvor. Die Kassenreserven im engeren Sinne (Sichteinlagen und Bargeld) sind allerdings im Jahre 1961 nur um 1,9 Mrd DM und damit nicht nennenswert stärker als im Vorjahr gestiegen. Die Termineinlagen der öffentlichen Haushalte dagegen wiesen gegenüber 1960 einen wesentlich höheren Zugang auf. Namentlich die Sozialversicherungen haben bei gleichzeitigem Abbau ihrer Bestände an Geldmarktpapieren ihre Termineinlagen beträchtlich (um 1,0 Mrd DM) erhöht. Am stärksten aber sind die sonstigen bei den Banken (meist längerfristig) angelegten öffentlichen Gelder gestiegen; ihr Zugang belief sich im Berichtsjahr auf 4,3 Mrd DM gegen 2,0 Mrd DM im Jahre 1960. Die Zunahme dieser Mittel, die in der Regel von den Banken an bestimmte Kreditnehmer weiterzuleiten sind, hing ebenfalls mit einigen Sondertransaktionen zusammen. Zu erwähnen ist vor allem die Aufnahme der Entwicklungshilfleanleihe des Bundes bei der Wirtschaft, deren Erlös in Höhe von 1,2 Mrd DM weitgehend bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau deponiert wurde, die diese Gelder im Jahre 1961 erst teilweise als Kredite an Entwicklungsländer weitergeleitet hat. Gleiches gilt für die von den Ländern für Zwecke der Entwicklungshilfe aufgebrachten Mittel in Höhe von 370 Mio DM. Darüber hinaus ist der Kreditanstalt für Wiederaufbau ein größerer Teilbetrag — 300 Mio DM — des Verkaufserlöses der Volkswagenaktien zugeleitet worden. Mit der Abgabe von VW-Aktien aus öffentlichem Besitz hängt es gleichfalls zusammen, daß sich der Nettozugang an Wertpapieren bei den öffentlichen Haushalten im Jahre 1961 auf 1,6 Mrd DM gegenüber 2,2 Mrd DM im Vorjahr verminderte, da die Veräußerung der VW-Aktien als Abgang in Rechnung gestellt wurde<sup>3)</sup>. Ausgeweitet wurde dagegen im Jahre 1961 die Gewährung direkter Darlehen der öffentlichen Haushalte an die Unternehmen; sie belief sich auf 5,6 Mrd DM gegen 3,4 Mrd DM im Vorjahr. An staatlichen Direktkrediten an das Ausland weist unsere Berechnung für 1961 einen gleichhohen Betrag wie für 1960 (1,5 Mrd DM) auf. Dabei handelt es sich jedoch nur um den ohne Zwischenschaltung von Banken vorgenommenen öffentlichen Kapitalexport, während die z. B. über die Kreditanstalt für Wiederaufbau an das Ausland gewährten Kredite — gemäß dem hier durchweg befolgten Prinzip der Buchung nach den als un-

<sup>1)</sup> Vgl. Erläuterung S. 69.

<sup>2)</sup> Nach dem „Gesetz zur Neuregelung der Altershilfe für Landwirte“ vom 3. 7. 1961 wurden die bis dahin gewährten Darlehen und Liquiditätshilfen des Bundes an die landwirtschaftlichen Alterskassen in einen Zuschuß umgewandelt.

<sup>3)</sup> Zur methodischen Behandlung dieser Transaktionen, insbesondere des bei der Veräußerung aufgetretenen Veräußerungsgewinns, vgl. Erläuterung S. 69.

Tab. 6: Die Vermögensbildung der öffentlichen Haushalte und ihre Finanzierung 1958 bis 1961<sup>1)</sup>  
in Mrd DM

Positionen	Gebietskörperschaften <sup>2)</sup>				Sozialversicherungen <sup>3)</sup>				Öffentliche Haushalte insgesamt			
	1958	1959	1960	1961 <sup>P)</sup>	1958	1959	1960	1961 <sup>P)</sup>	1958	1959	1960	1961 <sup>P)</sup>
<b>A. Investitionen und Ersparnis</b>												
I. Sachvermögensbildung <sup>4)</sup>	5,5	7,0	8,1	9,3	0,2	0,1	0,2	0,1	5,7	7,1	8,3	9,4
II. Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen	7,6	11,0	15,5	15,4	2,1	2,1	3,2	5,6	9,7	13,0	18,7	21,0
davon:												
1) Laufende Ersparnis	( 10,8)	( 14,4)	( 19,2)	( 23,2)	( 2,1)	( 2,1)	( 3,3)	( 3,4)	( 12,9)	( 16,5)	( 22,5)	( 26,7)
2) Empfangene Vermögensübertragungen <sup>5)</sup>	( 0,4)	( 0,7)	( 1,1)	( 0,9)	( — )	( — )	( — )	( 2,3)	( 0,3)	( 0,6)	( 1,0)	( 0,9)
3) Geleistete Vermögensübertragungen <sup>6)</sup>	(-3,6)	(-4,1)	(-4,8)	(-8,8)	(-0,0)	(-0,0)	(-0,1)	(-0,1)	(-3,6)	(-4,1)	(-4,8)	(-6,5)
III. Finanzierungsüberschuß (II -/. I)	2,1	4,0	7,4	6,1	1,9	1,9	3,1	5,5	4,0	5,9	10,5	11,6
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>												
I. Veränderung der Forderungen (Geldvermögensbildung)												
1) Bargeld und Sichteinlagen	-0,6	-2,7	1,7	1,6	0,3	0,1	-0,0	0,2	-0,3	-2,5	1,7	1,9
2) Termineinlagen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,4	0,6	0,2	1,0	0,5	0,6	0,3	1,2
3) Spareinlagen	0,3	0,7	0,6	0,6	—	—	0,0	0,0	0,3	0,7	0,7	0,7
4) Sonstige an Banken gegebene Mittel <sup>7)</sup>	1,7	1,4	1,8	3,5	0,1	-0,1	0,2	0,7	1,7	1,3	2,0	4,3
5) Erwerb von Geldmarktpapieren	-0,1	0,1	-0,1	0,3	-0,1	-0,0	0,9	-0,3	-0,3	0,1	0,8	-0,0
6) Erwerb von Wertpapieren	0,2	0,3	1,3	0,9	0,4	1,0	0,9	0,7	0,6	1,3	2,2	1,6
7) Sonstige Forderungen	3,1	7,3	4,7	6,7	0,6	0,3	0,5	0,7	3,7	7,6	5,3	7,5
darunter:												
an Unternehmen <sup>8)</sup>	( 2,3)	( 4,5)	( 2,8)	( 4,9)	( 0,6)	( 0,3)	( 0,5)	( 0,7)	( 2,8)	( 4,8)	( 3,4)	( 5,6)
an das Ausland	( 0,6)	( 2,3)	( 1,5)	( 1,5)	( — )	( — )	( — )	( — )	( 0,6)	( 2,3)	( 1,5)	( 1,5)
8) Innersektorale Forderungen <sup>9)</sup>	-0,1	—	0,1	-0,2	0,3	0,1	0,4	2,1	.	.	.	.
Summe	4,6	7,2	10,2	12,7	1,8	1,9	3,1	5,2	6,2	9,0	12,9	16,0
II. Veränderung der Verpflichtungen (Kreditaufnahme)												
1) Kurzfristige Bankkredite	0,4	0,8	0,1	1,5	—	—	—	—	0,4	0,8	0,1	1,5
2) Längerfristige Bankkredite	1,9	2,2	1,0	5,2	—	—	—	—	1,9	2,2	1,0	5,2
3) Kredite der Bausparkassen	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	—	—	—	—	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0
4) Darlehen der Versicherungen <sup>10)</sup>	0,1	0,1	0,3	0,2	—	—	—	—	0,1	0,1	0,3	0,2
5) Absatz von Geldmarktpapieren	-0,4	0,2	0,4	-0,6	—	—	—	—	-0,4	0,2	0,4	-0,6
6) Absatz von Schuldverschreibungen	0,7	1,1	0,7	1,2	—	—	—	—	0,7	1,1	0,7	1,2
7) Verpflichtungen gegenüber dem Ausland <sup>11)</sup>	-0,4	-1,2	-0,2	-3,0	—	—	—	—	-0,4	-1,2	-0,2	-3,0
8) Innersektorale Verpflichtungen <sup>9)</sup>	0,3	0,1	0,4	2,1	-0,1	—	0,1	-0,2	.	.	.	.
Summe	2,5	3,2	2,8	6,6	-0,1	—	0,1	-0,2	2,3	3,1	2,4	4,5
III. Veränderung der Nettoforderungen (Nettogeldvermögensbildung) (I -/. II)	2,1	4,0	7,4	6,1	1,9	1,9	3,1	5,5	4,0	5,9	10,5	11,6

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — <sup>3)</sup> Einschl. Zusatzversicherungen. — <sup>4)</sup> Bauinvestitionen, Erwerb von beweglichem Sachvermögen und Grundstückskäufe (netto). — <sup>5)</sup> Auslandshilfe an die Bundesrepublik, Erbschaftsteuer, Ablösung von Lastenausgleichsabgaben u. a. — <sup>6)</sup> Wiedergutmachungsleistungen, Wohnungsbau- und Sparprämien, Zuerkennung von Schuldbuchforderungen als Ablösung ehemaliger Reichsschulden, Hauptentschädigung u. a. 1961 einschl. Sozialrabatt beim Erwerb der VW-Aktien sowie Ausgleichsbuchung für Aufwertungsverluste, die vom Bund übernommen wurden. — <sup>7)</sup> Einschl. durchlaufender Mittel. — <sup>8)</sup> Zunahme der Direktforderungen der Gebietskörperschaften an die Unternehmen als Rest ermittelt. — <sup>9)</sup> Bei der Summenbildung wurden die innersektoralen Forderungen bzw. Verpflichtungen nicht mitaddiert. — <sup>10)</sup> Einschl. Pensionskassen. — <sup>11)</sup> Einschl. Rückzahlung von Auslandsschulden. — a) Veräußerungsgewinn bei der Abgabe der VW-Aktien. — P) Vorläufig.

mittelbare Gläubiger anzusehenden Institutionen oder Personen — unter den von Banken gewährten Krediten an das Ausland enthalten sind.

Die Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte bei anderen Sektoren betrug im Jahre 1961 nach den Ergebnissen unserer Finanzierungsrechnung 4,5 Mrd DM gegen 2,4 Mrd DM im Vorjahr. Diese Erhöhung ist jedoch ausschließlich auf die mit einigen der schon erwähnten einmaligen Transaktionen verbundenen Ausweitung der Verbindlichkeiten des Bundes zurückzuführen; die Schuld Aufnahme für reguläre Haushaltszwecke war dagegen 1961 wesentlich geringer als im

Jahre 1960<sup>1)</sup>. Von Bedeutung für die Zunahme der öffentlichen Verschuldung waren namentlich die Aufnahme der Entwicklungshilfe-Anleihe bei der Wirtschaft (1,2 Mrd DM), die Kreditaufnahme des Bundes bei der Bundesbank zur Abdeckung der DM-Ziehungen beim Internationalen Währungsfonds (1,3 Mrd DM netto) und die Zuerkennung einer Forderung der Bundesbank an den Bund wegen des Aufwertungsverlustes (1,3 Mrd DM). Mit der vorzeitigen Tilgung eines Teils der Auslandsschulden des Bundes hat sich dagegen die öffent-

<sup>1)</sup> Näheres dazu: „Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1961“, S. 44 ff.

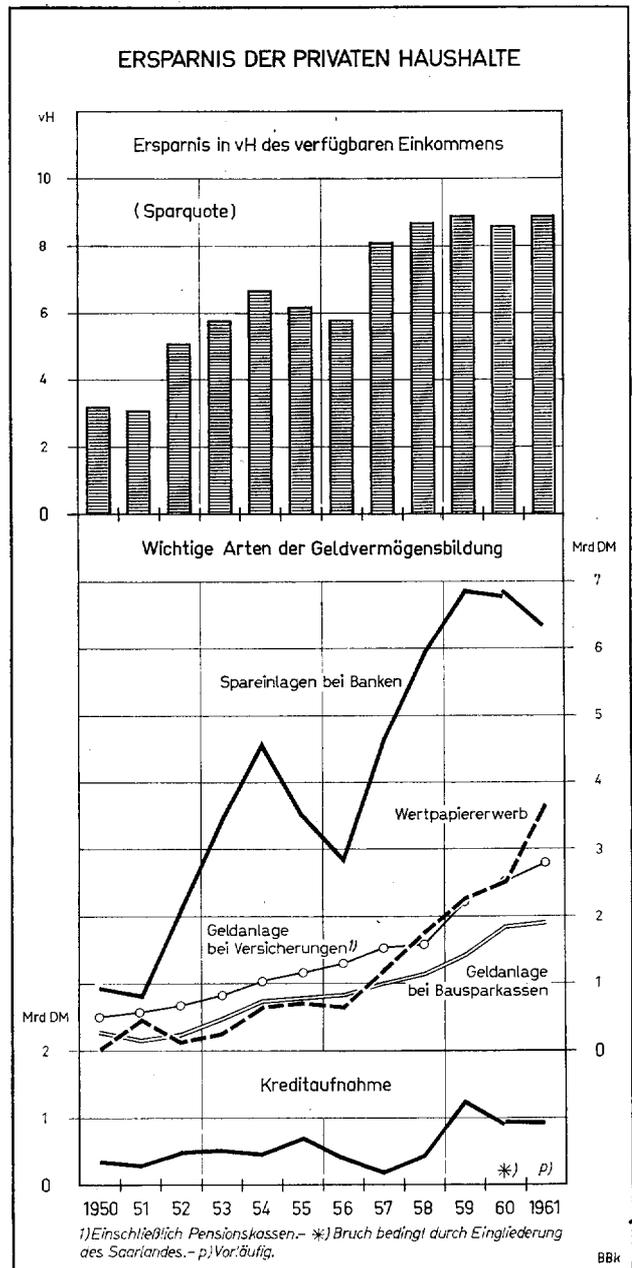
liche Gesamtverschuldung nicht geändert, da durch diese Operation lediglich eine Verbindlichkeit gegenüber dem Ausland durch eine Verbindlichkeit gegenüber der Bundesbank ersetzt wurde, die bekanntlich die betreffenden Forderungen des Auslands übernahm; am Jahresende beliefen sich diese Forderungen der Bundesbank auf 2,5 Mrd DM, nachdem bis dahin bereits 0,6 Mrd DM des ursprünglich übernommenen Betrages getilgt worden waren.

### Sektor private Haushalte

Die laufende Ersparnis der privaten Haushalte hat im Jahre 1961 beschleunigt weiter zugenommen. Sie übertraf mit insgesamt 17,4 Mrd DM den Vorjahresbetrag um 2,2 Mrd DM oder rd. 14 vH, während sie im Jahre 1960 nur um gut 6 vH zugenommen hatte. Neben der Ersparnis aus dem laufenden Einkommen flossen den privaten Haushaltungen Vermögensübertragungen — hauptsächlich Hauptentschädigung des Lastenausgleichs, Wohnungsbau- und Sparprämien und Gratisaktien — in Höhe von 2,5 Mrd DM zu. Auf der anderen Seite aber wurden von der Ersparnis der privaten Haushalte in unserer Rechnung 3,6 Mrd DM Vermögensübertragungen in Abzug gebracht, worin vor allem die bei Bausparkassen angesparten und für die Finanzierung des Eigenheimbaus verwendeten Mittel enthalten sind, die in der Finanzierungsrechnung als Übertragung von privaten Haushalten an Unternehmen verbucht werden. Unter Einbeziehung des Saldos der Vermögensübertragungen ergab sich somit für das Jahr 1961 im Bereich der privaten Haushalte ein Finanzierungsüberschuß von 16,3 Mrd DM gegenüber 14,3 Mrd DM im Vorjahr.

Um den gleichen Betrag erhöhte sich im Berichtsjahr die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte; sie erreichte einen Betrag von 17,3 Mrd DM. Die Verteilung der Geldvermögensbildung auf die einzelnen Anlageformen hat sich dabei unter dem Einfluß von teilweise einmaligen Faktoren merklich verändert. Besonders auffällig ist, daß trotz einer erhöhten Gesamtspareinsparnis der Zugang an Spareinlagen privater Haushalte bei Banken im Jahre 1961 nur 6,4 Mrd DM betrug gegen 6,9 Mrd DM im Vorjahr. Der Anteil der Spareinlagen an der Geldvermögensbildung der privaten Haushalte sank damit auf 36,7 vH gegen 45,3 vH 1960 und 48,8 vH 1959. Zwei Sonderfaktoren spielten hierbei eine Rolle: Einmal lief im Jahre 1961 für fast alle noch vorhandenen steuerbegünstigten Spareinlagen die Sperrfrist ab; die Konteninhaber führten diese Spareinlagen daraufhin vielfach anderen Formen der Geldanlage zu. Sodann haben die privaten

Haushalte den Erwerb der Volkswagenaktien teilweise durch Rückgriff auf Sparguthaben finanziert. Verhältnismäßig wenig hat sich 1961 der Zuwachs an Forderungen gegenüber Lebensversicherungen und Bausparkassen erhöht; auf beide Anlageformen zusammen entfielen 1961 rd. 27 vH der Geldvermögensbildung der privaten Haushalte gegen fast 29 vH im Vorjahr. Dagegen nahm der Wertpapiererwerb als Anlageform stark an Bedeutung zu. Die Wertpapierbestände der privaten Haushalte stiegen 1961 vor allem infolge des mit beträchtlichen Vergünstigungen ausgestatteten Erwerbs der Aktien des Volkswagenwerks wesentlich mehr als im vorangegangenen Jahr: die Zunahme be-



Tab. 7: Ersparnis und Geldvermögensbildung der privaten Haushalte 1950 und 1955 bis 1961<sup>1)</sup>

Positionen	1950	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961 <sup>p)</sup>	1958	1959	1960	1961 <sup>p)</sup>
	Mrd DM								vH			
<b>A. Ersparnis</b>												
1) Laufende Ersparnis	2,0	6,9	7,0	11,1	12,8	14,1	15,2	17,4	.	.	.	.
2) Empfangene Vermögensübertragungen <sup>2)</sup>	0,0	0,5	0,4	0,4	0,8	1,1	2,0	2,5	.	.	.	.
3) Geleistete Vermögensübertragungen <sup>3)</sup>	-0,1	-0,8	-1,2	-1,6	-2,0	-2,4	-2,9	-3,6	.	.	.	.
4) Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen (= Finanzierungsüberschuß)	2,0	6,7	6,2	9,9	11,6	12,8	14,3	16,3	.	.	.	.
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>												
<b>I. Veränderung der Forderungen (Geldvermögensbildung)</b>												
1) Bargeld und Sichteinlagen <sup>4)</sup>	0,5	1,2	0,8	1,5	1,5	1,2	1,3	2,4	12,7	8,5	8,8	14,1
2) Termineinlagen	0,0	-0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2	0,3	0,1	0,3
3) Spareinlagen	1,0	3,5	2,9	4,7	6,0	6,9	6,9	6,4	49,3	48,8	45,3	36,7
4) Sonstige an Banken gegebene Mittel	0,0	-0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,2	0,2	0,4	0,2
5) Geldanlagen bei Bausparkassen	0,3	0,8	0,8	1,0	1,2	1,5	1,9	1,9	9,6	10,3	12,2	11,2
6) Geldanlagen bei Versicherungen <sup>5)</sup>	0,5	1,2	1,3	1,5	1,6	2,2	2,5	2,8	13,1	15,7	16,6	16,2
7) Erwerb von Wertpapieren	0,0	0,7	0,7	1,2	1,8	2,3	2,5	3,7	14,8	16,1	16,5	21,2
8) Sonstige Forderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Summe	2,3	7,4	6,7	10,1	12,1	14,1	15,3	17,3	100,0	100,0	100,0	100,0
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>												
1) Kredite der Banken <sup>6)</sup>	0,2	0,5	0,2	0,1	0,4	1,1	0,8	0,7	83,9	83,8	87,3	70,2
2) Darlehen der Bausparkassen und Versicherungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,7	1,6	2,1	3,8
3) Konsumkredite des Einzelhandels und sonstige Verpflichtungen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	13,4	14,6	10,6	26,0
Summe	0,4	0,7	0,4	0,2	0,4	1,3	1,0	1,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<b>III. Nettogeldvermögensbildung (I - II)</b>	2,0	6,7	6,2	9,9	11,6	12,8	14,3	16,3	.	.	.	.

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Hauptentschädigung, Wohnungsbau- und Sparprämien, Gratisaktien, Zuerkennung von Schuldbuchforderungen als Ablösung ehemaliger Reichsschulden u. a. — <sup>3)</sup> Angesparte Eigenmittel und Tilgungszahlungen der Bausparer u. a. — <sup>4)</sup> Schätzung. — <sup>5)</sup> Einschl. Pensionskassen. — <sup>6)</sup> Teilzahlungskredite für Konsumzwecke und Kleinkredite. — <sup>p)</sup> Vorläufig.

trug 3,7 Mrd DM gegen 2,5 Mrd DM im Jahre 1960. Der Wertpapiererwerb erreichte damit einen Anteil von 21 vH an der gesamten Geldvermögensbildung der privaten Haushalte. Etwa ein Drittel des Netto-Wertpapiererwerbs entfiel auf VW-Aktien; es ist daher fraglich, ob sich ein derart hoher Wertpapiererwerb durch private Haushalte in den kommenden Jahren wiederholen wird. Schließlich nahmen 1961 auch die sehr liquiden Anlagen der privaten Haushalte in Form von Bargeld und Sichteinlagen beträchtlich zu. Eine Reihe von Einflüssen, wie die Einführung der 5-Tage-Woche bei den Banken, Übergang zur monatlichen Lohnzahlung, verstärkte Neigung zu liquiden Anlagen wegen der anhaltenden Kursrückgänge an den Aktienbörsen, dürfte hierfür maßgeblich gewesen sein.

Die Kreditaufnahme der privaten Haushalte, die in der Regel der Finanzierung bestimmter Konsumausgaben dient, hielt sich 1961 trotz einer verstärkten Zunahme des privaten Verbrauchs mit 1,0 Mrd DM auf Vorjahreshöhe. Der weitaus größte Teil, nämlich annähernd drei Viertel, entfiel auf die Kreditaufnahme bei den Banken in Form von Teilzahlungs- und Kleinkrediten, den Rest bildeten hauptsächlich die Direktkredite des Einzelhandels.

### Die methodische Behandlung einiger Sondertransaktionen im Jahre 1961 im Rahmen der Finanzierungsrechnung

#### 1. Die Bewertungsdifferenzen infolge der Aufwertung der D-Mark

Im Anschluß an die Aufwertung der D-Mark vom 6. März 1961 ergab sich für alle inländischen Sektoren die Notwendigkeit einer Neubewertung ihrer Fremdwährungsforderungen bzw. -verbindlichkeiten. Soweit keine Kurssicherung vorgenommen worden war, waren die Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten nach der zu den neuen Paritätskursen erfolgten Umrechnung auf DM niedriger als vor der Aufwertung. Die inländischen Gläubiger hatten somit Aufwertungsverluste zu tragen, die Schuldner machten Aufwertungsgewinne. Da die Forderungen inländischer Sektoren in ausländischer Währung die Verbindlichkeiten in ausländischer Währung am Stichtag der Aufwertung übertrafen, bewirkte die Paritätsänderung, insgesamt betrachtet, in DM gerechnet, eine Verminderung der inländischen Nettoforderungen gegenüber dem Ausland.

Im Rahmen einer Finanzierungsrechnung kann eine solche außergewöhnliche Veränderung der Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland, da sie nicht aus den laufenden Transaktionen zu erklären ist, nur durch Unterstellung einer sog. Vermögensübertragung ausgeglichen werden. Statistisch ließen sich die infolge der DM-Aufwertung entstandenen Bewertungsdifferenzen nur für die Bundesbank feststellen. Bei den anderen in Frage kommenden inländischen Gläubigern und Schuldner waren sie dagegen nicht zu ermitteln, da entweder die Höhe der Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischer Währung oder aber das Ausmaß der Kurssicherung nicht geklärt werden konnten. Bei der Bundesbank — auf die zweifellos der weitaus größte Teil der Nettoforderungen an das Ausland entfiel — belief sich die Ver-

minderung der gesamten Währungsreserven durch die Aufwertung, netto gerechnet, auf 1,4 Mrd DM, der bilanzmäßig zunächst eine entsprechende Veränderung der Forderungen an den Bund gegenüberstand (die im weiteren Verlauf des Jahres durch Auflösung von Rückstellungen etwas vermindert wurde). Als Gegenposten hierfür wurde eine Vermögensübertragung der öffentlichen Haushalte an das Ausland unterstellt. Dieser Gegenposten bringt (innerhalb der statistischen Möglichkeiten) den Bewertungsabschlag zum Ausdruck, den man nach der Aufwertung an dem aus Auslandsforderungen bestehenden Teil des Volksvermögens vornehmen mußte, da die Umrechnung der Forderungen in fremden Währungen in DM zu den alten Kursen — aus der Sicht nach der Aufwertung — zu einer Überbewertung geführt hatte. Die in unserer Berechnung verbuchte „Vermögensübertragung an das Ausland“ ist also fiktiver Natur, d. h. es liegt ihr keine effektive Transaktion an das Ausland zu Grunde. Letzteres erhellt u. a. auch daraus, daß die ausländischen Schuldner, soweit die Verbindlichkeit gegenüber einem deutschen Gläubiger (z. B. der Bundesbank) auf eine ausländische Währung lautete, infolge der DM-Aufwertung keine Bewertungsgewinne erzielten, sondern diese Verbindlichkeiten in ihrer eigenen Währung unverändert bilanzieren.

## 2. Die Transaktionen im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung des Volkswagenwerks

Die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für die Privatisierung des Volkswagenwerks wurden 1960 durch das „Gesetz über die Regelung der Rechtsverhältnisse bei der Volkswagenwerk GmbH“ und durch die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung vom 6. Juli 1960 geschaffen. Die Gesellschafter, d. h. also der Bund und das Land Niedersachsen, beschlossen auf dieser Sitzung eine Erhöhung des Stammkapitals von 300 Mio DM auf 600 Mio DM aus Gesellschaftsmitteln und die Umwandlung der Volkswagenwerk GmbH in eine Aktiengesellschaft. In der Finanzierungsrechnung wurde die Erhöhung des Stammkapitals aus Gesellschaftsmitteln im Jahre 1960 wie eine zusätzliche Beteiligung des Staates an den Unternehmen (Direktkredit) verbucht, die — analog zur Behandlung der Ausgabe von Gratisaktien — durch eine Vermögensübertragung der Unternehmen an den Staat finanziert wurde. Die Umwandlung der GmbH in eine AG erschien in der Finanzierungsrechnung für dieses Jahr als ein Rückgang der öffentlichen Direktkredite an Unternehmen um 600 Mio DM und als Neuemission von Aktien bei den Unternehmen bzw. als Aktien-erwerb bei den öffentlichen Haushalten.

Nach den Vorschriften des „Gesetzes über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk GmbH in private Hände“ vom 21. Juli 1960 wurden im Frühjahr 1961 Aktien im Gesamtbeitrag von nominal 360 Mio DM, das sind 60 vH des Grundkapitals, an einen genau abgegrenzten Kreis von Privatpersonen veräußert. Eine besondere Vergünstigung beim Erwerb der VW-Aktien bestand in der Gewährung eines gestaffelten Nachlasses auf den Kaufpreis (350 DM). Neben diesem sog. Sozialrabatt wurde den Käufern die Möglichkeit einer ratenweisen Bezahlung der VW-Aktien geboten. In der Finanzierungsrechnung für das Jahr 1961 wurde der gesamte Veräußerungswert der VW-Aktien in Höhe von 1 260 Mio DM als Wertpapierzugang bei den privaten Haushalten verbucht. Dieser Vermögenszuwachs war jedoch nicht in vollem Umfang und auch nicht sofort aus eigenen Ersparnissen zu finanzieren, da den privaten Haushalten in Form einer öffentlichen Vermögensübertragung (Sozialrabatt) insgesamt 230 Mio DM zugute kamen und ein Teil der Käufer sich für Ratenzahlungen entschloß, wodurch weitere rd. 80 Mio DM zunächst durch eine „Kreditaufnahme beim Staat“ gedeckt wurden. Die restlichen 950 Mio DM wurden durch eine Verminderung der übrigen privaten Geldanlagen bzw. durch eine höhere laufende Ersparnis aufgebracht.

Bei den öffentlichen Haushalten verminderten sich die Wertpapierbestände um 360 Mio DM (Nennwert der abgegebenen VW-Aktien). In unmittelbarem Zusammenhang mit dem Verkauf dieser Aktien wurden als Gegenbuchungen für den gesamten Veräußerungswert (1 260 Mio DM) bei öffentlichen Haushalten in Rechnung gestellt: 230 Mio DM als Vermögensübertragung an die privaten Haushalte (Sozialrabatt), 80 Mio DM als Kreditgewährung an die privaten Haushalte (Ratenzahlung), 950 Mio DM als Erhöhung der öffentlichen Guthaben im Banksystem (Anlage der sofort zu entrichtenden Kaufsumme). Die Differenz zwischen dem gesamten Veräußerungswert (1 260 Mio DM) und der Verminderung des Wertpapierbestandes der öffentlichen Haushalte stellte einen Veräußerungsgewinn des Staates dar (in Höhe von 900 Mio DM), der zum Ausgleich der Konten der öffentlichen Haushalte auf der Seite der Forderungen als gesonderter Posten in die Rechnung eingesetzt wurde.

An den oben genannten Zahlen mußten noch einige Veränderungen vorgenommen werden, weil im weiteren Verlauf des Jahres 1961 ein Teil der ursprünglichen Käufer seine Aktien vor Ablauf der Sperrfrist veräußerte, was automatisch zu einer Zurückzahlung des Sozialrabatts führte, und weil außerdem die ersten Ratenzahlungen fällig wurden, wodurch sich der Kredit des Staates an die privaten Haushalte gegenüber der oben erwähnten Zahl verringerte.

## 3. Die Entwicklungshilfe-Anleihe des Bundes

Von der Anfang 1961 aufgelegten Entwicklungshilfe-Anleihe des Bundes wurden im Verlauf des Jahres 1,2 Mrd DM von den einzelnen Käufergruppen (Unternehmen, Banken und andere Kapitalsammelstellen) übernommen. Dieser Betrag erscheint in der Finanzierungsrechnung als Absatz festverzinslicher Wertpapiere durch öffentliche Haushalte bzw. Wertpapiererwerb bei den einzelnen Käufergruppen. Eine Besonderheit der Anleihe liegt darin, daß der Anleiheerlös nicht wie sonst üblich alsbald zur Deckung der allgemeinen Haushaltsausgaben verwendet wurde oder in den Kassenbestand des Bundes bei der Bundesbank einging, sondern bis zu seiner endgültigen Verwendung zunächst als Darlehen auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau übertragen wurde. Durch diese Transaktion erhöhte sich der Betrag der „Sonstigen an Banken gegebenen Mittel“ in der Finanzierungsrechnung um 1,2 Mrd DM. Diese Mittel wurden von der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Laufe des Jahres 1961 teilweise für Zwecke der Entwicklungshilfe in das Ausland transferiert. Sie sind insoweit in der Finanzierungsrechnung als längerfristige Bankkredite an das Ausland behandelt worden.

## 4. Die Abdeckung von Ansprüchen der Rentenversicherungsträger nach § 90 BVG

Im Jahre 1961 wurden die Ansprüche der Rentenversicherung der Arbeiter und der Rentenversicherung der Angestellten an den Bund auf Grund des § 90 BVG durch die Zuerkennung von Schuldbuchforderungen abgegolten. Die Vermögensanlagen der Sozialversicherungsträger und die Verbindlichkeiten des Bundes erhöhten sich durch diese Transaktion um 2,1 Mrd DM. Dieser Betrag wurde in der Finanzierungsrechnung bei den Sozialversicherungen als eine Zunahme der innersektoralen Forderungen, bei den Gebietskörperschaften als eine Erhöhung der innersektoralen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die Zuwendung der Mittel zur Finanzierung des Vermögenszuwachses bei den Sozialversicherungen wurde als Vermögensübertragung von seiten des Bundes verbucht, die bei den Gebietskörperschaften gleichzeitig einen Gegenposten für die Erhöhung der Verbindlichkeiten bildet. Bei der Zusammenfassung der beiden Untersektoren „Gebietskörperschaften“ und „Sozialversicherungen“ zu dem Sektor „Öffentliche Haushalte“ bleiben diese internen Transaktionen unberücksichtigt.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1950\*)

Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin (West)

in Mrd DM

Position	Sektor	Öffentliche Haushalte							Banken			Bausparkassen	Versicherungen <sup>4)</sup>	Sektoren insgesamt (Sp. 6-9)	
		Private Haushalte	Unternehmen	Ins-gesamt			Ausland	Berlin (West) <sup>5)</sup>	Summe (Sp. 1-5)	Ins-gesamt	Deutsche Bundesbank				Kredit-institute
				Ins-gesamt	Gebiets-körperschaften <sup>6)</sup>	Sozial-versicherungen <sup>7)</sup>									
1	2	3	(3a)	(3b)	4	5	6	7	(7a)	(7b)	8	9	10		
<b>A. Vermögensbildung und Ersparnis</b>															
<b>I. Vermögensbildung</b>															
1. Brutto-Investitionen <sup>8)</sup>	—	19,67	2,09	2,01	0,08	—	—	21,76	.	.	.	.	.	21,76	
2. Abschreibungen	—	9,66	0,42	0,39	0,03	—	—	10,08	.	.	.	.	.	10,08	
3. Netto-Investitionen (Sachvermögensbildung) (1 - 2)	—	10,01	1,67	1,62	0,05	—	—	11,68	.	.	.	.	.	11,68	
<b>II. Ersparnis und Vermögensübertragungen</b>															
1. Ersparnis	1,95	5,14	4,87	3,74	1,14	0,32	-0,60	11,68	.	.	.	.	.	11,68	
2. Empfangene Vermögensübertragungen	2,05	4,64	3,45	2,26	1,19	2,14	-0,60	11,68	.	.	.	.	.	11,68	
3. Geleistete Vermögensübertragungen	0,01	0,60	2,08	2,14	—	0,24	—	2,93	.	.	.	.	.	2,93	
	-0,10	-0,09	-0,66	-0,66	-0,05	-2,07	—	-2,93	.	.	.	.	.	-2,93	
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II - I)</b>															
	1,95	-4,87	3,20	2,12	1,08	0,32	-0,60	—	.	.	.	.	.	—	
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>															
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen	0,53	1,81	-0,68	-1,07	0,38	.	0,12	1,78	—	—	—	0,02	0,01	1,80	
2. Termineinlagen	0,03	1,29	0,66	0,44	0,21	.	—	1,97	—	—	—	0,03	0,04	2,04	
3. Spareinlagen	0,96	0,01	0,03	0,03	—	.	—	1,01	—	—	—	—	—	1,01	
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	0,01	1,59a)	2,62	2,59	0,03	0,59	—	4,81	—	—	—	—	0,04	4,85	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	0,30	0,01b)	—	—	—	—	—	0,31	—	—	—	—	—	0,31	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	0,46	0,08c)	—	—	—	—	—	0,54	—	—	—	—	—	0,54	
7. Erwerb von Geldmarktpapieren <sup>8)</sup>	—	0,10	0,26	0,23	0,03	—	—	0,36	0,34	0,10	0,25	—	—	0,71	
8. a) Erwerb festverzinsl. Wertpapiere	0,02	0,01	0,14	-0,02	0,16	—	—	0,17	0,51	0,35	0,16	0,00	0,05	0,73	
b) Erwerb von Aktien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	-0,56	-0,56	—	—	—	-0,56	
10. Kurzfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	4,94	0,63	4,31	—	—	4,94	
11. Längerfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	4,89d)	0,16	4,72	—	—	4,89	
12. Darlehen der Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,27d)	—	0,27	
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,40d)	0,40	
14. Sonstige Forderungen	0,00	0,93	1,35	1,20	0,15	—	—	2,29	—	—	—	—	—	2,29	
15. Innersektorale Forderungen	—	—	— e)	—	0,11	—	—	—	— e)	1,54	0,61	—	—	— e)	
<b>Summe</b>	<b>2,31</b>	<b>5,82</b>	<b>4,39e)</b>	<b>(3,42)</b>	<b>(1,08)</b>	<b>0,59</b>	<b>0,12</b>	<b>13,22</b>	<b>10,11e)</b>	<b>(2,21)</b>	<b>(10,05)</b>	<b>0,32</b>	<b>0,54</b>	<b>24,19</b>	
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	1,80	1,04	0,77	—	—	1,80	
2. Termineinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	2,04	—	2,04	—	—	2,04	
3. Spareinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	1,01	—	1,01	—	—	1,01	
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	4,85a)	0,56	4,29	—	—	4,85	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,31b)	—	0,31	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,54c)	0,54	
7. Absatz von Geldmarktpapieren <sup>8)</sup>	—	0,28	0,37	0,37	—	—	0,06	0,71	—	—	—	—	—	0,71	
8. a) Absatz festverzinsl. Wertpapiere	—	0,27	—	—	—	—	—	0,27	0,41	—	0,41	—	—	0,68	
b) Absatz von Aktien	—	0,4	—	—	—	—	—	0,04	0,01	—	0,01	—	—	0,05	
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	-0,56	—	-0,56	—	—	—	—	—	-0,56	
10. Kurzfristige Bankkredite	0,10	4,03	0,38	0,38	—	0,38	0,06	4,94	—	—	—	—	—	4,94	
11. Längerfristige Bankkredite	0,10	4,37d)	0,41	0,41	—	—	—	4,87	—	—	—	0,01	—	4,89	
12. Darlehen der Bausparkassen	0,00	0,28d)	-0,01	-0,01	—	—	—	0,27	—	—	—	—	—	0,27	
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	0,01	0,35d)	0,04	0,04	—	—	—	0,40	—	—	—	—	—	0,40	
14. Sonstige Verpflichtungen	0,15	1,09	—	—	—	0,45	0,60	2,29	—	—	—	—	—	2,29	
15. Innersektorale Verpflichtungen	—	—	— e)	0,11	—	—	—	—	— e)	0,61	1,54	—	—	— e)	
<b>Summe</b>	<b>0,36</b>	<b>10,69</b>	<b>1,19e)</b>	<b>(1,30)</b>	<b>(—)</b>	<b>0,27</b>	<b>0,72</b>	<b>13,22</b>	<b>10,11e)</b>	<b>(2,21)</b>	<b>(10,05)</b>	<b>0,32</b>	<b>0,54</b>	<b>24,19</b>	
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I - II)</b>															
	1,95	-4,87	3,20	2,12	1,08	0,32	-0,60	—	—	—	—	—	—	—	

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1) Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — 2) Einschl. Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — 3) Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — 4) Einschl. Pensionskassen. — 5) Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — 6) Einschl. zweckgebundener Emissionen von Schatzanweisungen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Bausparkassen bzw. Versicherungen aufgewendeten Mittel. — e) Bei der Summenbildung wurden die innersektoralen Forderungen bzw. Verpflichtungen nicht mitaddiert.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1951\*

Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin (West)

in Mrd DM

Position	Sektor	Öffentliche Haushalte							Banken					Sektoren insgesamt (Sp. 6-9)	
		Private Haushalte	Unternehmen	Insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>1)</sup>	Sozialversicherungen <sup>2)</sup>	Ausland	Berlin (West) <sup>3)</sup>	Summe (Sp. 1-5)	Insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	Bausparkassen		Versicherungen <sup>4)</sup>
<b>A. Vermögensbildung und Ersparnis</b>															
I. Vermögensbildung															
1. Brutto-Investitionen <sup>5)</sup>	—	23,48	2,61	2,52	0,09	—	—	26,08	.	.	.	.	.	26,08	
2. Abschreibungen	—	11,42	0,50	0,48	0,02	—	—	11,92	.	.	.	.	.	11,92	
3. Netto-Investitionen (Sachvermögensbildung) (1 - 2)	—	12,06	2,11	2,04	0,07	—	—	14,16	.	.	.	.	.	14,16	
II. Ersparnis und Vermögensübertragungen															
1. Ersparnis	2,18	7,89	7,12	5,35	1,77	-2,37	-0,65	14,16	.	.	.	.	.	14,16	
2. Empfangene Vermögensübertragungen	0,01	0,60	1,83	1,88	—	0,52	—	2,96	.	.	.	.	.	2,96	
3. Geleistete Vermögensübertragungen	-0,16	-0,20	-0,80	-0,80	-0,05	-1,81	—	-2,96	.	.	.	.	.	-2,96	
III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II - I)															
	2,18	-4,17	5,02	3,32	1,70	-2,37	-0,65	—	.	.	.	.	.	—	
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>															
I. Veränderung der Forderungen															
1. Bargeld und Sichteinlagen	0,80	1,37	0,58	0,27	0,31	.	0,13	2,87	—	—	—	0,01	0,01	2,89	
2. Termineinlagen	0,04	0,84	0,53	0,23	0,30	.	—	1,40	—	—	—	0,02	0,05	1,48	
3. Spareinlagen	0,85	0,01	0,04	0,04	—	.	—	0,90	—	—	—	—	—	0,90	
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	0,01	1,02a)	2,22	2,13	0,09	0,05	—	3,29	—	—	—	—	0,04	3,34	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	0,17	0,02b)	—	—	—	—	—	0,18	—	—	—	—	—	0,18	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	0,57	0,15c)	—	—	—	—	—	0,72	—	—	—	—	—	0,72	
7. Erwerb von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>	—	0,03	0,10	0,08	0,02	0,13	0,01	0,27	0,65	0,24	0,41	—	—	0,92	
8. a) Erwerb festverzinsl. Wertpapiere	0,05	0,02	0,53	0,05	0,48	—	—	0,60	0,20	-0,03	0,23	0,00	0,10	0,90	
b) Erwerb von Aktien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	2,04	2,04	—	—	—	2,04	
10. Kurzfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	1,92	-0,36	2,28	—	—	1,92	
11. Längerfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	4,45d)	-0,04	4,49	—	—	4,45	
12. Darlehen der Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,20d)	—	0,20	
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,52d)	0,52	
14. Sonstige Forderungen	0,00	1,12	2,10	1,69	0,42	—	—	3,23	—	—	—	—	—	3,23	
15. Innersektorale Forderungen	—	—	—e)	0,03	0,11	—	—	—	—e)	0,46	1,12	—	—	—e)	
Summe	2,48	4,57	6,11e)	(4,52)	(1,73)	0,18	0,14	13,47	9,26e)	(2,31)	(8,53)	0,24	0,72	23,68	
ii. Veränderung der Verpflichtungen															
1. Bargeld und Sichteinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	2,89	1,24	1,65	—	—	2,89	
2. Termineinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	1,48	—	1,48	—	—	1,48	
3. Spareinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	0,90	—	0,90	—	—	0,90	
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	3,34a)	-0,06	3,40	—	—	3,34	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,18b)	—	0,18	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,72c)	0,72	
7. Absatz von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>	—	0,08	0,85	0,85	—	—	-0,01	0,92	—	—	—	—	—	0,92	
8. a) Absatz festverzinsl. Wertpapiere	—	0,08	0,03	0,03	—	—	—	0,12	0,62	—	0,62	—	—	0,74	
b) Absatz von Aktien	—	0,13	—	—	—	—	—	0,13	0,04	—	0,04	—	—	0,17	
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	2,04	—	2,04	—	—	—	—	—	2,04	
10. Kurzfristige Bankkredite	0,05	2,20	-0,31	-0,31	—	-0,04	0,01	1,92	—	—	—	—	—	1,92	
11. Längerfristige Bankkredite	0,05	3,90d)	0,46	0,46	—	—	—	4,40	—	—	—	0,05	—	4,45	
12. Darlehen der Bausparkassen	—	0,19d)	0,01	0,01	—	—	—	0,20	—	—	—	—	—	0,20	
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	0,04	0,43d)	0,05	0,05	—	—	—	0,52	—	—	—	—	—	0,52	
14. Sonstige Verpflichtungen	0,17	1,74	—	—	—	0,54	0,78	3,23	—	—	—	—	—	3,23	
15. Innersektorale Verpflichtungen	—	—	—e)	0,11	0,03	—	—	—	—e)	1,12	0,46	—	—	—e)	
Summe	0,30	8,74	1,09e)	(1,21)	(0,03)	2,55	0,79	13,47	9,26e)	(2,31)	(8,53)	0,24	0,72	23,68	
III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I - II)															
	2,18	-4,17	5,02	3,32	1,70	-2,37	-0,65	—	—	—	—	—	—	—	

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — <sup>2)</sup> Einschl. Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — <sup>3)</sup> Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — <sup>4)</sup> Einschl. Pensionskassen. — <sup>5)</sup> Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — <sup>6)</sup> Einschl. zweckgebundener Emissionen von Schatzanweisungen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Bausparkassen bzw. Versicherungen aufgewendeten Mittel. — e) Bei der Summenbildung wurden die innersektoralen Forderungen bzw. Verpflichtungen nicht mitaddiert.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1952\*)

Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin (West)

in Mrd DM

Position	Sektor	Öffentliche Haushalte						Summe (Sp. 1-5)	Banken			Bauspar- kassen	Ver- siche- rungen <sup>4)</sup>	Sektoren ins- gesamt (Sp. 6-9)	
		Private Haus- halte	Unter- nehmen	Ins-gesamt			Aus- land		Berlin (West) 3)	Ins- gesamt	Deutsche Bundes- bank				Kredit- insti- tute
				Ins- gesamt	Gebiets- körpers- schaften <sup>1)</sup>	Sozial- versiche- rungen <sup>2)</sup>									
1	2	3	(3a)	(3b)	4	5	6	7	(7a)	(7b)	8	9	10		
<b>A. Vermögensbildung und Ersparnis</b>															
<b>I. Vermögensbildung</b>															
1. Brutto-Investitionen <sup>5)</sup>	—	28,35	3,14	3,04	0,10	—	—	31,48	.	.	.	.	.	31,48	
2. Abschreibungen	—	12,75	0,56	0,54	0,02	—	—	13,31	.	.	.	.	.	13,31	
3. Netto-Investitionen (Sachvermögensbildung) (I./2)	—	15,60	2,58	2,50	0,08	—	—	18,17	.	.	.	.	.	18,17	
<b>II. Ersparnis und Vermögensübertragungen</b>															
1. Ersparnis	4,16	8,90	7,92	6,33	1,59	-2,21	-0,60	18,17	.	.	.	.	.	18,17	
2. Empfangene Vermögensübertragungen	4,35	8,37	8,04	6,36	1,68	-1,99	-0,60	18,17	.	.	.	.	.	18,17	
3. Geleistete Vermögensübertragungen	0,05	0,71	0,46	0,55	—	0,21	0,00	1,43	.	.	.	.	.	1,43	
	-0,24	-0,18	-0,58	-0,58	-0,10	-0,43	—	-1,43	.	.	.	.	.	-1,43	
<b>III. Finanzierungsüberschub bzw. -defizit (—) (II./I)</b>															
	4,16	-6,70	5,34	3,83	1,51	-2,21	-0,60	—	.	.	.	.	.	—	
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>															
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen	1,35	0,57	0,54	0,50	0,04	.	0,15	2,61	—	—	—	0,05	0,01	2,67	
2. Termineinlagen	0,06	1,12	0,72	0,47	0,25	.	—	1,90	—	—	—	0,11	0,05	2,06	
3. Spareinlagen	2,15	0,10	0,17	0,17	—	.	—	2,42	—	—	—	—	—	2,42	
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	0,01	1,81a)	1,35	1,31	0,04	-0,05	—	3,12	—	—	—	—	0,05	3,17	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	0,26	0,04b)	—	—	—	—	—	0,30	—	—	—	—	—	0,30	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	0,67	0,22c)	—	—	—	—	—	0,89	—	—	—	—	—	0,89	
7. Erwerb von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>	—	0,11	0,10	0,13	-0,03	-0,03	0,00	0,18	0,20	-0,23	0,43	—	—	0,37	
8. a) Erwerb festverzinsl. Wertpapiere	0,15	0,05	0,79	0,36	0,42	—	—	0,99	0,64	0,02	0,63	0,02	0,13	1,79	
b) Erwerb von Aktien															
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	2,76	2,76	—	—	—	2,76	
10. Kurzfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	3,10	0,45	2,65	—	—	3,10	
11. Längerfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	4,65d)	-0,01	4,65	—	—	4,65	
12. Darlehen der Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,12d)	—	0,12	
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,65d)	0,65	
14. Sonstige Forderungen	0,00	0,86	2,86	2,53	0,33	0,76	—	4,49	—	—	—	—	—	4,49	
15. Innersektorale Forderungen	—	—	— e)	-0,15	0,31	—	—	—	— e)	-1,67	0,20	—	—	— e)	
<b>Summe</b>	<b>4,66</b>	<b>4,89</b>	<b>6,53e)</b>	<b>(5,33)</b>	<b>(1,36)</b>	<b>0,68</b>	<b>0,15</b>	<b>16,90</b>	<b>11,35e)</b>	<b>(1,33)</b>	<b>(8,55)</b>	<b>0,29</b>	<b>0,90</b>	<b>29,44</b>	
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	2,67	1,48	1,19	—	—	2,67	
2. Termineinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	2,06	—	2,06	—	—	2,06	
3. Spareinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	2,42	—	2,42	—	—	2,42	
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	3,17a)	-0,35	3,53	—	—	3,17	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,30b)	—	0,30	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,89c)	0,89	
7. Absatz von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>	—	0,83	-0,43	-0,43	—	—	-0,03	0,37	0,01	—	0,01	—	—	0,37	
8. a) Absatz festverzinsl. Wertpapiere	—	0,14	0,40	0,40	—	—	—	0,54	0,99	—	0,99	—	—	1,53	
b) Absatz von Aktien	—	0,23	—	—	—	—	—	0,23	0,03	—	0,03	—	0,01	0,26	
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	2,76	—	2,76	—	—	—	—	—	2,76	
10. Kurzfristige Bankkredite	0,12	2,79	0,41	0,41	—	-0,15	-0,07	3,10	—	—	—	—	—	3,10	
11. Längerfristige Bankkredite	0,12	3,87d)	0,67	0,67	—	—	—	4,66	—	—	—	-0,01	—	4,65	
12. Darlehen der Bausparkassen	-0,00	0,12d)	0,00	0,00	—	—	—	0,12	—	—	—	—	—	0,12	
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	0,04	0,54d)	0,07	0,07	—	—	—	0,65	—	—	—	—	—	0,65	
14. Sonstige Verpflichtungen	0,22	3,07	0,07	0,07	—	0,27	0,85	4,49	—	—	—	—	—	4,49	
15. Innersektorale Verpflichtungen	—	—	— e)	0,31	-0,15	—	—	—	— e)	0,20	-1,67	—	—	— e)	
<b>Summe</b>	<b>0,50</b>	<b>11,59</b>	<b>1,19e)</b>	<b>(1,49)</b>	<b>(-0,15)</b>	<b>2,88</b>	<b>0,75</b>	<b>16,90</b>	<b>11,35e)</b>	<b>(1,33)</b>	<b>(8,55)</b>	<b>0,29</b>	<b>0,90</b>	<b>29,44</b>	
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I./II)</b>															
	4,16	-6,70	5,34	3,83	1,51	-2,21	-0,60	—	—	—	—	—	—	—	

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1) Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — 2) Einschl. Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — 3) Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — 4) Einschl. Pensionskassen. — 5) Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — 6) Einschl. zweckgebundener Emissionen von Schatzanweisungen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Bausparkassen bzw. Versicherungen aufgewendeten Mittel. — e) Bei der Summenbildung wurden die innersektoralen Forderungen bzw. Verpflichtungen nicht mitaddiert.

**Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1953\***  
**Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin (West)**  
**in Mrd DM**

Position	Sektor		Öffentliche Haushalte					Summe (Sp. 1-5)	Banken			Bauspar- kassen	Ver- siche- rungen (4)	Sektoren ins- gesamt (Sp. 6-9)
	Private Haus- halte	Unter- nehmen	Ins- gesamt	Gebiets- körper- schaften <sup>1)</sup>	Sozial- versiche- rungen <sup>2)</sup>	Aus- land	Berlin (West) 3)		Ins- gesamt	Deutsche Bundes- bank	Kredit- institute (7b)			
<b>A. Vermögensbildung und Ersparnis</b>														
<b>I. Vermögensbildung</b>														
1. Brutto-Investitionen <sup>5)</sup>	—	27,72	3,64	3,53	0,11	—	—	31,35	.	.	.	.	.	31,35
2. Abschreibungen	—	12,82	0,58	0,56	0,02	—	—	13,40	.	.	.	.	.	13,40
3. Netto-Investitionen (Sachvermögensbildung) (1 -/. 2)	—	14,90	3,06	2,97	0,09	—	—	17,95	.	.	.	.	.	17,95
<b>II. Ersparnis und Vermögensübertragungen</b>														
1. Ersparnis	5,77	6,44	9,74	7,34	2,40	-3,63	-0,37	17,95	.	.	.	.	.	17,95
2. Empfangene Vermögensübertragungen	0,70	0,94	0,40	0,44	—	0,25	0,03	2,32	.	.	.	.	.	2,32
3. Geleistete Vermögensübertragungen	-0,37	-0,22	-1,44	-1,44	-0,04	-0,29	—	-2,32	.	.	.	.	.	-2,32
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I)</b>														
	5,77	-8,46	6,68	4,38	2,31	-3,63	-0,37	—	.	.	.	.	.	—
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>														
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>														
1. Bargeld und Sichteinlagen	1,13	0,95	1,21	0,88	0,33	.	0,15	3,43	—	—	—	0,07	-0,01	3,49
2. Termineinlagen	0,07	0,89	1,09	0,83	0,26	.	—	2,05	—	—	—	0,17	-0,04	2,18
3. Spareinlagen	3,49	0,09	0,27	0,27	—	.	—	3,84	—	—	—	—	—	3,84
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	0,03	1,71a)	1,41	1,34	0,07	0,33	—	3,48	—	—	—	—	0,09	3,56
5. Geldanlage bei Bausparkassen	0,50	0,00b)	—	—	—	—	—	0,50	—	—	—	—	—	0,50
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	0,83	0,27c)	—	—	—	—	—	1,09	—	—	—	—	—	1,09
7. Erwerb von Geldmarktpapieren <sup>4)</sup>	—	-0,07	0,13	0,04	0,10	-0,05	0,08	0,09	-0,03	-0,12	0,08	—	—	0,06
8. a) Erwerb festverzinsl. Wertpapiere b) Erwerb von Aktien	0,27	0,54	1,12	0,72	0,40	-0,03	0,02	1,91	0,96	-0,15	1,11	0,03	0,30	3,20
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	3,61	3,61	—	—	—	3,61
10. Kurzfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	2,98	0,01	2,97	—	—	2,98
11. Längerfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	7,39d)	0,03	7,37	—	—	7,39
12. Darlehen der Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,25d)	—	0,25
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,76d)	0,76
14. Sonstige Forderungen	0,01	0,34	3,36	3,01	0,35	-0,27	—	3,44	—	—	—	—	—	3,44
15. Innersektorale Forderungen	—	—	—e)	—	0,80	—	—	—	—e)	-0,75	0,35	—	—	—e)
<b>Summe</b>	<b>6,31</b>	<b>4,71</b>	<b>8,58e)</b>	<b>(7,07)</b>	<b>(2,31)</b>	<b>-0,02</b>	<b>0,24</b>	<b>19,83</b>	<b>14,91e)</b>	<b>(2,63)</b>	<b>(11,87)</b>	<b>0,53</b>	<b>1,10</b>	<b>36,36</b>
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>														
1. Bargeld und Sichteinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	3,49	2,18	1,31	—	—	3,49
2. Termineinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	2,18	—	2,18	—	—	2,18
3. Spareinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	3,84	—	3,84	—	—	3,84
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	3,56a)	0,10	3,46	—	—	3,56
5. Geldanlage bei Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,50b)	—	0,50
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,09c)	1,09
7. Absatz von Geldmarktpapieren <sup>4)</sup>	—	0,18	-0,13	-0,13	—	—	-0,01	0,04	0,01	—	0,01	—	—	0,06
8. a) Absatz festverzinsl. Wertpapiere b) Absatz von Aktien	—	0,39	0,75	0,75	—	—	0,05	1,19	1,73	—	1,73	—	—	2,91
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	3,61	—	3,61	—	—	—	—	—	3,61
10. Kurzfristige Bankkredite	0,17	2,79	0,06	0,06	—	-0,05	0,01	2,98	—	—	—	—	—	2,98
11. Längerfristige Bankkredite	0,17	5,85d)	1,35	1,35	—	—	—	7,37	—	—	—	0,02	—	7,39
12. Darlehen der Bausparkassen	0,00	0,25d)	0,00	0,00	—	—	—	0,25	—	—	—	—	—	0,25
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	0,04	0,60d)	0,12	0,12	—	—	—	0,76	—	—	—	—	—	0,76
14. Sonstige Verpflichtungen	0,17	2,94	-0,26	-0,26	—	0,04	0,55	3,44	—	—	—	—	—	3,44
15. Innersektorale Verpflichtungen	—	—	—e)	0,80	—	—	—	—	—e)	0,35	-0,75	—	—	—e)
<b>Summe</b>	<b>0,54</b>	<b>13,17</b>	<b>1,90e)</b>	<b>(2,69)</b>	<b>(—)</b>	<b>3,61</b>	<b>0,62</b>	<b>19,83</b>	<b>14,91e)</b>	<b>(2,63)</b>	<b>(11,87)</b>	<b>0,53</b>	<b>1,10</b>	<b>36,36</b>
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>														
	5,77	-8,46	6,68	4,38	2,31	-3,63	-0,37	—	—	—	—	—	—	—

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1) Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — 2) Einschl. Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — 3) Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — 4) Einschl. Pensionskassen. — 5) Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — 6) Einschl. zweckgebundener Emissionen von Schatzanweisungen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Bausparkassen bzw. Versicherungen aufgewendeten Mittel. — e) Bei der Summenbildung wurden die innersektoralen Forderungen bzw. Verpflichtungen nicht mitaddiert.

**Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1954\***  
Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin (West)  
in Mrd DM

Position	Sektor	Private Haushalte	Öffentliche Haushalte					Berlin (West) <sup>5)</sup>	Summe (Sp. 1-5)	Banken					Sektoren insgesamt (Sp. 6-9)
			Unternehmen	Insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>1)</sup>	Sozialversicherungen <sup>2)</sup>	Ausland			Insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	Bausparkassen	Versicherungen <sup>4)</sup>	
		1	2	3	(3a)	(3b)	4	5	6	7	(7a)	(7b)	8	9	10
<b>A. Vermögensbildung und Ersparnis</b>															
<b>I. Vermögensbildung</b>															
1. Brutto-Investitionen <sup>5)</sup>		—	32,37	3,95	3,84	0,10	—	—	36,31	.	.	.	.	.	36,31
2. Abschreibungen		—	12,97	0,61	0,59	0,02	—	—	13,58	.	.	.	.	.	13,58
3. Netto-Investitionen (Sachvermögensbildung) (I - 2)		—	19,40	3,34	3,25	0,08	—	—	22,73	.	.	.	.	.	22,73
<b>II. Ersparnis und Vermögensübertragungen</b>															
1. Ersparnis		7,50	8,65	10,34	7,52	2,82	-3,36	-0,39	22,73	.	.	.	.	.	22,73
2. Empfangene Vermögensübertragungen		6,67	7,74	11,93	9,09	2,84	-3,19	-0,42	22,73	.	.	.	.	.	22,73
3. Geleistete Vermögensübertragungen		1,39	1,22	0,53	0,55	—	0,17	0,03	3,34	.	.	.	.	.	3,34
		-0,56	-0,32	-2,13	-2,13	-0,02	-0,34	-0,00	-3,34	.	.	.	.	.	-3,34
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II - I)</b>															
		7,50	-10,75	7,00	4,26	2,74	-3,36	-0,39	—	.	.	.	.	.	—
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>															
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen		0,87	2,02	1,56	1,79	-0,23	.	0,01	4,46	—	—	—	0,10	-0,01	4,55
2. Termineinlagen		-0,01	-0,72	0,39	0,11	0,28	.	—	-0,34	—	—	—	0,23	-0,04	-0,15
3. Spareinlagen		4,64	0,34	0,51	0,51	—	.	—	5,48	—	—	—	—	—	5,48
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel		0,02	0,18a)	3,25	2,63	0,62	0,41	—	3,85	—	—	—	—	0,07	3,92
5. Geldanlage bei Bausparkassen		0,76	0,07b)	—	—	—	—	—	0,84	—	—	—	—	—	0,84
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>		1,04	0,38 c)	—	—	—	—	—	1,42	—	—	—	—	—	1,42
7. Erwerb von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>		—	0,06	-0,06	0,00	-0,06	0,03	0,02	0,05	0,06	-0,04	0,10	—	—	0,11
8. a) Erwerb festverzinsl. Wertpapiere	b) Erwerb von Aktien	0,66	0,97	1,12	0,30	0,82	-0,04	0,03	2,74	1,88	-0,11	1,99	0,07	0,43	5,12
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank															
10. Kurzfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	—	—	3,70	0,25	3,45	—	—	3,70
11. Längerfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	—	—	8,93d)	0,01	8,93	—	—	8,93
12. Darlehen der Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,47d)	—	0,47
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,98d)	0,98
14. Sonstige Forderungen		0,01	0,58	2,85	2,14	0,71	-0,44	—	2,99	—	—	—	—	—	2,99
15. Innersektorale Forderungen		—	—	— e)	—	0,61	—	—	—	— e)	-0,03	0,74	—	—	— e)
<b>Summe</b>		<b>8,00</b>	<b>3,87</b>	<b>9,61e)</b>	<b>(7,48)</b>	<b>(2,74)</b>	<b>-0,04</b>	<b>0,05</b>	<b>21,49</b>	<b>17,35e)</b>	<b>(2,87)</b>	<b>(15,19)</b>	<b>0,86</b>	<b>1,43</b>	<b>41,13</b>
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen		—	—	—	—	—	—	—	—	4,55	2,18	2,36	—	—	4,55
2. Termineinlagen		—	—	—	—	—	—	—	—	-0,15	—	-0,15	—	—	-0,15
3. Spareinlagen		—	—	—	—	—	—	—	—	5,48	—	5,48	—	—	5,48
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel		—	—	—	—	—	—	—	—	3,92a)	-0,05	3,97	—	—	3,92
5. Geldanlage bei Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,84b)	—	0,84
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,42c)	1,42
7. Absatz von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>		—	0,28	-0,14	-0,14	—	—	-0,01	0,13	-0,02	—	-0,02	—	—	0,11
8. a) Absatz festverzinsl. Wertpapiere	b) Absatz von Aktien	—	0,78	0,35	0,35	—	—	0,08	1,21	3,53	—	3,53	—	—	4,73
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank															
10. Kurzfristige Bankkredite		0,13	3,17	0,30	0,30	—	0,11	-0,01	3,70	—	—	—	—	—	3,70
11. Längerfristige Bankkredite		0,13	6,60d)	2,18	2,18	—	—	—	8,91	—	—	—	0,03	—	8,93
12. Darlehen der Bausparkassen		0,00	0,47d)	-0,00	-0,00	—	—	—	0,47	—	—	—	—	—	0,47
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>		0,02	0,84d)	0,12	0,12	—	—	—	0,98	—	—	—	—	—	0,98
14. Sonstige Verpflichtungen		0,21	2,20	-0,19	-0,19	—	0,43	0,35	2,99	—	—	—	—	—	2,99
15. Innersektorale Verpflichtungen		—	—	— e)	0,61	—	—	—	—	— e)	0,74	-0,03	—	—	— e)
<b>Summe</b>		<b>0,49</b>	<b>14,62</b>	<b>2,61e)</b>	<b>(3,22)</b>	<b>(—)</b>	<b>3,32</b>	<b>0,45</b>	<b>21,49</b>	<b>17,35e)</b>	<b>(2,87)</b>	<b>(15,19)</b>	<b>0,86</b>	<b>1,43</b>	<b>41,13</b>
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I - II)</b>															
		7,50	-10,75	7,00	4,26	2,74	-3,36	-0,39	—	—	—	—	—	—	—

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1) Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — 2) Einschl. Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — 3) Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — 4) Einschl. Pensionskassen. — 5) Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — 6) Einschl. zweckgebundener Emissionen von Schatzanweisungen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Bausparkassen bzw. Versicherungen aufgewendeten Mittel. — e) Bei der Summenbildung wurden die innersektoralen Forderungen bzw. Verpflichtungen nicht mitaddiert.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1955\*)

Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin (West)

in Mrd DM

Position	Sektor	Öffentliche Haushalte						Banken			Bausparkassen	Versicherungen <sup>4)</sup>	Sektoren insgesamt (Sp. 6-9)		
		Private Haushalte	Unternehmen	Öffentliche Haushalte			Ausland	Berlin (West) <sup>5)</sup>	Summe (Sp. 1-5)	Insgesamt				Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute
				Insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>1)</sup>	Sozialversicherungen <sup>2)</sup>									
1	2	3	(3a)	(3b)	4	5	6	7	(7a)	(7b)	8	9	10		
<b>A. Vermögensbildung und Ersparnis</b>															
<b>I. Vermögensbildung</b>															
1. Brutto-Investitionen <sup>5)</sup>	—	41,29	5,67	5,55	0,12	—	—	46,95	.	.	.	.	.	46,95	
2. Abschreibungen	—	14,10	0,66	0,64	0,02	—	—	14,76	.	.	.	.	.	14,76	
3. Netto-Investitionen (Sachvermögensbildung) (1 -/. 2)	—	27,19	5,01	4,91	0,10	—	—	32,19	.	.	.	.	.	32,19	
<b>II. Ersparnis und Vermögensübertragungen</b>															
1. Ersparnis	6,89	13,54	14,07	10,80	3,27	-2,17	-0,14	32,19	.	.	.	.	.	32,19	
2. Empfangene Vermögensübertragungen	0,53	1,62	0,58	0,65	—	0,22	0,02	2,98	.	.	.	.	.	2,98	
3. Geleistete Vermögensübertragungen	-0,77	-0,53	-1,52	-1,52	-0,06	-0,16	-0,01	-2,98	.	.	.	.	.	-2,98	
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I)</b>															
	6,65	-12,56	8,13	5,03	3,11	-2,10	-0,12	—	.	.	.	.	.	—	
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>															
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen	1,23	1,13	1,25	1,56	-0,31	.	0,13	3,74	—	—	—	0,06	0,00	3,80	
2. Termineinlagen	-0,02	0,29	-0,41	-0,72	0,31	.	—	-0,14	—	—	—	0,15	0,01	0,03	
3. Spareinlagen	3,51	0,18	0,26	0,26	—	.	—	3,95	—	—	—	—	—	3,95	
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	-0,06	1,39a)	4,18	2,91	1,26	0,34	—	5,86	—	—	—	—	0,07	5,93	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	0,81	0,08b)	—	—	—	—	—	0,89	—	—	—	—	—	0,89	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	1,16	0,30c)	—	—	—	—	—	1,46	—	—	—	—	—	1,46	
7. Erwerb von Geldmarktpapieren <sup>4)</sup>	—	0,21	0,04	-0,01	0,04	-0,08	-0,05	0,12	0,13	-0,01	—	—	—	0,25	
8. a) Erwerb festverzinsl. Wertpapiere b) Erwerb von Aktien	0,72	1,22	1,11	0,38	0,73	0,09	0,05	3,19	1,70	-0,01	1,71	0,03	0,39	5,30	
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	1,85	1,85	—	—	—	1,85	
10. Kurzfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	3,42	0,19	3,23	—	—	3,42	
11. Längerfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	10,82d)	0,03	10,79	—	—	10,82	
12. Darlehen der Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,67d)	—	0,67	
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,99d)	0,99	
14. Sonstige Forderungen	0,01	0,42	3,16	2,47	0,69	-0,07	0,36	3,88	—	—	—	—	—	3,88	
15. Innersektorale Forderungen	—	—	—e)	—	0,38	—	—	—	—e)	1,25	0,44	—	—	—e)	
<b>Summe</b>	<b>7,37</b>	<b>5,22</b>	<b>9,59e)</b>	<b>(6,86)</b>	<b>(3,11)</b>	<b>0,28</b>	<b>0,49</b>	<b>22,94</b>	<b>17,92e)</b>	<b>(3,44)</b>	<b>(1,62)</b>	<b>0,91</b>	<b>1,47</b>	<b>43,24</b>	
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	3,80	2,08	1,73	—	—	3,80	
2. Termineinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	0,03	—	0,03	—	—	0,03	
3. Spareinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	3,95	—	3,95	—	—	3,95	
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	5,93a)	-0,12	6,04	—	—	5,93	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,89b)	—	0,89	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,46c)	1,46	
7. Absatz von Geldmarktpapieren <sup>4)</sup>	—	-0,36	-0,45	-0,45	—	—	-0,00	-0,80	1,05	1,05	—	—	—	0,25	
8. a) Absatz festverzinsl. Wertpapiere b) Absatz von Aktien	—	0,58	0,03	0,03	—	—	0,17	0,78	2,96	—	2,96	—	—	3,74	
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	0,21	—	0,21	—	0,01	1,57	
10. Kurzfristige Bankkredite	0,26	2,78	0,21	0,21	—	0,16	0,02	3,42	—	—	—	—	—	3,42	
11. Längerfristige Bankkredite	0,29	8,63d)	1,90	1,90	—	—	—	10,81	—	—	—	0,02	—	10,82	
12. Darlehen der Bausparkassen	0,01	0,66d)	-0,00	-0,00	—	—	—	0,67	—	—	—	—	—	0,67	
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	0,02	0,87d)	0,10	0,10	—	—	—	0,99	—	—	—	—	—	0,99	
14. Sonstige Verpflichtungen	0,15	3,39	—	-0,33	—	—	—	3,88	—	—	—	—	—	3,88	
15. Innersektorale Verpflichtungen	—	—	—e)	0,38	—	—	—	—	—e)	0,44	1,25	—	—	—e)	
<b>Summe</b>	<b>0,72</b>	<b>17,78</b>	<b>1,45e)</b>	<b>(1,83)</b>	<b>(—)</b>	<b>2,38</b>	<b>0,61</b>	<b>22,94</b>	<b>17,92e)</b>	<b>(3,44)</b>	<b>(16,17)</b>	<b>0,91</b>	<b>1,47</b>	<b>43,24</b>	
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>															
	6,65	-12,56	8,13	5,03	3,11	-2,10	-0,12	—	—	—	—	—	—	—	

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1) Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — 2) Einschl. Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — 3) Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — 4) Einschl. Pensionskassen. — 5) Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — 6) Einschl. zweckgebundener Emissionen von Schatzanweisungen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Bausparkassen bzw. Versicherungen aufgewendeten Mittel. — e) Bei der Summenbildung wurden die innersektoralen Forderungen bzw. Verpflichtungen nicht mitaddiert.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1956\*)

Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin (West)

in Mrd DM

Position	Sektor	Öffentliche Haushalte						Summe (Sp. 1-5)	Banken					Sektoren insgesamt (Sp. 6-9)	
		Private Haus- halte	Unter- nehmen	Ins- gesamt	Gebiets- körper- schaften <sup>1)</sup>	Sozial- versiche- rungen <sup>2)</sup>	Aus- land		Berlin (West) <sup>3)</sup>	Ins- gesamt	Deutsche Bundes- bank	Kredit- insti- tute	Bau- spar- kassen		Ver- siche- rungen <sup>4)</sup>
<b>A. Vermögensbildung und Ersparnis</b>															
<b>I. Vermögensbildung</b>															
1. Brutto-Investitionen <sup>5)</sup>	—	43,70	5,63	5,50	0,13	—	—	49,32	.	.	.	.	.	49,32	
2. Abschreibungen	—	15,83	0,72	0,70	0,02	—	—	16,55	.	.	.	.	.	16,55	
3. Netto-Investitionen (Sachvermögensbildung) (1 -/. 2)	—	27,87	4,91	4,80	0,11	—	—	32,77	.	.	.	.	.	32,77	
<b>II. Ersparnis und Vermögensübertragungen</b>															
1. Ersparnis	6,23	16,09	14,69	11,03	3,66	-4,30	0,07	32,77	.	.	.	.	.	32,77	
2. Empfangene Vermögensübertragungen	7,04	14,64	15,51	11,83	3,68	-4,47	0,06	32,77	.	.	.	.	.	32,77	
3. Geleistete Vermögensübertragungen	0,39	2,15	0,77	0,78	—	0,32	0,04	3,66	.	.	.	.	.	3,66	
III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I)	-1,19	-0,70	-1,59	-1,59	-0,02	-0,15	-0,03	-3,66	.	.	.	.	.	-3,66	
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>															
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen	0,81	1,17	0,95	0,93	0,01	.	0,23	3,15	—	—	—	0,05	-0,00	3,19	
2. Termineinlagen	0,01	1,33	0,25	-0,39	0,65	.	—	1,60	—	—	—	0,11	-0,01	1,70	
3. Spareinlagen	2,90	-0,17	-0,03	-0,03	—	.	—	2,70	—	—	—	—	—	2,70	
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	0,10	1,11a)	4,65	3,98	0,66	1,04	—	6,89	—	—	—	—	0,11	7,00	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	0,85	0,05b)	—	—	—	—	—	0,90	—	—	—	—	—	0,90	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	1,30	0,32c)	—	—	—	—	—	1,61	—	—	—	—	—	1,61	
7. Erwerb von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>	—	-0,05	0,07	0,02	0,05	0,00	0,04	0,07	0,53	-0,16	0,69	0,00	—	0,60	
8. a) Erwerb festverzinsl. Wertpapiere b) Erwerb von Aktien	0,69	0,90	1,42	0,63	0,79	0,19	0,02	3,22	0,30	0,12	0,19	0,01	0,35	3,88	
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	5,01	5,01	—	—	—	5,01	
10. Kurzfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	1,76	0,02	1,74	—	—	1,76	
11. Längerfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	9,00d)	0,01	9,00	—	—	9,00	
12. Darlehen der Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,74d)	—	0,74	
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,19d)	1,19	
14. Sonstige Forderungen	0,01	0,53	3,40	2,39	1,02	0,56	0,40	4,90	—	—	—	—	—	4,90	
15. Innersektorale Forderungen	—	—	e)	—	0,38	—	—	—	e)	-1,54	0,82	—	—	e)	
Summe	6,66	5,19	10,71e)	(7,53)	(3,55)	1,79	0,69	25,03	16,61e)	(3,46)	(12,43)	0,91	1,64	44,19	
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	3,19	1,93	1,26	—	—	3,19	
2. Termineinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	1,70	—	1,70	—	—	1,70	
3. Spareinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	2,70	—	2,70	—	—	2,70	
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	7,00a)	0,33	6,67	—	—	7,00	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,90b)	—	0,90	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,61c)	1,61	
7. Absatz von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>	—	0,04	0,18	0,18	—	—	—	0,22	0,38	0,38	—	—	—	0,60	
8. a) Absatz festverzinsl. Wertpapiere b) Absatz von Aktien	—	0,49	-0,14	-0,14	—	0,08	0,09	0,51	1,52	—	1,52	—	—	2,03	
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	1,57	—	—	—	0,02	0,12	1,70	0,13	—	0,13	—	0,02	1,85	
10. Kurzfristige Bankkredite	0,08	1,44	0,00	—	—	0,19	0,05	1,76	—	—	—	—	—	1,76	
11. Längerfristige Bankkredite	0,11	7,55d)	1,16	1,16	—	0,18	—	9,00	—	—	—	0,01	—	9,00	
12. Darlehen der Bausparkassen	0,00	0,73d)	0,01	0,01	—	—	—	0,74	—	—	—	—	—	0,74	
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	0,03	1,11d)	0,05	0,05	—	—	—	1,19	—	—	—	—	—	1,19	
14. Sonstige Verpflichtungen	0,21	4,03	-0,33	-0,33	—	0,62	0,37	4,90	—	—	—	—	—	4,90	
15. Innersektorale Verpflichtungen	—	—	e)	0,38	—	—	—	—	e)	0,82	-1,54	—	—	e)	
Summe	0,43	16,97	0,93e)	(1,30)	(—)	6,09	0,62	25,03	16,61e)	(3,46)	(12,43)	0,91	1,64	44,19	
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>															
	6,23	-11,78	9,78	6,23	3,55	-4,30	0,07	—	—	—	—	—	—	—	

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1) Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — 2) Einschl. Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — 3) Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — 4) Einschl. Pensionskassen. — 5) Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — 6) Einschl. zweckgebundener Emissionen von Schatzanweisungen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Bausparkassen bzw. Versicherungen aufgewendeten Mittel. — e) Bei der Summenbildung wurden die innersektoralen Forderungen bzw. Verpflichtungen nicht mitaddiert.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1957\*)  
Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin (West)  
in Mrd DM

Position	Sektor	Öffentliche Haushalte						Berlin (West) <sup>8)</sup>	Summe (Sp. 1-5)	Banken			Bausparkassen	Versicherungen <sup>4)</sup>	Sektoren insgesamt (Sp. 6-9)
		Private Haushalte	Unternehmen	Insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>1)</sup>	Sozialversicherungen <sup>2)</sup>	Ausland			Insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute			
<b>A. Vermögensbildung und Ersparnis</b>															
<b>I. Vermögensbildung</b>															
1. Brutto-Investitionen <sup>5)</sup>	—	46,15	5,82	5,66	0,16	—	—	51,96	.	.	.	.	.	.	51,96
2. Abschreibungen	—	17,53	0,79	0,76	0,03	—	—	18,32	.	.	.	.	.	.	18,32
3. Netto-Investitionen (Sachvermögensbildung) (1 - 2)	—	28,62	5,03	4,90	0,13	—	—	33,64	.	.	.	.	.	.	33,64
<b>II. Ersparnis und Vermögensübertragungen</b>															
1. Ersparnis	9,88	16,70	12,64	10,00	2,64	-5,75	0,17	33,64	.	.	.	.	.	.	33,64
2. Empfangene Vermögensübertragungen	11,12	13,81	14,63	11,95	2,68	-6,07	0,15	33,64	.	.	.	.	.	.	33,64
3. Geleistete Vermögensübertragungen	0,36	3,13	0,28	0,31	—	0,41	0,03	4,21	.	.	.	.	.	.	4,21
	-1,60	-0,24	-2,27	-2,27	-0,04	-0,09	-0,01	-4,21	.	.	.	.	.	.	-4,21
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II - I)</b>															
	9,88	-11,91	7,61	5,10	2,51	-5,75	0,17	—	.	.	.	.	.	.	—
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>															
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen	1,55	1,91	-2,55	-2,70	0,15	.	0,17	1,08	—	—	—	0,21	0,01	.	1,29
2. Termineinlagen	0,05	1,98	1,19	0,99	0,19	.	—	3,22	—	—	—	0,20	0,02	.	3,44
3. Spareinlagen	4,69	0,05	0,08	0,08	—	.	—	4,81	—	—	—	—	—	.	4,81
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	0,01	1,54	2,84	2,22	0,62	0,69	—	5,09	—	—	—	—	0,18	.	5,27
5. Geldanlage bei Bausparkassen	1,02	0,09	—	—	—	—	—	1,11	—	—	—	—	—	.	1,11
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	1,53	0,48	—	—	—	—	—	2,01	—	—	—	—	—	.	2,01
7. Erwerb von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>	—	0,02	-0,38	-0,36	-0,02	—	-0,02	-0,38	4,77	0,06	4,71	-0,00	—	.	4,39
8. a) Erwerb festverzinsl. Wertpapiere	1,23	0,61	0,83	0,35	0,48	0,61	0,08	3,36	1,37	0,13	1,24	0,00	0,53	.	5,26
b) Erwerb von Aktien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	.	—
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	5,12	5,12	—	—	—	.	5,12
10. Kurzfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	1,39	-0,14	1,52	—	—	.	1,39
11. Längerfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	7,45	0,03	7,42	—	—	.	7,45
12. Darlehen der Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,69	—	.	0,69
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,30	.	1,30
14. Sonstige Forderungen	0,02	0,78	6,82	5,99	0,83	1,50	0,47	9,58	—	—	—	—	—	.	9,58
15. Innersektorale Forderungen	—	—	e)	0,01	0,27	—	—	—	—	e)	-1,38	1,87	—	.	e)
<b>Summe</b>	<b>10,09</b>	<b>7,47</b>	<b>8,82e)</b>	<b>(6,58)</b>	<b>(2,53)</b>	<b>2,80</b>	<b>0,71</b>	<b>29,89</b>	<b>20,10e)</b>	<b>(3,83)</b>	<b>(16,76)</b>	<b>1,10</b>	<b>2,03</b>		<b>53,12</b>
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	1,29	-0,94	2,23	—	—	.	1,29
2. Termineinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	3,44	—	3,44	—	—	.	3,44
3. Spareinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	4,81	—	4,81	—	—	.	4,81
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	5,27	0,09	5,18	—	—	.	5,27
5. Geldanlage bei Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,11	—	.	1,11
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,01	.	2,01
7. Absatz von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>	—	0,87	0,26	0,26	—	0,45	—	1,57	2,81	2,81	—	—	—	.	4,39
8. a) Absatz festverzinsl. Wertpapiere	—	1,04	0,03	0,03	—	0,02	0,12	1,21	2,40	—	2,40	—	—	.	3,60
b) Absatz von Aktien	—	1,42	—	—	—	0,03	0,12	1,56	0,08	—	0,08	—	0,02	.	1,66
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	5,12	—	5,12	—	—	—	—	—	.	5,12
10. Kurzfristige Bankkredite	0,03	1,26	-0,06	-0,06	—	0,18	-0,02	1,39	—	—	—	—	—	.	1,39
11. Längerfristige Bankkredite	0,10	6,08	1,24	1,24	—	0,04	—	7,46	—	—	—	-0,01	—	.	7,45
12. Darlehen der Bausparkassen	-0,00	0,69	-0,00	-0,00	—	—	—	0,69	—	—	—	—	—	.	0,69
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	0,03	1,14	0,14	0,14	—	—	—	1,30	—	—	—	—	—	.	1,30
14. Sonstige Verpflichtungen	0,06	6,88	-0,39	-0,39	—	2,72	0,32	9,58	—	—	—	—	—	.	9,58
15. Innersektorale Verpflichtungen	—	—	e)	0,27	0,01	—	—	—	—	e)	1,87	-1,38	—	.	e)
<b>Summe</b>	<b>0,21</b>	<b>19,38</b>	<b>1,21e)</b>	<b>(1,48)</b>	<b>(0,01)</b>	<b>8,55</b>	<b>0,53</b>	<b>29,89</b>	<b>20,10e)</b>	<b>(3,83)</b>	<b>(16,76)</b>	<b>1,10</b>	<b>2,03</b>		<b>53,12</b>
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I - II)</b>															
	9,88	-11,91	7,61	5,10	2,51	-5,75	0,17	—	—	—	—	—	—	.	—

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1) Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — 2) Einschl. Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — 3) Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — 4) Einschl. Pensionskassen. — 5) Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — 6) Einschl. zweckgebundener Emissionen von Schatzanweisungen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Bausparkassen bzw. Versicherungen aufgewendeten Mittel. — e) Bei der Summenbildung wurden die innersektoralen Forderungen bzw. Verpflichtungen nicht mitaddiert.

**Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1958 \*)**  
**Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin (West)**  
**in Mrd DM**

Position	Sektor		Öffentliche Haushalte			Ausland	Berlin (West) <sup>5)</sup>	Summe (Sp. 1-5)	Banken			Bausparkassen	Versicherungen <sup>4)</sup>	Sektoren insgesamt (Sp. 6-9)
	Private Haushalte	Unternehmen	Insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>1)</sup>	Sozialversicherungen <sup>2)</sup>				Insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute			
1	2	3	(3a)	(3b)	4	5	6	7	(7a)	(7b)	8	9	10	
<b>A. Vermögensbildung und Ersparnis</b>														
<b>I. Vermögensbildung</b>														
1. Brutto-Investitionen <sup>5)</sup>	—	47,60	6,53	6,34	0,18	—	—	54,13	.	.	.	.	.	54,13
2. Abschreibungen	—	19,01	0,85	0,82	0,03	—	—	19,86	.	.	.	.	.	19,86
3. Netto-Investitionen (Sachvermögensbildung) (1 -/. 2)	—	28,59	5,68	5,52	0,15	—	—	34,27	.	.	.	.	.	34,27
<b>II. Ersparnis und Vermögensübertragungen</b>														
1. Ersparnis	11,65	18,60	9,66	7,58	2,08	-5,93	0,29	34,27	.	.	.	.	.	34,27
2. Empfangene Vermögensübertragungen	12,79	14,52	12,90	10,79	2,11	-6,19	0,25	34,27	.	.	.	.	.	34,27
3. Geleistete Vermögensübertragungen	0,83	4,35	0,34	0,37	—	0,36	0,05	5,93	.	.	.	.	.	5,93
	-1,97	-0,27	-3,58	-3,58	-0,03	-0,10	-0,01	-5,93	.	.	.	.	.	-5,93
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I)</b>														
	11,65	-10,00	3,99	2,06	1,93	-5,93	0,29	—	.	.	.	.	.	—
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>														
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>														
1. Bargeld und Sichteinlagen	1,54	2,86	-0,28	-0,56	0,28	.	0,15	4,26	—	—	—	0,19	0,00	4,45
2. Termineinlagen	0,02	0,10	0,46	0,08	0,38	.	—	0,58	—	—	—	0,40	0,01	0,99
3. Spareinlagen	5,96	0,24	0,29	0,29	—	.	—	6,48	—	—	—	—	—	6,48
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	0,03	2,09a)	1,72	1,66	0,06	0,03	—	3,87	—	—	—	—	-0,02	3,86
5. Geldanlage bei Bausparkassen	1,16	0,06b)	—	—	—	—	—	1,23	—	—	—	—	—	1,23
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	1,59	0,67c)	—	—	—	—	—	2,26	—	—	—	—	—	2,26
7. Erwerb von Geldmarktpapieren <sup>5)</sup>	—	-0,32	-0,29	-0,14	-0,15	0,02	0,09	-0,50	0,38	-0,03	0,41	-0,00	—	-0,12
8. a) Erwerb festverzinsl. Wertpapiere	1,79	0,34	0,63	0,19	0,44	0,53	0,16	3,45	4,92	0,03	4,88	0,97	0,03	9,37
b) Erwerb von Aktien														
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	3,19	3,19	—	—	—	3,19
10. Kurzfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	1,07	0,40	0,67	—	—	1,07
11. Längerfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	10,72d)	-0,07	10,80	—	—	10,72
12. Darlehen der Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,64d)	—	0,64
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,31d)	1,31
14. Sonstige Forderungen	0,01	1,04	3,71	3,14	0,57	-0,50	0,62	4,88	—	—	—	—	—	4,88
15. Innersektorale Forderungen	—	—	— e)	-0,10	0,25	—	—	—	— e)	-0,73	1,16	—	—	— e)
<b>Summe</b>	<b>12,09</b>	<b>7,08</b>	<b>6,24e)</b>	<b>(4,56)</b>	<b>(1,83)</b>	<b>0,07</b>	<b>1,01</b>	<b>26,49</b>	<b>20,28e)</b>	<b>(2,80)</b>	<b>(17,91)</b>	<b>1,25</b>	<b>2,28</b>	<b>50,30</b>
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>														
1. Bargeld und Sichteinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	4,45	1,44	3,01	—	—	4,45
2. Termineinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	0,99	—	0,99	—	—	0,99
3. Spareinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	6,48	—	6,48	—	—	6,48
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	3,86 a)	0,03	3,83	—	—	3,86
5. Geldanlage bei Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,23b)	—	1,23
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,26c)	2,26
7. Absatz von Geldmarktpapieren <sup>5)</sup>	—	-0,10	-0,35	-0,35	—	0,15	—	-0,30	0,17	0,17	—	—	—	-0,12
8. a) Absatz festverzinsl. Wertpapiere	—	2,87	0,66	0,66	—	0,13	0,29	3,96	4,12	—	4,12	—	—	8,08
b) Absatz von Aktien	—	0,76	—	—	—	0,15	0,15	1,06	0,21	—	0,21	—	0,03	1,29
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	3,19	—	3,19	—	—	—	—	—	3,19
10. Kurzfristige Bankkredite	0,12	0,12	0,38	0,38	—	0,42	0,03	1,07	—	—	—	—	—	1,07
11. Längerfristige Bankkredite	0,25	8,18d)	1,91	1,91	—	0,36	—	10,70	—	—	—	0,03	—	10,72
12. Darlehen der Bausparkassen	0,00	0,64d)	-0,00	-0,00	—	—	—	0,64	—	—	—	—	—	0,64
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	0,01	1,21d)	0,09	0,09	—	—	—	1,31	—	—	—	—	—	1,31
14. Sonstige Verpflichtungen	0,06	3,40	-0,43	-0,43	—	1,60	0,25	4,88	—	—	—	—	—	4,88
15. Innersektorale Verpflichtungen	—	—	— e)	0,25	-0,10	—	—	—	— e)	1,16	-0,73	—	—	— e)
<b>Summe</b>	<b>0,45</b>	<b>17,08</b>	<b>2,25e)</b>	<b>(2,50)</b>	<b>(-0,10)</b>	<b>6,00</b>	<b>0,72</b>	<b>26,49</b>	<b>20,28e)</b>	<b>(2,80)</b>	<b>(17,91)</b>	<b>1,25</b>	<b>2,28</b>	<b>50,30</b>
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>														
	11,65	-10,00	3,99	2,06	1,93	-5,93	0,29	—	—	—	—	—	—	—

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — <sup>2)</sup> Einschl. Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — <sup>3)</sup> Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — <sup>4)</sup> Einschl. Pensionskassen. — <sup>5)</sup> Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — <sup>6)</sup> Einschl. zweckgebundener Emissionen von Schatzanweisungen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Bausparkassen bzw. Versicherungen aufgewendeten Mittel. — e) Bei der Summenbildung wurden die innersektoralen Forderungen bzw. Verpflichtungen nicht mitaddiert.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1959\*)

Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin (West)

in Mrd DM

Position	Sektor		Öffentliche Haushalte					Summe (Sp. 1-5)	Banken				Sektoren insgesamt (Sp. 6-9)	
	Private Haus- halte	Unter- nehmen	Ins- gesamt	Gebiets- körper- schaften <sup>1)</sup>	Sozial- versiche- rungen <sup>2)</sup>	Aus- land	Berlin (West) <sup>3)</sup>		Ins- gesamt	Deutsche Bundes- bank	Kredit- insti- tute	Bau- spar- kassen		Ver- siche- rungen <sup>4)</sup>
<b>A. Vermögensbildung und Ersparnis</b>														
<b>I. Vermögensbildung</b>														
1. Brutto-Investitionen <sup>5)</sup>	—	53,56	8,09	7,92	0,17	—	—	61,65	.	.	.	.	.	61,65
2. Abschreibungen	—	19,85	0,94	0,91	0,03	—	—	20,79	.	.	.	.	.	20,79
3. Netto-Investitionen (Sachvermögensbildung) (1 -/. 2)	—	33,71	7,15	7,01	0,14	—	—	40,86	.	.	.	.	.	40,86
<b>II. Ersparnis und Vermögensübertragungen</b>														
1. Ersparnis	12,83	19,36	13,02	10,97	2,05	-4,29	-0,06	40,86	.	.	.	.	.	40,86
2. Empfangene Vermögensübertragungen	14,14	15,61	16,51	14,42	2,09	-5,30	-0,11	40,86	.	.	.	.	.	40,86
3. Geleistete Vermögensübertragungen	1,12	4,36	0,64	0,67	—	1,10	0,07	7,28	.	.	.	.	.	7,28
3. Geleistete Vermögensübertragungen	-2,43	-0,61	-4,13	-4,13	-0,03	-0,10	-0,02	-7,28	.	.	.	.	.	-7,28
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I)</b>														
	12,83	-14,35	5,88	3,96	1,91	-4,29	-0,06	—	.	.	.	.	.	—
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>														
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>														
1. Bargeld und Sichteinlagen	1,20	2,76	-2,52	-2,66	0,14	0,27	0,07	1,78	—	—	—	0,05	0,01	1,83
2. Termineinlagen	0,04	0,52	0,65	0,07	0,58	—	—	1,20	—	—	—	0,40	0,03	1,63
3. Spareinlagen	6,89	0,41	0,65	0,65	—	—	—	7,95	—	—	—	—	—	7,95
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	0,03	2,07a)	1,25	1,38	-0,12	0,34	—	3,69	—	—	—	—	0,13	3,81
5. Geldanlage bei Bausparkassen	1,45	0,08b)	—	—	—	—	—	1,53	—	—	—	—	—	1,53
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	2,21	0,79c)	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	3,00
7. Erwerb von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>	—	0,20	0,09	0,12	-0,03	0,04	0,02	0,35	-0,70	-0,09	-0,61	0,03	—	-0,33
8. a) Erwerb festverzinsl. Wertpapiere	1,42	0,57	1,14	0,16	0,97	-0,14	0,10	3,09	4,51	0,08	4,42	0,21	0,89	8,69
b) Erwerb von Aktien	0,86	0,38	0,13	0,13	—	0,61	0,01	1,98	0,43	—	0,43	0,00	0,34	2,74
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	-2,21	-2,21	—	—	—	-2,21
10. Kurzfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	3,84	0,84	3,00	—	—	3,84
11. Längerfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	14,01d)	0,01	14,01	—	—	14,01
12. Darlehen der Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,85d)	—	0,85
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,63d)	1,63
14. Sonstige Forderungen	0,01	1,14	7,62	7,35	0,28	-0,83	0,44	8,39	—	—	—	—	—	8,39
15. Innersektorale Forderungen	—	—	— e)	—	0,10	—	—	—	—	—	—	—	—	— e)
<b>Summe</b>	<b>14,10</b>	<b>8,91</b>	<b>9,01e)</b>	<b>(7,20)</b>	<b>(1,91)</b>	<b>0,28</b>	<b>0,64</b>	<b>32,94</b>	<b>19,88e)</b>	<b>(-0,97)</b>	<b>(22,24)</b>	<b>1,53</b>	<b>3,03</b>	<b>57,38</b>
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>														
1. Bargeld und Sichteinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	1,83	-1,39	3,22	—	—	1,83
2. Termineinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	1,63	—	1,63	—	—	1,63
3. Spareinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	7,95	—	7,95	—	—	7,95
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	3,81a)	0,79	3,03	—	—	3,81
5. Geldanlage bei Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,53b)	—	1,53
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00c)	3,00
7. Absatz von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>	—	0,08	0,17	0,17	—	0,63	—	0,88	-1,20	-1,37	0,17	—	—	-0,33
8. a) Absatz festverzinsl. Wertpapiere	—	1,10	1,09	1,09	—	0,57	0,21	2,97	5,73	—	5,73	—	—	8,69
b) Absatz von Aktien	—	1,52	—	—	—	1,01	0,06	2,59	0,13	—	0,13	—	0,02	2,74
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	-2,21	—	-2,21	—	—	—	—	—	-2,21
10. Kurzfristige Bankkredite	0,24	2,11	0,77	0,77	—	0,68	0,03	3,84	—	—	—	—	—	3,84
11. Längerfristige Bankkredite	0,83	10,47d)	2,22	2,22	—	0,50	—	14,02	—	—	—	-0,00	—	14,01
12. Darlehen der Bausparkassen	0,01	0,85d)	-0,00	-0,00	—	—	—	0,85	—	—	—	—	—	0,85
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	0,02	1,53d)	0,09	0,09	—	—	—	1,63	—	—	—	—	—	1,63
14. Sonstige Verpflichtungen	0,18	5,61	-1,20	-1,20	—	3,39	0,40	8,39	—	—	—	—	—	8,39
15. Innersektorale Verpflichtungen	—	—	— e)	0,10	—	—	—	—	— e)	1,00	0,40	—	—	— e)
<b>Summe</b>	<b>1,28</b>	<b>23,26</b>	<b>3,14e)</b>	<b>(3,23)</b>	<b>(—)</b>	<b>4,57</b>	<b>0,70</b>	<b>32,94</b>	<b>19,88e)</b>	<b>(-0,97)</b>	<b>(22,24)</b>	<b>1,53</b>	<b>3,03</b>	<b>57,38</b>
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>														
	12,83	-14,35	5,88	3,96	1,91	-4,29	-0,06	—	—	—	—	—	—	—

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1) Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — 2) Einschl. Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — 3) Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — 4) Einschl. Pensionskassen. — 5) Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — 6) Einschl. zweckgebundener Emissionen von Schatzanweisungen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Bausparkassen bzw. Versicherungen aufgewendeten Mittel. — e) Bei der Summenbildung wurden die innersektoralen Forderungen bzw. Verpflichtungen nicht mitaddiert.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1960\*)

Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin (West)

in Mrd DM

Position	Sektor	Öffentliche Haushalte							Summe (Sp. 1-5)	Banken			Bauspar- kassen	Ver- siche- rungen (*)	Sektoren ins- gesamt (Sp. 6-9)
		Private Haus- halte	Unter- nehmen	Ins- gesamt			Aus- land	Berlin (West) (*)		Ins- gesamt	Deutsche Bundes- bank	Kredit- institute			
				Gebiets- körper- schaften <sup>1)</sup>	Sozial- versiche- rungen <sup>2)</sup>	Berlin (West) (*)									
1	2	3	(3a)	(3b)	4	5	6	7	(7a)	(7b)	8	9	10		
<b>A. Vermögensbildung und Ersparnis</b>															
<b>I. Vermögensbildung</b>															
1. Brutto-Investitionen <sup>3)</sup>	—	65,20	9,11	8,89	0,21	—	—	74,30	.	.	.	.	.	74,30	
2. Abschreibungen	—	21,92	1,04	1,00	0,04	—	—	22,96	.	.	.	.	.	22,96	
3. Netto-Investitionen (Sachvermögensbildung) (1 -/. 2)	—	43,28	8,07	7,89	0,17	—	—	51,34	.	.	.	.	.	51,34	
<b>II. Ersparnis und Vermögensübertragungen</b>															
1. Ersparnis	14,18	23,11	18,39	15,26	3,13	-4,92	0,58	51,34	.	.	.	.	.	51,34	
2. Empfangene Vermögensübertragungen	1,99	5,32	1,01	1,06	—	1,03	0,08	9,43	.	.	.	.	.	9,43	
3. Geleistete Vermögensübertragungen	-2,87	-1,46	-4,93	-4,93	-0,05	-0,16	-0,02	-9,43	.	.	.	.	.	-9,43	
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I)</b>															
	14,18	-20,16	10,32	7,36	2,96	-4,92	0,58	—	.	.	.	.	.	—	
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>															
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen	1,33	1,57	1,67	1,70	-0,03	0,32	0,11	4,80	—	—	—	0,07	0,01	4,88	
2. Termineinlagen	0,00	0,11	0,25	0,07	0,18	-0,31	—	0,06	—	—	—	0,55	0,03	0,63	
3. Spareinlagen	6,80	0,20	0,65	0,64	0,02	0,15	—	7,80	—	—	—	—	—	7,80	
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	0,05	3,02a)	1,87	1,72	0,15	1,17	0,05	6,16	—	—	—	—	0,29	6,45	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	1,87	0,18b)	—	—	—	—	—	2,06	—	—	—	—	—	2,06	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	2,52	0,75c)	—	—	—	—	—	3,27	—	—	—	—	—	3,27	
7. Erwerb von Geldmarktpapieren <sup>5)</sup>	—	0,16	0,81	-0,11	0,93	0,25	0,03	1,25	0,06	0,13	-0,07	0,03	—	1,33	
8. a) Erwerb festverzinsl. Wertpapiere	1,09	0,29	1,28	0,34	0,93	1,34	0,04	4,03	-0,27	0,07	-0,34	0,07	0,71	4,54	
b) Erwerb von Aktien	1,43	1,18	0,93	0,93	—	0,79	0,02	4,36	0,65	—	0,65	0,00	0,32	5,33	
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	8,01	8,01	—	—	—	8,01	
10. Kurzfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	5,46	0,06	5,40	—	—	5,46	
11. Längerfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	11,59d)	0,00	11,59	—	—	11,59	
12. Darlehen der Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,42d)	—	1,42	
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,96d)	1,96	
14. Sonstige Forderungen	0,02	0,94	5,20	4,73	0,47	1,95	0,88	8,99	—	—	—	—	—	8,99	
15. Innersektorale Forderungen	—	—	—	e)	0,07	0,38	—	—	—	e)	0,52	3,60	—	—	
<b>Summe</b>	15,11	8,21	12,66 c)	(10,08)	(3,03)	5,67	1,13	42,78	25,50e)	(8,79)	(20,83)	2,13	3,31	73,71	
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	4,88	2,63	2,24	—	—	4,88	
2. Termineinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	0,63	—	0,63	—	—	0,63	
3. Spareinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	7,80	—	7,80	—	—	7,80	
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	6,45a)	0,40	6,06	—	—	6,45	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,06b)	—	2,06	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,27c)	3,27	
7. Absatz von Geldmarktpapieren <sup>5)</sup>	—	-0,52	0,44	0,44	—	-0,85	—	-0,93	2,27	2,16	0,11	—	—	1,33	
8. a) Absatz festverzinsl. Wertpapiere	—	0,21	0,71	0,71	—	0,13	0,14	1,20	3,35	—	3,35	—	—	4,54	
b) Absatz von Aktien	—	4,36	—	—	—	0,74	0,07	5,17	0,12	—	0,12	—	0,04	5,33	
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	—	8,01	8,01	—	—	—	—	—	8,01	
10. Kurzfristige Bankkredite	0,29	5,42	0,13	0,13	—	-0,32	-0,05	5,46	—	—	—	—	—	5,46	
11. Längerfristige Bankkredite	0,52	9,51d)	0,95	0,95	—	0,54	—	11,51	—	—	—	0,08	—	11,59	
12. Darlehen der Bausparkassen	—	1,43d)	-0,00	-0,00	—	—	—	1,42	—	—	—	—	—	1,42	
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	0,02	1,63d)	0,31	0,31	—	—	—	1,96	—	—	—	—	—	1,96	
14. Sonstige Verpflichtungen	0,10	6,34	-0,19	-0,19	—	2,35	0,38	8,99	—	—	—	—	—	8,99	
15. Innersektorale Verpflichtungen	—	—	—	e)	0,38	0,07	—	—	—	e)	3,60	0,52	—	—	
<b>Summe</b>	0,93	28,37	2,34e)	(2,72)	(0,07)	10,59	0,55	42,78	25,50e)	(8,79)	(20,83)	2,13	3,31	73,71	
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>															
	14,18	-20,16	10,32	7,36	2,96	-4,92	0,58	—	—	—	—	—	—	—	

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — <sup>2)</sup> Einschl. Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — <sup>3)</sup> Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — <sup>4)</sup> Einschl. Pensionskassen. — <sup>5)</sup> Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — <sup>6)</sup> Einschl. zweckgebundener Emissionen von Schatzanweisungen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Bausparkassen bzw. Versicherungen aufgewendeten Mittel. — e) Bei der Summenbildung wurden die innersektoralen Forderungen bzw. Verpflichtungen nicht mitaddiert.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1960\*)

Bundesgebiet einschl. Saarland und ohne Berlin (West)

in Mrd DM

Position	Sektor	Private Haushalte	Unternehmen	Öffentliche Haushalte				Ausland	Berlin (West) <sup>5)</sup>	Summe (Sp. 1-5)	Banken					Sektoren insgesamt (Sp. 6-9)
				Insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>1)</sup>	Sozialversicherungen <sup>2)</sup>	Insgesamt				Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	Bausparkassen	Versicherungen <sup>4)</sup>		
															3	
<b>A. Vermögensbildung und Ersparnis</b>																
<b>I. Vermögensbildung</b>																
1. Brutto-Investitionen <sup>5)</sup>	—	66,39	9,31	9,10	0,21	—	—	75,70	.	.	.	.	.	75,70		
2. Abschreibungen	—	22,33	1,06	1,02	0,04	—	—	23,39	.	.	.	.	.	23,39		
3. Netto-Investitionen (Sachvermögensbildung) (1 -/. 2)	—	44,06	8,25	8,08	0,17	—	—	52,31	.	.	.	.	.	52,31		
<b>II. Ersparnis und Vermögensübertragungen</b>																
1. Ersparnis	14,31	23,41	18,73	15,49	3,23	-4,71	0,58	52,31	.	.	.	.	.	52,31		
2. Empfangene Vermögensübertragungen	15,18	19,53	22,49	19,20	3,29	-5,41	0,52	52,31	.	.	.	.	.	52,31		
3. Geleistete Vermögensübertragungen	-2,87	-1,46	-4,78	-4,78	-0,05	-0,16	-0,02	-9,27	.	.	.	.	.	-9,27		
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I)</b>																
	14,31	-20,65	10,48	7,41	3,06	-4,71	0,58	—	.	.	.	.	.	—		
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>																
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>																
1. Bargeld und Sichteinlagen	1,35	1,35	1,71	1,74	-0,03	0,30	0,10	4,82	—	—	—	0,07	0,01	4,89		
2. Termineinlagen	0,01	0,13	0,26	0,07	0,19	-0,29	—	0,11	—	—	—	0,55	0,03	0,68		
3. Spareinlagen	6,91	0,21	0,65	0,64	0,02	0,15	—	7,92	—	—	—	—	—	7,92		
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	0,06	3,37a)	1,97	1,82	0,16	1,13	0,05	6,58	—	—	—	—	0,29	6,88		
5. Geldanlage bei Bausparkassen	1,87	0,18b)	—	—	—	—	—	2,06	—	—	—	—	—	2,06		
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	2,53	0,76c)	—	—	—	—	—	3,29	—	—	—	—	—	3,29		
7. Erwerb von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>	—	0,16	0,81	-0,11	0,93	0,24	0,03	1,25	0,06	0,13	-0,07	0,03	—	1,33		
8. a) Erwerb festverzinsl. Wertpapiere	1,09	0,29	1,28	0,34	0,94	1,35	0,04	4,05	-0,28	0,07	-0,35	0,07	0,71	4,54		
b) Erwerb von Aktien	1,43	1,18	0,93	0,93	—	0,80	0,02	4,36	0,65	—	0,65	0,00	0,32	5,33		
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	8,01	8,01	—	—	—	8,01		
10. Kurzfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	5,65	0,06	5,60	—	—	5,65		
11. Längerfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	12,10d)	0,00	12,10	—	—	12,10		
12. Darlehen der Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,42d)	—	1,42		
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,97d)	1,97		
14. Sonstige Forderungen	0,02	0,94	5,26	4,71	0,55	2,24	0,88	9,34	—	—	—	—	—	9,34		
15. Innersektorale Forderungen	—	—	e)	0,07	0,39	—	—	—	—	e)	0,52	3,68	—	— e)		
<b>Summe</b>	<b>15,27</b>	<b>8,57</b>	<b>12,88 e)</b>	<b>(10,21)</b>	<b>(3,13)</b>	<b>5,93</b>	<b>1,13</b>	<b>43,77</b>	<b>26,18e)</b>	<b>(8,78)</b>	<b>(21,59)</b>	<b>2,13</b>	<b>3,33</b>	<b>75,41</b>		
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>																
1. Bargeld und Sichteinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	4,89	2,69	2,21	—	—	4,89		
2. Termineinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	0,68	—	0,68	—	—	0,68		
3. Spareinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	7,92	—	7,92	—	—	7,92		
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	6,88a)	0,26	6,61	—	—	6,88		
5. Geldanlage bei Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,06b)	—	2,06		
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,29c)	3,29		
7. Absatz von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>	—	-0,52	0,44	0,44	—	-0,85	—	-0,93	2,27	2,16	0,11	—	—	1,33		
8. a) Absatz festverzinsl. Wertpapiere	—	0,21	0,71	0,71	—	0,06	0,14	1,13	3,42	—	3,42	—	—	4,54		
b) Absatz von Aktien	—	4,37	—	—	—	0,73	0,07	5,17	0,12	—	0,12	—	0,04	5,33		
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	8,01	—	8,01	—	—	—	—	—	8,01		
10. Kurzfristige Bankkredite	0,30	5,48	0,13	0,13	—	-0,21	-0,05	5,65	—	—	—	—	—	5,65		
11. Längerfristige Bankkredite	0,54	9,93d)	1,01	1,01	—	0,54	—	12,02	—	—	—	0,08	—	12,10		
12. Darlehen der Bausparkassen	—	1,43d)	-0,00	-0,00	—	—	—	1,42	—	—	—	—	—	1,42		
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	0,02	1,64d)	0,31	0,31	—	—	—	1,97	—	—	—	—	—	1,97		
14. Sonstige Verpflichtungen	0,10	6,68	-0,19	-0,19	—	2,36	0,38	9,34	—	—	—	—	—	9,34		
15. Innersektorale Verpflichtungen	—	—	e)	0,39	0,07	—	—	—	—	e)	3,68	0,52	—	— e)		
<b>Summe</b>	<b>0,96</b>	<b>29,22</b>	<b>2,40e)</b>	<b>(2,79)</b>	<b>(0,07)</b>	<b>10,64</b>	<b>0,55</b>	<b>43,77</b>	<b>26,18e)</b>	<b>(8,78)</b>	<b>(21,59)</b>	<b>2,13</b>	<b>3,33</b>	<b>75,41</b>		
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>																
	14,31	-20,65	10,48	7,41	3,06	-4,71	0,58	—	—	—	—	—	—	—		

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — <sup>2)</sup> Einschl. Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — <sup>3)</sup> Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — <sup>4)</sup> Einschl. Pensionskassen. — <sup>5)</sup> Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — <sup>6)</sup> Einschl. zweckgebundener Emissionen von Schatzanweisungen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Bausparkassen bzw. Versicherungen aufgewendeten Mittel. — e) Bei der Summenbildung wurden die innersektoralen Forderungen bzw. Verpflichtungen nicht mitaddiert.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1961 \*)<sup>p)</sup>

Bundesgebiet einschl. Saarland und ohne Berlin (West)

in Mrd DM

Position	Sektor	Öffentliche Haushalte						Summe (Sp. 1-5)	Banken			Bauspar- kassen	Ver- siche- rungen (4)	Sektoren ins- gesamt (Sp. 6-9)	
		Private Haus- halte	Unter- nehmen	Ins-gesamt			Aus- land		Berlin (West) (5)	Ins- gesamt	Deutsche Bundes- bank				Kredit- insti- tute
				Ins- gesamt	Gebiets- körper- schaften <sup>1)</sup>	Sozial- versiche- rungen <sup>2)</sup>									
1	2	3	(3a)	(3b)	4	5	9	7	(7a)	(7b)	8	9	10		
<b>A. Vermögensbildung und Ersparnis</b>															
<b>I. Vermögensbildung</b>															
1. Brutto-Investitionen <sup>6)</sup>	—	72,75	10,55	10,39	0,17	—	—	83,30	.	.	.	.	.	83,30	
2. Abschreibungen	—	25,55	1,15	1,11	0,04	—	—	26,70	.	.	.	.	.	26,70	
3. Netto-Investitionen (Sachvermögensbildung) (1 -/. 2)	—	47,20	9,40	9,28	0,13	—	—	56,60	.	.	.	.	.	56,60	
<b>II. Ersparnis und Vermögensübertragungen</b>															
1. Ersparnis	16,33	20,03	20,97	15,37	5,60	-1,65	0,92	56,60	.	.	.	.	.	56,60	
2. Empfangene Vermögensübertragungen	17,36	15,91	26,65	23,23	3,42	-4,09	0,77	56,60	.	.	.	.	.	56,60	
3. Geleistete Vermögensübertragungen	-3,57	-1,29	-5,53	-8,79	-0,08	-0,09	-0,01	-11,50	.	.	.	.	.	-11,50	
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I)</b>															
	16,33	-27,17	11,57	6,10	5,47	-1,65	0,92	—	.	.	.	.	.	—	
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>															
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen	2,43	4,04	1,86	1,64	0,21	0,18	0,17	8,68	—	—	—	0,21	0,01	8,90	
2. Termineinlagen	0,05	-0,42	1,15	0,15	1,00	0,04	—	0,82	—	—	—	0,40	0,04	1,26	
3. Spareinlagen	6,35	0,20	0,65	0,63	0,02	0,10	—	7,30	—	—	—	—	—	7,30	
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	0,04	2,63a)	4,30	3,55	0,75	0,96	-0,02	7,90	—	—	—	—	0,12	8,02	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	1,93	0,24b)	—	—	—	—	—	2,18	—	—	—	—	—	2,18	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	2,80	0,89c)	—	—	—	—	—	3,69	—	—	—	—	—	3,69	
7. Erwerb von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>	—	-0,05	-0,03	0,22	-0,30	0,12	0,06	0,11	0,04	-0,22	0,26	-0,02	—	0,13	
8. a) Erwerb festverzinsl. Wertpapiere	1,25	1,10	1,33	0,64	0,69	0,30	0,07	4,05	4,18	0,99	3,19	0,05	0,69	8,97	
b) Erwerb von Aktien	2,41	0,64	0,25	0,25	—	1,42	0,04	3,85	0,30	—	0,30	0,00	0,34	4,50	
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	—	—	—	-3,35	-3,35	—	—	—	-3,35	
10. Kurzfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	9,41	1,40	8,01	—	—	9,41	
11. Längerfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	—	—	20,83d)	3,78	17,06	—	—	20,83	
12. Darlehen der Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,64d)	—	1,64	
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,58d)	2,58	
14. Sonstige Forderungen	0,02	1,28	7,44	6,73	0,71	-1,74	1,27	8,28	—	—	—	—	—	8,28	
15. Innersektorale Forderungen	—	—	—e)	-0,25	2,14	—	—	—	—e)	-0,03	-1,09	—	—	—e)	
Summe	17,29	10,55	16,05e)	(12,72)	(5,23)	1,37	1,60	46,85	31,42e)	(2,57)	(27,73)	2,29	3,78	84,34	
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>															
1. Bargeld und Sichteinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	8,90	3,36	5,53	—	—	8,90	
2. Termineinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	1,26	—	1,26	—	—	1,26	
3. Spareinlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	7,30	—	7,30	—	—	7,30	
4. Sonst. an Banken gegebene Mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	8,02a)	0,21	7,81	—	—	8,02	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,18b)	—	2,18	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,69c)	3,69	
7. Absatz von Geldmarktpapieren <sup>6)</sup>	—	-0,02	-0,61	-0,61	—	0,82	—	0,19	-0,06	0,09	-0,15	—	—	0,13	
8. a) Absatz festverzinsl. Wertpapiere	—	0,99	1,23	1,23	—	0,85	0,22	3,29	5,69	—	5,69	—	—	8,97	
b) Absatz von Aktien	—	3,74	—	—	—	0,20	0,15	4,09	0,31	—	0,31	—	0,10	4,50	
9. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	-3,35	—	-3,35	—	—	—	—	—	-3,35	
10. Kurzfristige Bankkredite	0,21	6,97	1,53	1,53	—	0,73	-0,02	9,41	—	—	—	—	—	9,41	
11. Längerfristige Bankkredite	0,46	13,85d)	5,21	5,21	—	1,21	—	20,72	—	—	—	0,11	—	20,83	
12. Darlehen der Bausparkassen	—	1,64d)	-0,00	-0,00	—	—	—	1,64	—	—	—	—	—	1,64	
13. Darlehen der Versicherungen <sup>4)</sup>	0,04	2,37d)	0,17	0,17	—	—	—	2,58	—	—	—	—	—	2,58	
14. Sonstige Verpflichtungen	0,25	8,19	-3,05	-3,05	—	2,56	0,33	8,28	—	—	—	—	—	8,28	
15. Innersektorale Verpflichtungen	—	—	—e)	2,14	-0,25	—	—	—	—e)	-1,09	-0,03	—	—	—e)	
Summe	0,95	37,72	4,48e)	(6,62)	(-0,25)	3,02	0,68	46,85	31,42e)	(2,57)	(27,73)	2,29	3,78	84,34	
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>															
	16,33	-27,17	11,57	6,10	5,47	-1,65	0,92	—	—	—	—	—	—	—	

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — <sup>2)</sup> Einschl. Zusatzversicherungsanstalten öffentlicher Stellen. — <sup>3)</sup> Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — <sup>4)</sup> Einschl. Pensionskassen. — <sup>5)</sup> Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — <sup>6)</sup> Einschl. zweckgebundener Emissionen von Schatzanweisungen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Bausparkassen bzw. Versicherungen aufgewendeten Mittel. — e) Bei der Summenbildung wurden die innersektoralen Forderungen bzw. Verpflichtungen nicht mitaddiert. — f) Veräußerungsgewinn bei der Abgabe der VW-Aktien. —  
<sup>p)</sup> Vorläufig.

# Statistischer Teil

<b>I. Bankstatistische Gesamtrechnungen</b>	
1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundesbank	84
2. Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute	86
3. Bargeldumlauf und Bankeinlagen	88
<b>II. Deutsche Bundesbank</b>	
A. Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	
1. Bargeldumlauf	89
2. Zentralbankkredite an Nichtbanken	89
3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute	90
4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten	90
5. Mindestreservenstatistik	91
B. Ausweis der Deutschen Bundesbank	92
<b>III. Kreditinstitute</b>	
A. Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	
1. Kredite an Nichtbanken und Kreditinstitute	94
2. Schatzwechsel- und Wertpapierbestände	100
3. Teilzahlungs- und Kleinkredite	102
4. Kredite und Einlagen der Ländlichen Kreditgenossenschaften	103
5. Girale Verfügungen von Nichtbanken	103
6. Kredite an Nichtbanken nach Verwendungszwecken/Kreditnehmern	103
7. Einlagen von Nichtbanken	104
8. Umsätze im Sparverkehr	106
9. Kurzfristige Kredite und Einlagen nach der halbmonatlichen Bankenstatistik	107
B. Zwischenbilanzen	
1. Zwischenbilanzen der Kreditinstitute	108
2. Zahl der Kreditinstitute und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen	120
<b>IV. Mindestreservesätze und Zinssätze</b>	
1. Reservesätze und Reserveklassen	121
2. Zinssätze	122
<b>V. Kapitalmarkt</b>	
1. Auflegung und Absatz von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien	127
2. Tilgung und Netto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren	128
3. Umlauf an festverzinslichen Wertpapieren	129
4. Veränderung des Aktienumlaufs	130
5. Umlauf der Wertpapiere aus dem Altgeschäft und der Altsparerwertpapiere	130
6. Wertpapier-Absatz: Nominalwerte, Kurswerte und Durchschnitts-Emissionskurse	130
7. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien aufgeteilt nach Wirtschaftsgruppen	131
8. Brutto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere aufgeteilt nach Wertpapierarten und Zinssätzen, Emissionskursen und Laufzeiten	131
9. Durchschnittskurse tarifbesteuertester festverzinslicher Wertpapiere	132
10. Investment-Gesellschaften	132
11. Mittelaufkommen bei den Investmentfonds	133
12. Renditen festverzinslicher Wertpapiere	134
13. Index der Aktienkurse und Aktienrendite	134
14. Börsenumsätze	134
15. Bausparkassen	135
16. Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen	136
<b>VI. Öffentliche Finanzen</b>	
1. Ausgleichsforderungen	137
2. Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds	138
3. Umlauf an öffentlichen Anleihen, verzinslichen Schatzanweisungen und Kassenobligationen	138
4. Umlauf an Schatzwechseln, unverzinslichen Schatzanweisungen und sonstigen Geldmarktpapieren	139
5. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	140
6. Die Verschuldung des Bundes	141
7. Die Kreditmarktverschuldung des Bundes	141
8. Die Verschuldung der Länder	142
9. Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	142
<b>VII. Außenwirtschaft</b>	
1. Warenhandelsbilanz nach Ländergruppen bzw. Ländern	143
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz	145
3. Währungsreserven der Deutschen Bundesbank	146
4. Kurzfristige Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland	146
5. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	147
<b>VIII. Produktion und Märkte</b>	
1. Index der industriellen Produktion	148
2. Auftragseingang und Umsatz bei der Industrie	148
3. Arbeitsmarkt	149
4. Angaben über Steinkohlenbergbau, Stahlindustrie und Bauwirtschaft	149
5. Einzelhandelsumsätze	149
6. Großhandels- und Erzeugerpreise	150
7. Verbraucherpreise und Löhne	150
8. Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts	151
9. Masseneinkommen	151
<b>IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse</b>	152
<b>X. Zinssätze im Ausland</b>	
1. Diskontsätze	154
2. Geldmarktsätze	154

1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute

Mio

Table showing Aktiva (Assets) for credit institutions (excluding Deutsche Bundesbank). The table is organized by month (Monatsende) from 1951 Dec to 1962 Jun. It details various categories: Aktiva insgesamt, Kreditinstitute (ohne Deutsche Bundesbank), kurzfristige Kredite, mittel- und langfristige Kredite, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, and inländische Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen.

Table showing Passiva (Liabilities) for credit institutions (excluding Deutsche Bundesbank). The table is organized by month (Monatsende) from 1951 Dec to 1962 Jun. It details categories: Bargeldumlauf ohne Kassenbestände, Sichteinlagen inländischer Nichtbanken, Dienststellen der ehemaligen Besatzungsmächte, and Spareinlagen inländischer Nichtbanken.

\*) Im Mai 1959 wurde die vorliegende Tabelle im Zusammenhang mit einer neuen Abgrenzung der Auslandsaktiva und -passiva einer Revision unterzogen: Während bis gegenüber der inländischen Nichtbankenbankenschaft ausgewiesen wurden, sind sie nunmehr (soweit möglich) von diesen getrennt und den Auslandsaktiva bzw. -passiva des Keepers gegenüber ausländischen Banken nunmehr also auch die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken, jedoch mit Ausnahme der in Händen hiervon enthalten die Einzelpositionen der vorliegenden Tabelle dementsprechend nur noch die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der inländischen Nichtbankenbankenschaft demzufolge aus dem unter II und III des statistischen Teils der Monatsberichte dargebotenen Zahlenmaterial nicht ohne weiteres ableiten. — \*) Ab Juli 1959 einschließliche der Banken an „Mobilisierungstiteln“ (vgl. Anm. 7)), mit deren Übernahme durch die Banken keine zusätzliche Kreditgewährung an die Nichtbankenbankenschaft verbunden ist, verschreibungen, die als Bestandteile der Interbankverschuldung keine unmittelbare Kreditgewährung an die Nichtbankenbankenschaft darstellen: Bankbestände an Bankschuld-krediten. — 5) Ohne Sorten sowie die im Inland angekauften Auslandswechsel und -schecks. — 6) Die Möglichkeit der Anlage öffentlicher Gelder in Ausgleichsforderungen den Teilbetrag der Ausgleichsforderung der Deutschen Bundesbank gegen den Bund (gemäß § 42 Bundesbank-Gesetz); bis Januar 1958 Bankbestände durch Schätzungen er— nur relativ geringen — Einlagen von ausländischen Wirtschaftsunternehmen und Privaten bei der Bundesbank. — 11) Ab Januar 1959 den „Auslandspassiva“ zugeordnet. — lichen Titel (vgl. Anm. 7)). — 12) Mit Kündigungsfrist oder Laufzeit von 6 Monaten und mehr; einschließlich der sogenannten „durchlaufenden Kredite“. — 13) Saldiert mit ERP-Sondervermögens (vgl. Tab. II 4 und Anm. 23)) sowie der Sammelwertberichtigungen der Kreditinstitute. — 14) Einschließlich der Umwandlung von Verwaltungskrediten 518 Mio DM, an öffentliche Stellen 42 Mio DM; bei öffentlichen Stellen aufgenommenen Darlehen 567 Mio DM. — 15) Enthält Abnahme infolge Ausgliederung von durch— 270 Mio DM. — 21) Enthält Abnahme infolge Ausgliederung von durchlaufenden Krediten in Höhe von 175 Mio DM. — 22) Ab Juli 1958 werden die Verpflichtungen aus vor— Abnahme von 119 Mio DM. — 23) Enthält statistisch bedingte Abnahme von rd. 70 Mio DM. — 24) Ab Januar 1960 einschließliche Saarland. Die Zahlenreihen wurden im— binderung in Höhe von 92 Mio DM von Wirtschaftsunternehmen und Privaten zu öffentlichen Stellen. — 25) Enthält statistisch bedingte Abnahme von rd. 161 Mio DM. — von rd. 100 Mio DM. — 26) Einschließlich Forderungen der Bundesbank an den Bund wegen Änderung der Währungsparität (ab März 1961) sowie wegen Forderungserwerb aus statistisch bedingte Abnahme von rd. 65 Mio DM. — 27) Enthält statistisch bedingte Umbuchung in Höhe von 43 Mio DM. (Von kurzfristigen zu mittelfristigen Krediten.) — rd. 195 Mio DM. — 28) Enthält statistisch bedingte Abnahme (Kredite 55 Mio DM; aufgenommenen Darlehen: Wirtschaftsunternehmen und Privates 35 Mio DM, Öffentliche



2. Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der

Mio

berechnet auf der Basis von Durchschnitten

Zeit	Mittelzuflüsse (+) bzw. -abflüsse (-) bei den Kreditinstituten auf Grund										
	Netto-Positionen inländischer Nichtbanken gegenüber der Deutschen Bundesbank *)										Netto-Devisenankäufe bzw. -verkäufe der Deutschen Bundesbank
	Bargeldumlauf	deutsche öffentliche Stellen *)						andere inländische Einleger (Wirtschaftsunternehmen und Private)	ausländische Einleger		
		insgesamt	Bund (ohne Sondervermögen), Länder und Lastenausgleichsbehörden	Guthaben aus Sondertransaktionen *)	sonstige öffentliche Stellen *)		insgesamt		darunter Dienststellen ehemaliger Besatzungsmächte		
insgesamt					darunter ERP-Sondervermögen						
nach Jahren											
1957	-1 531	- 561	- 193	- 561	-	+ 368	+ 39	- 329	- 39	+ 46	+ 8 062
1958	-1 482	-2 081	-2 258	-1 816	-	+ 442	+ 201	+ 58	+ 119	+ 134	+ 5 503
1959	- 937	-2 877	-3 185	-3 249	-	+ 64	+ 71	+ 308	-	-	+ 3 388
1960	-1 684	-4 823	-5 550	-5 312	-	+ 238	+ 168	+ 727	-	-	+10 748
1961	-2 524	-5 683	-6 748	-5 095	-1 081	- 572	- 231	+1 065	-	-	+ 5 575
nach Vierteljahren											
1957 1. Vi.	+ 584	- 838	- 863	-1 154	-	+ 291	+ 25	+ 39	- 14	- 19	+ 1 588
2. "	- 648	+ 111	+ 55	+ 4	-	+ 59	+ 27	+ 22	- 144	- 151	+ 2 174
3. "	- 464	+ 167	+ 474	+ 576	-	+ 102	+ 58	+ 18	- 294	-	+ 3 812
4. "	-1 003	+ 221	+ 141	+ 21	-	+ 120	+ 45	- 333	+ 413	+ 394	+ 488
1958 1. Vi.	+ 316	- 903	- 886	- 878	-	+ 8	- 80	- 2	- 15	0	+ 677
2. "	- 285	- 123	- 215	- 106	-	- 109	+ 2	+ 3	+ 95	+ 108	+ 1 896
3. "	- 364	- 382	- 453	- 371	-	- 82	+ 174	+ 2	+ 69	+ 44	+ 1 566
4. "	-1 149	- 673	- 704	- 461	-	- 243	+ 51	+ 61	- 30	- 18	+ 1 364
1959 1. Vi.	+ 491	-1 129	-1 170	-1 187	-	+ 17	- 189	+ 41	-	-	+ 315
2. "	- 227	+ 196	+ 92	+ 134	-	+ 42	- 83	+ 104	-	-	+ 521
3. "	- 210	-1 457	-1 560	-1 323	-	+ 237	+ 185	+ 105	-	-	+ 834
4. "	- 991	- 487	- 547	- 873	-	+ 326	+ 528	+ 60	-	-	+ 2 348
1960 1. Vi.	+ 572	-2 137	-2 297	-2 048	-	+ 249	+ 232	+ 160	-	-	+ 1 530
2. "	- 758	- 973	-1 126	-1 295	-	+ 169	+ 181	+ 153	-	-	+ 3 572
3. "	- 566	- 762	- 963	- 964	-	+ 1	+ 70	+ 201	-	-	+ 2 892
4. "	- 932	- 951	-1 164	-1 005	-	+ 159	+ 149	+ 213	-	-	+ 2 754
1961 1. Vi.	+ 474	-2 814	-3 082	-2 459	- 704	+ 81	- 121	+ 268	-	-	+ 2 164
2. "	- 641	-2 670	-2 911	-1 759	-1 092	- 60	- 75	+ 241	-	-	+ 2 210
3. "	-1 046	+ 193	- 160	- 580	+ 728	- 308	- 92	+ 353	-	-	+ 49
4. "	-1 311	- 321	- 593	- 297	- 13	+ 285	+ 57	+ 203	-	-	+ 1 152
1962 1. Vi.	+ 739	-1 241	-1 570	-1 692	+ 45	+ 77	+ 85	+ 329	-	-	+ 846
2. "	- 551	- 470	- 645	- 581	- 12	+ 52	+ 22	+ 175	-	-	+ 1 205
nach Monaten											
1959 Jan.	+ 959	- 840	- 860	- 890	-	+ 30	- 276	+ 20	-	-	- 488
Febr.	+ 52	- 332	- 336	- 112	-	+ 224	+ 38	+ 4	-	-	- 75
März	- 520	+ 43	+ 26	- 185	-	+ 211	+ 49	+ 17	-	-	+ 248
April	+ 125	+ 903	+ 859	+ 835	-	+ 24	- 100	+ 44	-	-	- 54
Mai	- 368	- 212	- 246	- 179	-	+ 67	+ 44	+ 34	-	-	+ 381
Juni	+ 16	- 495	- 521	- 522	-	+ 1	- 27	+ 26	-	-	+ 194
Juli *)	- 252	- 414	- 449	- 193	-	- 256	- 239	+ 35	-	-	+ 553
Aug.	+ 9	- 42	- 69	- 112	-	+ 43	+ 46	+ 27	-	-	+ 104
Sept.	+ 33	-1 001	-1 042	-1 018	-	+ 24	+ 8	+ 41	-	-	+ 385
Okt.	- 108	- 208	- 239	- 480	-	+ 241	+ 198	+ 31	-	-	+ 453
Nov.	- 63	- 25	- 55	- 90	-	+ 35	+ 172	+ 30	-	-	+ 809
Dez.	- 820	- 254	- 253	- 303	-	+ 50	+ 158	- 1	-	-	+ 1 066
1960 Jan.	+ 845	-1 181	-1 255	-1 049	-	- 206	- 257	+ 74	-	-	- 153
Febr.	+ 97	- 82	- 122	- 114	-	- 8	- 29	+ 40	-	-	+ 309
März	- 370	- 874	- 920	- 885	-	- 35	+ 54	+ 46	-	-	+ 1 374
April	- 346	+ 392	+ 359	+ 252	-	+ 107	+ 53	+ 33	-	-	+ 1 176
Mai	- 82	- 147	- 197	- 249	-	+ 52	+ 116	+ 50	-	-	+ 959
Juni	- 330	-1 218	-1 288	-1 298	-	+ 10	+ 12	+ 70	-	-	+ 1 437
Juli	- 342	- 94	- 176	- 81	-	- 95	+ 7	+ 82	-	-	+ 1 073
Aug.	+ 86	+ 535	+ 480	+ 406	-	+ 74	+ 9	+ 55	-	-	+ 881
Sept.	- 310	-1 203	-1 267	-1 289	-	+ 22	+ 54	+ 64	-	-	+ 938
Okt.	- 122	- 523	- 605	- 660	-	+ 55	+ 41	+ 82	-	-	+ 1 033
Nov.	+ 90	+ 81	+ 8	- 28	-	+ 36	+ 64	+ 73	-	-	+ 736
Dez.	- 900	- 509	- 567	- 317	-	- 250	+ 44	+ 58	-	-	+ 983
1961 Jan.	+ 957	- 882	- 967	- 567	- 495	+ 95	- 117	+ 85	-	-	+ 264
Febr.	+ 44	- 798	- 885	- 460	- 182	+ 243	+ 49	+ 87	-	-	+ 296
März	- 527	-1 134	-1 230	-1 432	- 27	+ 229	+ 53	+ 96	-	-	+ 1 294
April	- 171	- 704	- 782	- 405	- 300	- 77	- 19	+ 78	-	-	+ 1 526
Mai	- 220	- 563	- 628	- 90	- 812	+ 274	+ 93	+ 65	-	-	+ 373
Juni	- 250	-1 403	-1 501	-1 264	+ 20	- 257	- 149	+ 98	-	-	+ 311
Juli	- 682	- 36	- 159	+ 30	+ 258	- 447	- 463	+ 123	-	-	+ 545
Aug.	+ 215	+ 524	+ 388	+ 338	+ 16	+ 66	+ 133	+ 136	-	-	+ 743
Sept.	- 579	- 295	- 389	- 948	+ 486	+ 73	+ 238	+ 94	-	-	+ 247
Okt.	- 21	+ 90	+ 29	- 166	+ 12	+ 183	+ 11	+ 61	-	-	- 48
Nov.	+ 115	+ 152	+ 106	+ 222	- 21	- 95	+ 10	+ 46	-	-	- 234
Dez.	-1 405	- 634	- 730	- 353	- 4	- 373	+ 36	+ 96	-	-	+ 1 434
1962 Jan.	+1 428	+ 374	+ 282	+ 194	- 10	+ 98	- 185	+ 92	-	-	- 1 723
Febr.	- 72	- 118	- 252	- 38	- 10	+ 184	+ 260	+ 114	-	-	+ 89
März	- 617	-1 497	-1 620	-1 848	+ 65	+ 163	+ 10	+ 123	-	-	+ 788
April	- 562	+ 32	+ 11	+ 55	- 4	- 62	- 2	+ 43	-	-	+ 331
Mai	+ 423	+ 480	+ 416	+ 332	- 6	+ 90	+ 23	+ 64	-	-	+ 234
Juni	- 412	- 982	-1 050	- 968	- 2	- 80	+ 1	+ 68	-	-	+ 640

\*) Seit Oktober 1959 werden in dieser Übersicht die bis dahin getrennt ausgewiesenen Zentralbankeinlagen von Nichtbanken einerseits und die Zentralbankkredite an Nicht-Positionen ergab sich daraus, daß nicht immer zu unterscheiden ist, ob die Auslandszahlungen der zentralen öffentlichen Haushalte, die bei der Berechnung der Liquiditäts-der Bundesbank geleistet wurden. Zur Sonderbehandlung der Auslandszahlungen der zentralen öffentlichen Haushalte vgl. die Bemerkungen im Monatsbericht für Januar 1957 sondern auf Durchschnitte aus den vier Bankwochenrichtigen der einzelnen Monate basiert, da die Erfahrung gezeigt hat, daß diese die Liquiditätsveränderungen besser bzw. Jahresrückmonate. — \*) Die Veränderungen der betreffenden Positionen sind hier nur insoweit berücksichtigt, als sie mit einem Mittelzufluß (+) bzw. -abfluß (-) \*) Saldo aus Guthaben und aufgenommenen Kassenkrediten (ohne die im Rahmen der Offenmarktoperationen angekauften Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen-reserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter, da sich diese seit der Einführung der fakultativen zentralen Mindestreservehaltung am an internationalen Einrichtungen sowie Positionen, die den vorgenannten Faktoren nicht eindeutig zugerechnet werden können. — \*) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatz-sparkassenämter; vgl. dazu Anm. \*) — \*) Ab Juli 1959 einschl. Saarland; die durch die Eingliederung bedingten Veränderungen wurden ausgeschaltet. — \*) Im Zusammenhang







3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute \*)

Mio DM

Zeit	Kreditinstitute (ohne KfW) *)				Kreditanstalt für Wiederaufbau		
	insgesamt 1)	Wechsel- kredite 1)	Lombard- kredite	vorübergehend angekaufte Ausgleichs- forderungen 2)	insgesamt	Kassen- kredite	Wertpapiere
1950 Dez.	5 201.9	4 235.4	360.6	605.9	368.7	368.7	—
1951 -	5 717.5	4 757.2	290.8	669.5	454.0	454.0	—
1952 -	4 128.4	3 389.0	253.5	485.9	468.4	268.5	199.9
1953 -	3 351.1	2 739.1	245.2	366.8	225.6	202.6	23.0
1954 -	3 339.0	2 837.7	265.1	236.2	207.3	195.2	12.1
1955 -	4 683.0	4 130.9	340.5	211.6	145.0	139.5	5.5
1956 -	3 127.1	2 723.7	220.7	182.7	58.6	46.6	12.0
1957 -	1 676.6	1 463.0	52.8	160.8	67.8	66.8	1.0
1958 -	960.3	769.6	63.9	126.8	3.8	3.8	—
1959 - *)	1 285.7	949.2	234.4	102.1	20.3	20.3	—
1960 -	1 804.1	1 296.5	419.0	88.6	1.1	1.1	—
1961 -	1 663.8	1 395.4	219.7	48.7	4.4	4.4	—
1960 Juni	1 776.9	1 639.5	47.8	89.6	17.5	17.5	—
Juli	1 853.1	1 735.7	28.0	89.4	11.3	11.3	—
Aus.	1 501.2	1 386.1	25.7	89.4	3.5	3.5	—
Sept.	2 434.2	2 295.7	49.1	89.4	4.9	4.9	—
Okt.	1 590.3	1 475.6	25.6	89.1	14.3	14.3	—
Nov.	2 080.7	1 950.0	41.6	89.1	11.9	11.9	—
Dez.	1 804.1	1 296.5	419.0	88.6	1.1	1.1	—
1961 Jan.	2 023.7	1 918.8	26.0	78.9	6.9	6.9	—
Febr.	1 354.3	1 244.3	38.8	71.2	2.7	2.7	—
März	1 459.2	1 237.6	150.4	71.2	9.9	9.9	—
April	920.1	787.3	61.7	71.1	10.4	10.4	—
Mai	1 196.0	1 109.9	26.6	59.5	4.0	4.0	—
Juni	1 106.3	1 007.2	47.6	51.5	0.2	0.2	—
Juli	1 219.4	1 148.2	19.9	51.3	4.5	4.5	—
Aus.	835.9	769.5	15.1	51.3	4.5	4.5	—
Sept.	2 092.9	2 010.8	30.8	51.3	4.6	4.6	—
Okt.	1 020.8	838.3	131.2	51.3	4.8	4.8	—
Nov.	1 460.0	1 385.4	23.3	51.3	3.5	3.5	—
Dez.	1 663.8	1 395.4	219.7	48.7	4.4	4.4	—
1962 Jan.	972.1	906.9	16.5	48.7	3.0	3.0	—
Febr.	736.4	610.4	77.1	48.7	2.4	2.4	—
März	1 927.7	1 849.7	29.3	48.7	0.0	0.0	—
April	1 496.9	1 387.5	60.7	48.7	3.0	3.0	—
Mai	975.8	904.8	22.3	48.7	3.4	3.4	—
Juni	1 855.1	1 742.8	63.9	48.4	0.0	0.0	—

\*) Ab Juli 1959 einschließlich Zentralbankkredite an saarländische Kreditinstitute. — 1) Einschließlich angekaufter Auslandswechsel und Exporttratten, aber ohne auf dem offenen Markt angekaufte Geldmarkttitel. — 2) Mit Rückkaufverpflichtung der Kreditinstitute.

4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten \*)

Mio DM

Zeit	Nichtbanken								Kredit- institute 2) 4)
	insgesamt		Öffentliche Stellen 1)				Dienst- stellen der ehem. Besatzungs- mächte 7)	andere inländische Einleger 8)	
	mit zeitweilig in Ausgleichsfor- derungen angelegte(n) Beträge(n) 4)	ohne	Bund (ohne Sonder- vermögen), Länder und Lasten- ausgleichs- behörden	Guthaben aus Sonder- transaktionen 9)	ERP- Sonder- vermögen 1)	sonstige öffentliche Stellen 5)			
1950 Dez.	3 693.3	3 446.0	594.3	—	965.0	396.7	907.6	829.7	1 887.7
1951 -	3 997.3	2 990.0	1 191.8	—	1 312.8	223.0	997.3	272.4	2 675.0
1952 -	3 957.8	2 194.1	1 906.1	—	825.9	207.2	753.4	265.2	2 992.6
1953 -	4 935.3	1 704.2	3 181.4	—	496.7	373.2	639.3	244.7	3 286.9
1954 -	6 266.5	1 529.9	4 684.7	—	352.8	400.6	523.4	305.0	4 005.9
1955 -	7 003.5	3 420.7	5 949.7	—	272.2	274.3	265.5	241.8	4 502.2
1956 -	7 682.3	4 459.3	6 711.8	—	192.5	339.8	143.8	294.4	5 258.5
1957 -	—	5 097.3	4 017.1	—	167.8	431.4	140.6	340.4	7 108.9
1958 -	—	4 968.2	3 614.0	—	361.2	610.3	46.8	335.9	8 243.1
1959 - *)	—	2 260.8	1 161.3	—	200.4	677.3	—	221.8	9 343.8
1960 -	—	3 659.2	2 683.2	1.7	119.8	636.3	—	218.2	13 036.4
1961 -	—	4 985.8	3 733.2	48.4	352.3	599.5	—	252.4	11 614.6
1960 Juni	—	4 006.8	2 692.1	—	375.3	718.6	—	220.8	10 865.9
Juli	—	3 373.3	1 884.7	—	352.0	903.4	—	233.2	11 253.4
Aus.	—	3 104.5	1 652.0	—	299.5	945.0	—	208.0	11 288.2
Sept.	—	4 621.2	3 237.8	—	272.4	899.9	—	211.1	11 554.6
Okt.	—	4 859.6	3 483.5	—	197.9	959.3	—	218.9	11 653.6
Nov.	—	3 834.2	2 760.7	—	143.6	711.8	—	218.1	12 126.9
Dez.	—	3 659.2	2 683.2	1.7	119.8	636.3	—	218.2	13 036.4
1961 Jan.	—	4 981.1	3 630.7	61.6	203.9	881.4	—	203.5	11 936.2
Febr.	—	4 689.7	3 480.2	10.3	172.4	830.0	—	196.8	10 814.9
März	—	6 409.3	5 026.3	8.2	279.5	872.8	—	222.5	10 176.8
April	—	6 595.9	4 923.5	914.8	233.6	301.7	—	222.3	9 967.0
Mai	—	6 803.0	4 519.3	871.1	165.2	627.6	—	219.8	11 089.2
Juni	—	7 616.7	5 366.7	501.4	724.7	778.7	—	245.2	9 528.2
Juli	—	7 169.4	4 995.8	517.9	787.3	626.6	—	241.8	9 147.3
Aus.	—	6 139.1	3 991.2	525.5	420.1	982.4	—	219.9	8 942.1
Sept.	—	6 309.4	5 337.1	45.4	381.8	298.6	—	246.5	9 356.9
Okt.	—	5 834.0	4 721.1	23.4	374.4	455.7	—	259.4	8 240.3
Nov.	—	5 405.5	4 043.3	48.1	407.1	649.9	—	257.1	8 954.1
Dez.	—	4 985.8	3 733.2	48.4	352.3	599.5	—	252.4	11 614.6
1962 Jan.	—	5 518.7	4 143.2	64.6	531.0	541.9	—	238.0	8 293.7
Febr.	—	5 199.9	3 731.2	66.8	231.8	927.8	—	242.3	8 082.1
März	—	6 326.8	5 490.4	2.8	271.1	330.6	—	231.9	8 756.1
April	—	5 541.0	4 527.1	5.6	249.7	517.1	—	241.5	8 670.1
Mai	—	5 405.4	4 097.9	11.3	229.0	828.1	—	239.1	8 883.3
Juni	—	6 306.2	5 464.5	12.9	314.5	252.5	—	261.8	9 008.4

\*) Ab Juli 1959 einschließlich der bei der Landeszentralbank im Saarland unterhaltenen Einlagen. — 1) Einschließlich der zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge. — 2) Bis 31. Juli 1957 nur „Gegenwertmittel“. — 3) Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter. — 4) Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank am 1. August 1957 ist die Möglichkeit einer Anlage öffentlicher Gelder in Ausgleichsforderungen entfallen. — 5) Ab Mai 1958 einschließlich der Mindestreservenguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. 4) in Tab. I, 2. — 6) Ab Mai 1958 ohne die Mindestreservenguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. 7) in Tab. I, 2. — 7) Ab Januar 1959 dem „Auslandsgeschäft“ zugerechnet. — 8) Die bis Dezember 1958 hierin enthaltenen sonstigen ausländischen Einleger werden nunmehr im „Auslandsgeschäft“ erfasst. — 9) Im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe-Anleihe und der Teilprivatisierung des Volkswagen-Werkes geführte Konten, jedoch ohne die in ausländischen Geldmarktpapieren angelegten Beträge.





DM

Aktiva

Table showing Aktiva (Assets) with columns for kredite (loans), Ausgleichsforderungen, Kredite an Bund, Forderungen an Bund, Kredite an internationale Einrichtungen, Sonstige Aktiva, and Ausweisstichtag. Includes sub-columns for countries and types of securities.

Deutschen Bundesbank, Dezember 1957, Seite 30/31. — \*) Die im Zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken unter „Auslandsgebundenen Guthaben bei ausländischen Banken; vgl. auch Anm. 3). — \*\*) Ab 7. 7. 1958 wurden die zweckgebundenen Guthaben bei ausländischen Banken in die Position \*) Bis 30. 6. 1958 unter Position „Sonstige Forderungen an das Ausland“ ausgewiesen; vgl. auch Anm. 3). — \*\*) Infolge der Liquidation der EZU wurden die deutschen für die früheren Termine sind lediglich die Einlagen der Berliner Zentralbank bei der Deutschen Bundesbank sowie die von ihr bei der Bundesbank rediskontierten Wechsel

Passiva

Table showing Passiva (Liabilities) with columns for Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft, Rückstellungen, Grundkapital, Rücklagen, Sonstige Passiva, Bilanzsumme, Bargeldumlauf, and Ausweisstichtag.

Deutschen Bundesbank, Dezember 1957, Seite 30/31. — \*) Ab 7. 7. 1958 werden die Guthaben ausländischer Einleger nicht mehr unter „Einlagen“ sondern unter „Verbindlichkeitsverhältnisse, die im Zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken unter „sonstige öffentliche Körperschaften“ erfasst waren. — \*\*) Einfür die früheren Termine sind lediglich die Einlagen der Berliner Zentralbank bei der Deutschen Bundesbank sowie die von ihr bei der Bundesbank rediskontierten Wechsel







und Kreditinstitute\*)  
Wertpapierbestände\*)  
DM

Nichtbanken entfallen auf						Kredite an Kreditinstitute						Monats- ende	
und Private		Öffentliche Stellen				Kurzfristige Kredite				Mittel- fristige Kredite )	Lang- fristige Kredite )		
Mittel- fristige Kredite )	Lang- fristige Kredite )	Kurzfristige Kredite		Wechsel- diskont- kredite (ohne Schatz- wechsel)	Mittel- fristige Kredite )	Lang- fristige Kredite )	insgesamt	Debitoren					
		insgesamt	Debitoren (Kassen- kredite)						insgesamt	darunter Akzept- kredite			
<b>Girozentralen</b>													
733.4	6 395.3	40.7	35.7	5.0	165.3	4 144.9	377.6	130.7	0.1	246.9	143.7	1 222.1	Dez. 1958
1 028.2	7 412.5	30.5	26.1	4.4	179.3	4 655.3	563.8	144.5	0.1	419.3	140.0	1 402.8	Dez. 1959
1 029.9	7 554.8	30.5	26.1	4.4	179.3	4 748.8	563.8	144.5	0.1	419.3	157.7	1 416.4	Dez. 5)
1 112.4	8 586.5	18.9	14.2	4.7	174.9	4 966.5	582.4	143.0	0.2	439.4	160.4	1 559.9	Dez. 5) 1960
1 187.1	10 361.7	37.2	31.7	5.5	154.0	5 709.7	734.7	169.4	0.1	565.3	210.6	1 993.0	Dez. 1961
1 223.9	10 680.9	59.7	52.6	7.1	147.8	5 813.1	522.7	152.9	0.1	369.8	219.2	2 077.1	Febr. 1962
1 248.8	10 819.3	54.8	46.8	8.0	150.2	5 804.1	692.4	194.8	0.1	497.6	216.7	2 126.1	März
1 257.6	10 907.0	54.8	46.2	8.6	145.4	5 844.6	731.9	211.0	0.0	520.9	209.6	2 143.6	April
1 296.2	11 229.4	54.5	46.0	8.5	145.5	5 895.0	655.9	137.9	0.0	518.0	201.5	2 206.1	Mai
<b>Sparkassen</b>													
1 548.1	12 820.9	75.9	70.8	5.1	363.4	2 763.6	156.2	25.0	—	131.2	34.6	653.7	Dez. 1958
1 958.9	15 784.2	67.7	63.2	4.5	387.1	3 479.4	201.2	31.3	—	169.9	43.3	909.2	Dez. 1959
2 000.3	16 381.4	67.8	63.3	4.5	387.6	3 549.6	201.2	31.3	—	169.9	43.3	909.3	Dez. 5)
2 283.0	19 715.5	71.3	66.9	4.4	344.2	4 323.7	232.7	41.0	—	191.7	66.4	1 016.5	Dez. 5) 1960
2 595.5	22 992.5	78.5	73.7	4.8	283.5	5 037.5	257.5	47.6	0.6	209.9	79.7	1 203.0	Dez. 1961
2 597.6	23 387.2	54.5	49.8	4.7	293.3	5 196.8	242.0	43.8	0.5	198.2	85.1	1 238.0	Febr. 1962
2 665.4	23 638.1	74.2	69.2	5.0	286.6	5 203.8	254.2	50.1	0.5	204.1	84.3	1 244.1	März
2 735.3	23 876.1	62.3	57.1	5.2	297.9	5 224.4	254.6	46.7	0.3	207.9	88.6	1 247.4	April
2 825.0	24 187.4	56.1	50.8	5.3	300.6	5 261.2	261.0	44.1	—	216.9	93.0	1 263.4	Mai
<b>Zentralkassen +)</b>													
51.5	252.8	1.8	1.8	—	0.6	0.9	336.2	200.8	—	135.4	28.7	673.0	Dez. 1958
76.8	300.0	1.8	1.8	0.0	0.3	0.9	372.1	240.7	—	131.4	26.1	783.4	Dez. 1959
76.9	392.6	1.8	1.8	0.0	0.3	0.9	374.3	240.9	—	133.4	26.2	785.2	Dez. 5)
94.8	439.3	1.2	1.2	0.0	0.3	1.1	479.2	306.4	0.1	172.8	38.1	865.9	Dez. 5) 1960
103.3	482.6	0.8	0.8	—	0.3	0.9	445.3	301.9	—	143.4	41.0	1 093.2	Dez. 1961
105.5	494.4	0.1	0.1	—	0.3	0.9	411.2	267.6	0.1	143.6	40.9	1 139.6	Febr. 1962
104.6	502.7	0.5	0.5	0.0	0.2	0.9	512.4	322.9	0.1	189.5	39.2	1 160.8	März
104.4	510.1	0.3	0.3	0.0	0.3	0.9	492.7	307.0	0.1	185.7	39.8	1 184.4	April
104.8	511.9	0.1	0.1	0.0	0.3	0.9	540.9	336.8	0.1	204.1	40.1	1 217.1	Mai
<b>Gewerbliche Zentralkassen</b>													
10.7	18.9	0.5	0.5	—	0.5	0.1	162.7	88.3	—	74.4	3.3	286.2	Dez. 1958
13.4	21.5	0.6	0.6	0.0	0.2	0.1	187.2	108.3	—	78.9	2.4	332.1	Dez. 1959
23.2	26.7	0.4	0.4	0.0	0.2	0.4	229.6	130.7	—	98.9	2.5	358.1	Dez. 5)
31.9	34.7	0.2	0.2	—	0.2	0.3	211.3	126.4	—	84.9	8.9	481.5	Dez. 5) 1960
31.8	31.7	0.0	0.0	—	0.2	0.3	192.1	112.9	—	79.2	8.7	509.8	Febr. 1962
31.7	31.5	0.1	0.1	0.0	0.1	0.3	257.4	137.8	—	119.6	8.6	528.3	März
31.4	32.1	0.1	0.1	0.0	0.2	0.2	227.5	116.5	—	111.0	10.8	541.3	April
34.0	32.5	0.1	0.1	0.0	0.2	0.3	237.7	118.0	—	119.7	11.1	552.9	Mai
<b>Ländliche Zentralkassen</b>													
40.8	233.9	1.3	1.3	—	0.1	0.8	173.5	112.5	—	61.0	25.4	386.8	Dez. 1958
63.4	278.3	1.2	1.2	—	0.1	0.8	184.9	132.4	—	52.5	23.7	451.3	Dez. 1959
63.5	371.1	1.2	1.2	—	0.1	0.8	187.1	132.6	—	54.5	23.8	453.1	Dez. 5)
71.6	412.6	0.8	0.8	—	0.1	0.7	249.6	175.7	0.1	73.9	35.6	507.8	Dez. 5) 1960
71.4	447.9	0.6	0.6	—	0.1	0.6	234.0	175.5	—	58.5	32.1	611.7	Dez. 1961
73.7	461.7	0.1	0.1	—	0.1	0.6	219.1	154.7	0.1	64.4	32.2	629.8	Febr. 1962
72.9	471.2	0.4	0.4	—	0.1	0.6	255.0	185.1	0.1	69.9	30.6	632.5	März
73.0	478.0	0.2	0.2	—	0.1	0.7	265.2	190.5	0.1	74.7	29.0	643.1	April
70.8	479.4	0.0	0.0	—	0.1	0.6	303.2	218.8	0.1	84.4	29.0	664.2	Mai
<b>Kreditgenossenschaften +)</b>													
561.7	1 637.1	5.1	4.2	0.9	11.5	62.7	12.9	8.8	—	4.1	1.0	1.4	Dez. 1958
737.3	2 106.4	5.2	4.5	0.7	8.2	71.5	13.9	7.4	—	6.5	0.6	2.4	Dez. 1959
789.9	2 132.3	5.3	4.6	0.7	8.2	71.6	14.0	7.4	—	6.6	0.6	2.4	Dez. 5)
909.4	2 569.0	10.9	10.1	0.8	30.0	156.1	25.6	12.0	—	13.6	0.7	5.9	Dez. 5) 1960
1 075.1	3 217.5	10.7	9.8	0.9	33.5	177.0	26.0	12.0	—	14.0	1.3	26.9	Dez. 1961
1 078.1	3 336.9	10.1	9.4	0.7	35.5	181.7	23.7	10.2	—	13.5	1.3	29.3	Febr. 1962
1 109.0	3 399.3	11.4	10.5	0.9	36.7	183.2	25.2	10.9	—	14.3	1.3	30.9	März
1 124.7	3 465.2	12.5	11.7	0.8	36.2	187.1	27.3	12.1	—	15.2	1.2	31.0	April
1 152.3	3 545.9	11.5	10.6	0.9	37.5	190.3	24.9	9.5	—	15.4	1.2	31.8	Mai
<b>Gewerbliche Kreditgenossenschaften</b>													
296.8	891.9	5.1	4.2	0.9	11.5	62.7	12.9	8.8	—	4.1	1.0	1.4	Dez. 1958
405.0	1 137.8	5.2	4.5	0.7	8.2	71.5	13.9	7.4	—	6.5	0.6	2.4	Dez. 1959
435.9	1 156.4	5.3	4.6	0.7	8.2	71.6	14.0	7.4	—	6.6	0.6	2.4	Dez. 5)
514.5	1 428.4	4.5	3.9	0.6	9.5	83.5	25.4	11.8	—	13.6	0.7	3.5	Dez. 5) 1960
614.0	1 808.6	3.5	3.0	0.5	10.4	94.0	25.9	12.0	—	13.9	1.3	20.7	Dez. 1961
616.4	1 881.9	4.0	3.4	0.6	11.4	95.4	23.5	10.1	—	13.4	1.4	23.3	Febr. 1962
636.8	1 917.0	3.9	3.2	0.7	11.6	95.7	25.1	10.8	—	14.3	1.3	24.3	März
645.6	1 952.4	4.4	3.7	0.7	11.8	97.4	27.1	12.0	—	15.1	1.2	24.5	April
663.1	1 998.5	4.2	3.4	0.8	12.0	97.9	24.8	9.4	—	15.4	1.2	24.4	Mai
<b>Ländliche Kreditgenossenschaften (Teilerhebung, Gesamtzahlen s. Tabelle III A 4)</b>													
264.9	745.2	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	Dez. 1958
332.3	968.6	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	Dez. 1959
354.0	975.9	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	Dez. 5)
394.9	1 140.6	6.4	6.2	0.2	20.5	72.6	0.2	0.2	—	0.0	0.0	2.4	Dez. 5) 1960
461.1	1 408.9	7.2	6.8	0.4	23.1	83.0	0.1	0.0	—	0.1	—	6.2	Dez. 1961
461.7	1 485.0	6.1	6.0	0.1	24.1	86.3	0.2	0.1	—	0.1	0.0	6.0	Febr. 1962
472.2	1 482.3	7.5	7.3	0.2	25.1	87.5	0.1	0.1	—	0.0	0.0	6.6	März
479.1	1 512.8	8.1	8.0	0.1	24.4	89.7	0.2	0.1	—	0.1	—	6.5	April
489.2	1 547.4	7.3	7.2	0.1	25.5	92.4	0.1	0.1	—	0.0	—	7.4	Mai

Dezember 1960 erstmalig nach Wirtschaftssektoren gegliedert. Bis November 1960 einschließlich wurden sie in den tabellarischen Übersichten global dem Sektor „Wirtschaftsunterneh-

Monats- ende	Zahl der berich- tenden Institute *)	Kredite an Nichtbanken										von den Krediten an		
												Wirtschaftsunternehmen		
		Kurzfristige Kredite					Wechsel- diskont- kredite (ohne Schatz- wechsel)	Mittel- fristige Kredite *)	Lang- fristige Kredite *)	Kurzfristige Kredite				
		insgesamt	Debitoren			insgesamt				Akzept- kredite	Konto- korrent- und sonstige Kredite	insgesamt	Debitoren	
insgesamt	Akzept- kredite		Konto- korrent- und sonstige Kredite	insgesamt	Akzept- kredite		Konto- korrent- und sonstige Kredite							
<b>Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten</b>														
1958 Dez.	47	51.7	51.5	—	51.5	0.2	178.0	18 894.6	33.1	32.9	—	32.9	0.2	
1959 Dez.	47	53.4	52.4	—	52.4	1.0	188.4	22 414.9	50.4	49.4	—	49.4	1.0	
1960 Dez. <sup>7)</sup>	47	59.0	57.5	—	57.5	1.5	211.9	25 342.9	52.4	50.9	—	50.9	1.5	
1961 Dez.	47	62.0	60.9	—	60.9	1.1	280.9	29 344.6	47.2	46.1	—	46.1	1.1	
1962 Febr.	47	95.5	93.9	—	93.9	1.6	293.9	29 851.5	83.5	81.9	—	81.9	1.6	
März	47	89.3	87.8	—	87.8	1.5	275.3	30 124.9	80.3	78.8	—	78.8	1.5	
April	48	75.0	73.5	—	73.5	1.5	277.6	30 376.6	71.2	69.7	—	69.7	1.5	
Mai	48	74.4	73.0	—	73.0	1.4	272.5	30 766.3	63.5	62.1	—	62.1	1.4	
<b>Private Hypothekenbanken *)</b>														
1958 Dez.	29	34.5	34.5	—	34.5	0.0	75.3	8 645.3	19.7	19.7	—	19.7	0.0	
1959 Dez.	29	31.9	31.7	—	31.7	0.2	78.5	10 440.3	29.1	28.9	—	28.9	0.2	
1960 Dez. <sup>7)</sup>	29	39.9	39.3	—	39.3	0.6	83.9	11 861.1	33.7	33.1	—	33.1	0.6	
1961 Dez.	29	35.4	35.2	—	35.2	0.2	120.8	13 872.5	23.0	22.8	—	22.8	0.2	
1962 Febr.	29	74.9	74.6	—	74.6	0.3	131.9	14 111.1	65.4	65.1	—	65.1	0.3	
März	29	63.4	63.2	—	63.2	0.2	131.0	14 227.0	55.5	55.3	—	55.3	0.2	
April	30	36.5	36.2	—	36.2	0.3	134.0	14 371.0	35.4	35.1	—	35.1	0.3	
Mai	30	46.8	46.6	—	46.6	0.2	136.7	14 575.2	39.1	38.9	—	38.9	0.2	
<b>Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten</b>														
1958 Dez.	18	17.2	17.0	—	17.0	0.2	102.7	10 249.3	13.4	13.2	—	13.2	0.2	
1959 Dez.	18	21.5	20.7	—	20.7	0.8	109.9	11 974.6	21.3	20.5	—	20.5	0.8	
1960 Dez. <sup>7)</sup>	18	19.1	18.2	—	18.2	0.9	128.0	13 481.8	18.7	17.8	—	17.8	0.9	
1961 Dez.	18	26.6	25.7	—	25.7	0.9	160.1	15 472.1	24.2	23.3	—	23.3	0.9	
1962 Febr.	18	20.6	19.3	—	19.3	1.3	162.0	15 740.4	18.1	16.8	—	16.8	1.3	
März	18	25.9	24.6	—	24.6	1.3	144.3	15 897.9	24.8	23.5	—	23.5	1.3	
April	18	38.5	37.3	—	37.3	1.2	143.6	16 005.6	35.8	34.6	—	34.6	1.2	
Mai	18	27.6	26.4	—	26.4	1.2	135.8	16 191.1	24.4	23.2	—	23.2	1.2	
<b>Kreditinstitute mit Sonderaufgaben</b>														
1958 Dez.	23	1 224.7	381.2	21.3	359.9	843.5	458.8	6 045.5	939.7	111.0	21.3	89.7	828.7	
1959 Dez.	24	1 218.3 <sup>8)</sup>	265.1	43.3	221.8	953.2 <sup>8)</sup>	738.3	7 417.0	1 090.7 <sup>8)</sup>	145.1	43.3	101.8	945.6 <sup>8)</sup>	
1960 Dez. <sup>7)</sup>	25	1 248.7 <sup>8)</sup>	267.2	43.3	223.9	981.5 <sup>8)</sup>	738.3	7 487.3	1 121.1 <sup>8)</sup>	147.2	43.3	103.9	973.9 <sup>8)</sup>	
1961 Dez.	25	1 297.9	361.7	23.6	338.1	936.2	917.3	8 667.4	1 091.5	153.3	23.6	131.7	936.2	
1962 Febr.	25	1 568.6	615.6	26.5	589.1	953.0	1 117.8	10 500.4	1 145.5	192.5	26.5	166.0	953.0	
März	25	1 381.7	471.4	31.4	440.0	910.3	1 031.3	10 894.1	1 051.4	141.1	31.4	109.7	910.3	
April	24	1 554.9	614.0	24.5	589.5	940.9	1 016.0 <sup>12)</sup>	10 835.5 <sup>12)</sup>	1 139.8	198.9	24.5	174.4	940.9	
Mai	24	1 494.7	496.2	23.4	472.8	998.5	1 025.3	11 096.1	1 173.9	175.4	23.4	152.0	998.5	
	24	1 585.5	562.1	56.6	505.5	1 023.4	1 041.4	11 391.8	1 222.0	198.6	56.6	142.0	1 023.4	
<b>Kreditanstalt für Wiederaufbau, Finanzierungs-Aktiengesellschaft und Berliner Industriebank AG +)</b>														
1958 Dez.	3	0.2	0.2	—	0.2	—	21.7	2 905.2	0.2	0.2	—	0.2	—	
1959 Dez.	3	0.3	0.3	—	0.3	—	85.8	3 417.8	0.2	0.2	—	0.2	—	
1960 Dez. <sup>7)</sup>	3	0.1	0.1	—	0.1	—	142.2	4 043.1	0.1	0.1	—	0.1	—	
1961 Dez.	3	0.5	0.5	—	0.5	—	277.3	5 335.0	0.4	0.4	—	0.4	—	
1962 Febr.	3	0.2	0.2	—	0.2	—	254.7	5 506.6	0.3	0.2	—	0.2	—	
März	3	0.4	0.4	—	0.4	—	258.1 <sup>13)</sup>	5 273.2 <sup>13)</sup>	0.2	0.2	—	0.2	—	
April	3	0.3	0.3	—	0.3	—	260.7	5 487.6	0.2	0.2	—	0.2	—	
Mai	3	0.3	0.3	—	0.3	—	266.4	5 602.5	0.2	0.2	—	0.2	—	
<b>Sonstige Kreditinstitute mit Sonderaufgaben +)</b>														
1958 Dez.	20	1 224.5	381.0	21.3	359.7	843.5	437.1	3 140.3	939.5	110.8	21.3	89.5	828.7	
1959 Dez.	21	1 218.0 <sup>8)</sup>	264.8	43.3	221.5	953.2 <sup>8)</sup>	652.5	3 999.2	1 090.5 <sup>8)</sup>	144.9	43.3	101.6	945.6 <sup>8)</sup>	
1960 Dez. <sup>7)</sup>	22	1 248.4 <sup>8)</sup>	266.9	43.3	223.6	981.5 <sup>8)</sup>	652.5	4 069.5	1 120.9 <sup>8)</sup>	147.0	43.3	103.7	973.9 <sup>8)</sup>	
1961 Dez.	22	1 297.8	361.6	23.6	338.0	936.2	775.1	4 624.3	1 091.4	155.2	23.6	131.6	936.2	
1962 Febr.	22	1 568.1	615.1	26.5	588.6	953.0	840.5	5 165.4	1 145.1	192.1	26.5	165.6	953.0	
März	22	1 381.5	471.2	31.4	439.8	910.3	776.6	5 387.5	1 051.2	140.9	31.4	109.5	910.3	
April	21	1 554.5	613.6	24.5	589.1	940.9	757.9	5 562.3	1 139.5	198.6	24.5	174.1	940.9	
Mai	21	1 494.4	495.9	23.4	472.5	998.5	764.6	5 638.5	1 173.7	175.2	23.4	151.8	998.5	
	21	1 585.2	561.8	56.6	505.2	1 023.4	775.0	5 789.3	1 221.8	198.4	56.6	141.8	1 023.4	
<b>Teilzahlungskreditinstitute<sup>6)</sup></b>														
1958 Dez.	174	1 095.2	386.1	0.0	386.1	709.1	1 085.5	5.8	1 095.2	386.1	0.0	386.1	709.1	
1959 Dez.	192	1 313.1	385.8	0.6	385.2	927.3	1 321.6	6.4	1 313.1	385.8	0.6	385.2	927.3	
1960 Dez. <sup>7)</sup>	195	1 336.5	386.3	0.6	385.7	950.2	1 336.7	6.4	1 336.5	386.3	0.6	385.7	950.2	
1961 Dez.	232	1 685.9	453.5	0.3	453.2	1 232.4	1 694.2	4.0	1 685.9	453.5	0.3	453.2	1 232.4	
1962 Febr.	235	1 852.7 <sup>10)</sup>	482.1 <sup>10)</sup>	0.3	481.8 <sup>10)</sup>	1 370.6	2 077.7 <sup>11)</sup>	3.9	1 852.7 <sup>10)</sup>	482.1 <sup>10)</sup>	0.3	481.8 <sup>10)</sup>	1 370.6	
März	239	1 862.5	520.1	0.2	519.9	1 342.4	2 034.1	3.9	1 862.5	520.1	0.2	519.9	1 342.4	
April	237	1 864.9	506.6	0.1	506.5	1 358.3	2 031.1	3.9	1 864.9	506.6	0.1	506.5	1 358.3	
Mai	238	1 845.3 <sup>10)</sup>	470.3	0.1	470.2	1 375.0 <sup>10)</sup>	2 065.6	3.9	1 845.3 <sup>10)</sup>	470.3	0.1	470.2	1 375.0 <sup>10)</sup>	
	236	1 852.7	453.8	0.1	453.7	1 398.9	2 100.2	3.8	1 852.7	453.8	0.1	453.7	1 398.9	
<b>Postscheck- und Postsparkassenämter<sup>6)</sup></b>														
1958 Dez.	14	—	—	—	—	—	—	1 261.2	—	—	—	—	—	
1959 Dez.	14	—	—	—	—	—	—	1 422.5	—	—	—	—	—	
1960 Dez. <sup>7)</sup>	15	—	—	—	—	—	—	1 465.3	—	—	—	—	—	
1961 Dez.	15	—	—	—	—	—	—	1 651.2	—	—	—	—	—	
1962 Febr.	15	—	—	—	—	—	—	1 982.4	—	—	—	—	—	
März	15	—	—	—	—	—	—	2 128.8	—	—	—	—	—	
April	15	—	—	—	—	—	—	2 137.8	—	—	—	—	—	
Mai	15	—	—	—	—	—	—	2 145.8	—	—	—	—	—	
	15	—	—	—	—	—	—	2 150.2	—	—	—	—	—	

Anmerkungen \*) und 2) bis 4) s. erste Seite der Tab. III, A 1. — 5) Die Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private enthalten auch Einkaufskredite an Händler und geringe Zur Geldanlage angekaufte Wechsel. — 7) S. Anm. 10) erste Seite der Tab. III, A 1. — 8) Statistisch bedingte Abnahme von 40 Mio DM (vgl. Anm. 9)). — 9) Enthält statistisch Zunahme von rd. 43 Mio DM durch Umbuchung (vgl. Anm. 10)). — 10) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 20 Mio DM durch Umbuchung (vgl. Anm. 10)). — 11) Statistisch bedingte Zunahme von rd. 175 Mio DM durch Umbuchung (vgl. Anm. 10)). — 12) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 5 Mio DM durch Umbuchung der „Kreditinstitute mit Sonderaufgaben“.

und Kreditinstitute\*)  
Wertpapierbestände\*)  
DM

Nichtbanken entfallen auf						Kredite an Kreditinstitute							Monats- ende
und Private		Öffentliche Stellen				Kurzfristige Kredite					Mittel- fristige Kredite *)	Lang- fristige Kredite *)	
Mittel- fristige Kredite *)	Lang- fristige Kredite *)	Kurzfristige Kredite			Mittel- fristige Kredite *)	Lang- fristige Kredite *)	insgesamt	Debitoren		Wechsel- diskont- kredite			
		insgesamt	Debitoren (Kassen- kredite)	Wechsel- diskont- kredite (ohne Schatz- wechsel)				insgesamt	darunter: Akzept- kredite				
<b>Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten</b>													
151.9	15 810.0	18.6	18.6	—	26.1	3 084.6	9.6	9.6	—	0.0	30.8	227.0	Dez. 1958
174.9	18 850.2	3.0	3.0	—	13.5	3 564.7	5.7	5.7	—	—	57.9	305.1	Dez. 1959
186.9	21 430.6	6.6	6.6	—	25.0	3 912.3	6.8	6.7	—	0.1	70.5	343.5	Dez. 1960
262.5	25 006.8	14.8	14.8	—	18.4	4 337.8	40.7	40.7	—	0.0	64.9	379.7	Dez. 1961
267.7	25 460.6	12.0	12.0	—	26.2	4 390.9	31.1	31.1	—	—	59.3	392.7	Febr. 1962
249.2	25 722.9	9.0	9.0	—	26.1	4 402.0	38.2	38.2	—	—	64.8	391.6	März 1962
250.4	25 975.7	3.8	3.8	—	27.2	4 400.9	36.4	36.4	—	—	64.9	395.7	April
244.4	26 331.2	10.9	10.9	—	28.1	4 435.1	28.8	28.8	—	—	64.7	401.8	Mai
<b>Private Hypothekenbanken °)</b>													
64.1	6 796.2	14.8	14.8	—	11.2	1 849.1	5.1	5.1	—	—	9.5	51.0	Dez. 1958
73.3	8 325.3	2.8	2.8	—	5.2	2 115.0	4.3	4.3	—	—	12.3	30.4	Dez. 1959
71.8	9 576.6	6.2	6.2	—	12.1	2 284.5	6.7	6.7	—	—	34.6	28.4	Dez. 1960
109.3	11 488.9	12.4	12.4	—	11.5	2 383.6	7.4	7.4	—	—	19.1	33.0	Dez. 1961
120.4	11 716.5	9.5	9.5	—	11.5	2 394.6	17.7	17.7	—	—	16.8	33.8	Febr. 1962
119.5	11 826.7	7.9	7.9	—	11.5	2 400.3	18.6	18.6	—	—	16.8	33.2	März
122.3	11 976.9	1.1	1.1	—	11.7	2 394.1	22.8	22.8	—	—	16.3	37.2	April
123.2	12 160.3	7.7	7.7	—	13.5	2 414.9	4.9	4.9	—	—	16.5	37.3	Mai
<b>Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten</b>													
87.8	9 013.8	3.8	3.8	—	14.9	1 235.5	4.5	4.5	—	0.0	21.3	176.0	Dez. 1958
101.6	10 525.0	0.2	0.2	—	8.3	1 449.6	1.4	1.4	—	—	45.6	274.7	Dez. 1959
115.1	11 854.0	0.4	0.4	—	13.9	1 627.8	0.1	0.0	—	0.1	35.9	315.1	Dez. 1960
153.2	13 517.9	2.4	2.4	—	6.9	1 954.2	33.3	33.3	—	0.0	45.8	346.7	Dez. 1961
147.3	13 744.1	2.5	2.5	—	14.7	1 996.3	13.4	13.4	—	—	42.5	358.9	Febr. 1962
129.7	13 896.2	1.1	1.1	—	14.6	2 001.7	19.6	19.6	—	—	48.5	358.4	März
128.1	13 998.8	2.7	2.7	—	15.5	2 006.8	13.6	13.6	—	—	48.6	358.5	April
121.2	14 170.9	3.2	3.2	—	14.6	2 020.2	23.9	23.9	—	—	48.2	364.5	Mai
<b>Kreditinstitute mit Sonderaufgaben</b>													
398.4	5 063.0	285.0	270.2	14.8	60.4	982.5	184.6	64.2	—	120.4	190.9	10 600.1	Dez. 1958
572.6	4 975.8	127.6	120.0	7.6	165.7	2 441.2	333.0 °)	66.3	—	286.7 °)	172.9	11 531.4	Dez. 1959
572.6	5 046.1	127.6	120.0	7.6	165.7	2 441.2	333.0 °)	66.3	—	286.7 °)	172.9	11 537.9	Dez. 1960
685.1	5 341.3	206.4	206.4	0.0	332.2	3 326.1	378.2	96.2	—	282.0	106.9	12 872.9	Dez. 1961
818.6	6 119.0	423.1	423.1	—	299.2	4 381.4	527.7	128.5	0.0	399.2	151.6	14 516.4	Dez. 1962
717.5	6 247.0	330.3	330.3	0.0	313.8	4 647.1	578.0	121.3	0.0	456.7	167.8	15 001.8	Febr. 1962
703.8 <sup>12)</sup>	6 075.0 <sup>12)</sup>	415.1	415.1	0.0	312.2	4 760.5	572.3	120.2	0.1	452.1	176.1 <sup>14)</sup>	15 374.3 <sup>15)</sup>	März
709.6	6 267.5	320.8	320.8	0.0	315.7	4 828.6	504.6	113.8	0.1	390.8	177.6	15 460.0	April
722.1	6 409.8	363.5	363.5	—	319.3	4 982.0	616.4	106.2	0.1	510.2	166.3	15 474.1	Mai
<b>Kreditanstalt für Wiederaufbau, Finanzierungs-Aktiengesellschaft und Berliner Industriebank AG +)</b>													
11.2	2 703.5	0.0	0.0	—	10.5	201.7	20.7	0.0	—	20.7	—	3 356.1	Dez. 1958
13.3	2 318.4	0.1	0.1	—	72.5	1 099.4	8.6	0.0	—	8.6	—	3 312.9	Dez. 1959
23.4	2 227.5	0.0	0.0	—	118.8	1 815.6	6.5	0.1	—	6.4	7.5	3 829.9	Dez. 1960
45.4	2 581.2	0.1	0.1	—	231.9	2 753.8	0.1	0.1	—	—	1.1	4 010.6	Dez. 1961
19.4	2 598.0	—	—	—	235.3	2 908.6	0.0	0.0	—	—	0.8	3 920.3	Febr. 1962
13.4 <sup>12)</sup>	2 353.0 <sup>12)</sup>	0.1	0.1	—	244.7	2 920.2	0.1	0.1	—	—	20.6 <sup>14)</sup>	4 139.9 <sup>15)</sup>	März
12.4	2 481.3	0.1	0.1	—	248.3	2 976.3	0.0	0.0	—	—	19.9	4 155.1	April
12.2	2 572.5	0.1	0.1	—	254.2	3 030.0	0.1	0.1	—	—	5.9	4 135.0	Mai
<b>Sonstige Kreditinstitute mit Sonderaufgaben +)</b>													
387.2	2 359.5	285.0	270.2	14.8	49.9	780.8	163.9	64.2	—	99.7	190.9	7 244.0	Dez. 1958
559.3	2 657.4	127.5	119.9	7.6	93.2	1 341.8	344.4 °)	66.3	—	278.1 °)	172.9	8 218.5	Dez. 1959
559.3	2 727.7	127.5	119.9	7.6	93.2	1 341.8	344.4 °)	66.3	—	278.1 °)	172.9	8 225.0	Dez. 1960
661.7	3 113.8	206.4	206.4	0.0	113.4	1 510.5	371.7	96.1	—	275.6	99.4	9 043.0	Dez. 1961
773.2	3 537.8	423.0	423.0	—	67.3	1 627.6	527.6	128.4	0.0	399.2	150.5	10 505.8	Dez. 1962
698.1	3 649.0	330.3	330.3	0.0	78.5	1 738.5	578.0	121.3	0.0	456.7	167.0	11 081.5	Febr. 1962
690.4	3 722.0	415.0	415.0	0.0	67.5	1 840.3	572.2	120.1	0.1	452.1	155.5	11 234.4	März
697.2	3 786.2	320.7	320.7	0.0	67.4	1 852.3	504.6	113.8	0.1	390.8	157.7	11 304.9	April
709.9	3 837.3	363.4	363.4	—	65.1	1 952.0	616.3	106.1	0.1	510.2	160.4	11 339.1	Mai
<b>Teilzahlungskreditinstitute °)</b>													
1 085.5	5.8	—	—	—	—	—	6.3	5.4	—	0.9	0.0	0.4	Dez. 1958
1 321.6	6.4	—	—	—	—	—	4.9	0.1	—	4.8	—	0.3	Dez. 1959
1 836.7	6.4	—	—	—	—	—	5.0	0.1	—	4.9	—	0.3	Dez. 1960
1 694.2	4.0	—	—	—	—	—	48.3	42.6	—	5.7	0.4	0.2	Dez. 1961
2 077.7 <sup>11)</sup>	3.9	—	—	—	—	—	8.7	0.0	—	8.7	0.2	0.2	Dez. 1962
2 034.1	3.9	—	—	—	—	—	79.8	71.2	—	8.6	9.0	0.1	Febr. 1962
2 031.1	3.9	—	—	—	—	—	129.8	120.7	—	9.1	11.1	0.2	März
2 065.6	3.9	—	—	—	—	—	138.1 <sup>12)</sup>	123.2	—	14.9 <sup>12)</sup>	16.1	0.1	April
2 100.2	3.8	—	—	—	—	—	134.9	119.8	—	15.1	7.9	0.1	Mai
<b>Postscheck- und Postsparkassenämter °)</b>													
—	132.2	—	—	—	—	1 129.0	48.7	—	—	48.7	—	63.5	Dez. 1958
—	141.6	—	—	—	—	1 280.9	165.5	—	—	165.5	—	45.5	Dez. 1959
—	141.6	—	—	—	—	1 323.7	165.5	—	—	165.5	—	45.5	Dez. 1960
—	138.9	—	—	—	—	1 512.3	185.0	—	—	185.0	—	57.8	Dez. 1961
—	192.7	—	—	—	—	1 789.7	240.0	—	—	240.0	—	60.7	Dez. 1962
—	196.8	—	—	—	—	1 932.0	121.9	—	—	121.9	—	57.2	Febr. 1962
—	198.1	—	—	—	—	1 939.7	223.7	—	—	223.7	—	57.2	März
—	202.2	—	—	—	—	1 943.6	189.1	—	—	189.1	—	58.8	April
—	203.6	—	—	—	—	1 946.6	116.2	—	—	116.2	—	58.8	Mai

Beträge „Sonstige Kredite“. — Weitere Angaben über Teilzahlungskredite s. Tab. III, A 3, — \*) Quelle: Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Wechseldiskontkredite: bedingte Zunahme von 40 Mio DM (vgl. Anm. °)). — °) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 43 Mio DM durch Umbuchung (vgl. Anm. °)). — °) Enthält statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 175 Mio DM durch Umbuchung (vgl. Anm. °)). — °) Enthält statistisch bedingte Zunahme von rd. 20 Mio DM durch Umbuchung (vgl. Anm. °)). — (vgl. Anm. °)). — °) Enthält statistisch bedingte Zunahme von rd. 5 Mio DM durch Umbuchung (vgl. Anm. °)). — °) Einschließlich Schiffspfandbriefbanken. — +) Untergruppe





III. Kreditinstitute  
A. Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen

3. Teilzahlungs- und Kleinkredite  
a) Teilzahlungskredite<sup>1) 2)</sup> nach Bankengruppen  
Mio DM

Jahres- oder Monatsende	Alle Bankengruppen	Teilzahlungskreditinstitute <sup>2)</sup>	Kreditinstitute (ohne Teilzahlungskreditinstitute)	Kreditbanken				Girozentralen	Sparkassen	Gewerbliche Kreditgenossenschaften	Ländliche Kreditgenossenschaften	Übrige Bankengruppen <sup>4)</sup>
				insgesamt	darunter							
					Großbanken <sup>3)</sup>	Staats-, Regional- und Lokalbanken	Privatbankiers					
1953	1 500.3	765.1	735.2	231.1	62.8	144.5	23.3	66.0	384.7	45.1	6.5	1.8
1954	1 913.6	991.8	921.8	273.9	73.6	176.7	23.6	85.6	489.9	58.8	9.3	4.2
1955	2 629.7	1 439.0	1 190.7	347.9	102.0	213.7	32.2	131.4	627.3	68.6	14.5	6.8
1956	2 869.0	1 611.6	1 257.4	380.0	124.5	224.3	31.2	147.6	640.2	73.1	15.4	1.1
1957	2 957.6	1 739.0	1 218.6	399.2	131.5	230.1	37.5	122.4	593.1	86.4	17.0	0.4
1958	3 314.9	2 049.4	1 265.5	422.1	125.3	249.5	47.0	125.2	584.2	112.4	21.4	0.2
1959	3 973.7	2 502.0	1 471.7	511.4	141.7	318.8	50.8	143.9	639.8	146.5	29.6	0.4
1959 <sup>5)</sup>	4 027.8	2 539.4	1 488.4	512.6				143.9	649.2	151.0	31.1	0.4
1960 <sup>6)</sup>	4 875.3	3 185.5	1 686.8	604.0	162.5	355.9	77.6	171.3	710.0	165.6	35.3	0.4
1961 Juni	5 166.2	3 421.6	1 744.6	628.0	194.5	353.8	66.5	167.9	733.4	170.0	37.3	7.8
1961 Juli	5 242.0	3 473.0	1 769.0	638.8	201.4	357.4	66.9	166.2	742.9	172.3	39.0	9.5
1961 Aug.	5 247.1 <sup>7)</sup>	3 495.6	1 751.5 <sup>8)</sup>	619.4 <sup>9)</sup>	185.4 <sup>9)</sup>	356.1	65.4	166.5	748.0	167.7	39.8	10.1
1961 Sept.	5 250.1	3 495.4	1 734.7	623.3	194.8	352.2	64.1	170.5	745.2	165.9	39.2	10.7
1961 Okt.	5 293.6	3 548.6	1 745.0	610.5	183.4	351.2	63.1	171.0	747.7	165.8	38.4	11.6
1961 Nov.	5 356.1	3 621.0	1 735.1	605.6	174.4	355.0	63.2	166.9	745.7	166.6	39.2	11.1
1961 Dez.	5 468.9	3 714.7	1 754.2	616.2	180.9	361.5	61.8	168.9	747.1	169.4	39.5	13.0
1962 Jan.	5 408.1	3 663.6	1 744.5	604.8	173.9	360.7	57.1	174.1	746.0	164.6	40.8	14.2
1962 Febr.	5 370.3	3 626.0	1 744.3	610.5	178.4	363.2	56.0	170.9	743.1	163.6	42.4	13.7
1962 März	5 389.2	3 634.3	1 754.9	617.1	186.2	362.4	55.5	169.7	748.0	165.1	40.4	14.6
1962 April	5 462.1 <sup>7)</sup>	3 695.1 <sup>7)</sup>	1 767.0	610.6	182.8	362.1	54.0	174.3	758.4	167.3	41.7	14.6
1962 Mai	5 532.6	3 761.0	1 771.6	607.5	178.2	361.9	53.7	179.5	760.0	167.9	40.8	15.9

<sup>1)</sup> Kurz- und mittelfristig. — <sup>2)</sup> Einschließlich Barkredite der Teilzahlungskreditinstitute; Kleinkredite der übrigen Institutsgruppen s. untenstehende Tabelle 3. c). — <sup>3)</sup> Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — <sup>4)</sup> Zentralkassen, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben. — <sup>5)</sup> Von 1960 an einschließlich Saarland. Die Zahlenreihen wurden im Dezember 1959 verknüpft (1. Termin: ohne Saarland, 2. Termin: einschließlich Saarland), soweit möglich und erforderlich auch bei den einzelnen Bankengruppen. — <sup>6)</sup> Statistisch bedingte Abnahme von rd. 14 Mio DM. — <sup>7)</sup> Statistisch bedingte Abnahme von rd. 5 Mio DM durch Umbuchung.

b) Verwendung und Höhe der Teilzahlungskredite<sup>1) 2)</sup> von Teilzahlungskreditinstituten

Zeit	Neu in Anspruch genommene Teilzahlungskredite insgesamt	Zur Beschaffung von Produktionsmitteln und Gebrauchsgütern mit aussch. gewerbl. Verwendungszweck			Zur Beschaffung von sonstigen Gebrauchsgütern							Nachrichtlich: An Händlerfirmen gewährte Einkaufskredite
		Maschinen zur Erstellung von Wirtschaftsgütern <sup>3)</sup>	Lastkraftwagen, Zugmaschinen, Anhänger	handwerkliche und berufliche Einrichtungen	Bekleidung, Textilhausrat	Fahrräder, Nähmaschinen, Schreibmaschinen	hauswirtschaftl. Maschinen und Geräte <sup>4)</sup>	Möbel	Personenkraftwagen und Motorräder	Rundfunk- und Fernsehgeräte	sonstiges	
Mio DM												
1960 2. Vj. <sup>5)</sup>	1 065.3	58.0	116.3	33.4	160.0	13.9	86.0	111.1	347.6	59.8	79.2	175.0
3. -	964.0	65.1	96.0	30.2	130.3	12.7	88.2	117.2	308.6	66.8	78.8	155.8
4. -	1 234.5	71.4	117.2	35.7	243.3	13.5	101.9	148.0	310.7	98.9	93.9	252.7
1961 1. Vj.	989.8	65.9	127.8	30.1	106.1	12.6	73.8	107.3	322.1	71.9	72.2	310.7
2. -	1 177.4	86.0	148.4	35.3	145.7	12.9	87.7	122.4	379.4	85.7	95.9	258.4
3. -	1 108.4	101.1	120.3	31.0	122.8	11.9	94.2	126.9	341.1	67.5	91.6	246.7
4. -	1 281.1	93.2	126.2	39.5	219.8	11.8	103.4	164.1	318.8	93.9	110.4	308.7
1962 1. Vj.	1 009.5	85.6	130.5	30.6	104.5	8.3	79.4	113.2	309.2	69.9	78.3	348.9
Durchschnittlicher Kreditbetrag in DM												
1960 2. Vj. <sup>5)</sup>	718	10 944	12 245	3 614	214	488	382	904	2 577	656	725	4 730
3. -	756	11 229	12 420	3 728	220	486	380	952	2 689	659	764	4 630
4. -	647	11 775	12 148	3 467	240	412	393	894	2 913	704	567	4 747
1961 1. Vj.	854	12 518	13 029	4 115	213	378	401	932	2 900	723	755	4 917
2. -	816	12 439	13 798	3 799	220	396	408	964	2 888	695	626	4 915
3. -	875	13 508	13 344	4 142	237	435	409	994	2 882	737	708	5 074
4. -	727	12 457	12 726	3 936	248	423	408	974	3 143	739	658	5 169
1962 1. Vj.	942	14 536	13 795	4 249	236	408	417	1 004	3 198	756	831	5 295

<sup>1)</sup> Abweichend von der übrigen Kreditstatistik (auch der Tabelle a)) wird in dieser Tabelle nicht der Stand der ausstehenden Kredite zugrunde gelegt, sondern der Gesamtbetrag der im jeweiligen Zeitabschnitt neu in Anspruch genommenen Teilzahlungskredite. — <sup>2)</sup> Einschließlich Barkredite. — <sup>3)</sup> Z. B. Textil-, landwirtschaftliche Maschinen. — <sup>4)</sup> Z. B. Öfen, Staubsauger, Waschmaschinen usw. — <sup>5)</sup> Von 1960 an einschließlich Saarland.

c) Kleinkredite<sup>1) 2)</sup> nach Bankengruppen  
Mio DM

Monatsende	Alle Bankengruppen	Kreditbanken					Girozentralen	Sparkassen	Kreditgenossenschaften			Übrige Bankengruppen <sup>4)</sup>
		insgesamt	Großbanken <sup>3)</sup>	Staats-, Regional- und Lokalbanken	Privatbankiers	Spezial-, Haus- und Branchenbanken			insgesamt	gewerbliche Kreditgenossenschaften	ländliche Kreditgenossenschaften	
1959 Dez.	868.4	298.2	238.3	49.9	9.4	0.6	1.8	399.3	169.0	151.0	18.0	0.0
1960 Dez. <sup>5)</sup>	886.8	301.3					1.8	410.9	172.7	153.5	19.2	0.0
1961 Dez. <sup>5)</sup>	1 146.0	458.7	357.3	77.9	22.2	1.3	2.2	488.1	197.0	169.3	27.7	0.0
1961 Juni	1 269.3	528.6	419.3	89.2	18.6	1.5	2.1	530.1	208.3	180.0	28.3	0.0
1961 Juli	1 292.5	537.8	427.6	91.8	16.9	1.5	2.2	539.0	213.6	184.3	29.3	0.0
1961 Aug.	1 316.1	551.0	436.7	93.4	17.4	1.5	2.2	548.9	214.0	185.2	28.8	0.0
1961 Sept.	1 325.3	558.6	445.8	94.1	17.2	1.5	2.2	550.0	214.0	185.9	28.6	0.0
1961 Okt.	1 357.7	570.8	456.4	95.5	17.4	1.5	2.3	566.8	217.7	188.5	29.2	0.0
1961 Nov.	1 380.8	580.9	465.1	96.8	17.4	1.6	2.3	584.1	223.4	193.7	29.7	0.0
1961 Dez.	1 408.2	589.5	472.5	97.1	18.3	1.6	2.7	592.0	224.0	194.3	29.7	0.0
1962 Jan.	1 396.2	582.5	469.7	94.3	17.0	1.5	2.7	592.2	218.7	186.3	32.4	0.0
1962 Febr.	1 400.9	588.9	474.7	95.9	16.8	1.5	2.8	598.3	210.9	181.4	29.5	0.0
1962 März	1 429.5	603.1	487.1	97.5	17.0	1.5	2.8	604.8	218.8	188.1	30.7	0.0
1962 April	1 450.3	621.3	502.4	99.9	17.4	1.6	2.8	605.7	220.5	189.3	31.2	0.0
1962 Mai	1 527.8	646.3	524.1	102.8	17.8	1.6	2.9	653.3	225.3	193.4	31.9	0.0

<sup>1)</sup> Als Kleinkredite gelten alle mittelfristigen Darlehen mit vereinbarter Tilgung, deren ursprünglicher Auszahlungsbetrag 2 000,— DM nicht übersteigt. — <sup>2)</sup> Ohne Barkredite der Teilzahlungskreditinstitute; s. auch Anm. <sup>3)</sup> zu Tabelle 3. a). — <sup>3)</sup> Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — <sup>4)</sup> Zentralkassen, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben. <sup>5)</sup> Von 1960 an einschließlich Saarland. Die Zahlenreihen wurden im Dezember 1959 verknüpft (1. Dezember-Termin: ohne Saarland, 2. Dezember-Termin: einschließlich Saarland), soweit möglich und erforderlich auch bei den einzelnen Bankengruppen.

















der Kreditinstitute \*)

DM Passiva

Table with multiple columns: Eigene Akzepte im Umlauf, Schuldverschreibungen im Umlauf, Aufgenommene langfristige Darlehen, Durchlaufende Kredite, Grund- und Stammkapital, Sonstige Rückstellungen, Sonstige Passiva, Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Eigene Zielhungen im Umlauf, Indossamentverbindlichkeiten, Bei der Deutschen Bundesbank, Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder, Jahres- oder Monatsende.

Alle Bankengruppen 1)

Table showing financial data for all banking groups from 1949 to 1962. Columns include various financial metrics and corresponding months.

Kreditbanken

Table showing financial data for credit banks from 1958 to 1962.

Großbanken \*)

Table showing financial data for large banks from 1958 to 1962.

Staats-, Regional- und Lokalbanken \*)

Table showing financial data for state, regional, and local banks from 1958 to 1962.

Privatbankiers \*)

Table showing financial data for private bankers from 1958 to 1962.

Spezial-, Haus- und Branchebanken \*)

Table showing financial data for special, home, and branch banks from 1958 to 1962.

änderungen sind im allgemeinen auf Fusion, Liquidation oder Neugründung von Instituten zurückzuführen. Soweit es sich um größere Institute oder eine größere Zahl von Instituten... (Detailed explanatory text regarding financial changes and reporting procedures.)

















2. Zahl der Kreditinstitute  
und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen \*)

Stand Ende Dezember 1961

Bankengruppen	Gesamtzahl der Kreditinstitute	davon berichten im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen	Die im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstitute verteilen sich nach ihrer Bilanzsumme <sup>1)</sup> auf folgende Größenklassen:									
			unter 500 Tsd DM	500 Tsd DM bis unter 1 Mio DM	1 Mio DM bis unter 5 Mio DM	5 Mio DM bis unter 10 Mio DM	10 Mio DM bis unter 25 Mio DM	25 Mio DM bis unter 50 Mio DM	50 Mio DM bis unter 100 Mio DM	100 Mio DM bis unter 500 Mio DM	500 Mio DM bis unter 1 Mrd DM	1 Mrd DM und mehr
Kreditbanken	364	346	17	18	73	44	53	39	34	48	10	10
Großbanken <sup>2)</sup>	6	6	—	—	—	—	—	—	—	1	2	3
Staats-, Regional- und Lokalbanken	93	93	—	1	8	8	18	10	13	23	5	7
Privatbankiers	230	212	17	15	56	33	31	24	16	18	2	—
Spezial-, Haus- und Branchebanken	35	35	—	2	9	3	4	5	5	6	1	—
Girozentralen	12	12	—	—	—	—	—	—	—	—	1	11
Sparkassen	866	866	—	—	20	86	220	222	188	107	18	5
Zentralkassen	18	18	—	—	—	—	—	2	—	14	2	—
Gewerbliche Zentralkassen	5	5	—	—	—	—	—	—	—	4	1	—
Ländliche Zentralkassen	13	13	—	—	—	—	—	2	—	10	1	—
Kreditgenossenschaften	11 509	2 239	6	8	1 351	507	276	63	19	9	—	—
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	766	759	6	7	218	229	215	59	17	8	—	—
Ländliche Kreditgenossenschaften	10 743	1 480	—	1	1 133	278	61	4	2	1	—	—
Hypothekenbanken und Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	47	47	—	—	—	1	8	2	2	11	12	11
Private Hypothekenbanken	29	29	—	—	—	1	3	1	2	7	11	4
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	18	18	—	—	—	—	5	1	—	4	1	7
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	25	25	1	—	1	2	3	—	2	5	3	8
Teilzahlungskreditinstitute	265	235	24	23	90	25	31	22	12	7	1	—
Sonstige Kreditinstitute	58	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Postscheck- und Postsparkassenämter	15	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
insgesamt <sup>3)</sup>	13 179	3 803	48	49	1 535	665	591	350	257	201	47	45

<sup>1)</sup> Einschließlich Saarland. — <sup>2)</sup> In der Zwischenbilanz ausgewiesene Bilanzsumme zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und den Kreditnehmern abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf. — <sup>3)</sup> Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — <sup>4)</sup> In den kursiv gedruckten Zahlen sind die Postscheck- und Postsparkassenämter nicht enthalten.



2. Zinssätze

a) Diskont- und Lombardsätze der Deutschen Bundesbank \*) sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreservesolls

Gültig ab	Diskontsatz <sup>2)</sup>	Lombardsatz	Sonderzins für Kreditinstitute bei Unterschreitung des Mindestreservesolls
	% p. a.	% p. a.	% p. a. über Lombardsatz
1948 1. Juli	5	6	1
1. Dez.			3
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2	
14. Juli	4	5	
1950 27. Okt.	6 <sup>3)</sup>	7	
1. Nov.			1
1951 1. Jan.			3
1952 29. Mai	5 <sup>4)</sup>	6	
21. Aug.	4 1/2	5 1/2	
1953 8. Jan.	4	5	
11. Juni	3 1/2	4 1/2	
1954 20. Mai	3	4	
1955 4. Aug.	3 1/2	4 1/2	
1956 8. März	4 1/2	5 1/2	
19. Mai	5 1/2 <sup>5)</sup>	6 1/2	
6. Sept.	5	6	
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2	
19. Sept.	4	5	
1958 17. Jan.	3 1/2	4 1/2	
27. Juni	3	4	
1959 10. Jan.	2 <sup>2)</sup>	3 <sup>3)</sup>	
4. Sept.	3	4	
23. Okt.	4	5	
1960 3. Juni	5	6	
11. Nov.	4	5	
1961 20. Jan.	3 1/2	4 1/2	
5. Mai	3	4	

\*) Bis 31. 7. 1957 Sätze der Bank deutscher Länder bzw. der Landeszentralbanken.

<sup>1)</sup> Zugleich Zinssatz für Kassenkredite an die öffentliche Hand und an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (s. auch Anm. <sup>2)</sup> und <sup>4)</sup>). Der Diskontsatz für Wechsel, die auf fremde Valuta lauten, wurde gemäß ZBR-Beschluß vom 3. August 1948 zunächst einheitlich auf 3 % festgesetzt. Mit Beschluß vom 9./10. November 1949 ermächtigte der Zentralbankrat das Direktorium, für solche Wechsel unterschiedliche Sätze in Anlehnung an die Diskontsätze der ausländischen Notenbanken festzusetzen. Das gleiche galt für DM-Wechsel, die im Ausland akzeptiert worden sind (ZBR-Beschluß vom 22./23. März 1950), und für Exporttratten (ZBR-Beschluß vom 15./16. November 1950 und vom 23./24. Mai 1951) (vgl. auch Anm. <sup>2)</sup>). — <sup>2)</sup> Solawechsel aus der Exportförderungsaktion der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden nach der Diskonterhöhung vom 27. Oktober 1950 weiterhin zum Vorzugsatz von 4 % diskontiert (ZBR-Beschluß vom 29./30. November 1950); diese Zinsvergünstigung wurde durch ZBR-Beschluß vom 7./8. November 1951 aufgehoben und konnte nur noch für Solawechsel aus Krediten in Anspruch genommen werden, die bis einschließlic 7. November 1951 gewährt oder zugesagt waren. — <sup>3)</sup> Lt. ZBR-Beschluß vom 20. Dezember 1950 wurde der Zinssatz für Kassenkredite an die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit Wirkung vom 27. Oktober 1950, soweit es sich um Kredite an die Landwirtschaft, an die Seeschifffahrt und für den Wohnungsbau handelte, auf 4 1/2 %, soweit es sich um Kredite für sonstige Verwendungszwecke handelte, auf 5 1/2 % festgesetzt. — <sup>4)</sup> Seit 29. Mai 1952 bestand nur noch die in Anmerkung <sup>2)</sup> erwähnte Sonderregelung für die zur Finanzierung der Landwirtschaft, der Seeschifffahrt und des Wohnungsbaues bestimmten Kredite, die bis zu ihrer Abwicklung mit 4 1/2 % abgerechnet wurden. — <sup>5)</sup> Ab 19. Mai 1956 auch Diskontsatz für Auslandswechsel, Auslandschecks, DM-Akzente von Ausländern und Exporttratten.

b) Sätze der Deutschen Bundesbank für US-Dollar-Swaps mit inländischen Kreditinstituten <sup>1)</sup>

Gültig ab	Mindest- u. Höchstfristen (Monate)	Deport (-), Report (+) <sup>2)</sup> in % p. a.
1958 6. Oktober	1—3	pari
1959 23. Jan.	1—3	— 1/8
12. Febr.	1—3	— 1/4
6. März	1—3	— 3/8
1. Juni	1—3	— 1/2
8. Juli	1—3	— 5/8
11. Juli	1—3	— 3/4
17. Juli	1—3	— 7/8
24. Okt.	1—6	— 1/2
29. Okt.	1	— 1/4
	2—6	— 1/4
3. Nov.	1	— 1/2
	2—6	— 1/4
18. Nov.	1	— 1/2
	2—6	pari
1. Dez.	1—6	pari
1960 11. Jan.	2—6	pari
14. Jan.	3—6	pari
24. Aug.	1/2—6	+1
26. Sept.	1/2—6	+1 1/2
1961 20. Jan.	1/2—6	+1
3. Febr.	1/2—6	+ 1/2
9. Febr.	1/2—6	+ 1/4
13. Febr.	1/2—6	pari
14. Aug.	1—6	— 1/4
15. Dez.	1—6	pari
1962 2. Jan.	1—6	— 1/4
8. Jan.	1—6	— 3/8
10. Jan.	1—6	— 1/2
14. Febr.	2—6	— 1/2
8. März	1—6	— 1/2
30. März	1—2	— 1/2
	über 2—6	— 1/4
16. Juli	1—2	— 3/4
	über 2—6	— 1/2
1. Aug.	1—2	—1
	über 2—6	— 3/4

<sup>1)</sup> Für Geldanlagen im Ausland, in der Zeit vom 24. August bis 11. November 1960 auch zur Erleichterung von Einfuhr- und Transithandelsfinanzierungen. — <sup>2)</sup> Deport = Abschlag, Report = Aufschlag, um den der Rückkaufkurs vom Abgabekurs (Kassa-Mittel-Kurs) abweicht; pari = Übereinstimmung von Rückkaufkurs und Abgabekurs.

c) Sätze der Deutschen Bundesbank für den Verkauf von Geldmarktpapieren am offenen Markt (% p. a.)

Gültig ab	Schatzwechsel des Bundes und der Bundesbahn mit Laufzeit von		Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes der Bundesbahn und der Bundespost mit Laufzeit von				Vorratsstellen-Wechsel mit Laufzeit von	
	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen	1/2 Jahr	1 Jahr	1 1/2 Jahren	2 Jahren	30 bis 59 Tagen	Tagen 60 bis 90
	1959 10. Jan.	2 1/8	2 1/4	2 1/2	2 5/8	2 7/8	3 1/8	2 1/4
9. April	2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3	2 1/4	2 3/4
15. April	1 7/8	2	2 1/4	2 3/8	2 3/8	2 7/8	2	2 1/2
4. Sept.	2 1/2	2 1/2	2 3/4	3	3 1/4	3 1/2	2 1/2	2 5/8
23. Sept.	2 1/2	2 3/4	2 7/8	3	3 1/4	3 1/2	2 5/8	2 3/4
30. Sept.	2 5/8	2 3/4	3	3 1/8	3 3/8	3 3/8	2 5/8	2 7/8
16. Okt.	2 1/2	2 5/8	2 7/8	3 1/8	3 3/8	3 5/8	2 5/8	2 3/4
23. Okt.	3 1/2	3 3/8	3 3/8	4 1/8	4 1/4	4 1/4	3 3/8	3 3/4
28. Okt.	3 1/2	3 3/8	3 3/8	4 1/8	4 1/4	4 1/4	3 3/8	3 3/4
21. Dez.	3 3/8	3 3/4	4	4 1/4	4 3/8	4 1/2	3 3/4	3 7/8
1960 29. Febr.	3 3/4	3 7/8	4 1/8	4 3/8	4 1/2	4 5/8	3 7/8	4
3. März	3 7/8	4	4 1/4	4 1/2	4 3/8	4 3/4	4	4 1/8
3. Juni	4 1/4	4 7/8	5 1/8	5 1/4	5 3/8	5 3/4	4 7/8	5
2. Nov.	4 5/8	4 3/4	5	5 1/8	5 1/4	5 3/8	4 3/4	4 7/8
3. Nov.	4 3/4	4 1/2	4 3/4	4 7/8	5	5 1/8	4 1/2	4 3/4
11. Nov.	3 7/8	4	4 1/4	4 3/8	4 1/2	4 5/8	4	4 1/8
20. Dez.	3 3/8	3 3/4	4	4 1/8	4 1/4	4 3/8	3 3/4	3 7/8
1961 20. Jan.	3 1/2	3 3/4	3 1/2	3 3/8	3 3/4	3 7/8	3 1/2	3 3/8
9. Febr.	3	3 3/8	3 3/8	3 1/2	3 3/8	3 3/4	3 1/2	3 3/4
14. Febr.	2 7/8	3	3 3/4	3 3/8	3 3/8	3 3/8	3	3 3/8
3. März	2 3/4	2 7/8	3 3/8	3 1/4	3 3/8	3 1/2	2 7/8	3
8. März	2 5/8	2 3/4	3	3 3/8	3 1/4	3 3/8	2 3/4	2 7/8
17. März	2 1/2	2 3/4	2 7/8	3	3 3/8	3 3/8	2 3/4	2 3/4
23. März	2 3/8	2 1/2	2 3/4	2 7/8	3	3 1/8	2 1/2	2 3/8
26. April	2 1/4	2 3/8	2 3/4	2 3/4	2 7/8	3	2 3/8	2 3/4
5. Mai	2 1/2	2 1/4	2 1/2	2 3/8	2 3/4	2 7/8	2 1/4	2 3/8
4. Okt.	2	2 1/8	2 1/2	2 1/2	2 3/8	2 3/4	2 1/8	2 1/4
20. Okt.	1 7/8	2	2 1/8	2 1/2	2 3/8	2 3/4	2	2 1/8
1962 4. Jan.	1 3/4	1 7/8	2 1/4	2 3/8	2 3/8	2 3/4	1 7/8	2
30. März	1 7/8	2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2	2 1/8
13. April	2	2 1/8	2 1/2	2 3/8	2 3/8	2 3/8	2	2 1/4
6. Juni	2 1/8	2 1/4	2 3/8	2 3/4	3	3 1/8	2 1/4	2 3/8
16. Juli	2 1/4	2 3/8	2 3/4	2 7/8	3 1/8	3 1/4	2 3/8	2 1/2

d) Privatkontosätze % p. a.

Gültig ab	Privatkonten mit einer Restlaufzeit von	
	30 bis 59 Tagen (kurze Sicht) Mittelsatz	60 bis 90 Tagen (lange Sicht) Mittelsatz
1962 Jan. 2.		2 3/4
3.		2 1/2
4.		2 1/8
29.		2 3/8
Febr. 1.		2 1/2
5.		2 3/8
12.		2 1/4
28.		2 3/8
März 1.		2 1/2
9.		2 1/4
15.		2 1/2
16.		2 3/4
19.		2 7/8
April 9.		2 3/4
11.		2 1/2
24.		2 3/8
25.		2 7/8
Mai 7.		2 3/4
8.		2 5/8
10.		2 1/2
16.		2 3/8
22.		2 1/2
Juni 1.		2 3/4
5.		2 7/8
Juli 10.		2 3/4
23.		2 7/8

noch: 2. Zinssätze  
e) Geldmarktsätze<sup>1)</sup> in Frankfurt (Main) nach Monaten  
‰ p. a.

Zeit	Tagesgeld <sup>2)</sup>	Monatsgeld <sup>2)</sup>	Dreimonatsgeld <sup>2)</sup>	Zeit	Tagesgeld <sup>2)</sup>	Monatsgeld <sup>2)</sup>	Dreimonatsgeld <sup>2)</sup>
1959				1961			
Jan.	2 — 2 1/4	2 1/8 — 2 1/8	2 1/4 — 3	Jan.	3 — 4 1/8	4 1/8 — 4 1/8	4 1/8 — 4 7/8
Febr.	2 1/8 — 3 1/8	2 1/8 — 2 1/8	2 1/4 — 3	Febr.	2 1/8 — 4 1/8	3 1/4 — 4 1/8	3 1/8 — 4 1/8
März	2 — 2 7/8	2 1/8 — 3	2 7/8 — 3 1/8	März	2 1/2 — 4 1/4	3 1/4 — 4	3 1/8 — 4
April	1 3/4 — 2 7/8	2 1/4 — 2 1/4	2 1/2 — 2 7/8	April	2 1/8 — 3 1/8	3 — 3 1/4	3 1/4 — 3 1/8
Mai	2 1/4 — 2 7/8	2 1/8 — 2 1/4	2 1/4 — 2 7/8	Mal	2 1/8 — 3 1/8	3 — 3 1/4	3 1/8 — 3 1/4
Juni	2 — 3	2 1/8 — 2 1/4	2 1/4 — 3	Juni	1 7/8 — 3 1/4	2 7/8 — 3 1/8	3 — 3 1/4
Juli	1 1/4 — 2 1/4	2 1/8 — 2 1/8	2 1/2 — 2 7/8	Juli	2 1/8 — 3 1/8	3	3 1/8 — 3 1/4
Aug.	2 1/8 — 2 1/4	2 1/8 — 2 1/8	2 1/8 — 2 1/4	Aug.	1 1/4 — 3 1/8	2 1/8 — 3	3 — 3 1/8
Sept.	2 1/8 — 3 1/8	2 1/8 — 3	2 7/8 — 3 1/4	Sept.	2 1/8 — 3 1/8	2 7/8 — 3 1/8	3 — 3 1/8
Okt.	1 1/2 — 3 1/4	2 1/4 — 3 1/4	3 1/2 — 4	Okt.	1 1/4 — 3 1/8	2 1/8 — 3	3 7/8 — 4 1/4
Nov.	3 1/4 — 4 1/8	3 1/8 — 4 1/8	4 1/8 — 4 1/4	Nov.	2 1/8 — 3 1/4	2 1/8 — 2 7/8	3 1/2 — 3 7/8
Dez.	3 — 4 1/8 <sup>3)</sup>	4 1/4 — 4 1/8	4 1/8 — 4 7/8	Dez.	2 1/8 — 3 1/8 <sup>3)</sup>	4 — 4 1/4	3 1/8 — 4
1960				1962			
Jan.	3 1/4 — 4 1/8	3 7/8 — 4 1/4	4 1/4 — 4 1/8	Jan.	1 1/4 — 2 1/4	2 1/8 — 2 7/8	2 1/4 — 3 1/8
Febr.	3 1/8 — 4 1/4	4 1/8 — 4 1/4	4 1/8 — 4 1/8	Febr.	1 1/4 — 2 7/8	2 1/2 — 2 3/4	2 1/4 — 3
März	3 1/2 — 4 1/8	4 1/8 — 4 1/4	4 1/8 — 4 7/8	März	2 1/8 — 3 7/8	2 1/8 — 3 1/8	2 7/8 — 3 1/4
April	3 1/2 — 4 1/8	4 1/4 — 4 1/2	4 1/2 — 4 3/4	April	2 1/4 — 3 1/4	2 3/4 — 3	3 — 3 1/8
Mai	3 1/2 — 4 1/4	4 1/4 — 4 1/8	4 1/2 — 4 1/4	Mal	1 7/8 — 3 1/4	2 1/4 — 3	3 — 3 1/8
Juni	4 1/4 — 5 1/4	4 1/8 — 5 1/2	4 1/8 — 5 1/8	Juni	2 1/4 — 3 7/8	2 7/8 — 3 1/4	3 1/8
Juli	4 — 5 1/8	5 1/8 — 5 1/8	5 1/2 — 5 1/4				
Aug.	4 1/8 — 5 1/8	5 1/4 — 5 1/8	5 1/8 — 5 1/2				
Sept.	4 7/8 — 5 1/8	5 1/8 — 5 1/8	5 1/2 — 5 1/4				
Okt.	4 1/4 — 5 7/8	5 1/4 — 5 1/2	5 7/8 — 6 1/4				
Nov.	4 — 5 1/8	4 1/8 — 5 1/8	5 1/8 — 6				
Dez.	3 1/2 — 5 1/8 <sup>4)</sup>	5 1/4 — 5 1/4	5 — 5 1/8				

<sup>1)</sup> Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert. Die hier bekanntgegebenen Sätze sind durch Rückfrage am Frankfurter Bankplatz ermittelt worden. Sie können als repräsentativ angesehen werden. — <sup>2)</sup> Jeweils niedrigster und höchster Satz während des Monats. — <sup>3)</sup> Ultimogeld 5 — 5 1/8 ‰. — <sup>4)</sup> Ultimogeld 5 1/2 — 5 3/4 ‰. — <sup>5)</sup> Ultimogeld 4 1/2 — 4 7/8 ‰.

f) Tagesgeldsätze<sup>1)</sup> in Frankfurt (Main) nach Bankwochen  
‰ p. a.

Zeit	1959		1960		1961		1962	
	Niedrigster Satz	Höchster Satz						
Jan. 1. — 7.	2	2 1/4	3 1/8	4 1/8	3 7/8	4 1/8	1 1/4	2 1/4
8. — 15.	2	2 1/8	3 1/8	4 1/8	4 1/8	4 1/8	1 1/4	1 1/8
16. — 23.	2	2 1/8	3 1/8	4 1/8	4 1/8	4 1/8	1 1/8	1 1/4
24. — 31.	2	2 1/4	3 1/4	3 7/8	3	4 1/4	1 1/8	2 1/4
Febr. 1. — 7.		2 1/8	4	4 1/8	3 7/8	4 1/8	2 1/8	2 7/8
8. — 15.	2 1/8	2 1/2	3 1/8	4 1/8	2 1/8	3 1/8	1 1/8	2 1/8
16. — 23.	2 1/8	2 1/8	3 1/8	3 7/8	2 1/8	3 1/8	1 1/4	1 1/8
24. — 28.	2 1/2	3 1/2	3 1/4	4 1/4	3 1/8	3 7/8	3 1/8	2 7/8
März 1. — 7.	2 1/4	2 7/8	4 1/8	4 1/8	3 7/8	4 1/8	2 1/8	3 1/8
8. — 15.	2 1/8	2 1/8	4 1/4	4 1/2	2 7/8	3 7/8	2 1/8	2 1/8
16. — 23.	2 1/8	2 1/8	4 1/4	4 1/8	2 1/8	3	3	3 1/8
24. — 31.	2	2 1/8	3 1/2	4 1/8	2 1/2	3	2 1/8	3 7/8
April 1. — 7.	2 1/4	2 1/4	4 1/8	4 1/8	3 1/8	3 1/8	2 1/8	3 1/8
8. — 15.	1 7/8	2 1/4	4	4 1/4	3 1/8	3 1/4	2 1/4	2 1/8
16. — 23.	1 1/4	2	3 1/2	4	2 1/8	3 1/8	2 1/8	2 1/2
24. — 30.	1 1/4	2 7/8	3 1/8	4	2 1/8	3	2 1/4	3 1/4
Mai 1. — 7.		2 1/4	4	4 1/4	2 7/8	3 1/8	2 1/8	3 1/4
8. — 15.	2 1/2	2 1/8	3 7/8	4		3	2 1/8	2 1/8
16. — 23.	2 1/8	2 7/8	3 7/8	4	3	3 1/8	2 1/8	2 1/2
24. — 31.	2 1/4	2 1/4	3 1/2	4	2 1/8	3	1 7/8	2 1/4
Juni 1. — 7.	2 1/2	2 1/4	4 1/4	4 7/8	2 1/8	3 1/8	2 1/8	3
8. — 15.	2	2 1/8	4 1/8	5	1 7/8	2 1/8	2 1/8	2 7/8
16. — 23.	2	2 1/4	5	5 1/4	2	2 7/8	2 1/8	3 1/4
24. — 30.	2 1/4	3	5	5 1/4	2 1/2	3 1/4	3 1/4	3 7/8
Juli 1. — 7.	2 1/8	2 1/4	5 1/8	5 1/8	2 7/8	3	3	3 1/4
8. — 15.	2 1/4	2 1/8	4 7/8	5 1/8	3	3 1/8	3	3
16. — 23.	2 1/8	2 1/8	4 1/4	5 1/8	2 1/8	3 1/8	2 1/8	3 1/8
24. — 31.	1 1/4	2 1/4	4	4 1/4	2 1/8	2 1/4	2 1/4	3
Aug. 1. — 7.	2 1/8	2 1/2	5	5 1/8	2 7/8	3 1/8	3 1/8	3 1/8
8. — 15.		2 1/8	4 7/8	5	2 1/8	2 1/4	2 1/8	2 1/8
16. — 23.	2 1/4	2 1/8	4 1/8	5	2	2 1/8	2 1/8	2 1/8
24. — 31.	2 1/4	2 1/8	4 1/8	4 7/8	1 3/4	2		
Sept. 1. — 7.	2 1/8	2 7/8	5 1/8	5 1/8	2 1/8	3	2 1/8	3 1/8
8. — 15.	2 1/8	2 1/8	5 1/8	5 1/8	2 1/8	2 1/4	3	3 1/8
16. — 23.	2 1/8	2 7/8	5 1/8	5 1/8	2 1/8	2 1/8	3	3 1/8
24. — 30.	2 1/8	3 1/8	4 1/8	5 1/8	3	3 1/4	3 1/4	3 1/8
Okt. 1. — 7.	2 7/8	3 1/8	5	5 1/8	2 1/8	3 1/8	2 1/8	3 1/8
8. — 15.	2 1/8	2 7/8	5 1/8	5 1/8	2 1/8	2 1/8	2 1/8	2 1/8
16. — 23.	1 1/2	2 1/8	5 1/8	5 1/8	1 1/4	2 1/4	2 1/8	2 1/8
24. — 31.	1 1/2	3 1/4	4 1/8	5 1/8	1 1/4	2 1/8	2 1/8	2 1/8
Nov. 1. — 7.	3 1/8	4	5 1/8	5 1/8	2 1/8	2 1/8	2 1/8	2 1/8
8. — 15.	3 7/8	4	4 1/4	5 1/4	2 1/8	2 1/8	2 1/8	2 1/8
16. — 23.	4	4 1/8	4 1/8	5	2 1/8	3	3	3
24. — 30.	3 7/8	4 1/8	4 1/8	5 1/8	2 1/8	3 1/4	3 1/4	3 1/4
Dez. 1. — 7.	3 7/8	4 1/8	4 1/4	5 1/8	2 1/8	3 1/8	2 1/8	3 1/8
8. — 15.	3 1/4	4	4 1/2	4 7/8	2 1/8	2 7/8	2 1/8	2 1/8
16. — 23.	3 1/4	4 1/8	3 1/4	4 1/4	2 7/8	3 1/2	3 1/2	3 1/2
24. — 30.	3	3 7/8	3 1/2	4	2 7/8	3 1/2	3 1/2	3 1/2
Ultimogeld	5	5 1/8	5 1/2	5 3/4	4 1/2	4 7/8		

<sup>1)</sup> Tagesgeldsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert. Die hier bekanntgegebenen Sätze sind durch Rückfrage am Frankfurter Bankplatz ermittelt worden. Sie können als repräsentativ angesehen werden.

	Baden-Württemberg <sup>2)</sup>		Bayern <sup>2)</sup>		Berlin <sup>2)</sup>		Bremen <sup>2)</sup>		Hamburg <sup>2)</sup>	
Sollzinsen in % p. a.										
D = Diskontsatz, zur Zeit 3      L = Lombardsatz, zur Zeit 4										
<b>Kreditkosten</b>										
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
a) zugesagte Kredite <sup>4)</sup>										
Zinsen	L + 1/2 %	7 1/2	L + 1/2 %	7 1/2	L + 1/2 %	7 1/2	L + 1/2 %	7 1/2	L + 1/2 %	7 1/2
Kreditprovision	1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.	
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	L + 1/2 %	9	L + 1/2 %	10	L + 1/2 %	9	L + 1/2 %	9	L + 1/2 %	9
Überziehungsprovision	1/8 % p. T.		1/8 % p. T.		1/8 % p. T.		1/8 % p. T.		1/8 % p. T.	
2. Akzeptkredite (Normalkonditionen)										
Zinsen	D + 1/2 %	6 1/2	D + 1/2 %	6 1/2	D + 1/2 %	6 1/2	D + 1/2 %	6 1/2	D + 1/2 %	6 1/2
Akzeptprovision	1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.	
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von 20 000,— DM und höher										
Zinsen	D + 1/2 %	5	D + 1 1/2 %	5 7/10	D + 1 %	5 1/2	D + 1/2 % - 1 %	5-5 1/2	D + 1 %	5 1/2
Diskontprovision	1/8 % p. M.		1 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.	
b) Abschnitte von 5 000,— DM bis unter 20 000,— DM										
Zinsen	D + 1/2 %	5	D + 1 1/2 %	5 7/10	D + 1 %	5 1/2	D + 1/2 % - 1 %	5-5 1/2	D + 1 %	5 1/2
Diskontprovision	1/8 % p. M.		1 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.	
c) Abschnitte von 1 000,— DM bis unter 5 000,— DM										
Zinsen	D + 1 %	5 1/2	D + 1 1/2 %	6	D + 1 %	6	D + 1/2 % - 1 %	5 1/2-6	D + 1 %	6
Diskontprovision	1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.	
d) Abschnitte unter 1 000,— DM										
Zinsen	D + 1 %	6	D + 1 1/2 %	6 1/2	D + 1 %	7	D + 1/2 % - 1 %	6 1/2-7	D + 1 %	7
Diskontprovision	1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.	
4. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung	
Kreditprovision										
5. Umsatzprovision	keine Angabe		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung	
6. Mindestdiskontspesen	2,— DM		2,— DM		2,— DM		2,— DM		2,— DM	
7. Domizilprovision	1/2 %/o mind. —,50 DM		nicht festgesetzt		nicht festgesetzt		1/2 %/o		nicht festgesetzt	
Habenzinsen <sup>7)</sup> in % p. a.										
<b>Einlagenzinssätze</b>										
1. für täglich fällige Gelder										
a) in provisionsfreier Rechnung	3/8		3/8		3/8		3/8		3/8	
b) in provisionspflichtiger Rechnung	3/4		3/4		3/4		3/4		3/4	
2. Spareinlagen										
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3 1/4		3 1/4		3 1/4		3 1/4		3 1/4	
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist <sup>8)</sup>										
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2	
2) von 12 Monaten und darüber	4		4		4		4		4	
3. für Kündigungsgelder										
mit einer Kündigungsfrist von										
a) 1 bis weniger als 3 Monaten	1 3/4		1 3/4		1 3/4		1 3/4		1 3/4	
b) 3 bis weniger als 6 Monaten	2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4	
c) 6 bis weniger als 12 Monaten	2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4	
d) 12 Monaten und darüber	3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2	
4. Festgelder										
mit einer Laufzeit von										
a) 30 bis 89 Tagen	1 3/4		1 3/4		1 3/4		1 3/4		1 3/4	
b) 90 bis 179 Tagen	2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4	
c) 180 bis 359 Tagen	2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4	
d) 360 Tagen und darüber	3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2	
5. Zinsvoraus <sup>10)</sup>	1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2	

<sup>1)</sup> Zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachung der Bankaufsichtsbehörden der einzelnen Länder über die Festsetzung von Zins- und Provisionssätzen, Sondersätze oder Verin begründeten Fällen mit Genehmigung der zuständigen Bankaufsichtsbehörde zulässig. — <sup>2)</sup> Höchstsätze. — <sup>3)</sup> Der errechnete Gesamtzinssatz stimmt — von der Zubilligung von Minder- so liegen die Kosten für den zugesagten Kredit unter dem angegebenen Satz, während die Kosten für den in Anspruch genommenen Kredit über diesen Satz hinausgehen können. Gemäß Kredit im voraus oder bei stillschweigend gewährtem Kredit vom Höchstzinsaldo berechnet werden. — <sup>4)</sup> Bei Abschnitten unter 1 000,— DM ist unabhängig von den Diskontspesen je der Nichtbankierkundschaft. Als Nichtbankierkundschaft im Sinne des § 3 des Mantelvertrages vom 22. 12. 1936 gelten z. B. auch öffentliche Kassen und Versicherungsunternehmen. — die Kündigung erst nach Ablauf einer Sperrfrist von 6 Monaten zugelassen werden. Diese Sperrfrist beginnt am Tage der Einzahlung. — <sup>10)</sup> Gemäß Beschluß des Sonderausschusses Ban- 40 Mio DM, Kapitalgesellschaften, Privatbankiers und Personalgesellschaften mit einer Bilanzsumme bis zu 60 Mio DM ab April 1954 die festgesetzten Höchstsätze für Habenzinsen

2. Zinssätze

geltenden Soll- und Habenzinsen <sup>1)</sup>

der Kreditinstitute seit 10. Juni 1961, Zinsen für Spareinlagen seit 1. Juli 1961

Hessen <sup>2)</sup>		Niedersachsen <sup>2)</sup>		Nordrhein-Westfalen <sup>2)</sup>		Rheinland-Pfalz <sup>2)</sup>		Saarland		Schleswig-Holstein <sup>2)</sup>	
Sollzinsen in % p. a.											
D = Diskontsatz, zur Zeit 3						L = Lombardsatz, zur Zeit 4					
im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2
L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9
D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2
D + 1/2 % 1/8 % p. M.	5	L + 1/2 % 1/24 % p. M.	5	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	5	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	5	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	5	D + 1 % 1/8 % p. M.	5 1/2
D + 1/2 % 1/8 % p. M.	5 1/2	L + 1/2 % 1/12 % p. M.	5 1/2	D + 1 1/2 % 1/12 % p. M.	5 1/2	D + 1 1/2 % 1/24 - 1/12 % p. M.	5-5 1/2	D + 1 1/2 % 1/12 % p. M.	5 1/2	D + 1 % 1/8 % p. M.	5 1/2
D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	L + 1/2 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 % 1/8 % p. M.	6
D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	L + 1/2 % 1/8 % p. M.	6 1/2 <sup>5)</sup>	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6 <sup>5)</sup>	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6 <sup>5)</sup>	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6 <sup>5)</sup>	D + 1 % 1/4 % p. M.	7 <sup>5)</sup>
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	keine Festsetzung		keine Festsetzung		L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	keine Festsetzung	
Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942				1/8 % pro Semester		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942					
2,— DM 1/2 % p. M. mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 % p. M. mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 % p. M. mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 % p. M. mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 % p. M. mind. —,50 DM		2,— DM nicht festgesetzt	
Habenzinsen <sup>7)</sup> in % p. a.											
3/8	3/8	3/8	3/8	3/8	3/8	3/8	3/8	3/8	3/8	3/8	3/8
3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4
3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4
2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4
2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
1 1/4	1 1/4	1 1/4	1 1/4	1 1/4	1 1/4	1 1/4	1 1/4	1 1/4	1 1/4	1 1/4	1 1/4
2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4
2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2

günstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — <sup>2)</sup> Normalsätze, Überschreitungen kationen abgesehen — mit den effektiven Kreditkosten nur dann überein, wenn der zugesagte Kredit voll in Anspruch genommen wird. Wird die Kreditzusage nur teilweise ausgenutzt, § 2 des Sollzinsabkommens dürfen nämlich die Zinsen nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von 1,— DM bis 2,— DM in Ansatz zu bringen. — <sup>3)</sup> Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — <sup>4)</sup> Diese Höchstsätze gelten gegenüber <sup>5)</sup> Girokonten bis zum Betrage von 10 000,— DM bei den Hamburger Abrechnungsbanken bleiben zinsfrei. — <sup>6)</sup> Bei Hereinahme von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist darf kenauft und den in den Bekanntmachungen der einzelnen Bankaufsichtsbehörden enthaltenen Voraussetzungen dürfen von den Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme bis zu höchstens um die aufgeführten Sätze überschritten werden; ausführliche Bekanntgabe der Sätze siehe umstehende Sondertabelle.

noch: 2. Zinssätze

h) Entwicklung der Soll- und Habenzinsen seit der Währungsreform

Höchst-Sollzinsen \*)

‰ p. a.

Gültig ab	Diskontsatz	Lombardsatz	Kosten für Kredite in laufender Rechnung		Kosten für Akzeptkredite	Kosten für Wechselkredite <sup>2)</sup> in Abschnitten von			
			zugewagte Kredite <sup>1)</sup>	Kontoubersiehungen		20 000 DM und höher	5 000 DM bis unter 20 000 DM	1 000 DM bis unter 5 000 DM	unter 1 000 DM
1948 1. Juli	5	6	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8
1. Sept.			9 1/2	11	8 1/2-9 1/2	7	7 1/2	8	8 1/2
15. Dez.			9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8
14. Juli	4	5	8 1/2	10	7 1/2-8 1/2 <sup>3)</sup>	6	6 1/2	7	7 1/2 <sup>4)</sup>
1950 27. Okt.	6	7	10 1/2	12	9 1/2	8	8 1/2	9	9
1952 29. Mai	5	6	9 1/2	11	8 1/2	7	7 1/2	8	8
21. Aug.	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8
1953 8. Jan.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6	6 1/2	7	7
11. Juni	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	5 1/2	6	6 1/2	6 1/2
1954 20. Mai	3	4	8	9 1/2	6 1/2	5	5 1/2	6	6
1. Juli			7 1/2	9 1/2					
1955 4. Aug.	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	5 1/2	6	6 1/2	6 1/2
1956 8. März	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	7 1/2
19. Mai	5 1/2	6 1/2	10	11 1/2	9	7 1/2	8	8 1/2	8 1/2
6. Sept.	5	6	9 1/2	11	8 1/2	7	7 1/2	8	8
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8 1/2	6 1/2	7	7 1/2	7 1/2
19. Sept.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6	6 1/2	7	7
1958 17. Jan.	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7 1/2	5 1/2	6	6 1/2	6 1/2
27. Juni	3	4	7 1/2	9 1/2	6 1/2	5	5 1/2	6	6
21. Juli			7 1/2	9					
1959 10. Jan.	2 3/4	3 3/4	7 1/2	8 1/2	6 1/2	4 3/4	5 1/2	5 1/2	5 1/2
4. Sept.	3	4	7 1/2	9	6 1/2	5	5 1/2	6	6
23. Okt.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6	6 1/2	7	7
1960 3. Juni	5	6	9 1/2	11	8 1/2	7	7 1/2	8	8
11. Nov.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6	6 1/2	7	7
1961 20. Jan.	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	5 1/2	6	6 1/2	6 1/2
5. Mai	3	4	7 1/2	9	6 1/2	5	5 1/2	6	6

\*) Amtliche Sätze für Kredite an Nichtbanken, die nur in Ausnahmefällen überschritten werden dürfen. Die hier wiedergegebenen Zinssätze sind zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Hessischen Bankaufsichtsbehörde; in den meisten anderen Bundesländern lauten die Sätze gleich. Sie verstehen sich einschließlich Kredit- bzw. Akzept- bzw. Diskontprovisionen, aber ohne Umsatzprovision. — 1) Der errechnete Gesamtzinssatz stimmt — von der Zubilligung von Minderkonditionen abgesehen — mit den effektiven Kreditkosten nur dann überein, wenn der zugewagte Kredit voll in Anspruch genommen wird. Wird die Kreditzusage nur teilweise ausgenutzt, so liegen die Kosten für den zugewagten Kredit unter dem angegebenen Satz, während die Kosten für den in Anspruch genommenen Kredit über diesen Satz hinausgehen können. Gemäß § 2 des Sollzinsabkommens dürfen nämlich die Zinsen nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten Kredit im voraus oder bei stillschweigend gewährtem Kredit vom Höchstsollsaldo berechnet werden. — 2) Ohne Domizilprovision. — 3) Ab 1. 9. 1949 bis 26. 10. 1950 = 7 1/2 ‰. — 4) Ab 1. 9. 1949 bis 26. 10. 1950 = 7 ‰.

Höchst-Habenzinsen \*)

‰ p. a.

Gültig ab	Täglich fällige Gelder		Spareinlagen		Kündigungsgelder <sup>1)</sup>				Festgelder <sup>1)</sup>				Postspareinlagen
	In provisionsfreier Rechnung	In provisionspflichtiger Rechnung	mit gesetzlicher Kündigungsfrist	mit vereinbarter Kündigungsfrist	1 Monat bis weniger als 3 Monate	3 Monate bis weniger als 6 Monate	6 Monate bis weniger als 12 Monate <sup>2)</sup>	12 Monate und darüber <sup>2)</sup>	30 bis 89 Tage	90 bis 179 Tage	180 bis 359 Tage	360 Tage und darüber	
1948 1. Sept.	1	2	2 1/2	3	2 1/4	2 3/4	3	3 1/4	2 1/4	2 3/4	3	3 1/2	2 1/4 <sup>3)</sup>
1949 1. Sept.	1	1 1/2	2 1/2	3	2 1/4	2 1/2	2 1/2	3 1/4	2 1/4	2 1/2	2 1/2	3 1/2	2 1/4
1950 1. Juli	1	1 1/2	2 1/2	3	2 1/4	2 1/2	2 1/2	3 1/4	2 1/4	2 1/2	2 1/2	3 1/2	2 1/4 <sup>4)</sup>
1. Dez.	1	1 1/2	3	3 1/2	3 1/2	3 1/2	4 1/2	4 1/2	3 1/2	3 1/2	4 1/2	4 1/2	3 1/2
1952 1. Sept.	1	1 1/2	3	3 1/2	3 1/2	3 1/2	4 1/2	4 1/2	3 1/2	3 1/2	4 1/2	4 1/2	3 1/2
1953 1. Febr.	1 1/2	1 1/2	3	3 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	3 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	3 1/2	2 1/2
1. Juli	1 1/2	1 1/2	3	3 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	3 1/2	2 1/2
1954 1. Juli	1 1/2	1 1/2	3	3 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	3 1/2	2 1/2
1955 4. Aug.	1 1/2	1 1/2	3	3 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	3 1/2	2 1/2
1956 16. März	1 1/2	1 1/2	3	4	3 1/2	3 1/2	4 1/2	4 1/2	3 1/2	3 1/2	4 1/2	4 1/2	3 1/2
19. Mai	1 1/2	2	3 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	5 1/2	5 1/2	4 1/2	4 1/2	5 1/2	5 1/2	4 1/2
1. Okt.	1 1/2	1 1/2	3 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	5 1/2	5 1/2	4 1/2	4 1/2	5 1/2	5 1/2	4 1/2
1957 1. Febr.	1	1 1/2	3 1/2	4 1/2	3 1/2	3 1/2	4 1/2	4 1/2	3 1/2	3 1/2	4 1/2	4 1/2	3 1/2
17. Okt.	1 1/2	1 1/2	3 1/2	4 1/2	3 1/2	3 1/2	4 1/2	4 1/2	3 1/2	3 1/2	4 1/2	4 1/2	3 1/2
1958 10. Febr.	1 1/2	1	3 1/2	4	2 1/2	2 1/2	3 1/2	3 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	3 1/2	2 1/2
21. Juli	1 1/2	1	3	4	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	3 1/2	2 1/2
20. Nov.	1 1/2	1	3	4	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	3 1/2	2 1/2
1959 1. Febr.	1 1/2	1	3	4	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	3 1/2	2 1/2
20. Nov.	1 1/2	1	3	4	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	3 1/2	2 1/2
1960 1. Jan.	1 1/2	1	3 1/2	4 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/2	4	2 1/2	2 1/2	3 1/2	4	3 1/2
1. Juli	1 1/2	1 1/2	4	5 1/2	3	3 1/2	4	4 1/2	3	3 1/2	4 1/2	4 1/2	3 1/2
15. Dez.	1 1/2	1	4	5 1/2	2 1/2	3	3 1/2	4 1/2	2 1/2	3	3 1/2	4 1/2	3 1/2
1961 1. Jan.	1 1/2	1	4	5 1/2	2 1/2	3	3 1/2	4 1/2	2 1/2	3	3 1/2	4 1/2	3 1/2
15. Febr.	1 1/2	1	4	5 1/2	2 1/2	3	3 1/2	4	2 1/2	3	3 1/2	4	3 1/2
1. April	1 1/2	1	3 1/2	4	2 1/2	2 1/2	3 1/2	4	2 1/2	2 1/2	3 1/2	4	3 1/2
10. Juni	1 1/2	1 1/2	3 1/2	4 1/2	1 1/2	2 1/2	3 1/2	4	1 1/2	2 1/2	3 1/2	4	3 1/2
1. Juli	1 1/2	1 1/2	3 1/2	4	1 1/2	2 1/2	3 1/2	4	1 1/2	2 1/2	3 1/2	4	3 1/2

\*) Amtliche Sätze für Einlagen von Nichtbanken, die nur in Ausnahmefällen überschritten werden dürfen. Die hier wiedergegebenen Sätze sind zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Hessischen Bankaufsichtsbehörde; in den meisten anderen Bundesländern lauten die Sätze gleich. — 1) Für größere Einlagenbeträge (ab 50 000,— DM bzw. 1 000 000,— DM) wurden vom 1. 9. 1949 bis zum 19. 11. 1951 höhere Zinssätze vergütet. — 2) Soweit für Kündigungsgelder mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten und höher höhere Zinssätze als für Festgelder mit der entsprechenden Laufzeit gelten, dürfen die Sätze nur gewährt werden, wenn von der Kündigung bei Einlagen mit Kündigungsfrist von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten mindestens 3 Monate, bei Einlagen mit Kündigungsfrist von 12 Monaten und darüber mindestens 6 Monate — jeweils gerechnet vom Tage der Vereinbarung — kein Gebrauch gemacht wird. Andernfalls dürfen nur die Sätze für Festgelder vergütet werden. — 3) Ab 1. 7. 1949 = 2 1/4 ‰. — 4) Ab 1. 1. 1951 = 2 1/4 ‰. — 5) Ab 1. 7. 1956 = 3 1/4 ‰. — 6) Ab 1. 5. 1957 = 3 1/2 ‰. — 7) Ab 20. 11. 1958 darf bei Vereinnahmung von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist die Kündigung erst nach Ablauf einer Sperrfrist von 6 Monaten zugelassen werden. Diese Sperrfrist beginnt am Tage der Einzahlung.

i) Zinsvoraus

(seit 20. 11. 1959 geltende Regelung)

Art der Einlagen	Gemäß Beschluß des Sonderausschusses Bankenaufsicht und den Bekanntmachungen der einzelnen Bankaufsichtsbehörden dürfen die festgesetzten Höchstsätze für Habenzinsen höchstens überschritten werden:											
	von Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme <sup>1)</sup>			von Kapitalgesellschaften mit einer Bilanzsumme <sup>1)</sup>				von Privatbankiers und Personengesellschaften mit einer Bilanzsumme <sup>1)</sup>				
	bis 5 Mio DM	über 5 bis 20 Mio DM	über 20 bis 40 Mio DM	bis 5 Mio DM	über 5 bis 20 Mio DM	über 20 bis 40 Mio DM	über 40 bis 60 Mio DM	bis 5 Mio DM	über 5 bis 30 Mio DM	über 30 bis 60 Mio DM	mehr als 60 Mio DM	
Täglich fällige Gelder	1/2	1/4	—	1/2	1/4	—	—	1/2	1/4	1/8	—	
Kündigungs- und Festgelder	3/8	1/4	1/4	3/8	1/4	1/4	1/4 <sup>2)</sup>	3/8	1/4	1/4	1/4 <sup>3)</sup>	
Spareinlagen	1/4	1/4	—	1/4	1/4	—	—	1/4	1/4	—	—	

1) Maßgebend ist die Bilanzsumme der jeweils letzten festgestellten Jahresbilanz. — 2) Kapitalgesellschaften mit einer Bilanzsumme von über 40 bis 60 Mio DM dürfen den Zinsvoraus nur für Festgelder gewähren. — 3) Privatbankiers und Personengesellschaften mit einer Bilanzsumme über 60 Mio DM dürfen den Zinsvoraus nur gewähren, sofern die Kündigungs- und Festgelder des einzelnen Einlegers insgesamt DM 500 000,— nicht übersteigen.









### 7. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien aufgeteilt nach Wirtschaftsgruppen der Emittenten Mio DM Nominalwert

Wirtschaftsgruppe der Emittenten	Industrie-Obligationen						Aktien					
	1948, 2. Hj. bis 1958	1959 <sup>1)</sup>	1960	1961	1962 Januar bis Juni	seit der Währungs- reform insgesamt	1948, 2. Hj. bis 1958	1959 <sup>1)</sup>	1960	1961	1962 Januar bis Juni	seit der Währungs- reform insgesamt
1) Land- und Forstwirtschaft, Binnen- und Hochseefischerei	—	—	—	—	—	—	3,7	—	—	2,6	1,1	7,4
2) Bergbau, Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden	1 045,7	260,0	10,0	—	135,0	1 450,7	748,3	96,4	105,6	168,5	3,6	1 122,4
3) Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	936,7	100,0	—	—	255,0	1 291,7	358,2	178,7	413,3	192,4	41,0	1 183,6
4) Energiewirtschaft und Versorgungsbetriebe	1 351,0	288,9	13,7	115,0	94,4	1 863,0	959,9	127,2	213,6	327,0	57,6	1 685,3
5) Stahl- und Eisenbau, Maschinen-, Fahrzeug-, Schiffbau, Eisen-, Stahl- und Blechwarengewerbe, Feinmechanik, Optik und Elektrotechnik	463,6	50,0	—	150,0	70,0	733,6	1 401,4	141,9	400,5	385,4	307,4	2 636,6
6) Chemische Industrie, Mineralöl- verarbeitung, Kohlenwertstoff- und Gummiindustrie, Kunststoffe	1 012,2	171,0	—	—	—	1 183,2	1 741,2	435,2	330,8	569,9	199,3	3 276,4
7) Nahrungs-, Genuss- und Futtermittelgewerbe	11,1	—	—	—	—	11,1	198,3	41,1	30,3	40,7	8,5	318,9
8) Sonstige verarbeitende Gewerbe (Feinkeramik, Glas, Sägerei, Holz, Papier, Leder, Textil, Bekleidung)	118,1	—	—	0,9	—	119,0	237,5	29,0	66,6	66,7	5,8	405,6
9) Bau- und Bauhilfsgewerbe	40,9	3,8	3,8	3,7	—	52,2	33,1	1,5	10,6	15,9	9,9	71,0
10) Wohnungs- und Grundstückwesen	—	—	—	—	—	—	161,3	29,3	25,7	73,5	15,9	305,7
11) Sonstige Dienstleistungen	—	—	—	—	—	—	50,0	4,9	0,8	8,1	1,7	65,5
12) Handel-, Geld- und Versicherungswesen	53,0	45,0	—	50,0	—	148,0 <sup>2)</sup>	1 224,9	221,0	279,4	318,5	91,5	2 135,3
13) Verkehrswirtschaft	85,0	—	—	—	—	85,0	278,1	76,1	27,2	21,8	4,3	407,5
14) Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	—	—	—	—	—	—	6,3	0,7	0,1	1,4	0,6	9,1
<b>insgesamt</b>	<b>5 117,3</b>	<b>918,7</b>	<b>27,5</b>	<b>319,6</b>	<b>554,4</b>	<b>6 937,5</b>	<b>7 402,2</b>	<b>1 383,0</b>	<b>1 904,5</b>	<b>2 192,4</b>	<b>748,2</b>	<b>13 630,3</b>

<sup>1)</sup> Einschließlich Saarland von 1948 bis 1959 (Frankenbeträge umgerechnet im Verhältnis 100 Franken = 0,8507 DM). — <sup>2)</sup> Schuldverschreibungen von Handelsunternehmen.

### 8. Brutto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere im Juni 1962 aufgeteilt nach Wertpapierarten und Zinssätzen, Emissionskursen und Laufzeiten Mio DM Nominalwert

Zinssätze %	Emissionskurse	Schuldverschreibungen inländischer Emittenten						Anleihen ausländ. Emittenten	Festverzinsl. Wertpapiere insgesamt
		Pfandbriefe (einschl. Schiffs- pfandbriefe)	Kommunal- obligationen (u. ähnl.)	Schuld- verschrei- bungen v. Spezial- kredit- instituten	Industrie- obligationen (einschl. Wandel- schuldver- schreibung.)	Anleihen der öffentlichen Hand	Sonstige Schuld- verschrei- bungen		
4 1/2		—	20,9	20,0	—	—	13,7	—	54,6
	davon	—	20,9	20,0	—	—	—	—	—
	99 bis unter 100	—	0,2	—	—	—	13,7	—	—
	100 - - 101	—	—	—	—	—	—	—	—
5		8,0	11,8	—	—	—	1,4	—	21,2
	davon	—	—	—	—	—	—	—	—
	unter 93	1,2	0,1	—	—	—	—	—	—
	93 bis unter 94	1,6	0,1	—	—	—	—	—	—
	94 - - 95	0,2	—	—	—	—	—	—	—
	95 - - 96	—	—	—	—	—	—	—	—
	96 - - 97	1,7	—	—	—	—	—	—	—
	97 - - 98	0,0	—	—	—	—	—	—	—
	98 - - 99	—	6,0	—	—	—	—	—	—
	99 und höher	3,3	5,6	—	—	—	1,4	—	—
5 1/4	99 1/2	—	—	—	—	—	3,4	—	3,4
5 1/2		80,9	56,4	3,9	—	—	—	—	141,2
	davon	—	—	—	—	—	—	—	—
	unter 95	0,0	0,3	—	—	—	—	—	—
	95 bis unter 96	9,8	4,6	—	—	—	—	—	—
	96 - - 97	22,0	12,2	1,9	—	—	—	—	—
	97 - - 98	27,9	7,6	2,0	—	—	—	—	—
	98 - - 99	17,1	21,4	—	—	—	—	—	—
	99 - - 100	2,2	5,3	—	—	—	—	—	—
	100 - - 101	1,9	5,0	—	—	—	—	—	—
5 3/4		—	—	5,5	59,4	20,0	—	—	84,9
	davon	—	—	—	—	—	—	—	—
	98 bis unter 99	—	—	—	54,4	20,0	—	—	—
	99 - - 100	—	—	—	5,0	—	—	—	—
	100 - - 101	—	—	5,5	—	—	—	—	—
6		178,6	86,1	61,6	20,0	—	—	—	346,3
	davon	—	—	—	—	—	—	—	—
	unter 99	0,0	1,9	—	—	—	—	—	—
	99 bis unter 100	7,2	9,3	59,6	—	—	—	—	—
	100 - - 101	121,2	70,4	2,0	20,0	—	—	—	—
	101 - - 102	50,2	2,0	—	—	—	—	—	—
	102 - - 103	0,0	2,5	—	—	—	—	—	—
<b>insgesamt</b>		<b>267,5</b>	<b>175,2</b>	<b>91,0</b>	<b>79,4</b>	<b>20,0</b>	<b>18,5</b>	<b>—</b>	<b>651,6</b>
	davon zu vereinbarten Laufzeiten	—	—	—	—	—	—	—	—
	bis einschließlich 5 1/2 Jahre	—	36,9	20,0	—	—	13,7	—	70,6
	darunter: Kassenobligationen	(—)	(—)	(20,0)	(—)	(—)	(—)	(—)	(20,0)
	über 5 1/2 bis einschl. 10 1/2 Jahre	3,0	3,0	—	—	—	4,8	—	10,8
	- 10 1/2 - - 20 1/2 Jahre	2,8	1,3	65,6	60,0	20,0	—	—	149,7
	- 20 1/2 Jahre	261,7	134,0	5,4	19,4	—	—	—	420,5



festverzinslicher Wertpapiere<sup>1)</sup>

Table with columns for interest rates (5% to 8%) and months (Jan to Dec) for various bond types (Industrie-Obligationen and Anleihen der öffentlichen Hand).

Gesellschaften

Table showing company data with columns for years (1956-1961) and months (March to June) under the heading 'ausgegebenen Anteile' and 'Ausgabe-Preis pro Anteil'.

11. Mittelaufkommen<sup>1)</sup> bei den Investmentfonds

Table showing investment fund data with columns for months (Jan to Dec) and average income (Mittelaufkommen Mio DM).

14. Juli 1961, Adiropa 1:1 am 29. Mai 1961, Fondak je 1:2 am 30. Januar 1957 und am 29. Mai 1961 und 1:1 am 3. November 1959, und am 7. November 1960, Concentra 1:1 am 1. Juni 1959 und 1:2 am 15. Februar 1961, Industria 1:1 am 15. Februar 1960, Thesaurus schnitt im Monat. — \*) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Errechnet aus der Veränderung des Anteilsaufbaus und des monatsdurchschnittlichen Ausgabepreises eines jeden Fonds.



15. Bausparkassen

a) Zwischenbilanzen \*)

Mio DM

Main table showing financial statements for Bausparkassen. Columns include Aktiva (Baudarlehen, Ausgleichs-forderungen, Guthaben, etc.) and Passiva (Einlagen, Fremdmittel, Eigenkapital, etc.). Rows list years from 1957 to 1962, split by month.

b) Entwicklung des Bauspargeschäftes \*)

Jahres- und Monatsergebnisse in Mio DM

Main table showing development of the savings business. Columns include Kapitalzusagen, Kapitalauszahlungen, Zuteilungen, and Tilgungseingänge. Rows list years from 1957 to 1962, split by month.

Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen und Geschäftsstelle Öffentliche Bausparkassen im Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. - \*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. - 1) Einschl. Deckungsforderungen lt. Altspargesetz. - 2) Einschl. Poststreckguthaben. - 3) Einschl. Geldaufnahme bei den Landeszentralbanken. - 4) Grund- oder Stammkapital bzw. Geschäftsguthaben, Rücklagen. - 5) Nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist; Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. - 6) Bausparsumme (ohne H. Hypothek). - 7) Nur Netto-Zuteilungen, d. h. die von den Berechtigten angemommenen Zuteilungen. - 8) Einschl. gutgeschrieben Wohnungsbauprämien. - 9) Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer gutgeschrieben, bereits in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Baudarlehen“ enthalten. - 10) Ab 1959 einschl. Saarland. - 11) Darin enthalten: Bestand an Bauspareinlagen im Saarland im Zeitpunkt der wirtschaftlichen Eingliederung (bei privaten und öffentlichen Bausparkassen zusammen rd. 15 Mio DM).



## VI. Öffentliche Finanzen

## 1. Ausgleichsforderungen \*)

Mio DM

	Alle Gläubiger	Deutsche Bundesbank	Kredit- institute *)	Versicherungs- unternehmen	Bausparkassen	Fonds zum Ankauf von Ausgleichs- forderungen *)
<b>I. Die bisherige Entwicklung</b>						
1. Zugeteilte Ausgleichsforderungen *)	21 638	8 675 <sup>4)</sup>	7 598	5 299	66	—
2. Bestandsminderungen						
a) lineare und vorzeitige Tilgungen	1 205	—	738	462	5	—
b) Rückkäufe und Verrechnungen der Schuldner	161	—	123	38	—	—
3. Saldo 1 -/. 2	20 272	8 675	6 737	4 799	61	—
4. Gläubigerwechsel						
a) Verkäufe an den Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen	—	—	-/. 287	-/. 92	-/. 5	+ 384
b) vorübergehende Verkäufe an die Deutsche Bundesbank (abzüglich Rückkäufe)	—	+ 48	-/. 48	—	—	—
c) Saldo der Käufe und Verkäufe zwischen anderen Gläubigergruppen	—	—	+ 203	-/. 201	-/. 2	—
5. Bestand Ende Juni 1962	20 272	8 723 <sup>5)</sup>	6 605	4 506	54	384
<i>nachrichtlich:</i> <i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	4 304	4 304 <sup>5)</sup>	—	—	—	—
<b>II. Der Bestand Ende Juni 1962 gegliedert nach Zinstypen und Schuldnern</b>						
1. Gliederung nach Zinstypen						
a) unverzinsliche Ausgleichsforderungen	57	—	2	—	—	55
b) 3 %ige	14 320	8 176	5 993	—	—	151
c) 3 1/2 %ige	4 853	—	203	4 496	54	100
d) 4 1/2 %ige	485	—	407	—	—	78
e) 3 %ige Sonderausgleichsforderungen	10	—	—	10	—	—
f) unverzinsliche Schuldverschreibung <sup>6)</sup>	547	547	—	—	—	—
2. Gliederung nach Schuldnern						
a) Bund	11 108	8 675	455	1 890	—	88
b) Länder	9 164	48	6 150	2 616	54	296
3. Gesamt (1a bis 1f = 2a + 2b)	20 272	8 723 <sup>5)</sup>	6 605	4 506	54	384
<i>nachrichtlich:</i> <i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	4 304	4 304 <sup>5)</sup>	—	—	—	—

\*) Die Zahlen beruhen im wesentlichen auf einer Sondererhebung zum 31. 10. 1957, deren Ergebnisse soweit möglich auf den derzeitigen Stand fortgeschrieben wurden. — <sup>1)</sup> Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter, sowie im Gegensatz zur Monatlichen Bilanzstatistik einschließlich der kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme Ende 1953 weniger als 500 000,— DM betrug. — <sup>2)</sup> Gemäß § 8 ff. des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 14. 6. 1956. — <sup>3)</sup> Einschließlich der Ausgleichsforderungen, die den Instituten nach dem Stand ihrer Umstellungsrechnungen noch zuzuteilen sind. — <sup>4)</sup> Einschließlich unverzinslicher Schuldverschreibungen; vgl. Anm. <sup>5)</sup>. — <sup>5)</sup> Der im Ausweis der Deutschen Bundesbank vom 30. 6. 1962 (Tabelle II B) ausgewiesene Bestand von 4 419 Mio DM ergibt sich aus der Differenz zwischen dem unter I. 5. und II. 3. angegebenen Betrag von 8 723 Mio DM und dem für Zwecke der Offenmarktpolitik in Geldmarkttitel umgewandelten Teil der Ausgleichsforderungen in Höhe von 4 304 Mio DM. — <sup>6)</sup> Unverzinsliche Schuldverschreibung des Bundes wegen Geldausstattung Berlins.





5. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts\*)

Mio DM

Zeit	Kassen- einzünge	Kassen- ausgünge	Kassen- überschuß (+) bzw. -defizit (-)	Finanzierung				Überschuß(+) bzw. Defizit(-) kumulativ jeweils vom Beginn des Rechnungs- jahres
				Zunahme (+) bzw. Abnahme (-)		Einnahmen aus Münzgu- tschriften	Saldo der Verrechnungen mit dem Lastenaus- gleichsfonds <sup>1)</sup>	
				der Kassen- mittel	der Kredit- marktver- schuldung <sup>2)</sup>			
Rechnungsjahre								
1950/51	16 088	16 757	- 619	+ 178	+ 921 <sup>3)</sup>	234	-	- 619
1951/52	20 422	19 696	+ 726	+ 198	+ 132 <sup>3)</sup>	312	-	+ 669
1952/53	21 958	20 283	+ 1 675	+ 1 237	+ 200	84	-	+ 726
1953/54	23 532	22 375	+ 1 157	+ 1 454	- 304	35	-	+ 1 675
1954/55	26 690	23 867	+ 2 823	+ 1 045	- 147	36	-	+ 1 157
1955/56	28 625	28 404	+ 221	+ 2 441	- 418	86	+ 11	+ 2 823
1956/57	29 836	32 612	- 2 776	+ 79	- 217	76	+ 16	+ 221
1957/58	31 534	34 461	- 2 927	- 3 084	- 400	79	+ 60	+ 2 776
1958/59	34 981	37 578	- 2 597	- 2 788	-	98	+ 72	+ 2 927
1959/60	30 361	30 791	- 430	+ 222	+ 2 428	70	+ 13	+ 2 597
1960 (April/Dez.)	43 651	43 327	+ 324	+ 77	- 125	94	- 7	+ 430
1961								+ 324
1951/52 1. RvJ.	3 104	3 655	- 551	+ 204	+ 187	114	-	- 551
2. "	3 832	4 005	- 173	+ 1	+ 72	69	-	- 173
3. "	4 579	4 303	+ 276	+ 335	+ 26	8	-	+ 276
4. "	4 573	4 794	- 221	- 330	- 152	43	-	- 221
1952/53 1. RvJ.	4 565	4 532	+ 33	+ 237	+ 99	105	-	+ 33
2. "	5 195	4 684	+ 511	+ 476	- 133	98	-	+ 511
3. "	5 517	5 313	+ 204	+ 61	- 210	67	-	+ 204
4. "	5 145	5 167	- 22	+ 463	+ 443	42	-	- 22
1953/54 1. RvJ.	5 168	5 462	- 294	- 254	+ 4	36	-	- 294
2. "	5 645 <sup>4)</sup>	4 664	+ 981	+ 930	- 77	26	-	+ 981
3. "	5 667 <sup>4)</sup>	4 810	+ 857	+ 743	- 124	12	-	+ 857
4. "	5 478 <sup>4)</sup>	5 347	+ 131	+ 34	- 107	10	-	+ 131
1954/55 1. RvJ.	5 363	4 909	+ 454	+ 434	- 33	12	-	+ 454
2. "	5 891	5 729 <sup>4)</sup>	+ 162	+ 166	- 5	9	-	+ 162
3. "	6 305	5 878	+ 427	+ 634	- 1	8	-	+ 427
4. "	5 973	6 059	- 86	- 188	- 108	6	-	- 86
1955/56 1. RvJ.	5 993	5 747	+ 246	+ 111	- 361	4	-	+ 246
2. "	6 710	5 895	+ 815	+ 825	-	10	-	+ 815
3. "	7 000	6 014	+ 986	+ 988	- 6	8	-	+ 986
4. "	6 987	6 211	+ 776	+ 739	- 51	14	-	+ 776
1956/57 1. RvJ.	6 990	6 318	+ 672	+ 628	- 54	16	+ 6	+ 672
2. "	7 145	6 875	+ 270	+ 220	- 56	20	+ 14	+ 270
3. "	7 248	7 836	- 588	+ 556	- 11	35	-	- 588
4. "	7 242	7 375	- 133	- 213	- 96	15	-	- 133
1957/58 1. RvJ.	7 102	7 855	- 753	- 721	-	16	+ 16	- 753
2. "	7 207	8 410	- 1 203	- 1 211	-	23	+ 31	- 1 203
3. "	7 871	8 221	- 350	- 701	- 400	7	+ 19	- 350
4. "	7 656	8 126	- 470	- 451	-	30	+ 12	- 470
1958/59 1. RvJ.	7 617	7 486	+ 131	+ 140	-	9	+ 0	+ 131
2. "	7 837	7 744	+ 93	+ 111	-	12	+ 6	+ 93
3. "	8 201	8 172	+ 29	+ 46	-	49	+ 32	+ 29
4. "	7 879	11 059	- 3 180	- 3 085	-	9	+ 86	- 3 180
1959/60 1. RvJ.	8 198	8 935	- 737	+ 257	+ 536	10	+ 66	- 737
2. "	8 771	9 388	- 617	+ 133	+ 717	38	+ 9	- 617
3. "	9 081	9 396	- 315	+ 37	+ 260	27	+ 8	- 315
4. "	8 931	9 859	- 928	+ 18	+ 915	23	+ 8	- 928
1960 1. RvJ.	9 558	9 029	+ 529	+ 449	- 90	15	+ 5	+ 529
2. "	10 021	9 717	+ 304	+ 323	- 9	17	+ 7	+ 304
3. "	10 782	12 045	- 1 263	- 994	+ 206	38	+ 25	- 1 263
1961 1. RvJ.	10 426	8 611	+ 1 815	+ 1 598	- 218	21	+ 23	+ 1 815
2. "	10 440	10 410	+ 30	+ 60	- 4	19	+ 7	+ 30
3. "	10 915	11 249	- 334	- 486	- 188	25	+ 11	- 334
4. "	11 870	13 057	- 1 187	- 1 095	+ 54	26	+ 12	- 1 187
1962 1. RvJ.	11 327	10 719	+ 608	+ 456	- 192	24	+ 16	+ 608
2. "	11 452	11 623	- 171	- 428	- 222	26	+ 61	- 171
1960 Jan.	3 203	3 002	+ 201	+ 508	+ 308	8	+ 9	+ 201
Febr.	2 342	3 167	- 825	+ 503	+ 284	6	+ 32	- 825
März	3 386	3 690	- 304	+ 13	+ 324	9	+ 15	- 304
April	2 889	2 927	- 38	+ 180	- 139	7	+ 10	- 38
Mai	2 922	2 847	+ 75	+ 271	+ 150	3	+ 43	+ 75
Juni	3 747	3 255	+ 492	+ 358	- 101	5	+ 38	+ 492
Juli	3 077	3 275	- 198	- 281	- 61	3	+ 25	- 198
Aug.	3 025	3 176	- 151	+ 153	+ 2	3	+ 9	- 151
Sept.	3 919	3 266	+ 653	+ 757	+ 68	9	+ 27	+ 653
Okt.	3 440	3 027	+ 413	+ 556	+ 120	10	+ 13	+ 413
Nov.	2 997	3 618	- 621	- 570	- 8	12	+ 31	- 621
Dez.	4 345	5 400	- 1 055	- 980	+ 78	16	+ 19	- 1 055
1961 Jan.	3 547	2 715	+ 832	+ 750	- 78	8	+ 12	+ 832
Febr.	2 715	2 752	- 37	+ 22	-	7	+ 8	- 37
März	4 164	3 144	+ 1 020	+ 870	- 140	9	+ 19	+ 1 020
April	3 203	3 237	- 34	+ 58	+ 62	7	+ 23	- 34
Mai	3 200	3 104	+ 96	+ 125	-	7	+ 22	+ 96
Juni	4 037	4 069	- 32	- 123	- 58	5	+ 38	- 32
Juli	3 361	3 717	- 356	- 416	- 82	5	+ 17	- 356
Aug.	3 268	3 912	- 644	- 604	- 22	11	+ 51	- 644
Sept.	4 286	3 620	+ 666	+ 534	- 84	9	+ 57	+ 666
Okt.	3 530	3 740	- 210	- 230	- 20	4	+ 4	- 210
Nov.	3 549	3 943	- 394	- 379	- 2	12	+ 5	- 394
Dez.	4 791	5 374	- 583	- 486	+ 76	10	+ 11	- 583
1962 Jan.	4 031	5 511	- 1 480	+ 363	+ 147	5	+ 15	- 1 480
Febr.	3 024	3 545	- 521	+ 363	+ 102	13	+ 43	- 521
März	4 272	3 663	+ 609	+ 456	+ 147	6	+ 12	+ 609
April	3 336	3 549	- 213	- 221	+ 2	6	+ 16	- 213
Mai	3 325	4 010	- 685	- 335	+ 355	10	+ 15	- 685
Juni	4 791	4 064	+ 727	+ 128	- 579	10	+ 30	+ 727

\*) Im Gegensatz zu früheren Veröffentlichungen werden die aus Sonderkrediten der Bundesbank finanzierten Einzahlungen an internationale Einrichtungen, die im Bundeshaushalt praktisch nur durchlaufen, nicht mehr unter den Auszahlungen bzw. Finanzierungsmitteln des Bundes nachgewiesen. — Ab 6. Juli 1959 einschl. Saarland. — Bei den in dieser Tabelle nachgewiesenen Kassentransaktionen handelt es sich um die Ein- und Auszahlungen auf bzw. von den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten). Von den Ergebnissen der amtlichen Finanzstatistik weichen die Kasseneinzünge bzw. -ausgünge vor allem deshalb ab, weil sie nicht im Zeitpunkt ihrer haushaltsmäßigen Verbuchung, sondern im Zeitpunkt des effektiven Ein- und Ausgangs erfasst werden und weil aus den Eingängen die Schuldannahmen bzw. aus den Ausgängen die Aufwendungen für Schuldentilgung (einschl. des Rückkaufs von Schuldverschreibungen) ausgeschaltet werden. — <sup>1)</sup> Aus der Weiterleitung der Lastenausgleichsabgaben über das Konto der Bundeshauptkasse. — <sup>2)</sup> Von dem Gesamtbetrag der Kreditaufnahme wurden 124 Mio DM nicht zur Finanzierung des Kassendefizits, sondern für die Abdeckung von Defiziten auf den Gegenwertkonten verwendet. — <sup>3)</sup> Zur Finanzierung des Kassendefizits standen außer dem Rückgriff auf Kassensmittel und der Zunahme der Kreditmarktverschuldung 106 Mio DM aus der Rückzahlung des unter <sup>4)</sup> genannten Betrages zur Verfügung. — <sup>4)</sup> Einschl. der beim ERP-Sondervermögen aufgenommenen Kredite: August 50 Mio DM; Oktober 41 Mio DM; Dezember 125 Mio DM; März 35 Mio DM. — <sup>5)</sup> Darunter 255 Mio DM für den Rückkauf der im Vorjahr beim ERP-Sondervermögen aufgenommenen Anleihe. — <sup>6)</sup> Ohne Entwicklungshilfe-Anleihe. — Differenzen in den Summen durch Runden.





















## 8. Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts\*)

in jeweiligen Preisen

Bundesgebiet ohne Berlin und Saarland, ab 1960 einschl. Saarland

Positionen	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960 <sup>1)</sup>	1961 <sup>1)</sup>
Mrd DM												
<b>I. Entstehung des Bruttosozialprodukts</b>												
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	10.1	12.2	13.3	13.4	13.7	14.5	15.0	15.6	16.5	16.9	17.6	17.8
Warenproduzierendes Gewerbe <sup>2)</sup>	48.0	61.0	69.0	75.5	82.0	95.3	104.9	113.3	120.2	131.5	152.6	168.5
Handel und Verkehr <sup>3)</sup>	20.1	23.6	28.3	29.0	30.9	35.7	39.4	43.6	46.6	50.9	56.9	61.5
Dienstleistungsbereiche <sup>4)</sup>	19.0	21.9	25.0	27.6	30.3	33.6	37.8	41.7	45.5	49.2	55.7	63.6
Bruttoinlandsprodukt	97.2	118.6	135.5	145.5	157.0	179.1	197.1	214.2	228.8	248.4	282.8	311.4
Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausland	+ 0.0	— 0.0	+ 0.1	+ 0.1	— 0.6	— 0.8	— 0.7	— 0.6	— 0.3	— 0.5	— 0.4	— 1.0
Bruttosozialprodukt	97.2	118.6	135.6	145.5	156.4	178.3	196.4	213.6	228.5	247.9	282.4	310.4
vH des Bruttoinlandsprodukts												
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	10.4	10.3	9.8	9.2	8.7	8.1	7.6	7.3	7.2	6.8	6.2	5.7
Warenproduzierendes Gewerbe <sup>2)</sup>	49.4	51.4	50.9	51.9	52.2	53.2	53.2	52.9	52.5	52.9	54.0	54.1
Handel und Verkehr <sup>3)</sup>	20.7	19.9	20.9	19.9	19.7	19.9	20.0	20.3	20.4	20.5	20.1	19.7
Dienstleistungsbereiche <sup>4)</sup>	19.5	18.4	18.4	19.0	19.3	18.8	19.2	19.5	19.9	19.8	19.7	20.4
Bruttoinlandsprodukt	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mrd DM												
<b>II. Verwendung des Bruttosozialprodukts</b>												
Privater Verbrauch	62.5	72.5	79.9	87.6	92.8	103.4	115.1	125.6	134.9	144.2	160.4	176.7
Staatsverbrauch	9.6	11.3	13.3	14.7	16.1	17.7	19.9	21.9	24.5	25.9	28.9	32.3
Ziviler Aufwand Verteidigungsaufwand <sup>5)</sup>	4.4	6.1	7.5	6.3	6.0	6.1	5.5	5.4	6.1	7.8	9.4	10.8
Staatsverbrauch insgesamt	14.0	17.4	20.8	21.1	22.0	23.8	25.4	27.3	30.6	33.6	38.3	43.1
Bruttoinvestitionen	9.4	12.1	14.2	15.4	17.5	21.9	23.7	24.2	25.8	28.1	33.7	39.0
Ausrüstungen	8.9	10.4	11.7	14.0	15.5	19.1	21.3	22.5	24.5	29.0	34.0	38.8
Bauten	18.3	22.5	25.9	29.3	32.9	41.0	45.0	46.7	50.3	57.1	67.7	77.8
Anlagen insgesamt	+ 3.7	+ 3.9	+ 5.6	+ 2.1	+ 3.4	+ 6.0	+ 4.3	+ 5.3	+ 3.8	+ 4.6	+ 8.0	+ 5.5
Vorratsveränderung												
Bruttoinvestitionen insgesamt	21.9	26.4	31.5	31.4	36.3	47.0	49.3	52.0	54.1	61.7	75.7	83.3
Saldo der Waren- und Dienstleistungsbilanz <sup>6)</sup>	— 1.2	+ 2.3	+ 3.4	+ 5.5	+ 5.3	+ 4.2	+ 6.6	+ 8.7	+ 8.8	+ 8.5	+ 8.0	+ 7.3
Bruttosozialprodukt	97.2	118.6	135.6	145.5	156.4	178.3	196.4	213.6	228.5	247.9	282.4	310.4

Quelle: Statistisches Bundesamt. — \*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Vorläufige Ergebnisse. — <sup>2)</sup> Bergbau und Energiewirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe. — <sup>3)</sup> Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — <sup>4)</sup> Banken und Privatversicherungen, Wohnungsvermittlung, Staat, Sonstige Dienstleistungen. — <sup>5)</sup> Bis 5. 5. 1955 Besatzungskosten. — <sup>6)</sup> Mit dem Ausland, Berlin (West) und der sowjetisch besetzten Zone.

## 9. Masseneinkommen\*)

Bundesgebiet ohne Berlin und Saarland

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter		Abzüge		Nettolöhne und -gehälter (1 - 3)		Beamtenpensionen netto <sup>1)</sup>		Sozialrenten und Unterstützungen		Masseneinkommen (5 + 7 + 9)	
	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH
1950	39,8	.	5,1	.	34,7	.	2,1	.	9,6	.	46,4	.
1951	48,4	+ 21,5	6,8	+ 34,6	41,5	+ 19,6	2,4	+ 14,9	10,8	+ 11,7	54,7	+ 17,7
1952	53,9	+ 11,4	8,0	+ 16,8	45,9	+ 10,5	3,0	+ 25,3	12,5	+ 15,7	61,3	+ 12,2
1953	59,4	+ 10,2	8,5	+ 7,1	50,8	+ 10,7	3,3	+ 11,8	13,6	+ 9,4	67,8	+ 10,5
1954	65,0	+ 9,4	9,1	+ 6,9	55,8	+ 9,9	3,7	+ 9,9	14,3	+ 4,8	73,7	+ 8,8
1955	73,9	+ 13,8	10,6	+ 15,5	63,4	+ 13,6	4,0	+ 8,6	16,2	+ 13,6	83,6	+ 13,3
1956	82,9	+ 12,1	12,1	+ 14,9	70,7	+ 11,6	4,3	+ 9,6	18,3	+ 12,9	93,4	+ 11,8
1957	89,7	+ 8,2	12,7	+ 4,9	77,0	+ 8,8	4,7	+ 8,1	23,1	+ 26,3	104,8	+ 12,2
1958	96,8	+ 7,9	14,5	+ 14,3	82,2	+ 6,8	5,0	+ 7,4	25,2	+ 13,3	113,4	+ 8,2
1959	103,7	+ 7,2	15,4	+ 6,0	88,3	+ 7,4	5,1	+ 1,4	27,2	+ 3,7	120,6	+ 6,3
1960	116,5	+ 12,3	18,6	+ 20,8	97,9	+ 10,8	5,6	+ 9,1	28,1	+ 3,4	131,5	+ 9,1
1960 <sup>2)</sup>	118,7	.	19,0	.	99,7	.	5,7	.	28,8	.	134,1	.
1961 <sup>2)</sup> )	133,8	+ 12,7	22,3	+ 17,6	111,5	+ 11,8	6,2	+ 9,5	31,3	+ 9,0	149,0	+ 11,1
1958 1. Vj.	21,9	+ 7,6	3,1	+ 24,1	18,9	+ 5,3	1,3	+ 14,3	6,9	+ 38,0	27,1	+ 12,6
2. "	24,4	+ 7,7	3,6	+ 15,0	20,8	+ 6,6	1,2	+ 11,0	6,3	+ 7,4	28,4	+ 7,0
3. "	25,1	+ 8,6	3,9	+ 17,2	21,2	+ 7,2	1,2	+ 5,7	6,3	+ 7,1	28,8	+ 7,1
4. "	25,3	+ 7,5	3,9	+ 4,9	21,4	+ 8,0	1,3	— 0,1	6,6	+ 4,9	29,3	+ 6,9
1959 1. Vj.	23,7	+ 7,8	3,1	+ 0,8	20,6	+ 8,9	1,3	+ 5,4	7,0	+ 1,8	28,9	+ 7,0
2. "	26,0	+ 6,5	3,8	+ 3,3	22,2	+ 7,0	1,3	+ 2,4	6,6	+ 3,5	30,1	+ 6,0
3. "	26,7	+ 6,4	4,1	+ 4,7	22,6	+ 6,7	1,3	+ 1,0	6,6	+ 4,3	30,5	+ 5,9
4. "	27,4	+ 8,2	4,5	+ 14,1	22,9	+ 7,2	1,3	— 3,2	7,0	+ 5,4	31,1	+ 6,3
1960 1. Vj.	26,1	+ 10,4	3,7	+ 20,6	22,4	+ 8,8	1,4	+ 2,4	7,2	+ 1,9	30,9	+ 6,9
2. "	29,0	+ 11,5	4,5	+ 19,0	24,5	+ 10,2	1,3	+ 6,4	6,8	+ 2,9	32,6	+ 8,5
3. "	30,3	+ 13,6	5,0	+ 22,8	25,3	+ 11,9	1,4	+ 11,4	7,0	+ 6,1	33,7	+ 10,7
4. "	31,1	+ 13,5	5,4	+ 20,6	25,7	+ 12,1	1,5	+ 16,6	7,2	+ 2,7	34,3	+ 10,2
1961 <sup>2)</sup> ) 1. Vj.	30,5	+ 14,6	4,7	+ 23,3	25,8	+ 13,1	1,5	+ 7,4	7,8	+ 5,8	35,0	+ 11,2
2. "	33,4	+ 13,1	5,4	+ 18,0	28,0	+ 12,2	1,5	+ 13,7	7,5	+ 9,1	37,1	+ 11,6
3. "	34,3	+ 11,3	5,8	+ 14,4	28,5	+ 10,7	1,5	+ 6,7	7,8	+ 8,6	37,8	+ 10,1
4. "	35,7	+ 12,1	6,4	+ 16,4	29,2	+ 11,3	1,6	+ 8,4	8,2	+ 12,4	39,1	+ 11,5
1962 <sup>2)</sup> ) 1. Vj.	33,6	+ 10,1	5,2	+ 11,3	28,3	+ 9,9	1,6	+ 3,9	8,6	+ 11,0	38,5	+ 9,9

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Nach Abzug direkter Steuern. — <sup>2)</sup> Bundesgebiet ohne Berlin, einschl. Saarland. — <sup>3)</sup> Vorläufig.

## IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse

Kassa-Kurse in DM

Zeit	Amsterdam			Brüssel			Kopenhagen			Lissabon			
	100 hfl			100 bfrs			100 dkr			100 Esc			
	Parität: 110,4972 DM			Parität: 8,00 DM			Parität: 57,9111 DM			Parität: 13,9130 DM			
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	
1962													
Juni	1.	111,240	111,130	111,350	8,032	8,022	8,042	57,960	57,900	58,020	14,000	13,980	14,020
	4.	111,160	111,050	111,270	8,030	8,020	8,040	57,935	57,875	57,995	14,000	13,980	14,020
	5.	111,160	111,050	111,270	8,029	8,019	8,039	57,940	57,880	58,000	13,990	13,970	14,010
	6.	111,190	111,080	111,300	8,036	8,026	8,046	57,995	57,935	58,055	14,000	13,980	14,020
	7.	111,110	111,000	111,220	8,037	8,027	8,047	57,985	57,925	58,045	13,995	13,975	14,015
	8.	111,025	110,915	111,135	8,038	8,028	8,048	58,000	57,940	58,060	14,000	13,980	14,020
	12.	110,990	110,880	111,100	8,037	8,027	8,047	58,000	57,940	58,060	14,000	13,980	14,020
	13.	110,870	110,760	110,980	8,036	8,026	8,046	58,015	57,955	58,075	14,000	13,980	14,020
	14.	111,010	110,900	111,120	8,033	8,023	8,043	58,005	57,945	58,065	13,998	13,978	14,018
	15.	111,035	110,925	111,145	8,030	8,020	8,040	57,995	57,935	58,055	13,994	13,974	14,014
	18.	111,010	110,900	111,120	8,024	8,014	8,034	57,990	57,930	58,050	13,990	13,970	14,010
	19.	110,985	110,875	111,095	8,023	8,013	8,033	57,950	57,890	58,010	13,980	13,960	14,000
	20.	111,080	110,970	111,190	8,027	8,017	8,037	57,980	57,920	58,040	13,990	13,970	14,010
	22.	111,050	110,940	111,160	8,019	8,009	8,029	57,930	57,870	57,990	13,980	13,960	14,000
	25.	111,020	110,910	111,130	8,015	8,005	8,025	57,880	57,820	57,940	13,967	13,947	13,987
	26.	111,065	110,955	111,175	8,022	8,012	8,032	57,875	57,815	57,935	13,967	13,947	13,987
	27.	111,080	110,970	111,190	8,023	8,013	8,033	57,940	57,880	58,000	13,980	13,960	14,000
	28.	111,110	111,100	111,220	8,024	8,014	8,034	57,955	57,895	58,015	13,980	13,960	14,000
	29.	111,100	110,990	111,210	8,023	8,013	8,033	57,920	57,860	57,980	13,980	13,960	14,000
Juli	2.	111,095	110,985	111,205	8,024	8,014	8,034	57,915	57,855	57,975	13,980	13,960	14,000
	3.	111,070	110,960	111,180	8,022	8,012	8,032	57,905	57,845	57,965	13,980	13,960	14,000
	4.	111,040	110,930	111,150	8,020	8,010	8,030	57,845	57,785	57,905	13,973	13,953	13,993
	5.	110,995	110,885	111,105	8,017	8,007	8,027	57,785	57,725	57,845	13,958	13,938	13,978
	6.	110,845	110,735	110,955	8,007	7,997	8,017	57,690	57,630	57,750	13,943	13,923	13,963
	9.	110,790	110,680	110,900	8,007	7,997	8,017	57,665	57,605	57,725	13,935	13,915	13,955
	10.	110,800	110,690	110,910	8,007	7,997	8,017	57,665	57,605	57,725	13,937	13,917	13,957
	11.	110,955	110,845	111,065	8,018	8,008	8,028	57,720	57,660	57,780	13,945	13,925	13,965
	12.	110,875	110,765	110,985	8,011	8,001	8,021	57,705	57,645	57,765	13,940	13,920	13,960
	13.	110,835	110,725	110,945	8,009	7,999	8,019	57,685	57,625	57,745	13,940	13,920	13,960
Zeit	London			Mailand/Rom			Montreal			New York			
	1 £			1 000 Lit			1 kan. \$			1 US-\$			
	Parität: 11,20 DM			Parität: 6,40 DM			Parität: 3,70 DM <sup>1)</sup>			Parität: 4,00 DM			
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	
1962													
Juni	1.	11,229	11,219	11,239	6,440	6,430	6,450	3,6650	3,6600	3,6700	3,9955	3,9905	4,0005
	4.	11,217	11,207	11,227	6,437	6,427	6,447	3,6640	3,6590	3,6690	3,9945	3,9895	3,9995
	5.	11,206	11,196	11,216	6,436	6,426	6,446	3,6645	3,6595	3,6695	3,9936	3,9886	3,9986
	6.	11,217	11,207	11,227	6,441	6,431	6,451	3,6675	3,6625	3,6725	3,9960	3,9910	4,0010
	7.	11,222	11,212	11,232	6,440	6,430	6,450	3,6670	3,6620	3,6720	3,9964	3,9914	4,0014
	8.	11,224	11,214	11,234	6,441	6,431	6,451	3,6665	3,6615	3,6715	3,9963	3,9913	4,0013
	12.	11,218	11,208	11,228	6,440	6,430	6,450	3,6668	3,6618	3,6718	3,9962	3,9912	4,0012
	13.	11,222	11,212	11,232	6,440	6,430	6,450	3,6660	3,6610	3,6710	3,9963	3,9913	4,0013
	14.	11,220	11,210	11,230	6,438	6,428	6,448	3,6660	3,6610	3,6710	3,9954	3,9904	4,0004
	15.	11,221	11,211	11,231	6,435	6,425	6,445	3,6650	3,6600	3,6700	3,9939	3,9889	3,9989
	18.	11,217	11,207	11,227	6,432	6,422	6,442	3,6635	3,6585	3,6685	3,9927	3,9877	3,9977
	19.	11,207	11,197	11,217	6,428	6,418	6,438	3,6610	3,6560	3,6660	3,9894	3,9844	3,9944
	20.	11,215	11,205	11,225	6,433	6,423	6,443	3,6625	3,6575	3,6675	3,9920	3,9870	3,9970
	22.	11,208	11,198	11,218	6,428	6,418	6,438	3,6585	3,6535	3,6635	3,9897	3,9847	3,9947
	25.	11,198	11,188	11,208	6,427	6,417	6,437	3,6800	3,6750	3,6850	3,9883	3,9833	3,9933
	26.	11,198	11,188	11,208	6,430	6,420	6,440	3,6860	3,6810	3,6910	3,9900	3,9850	3,9950
	27.	11,210	11,200	11,220	6,433	6,423	6,443	3,6978	3,6928	3,7028	3,9919	3,9869	3,9969
	28.	11,212	11,202	11,222	6,434	6,424	6,444	3,6965	3,6915	3,7015	3,9926	3,9876	3,9976
	29.	11,208	11,198	11,218	6,433	6,423	6,443	3,6900	3,6850	3,6950	3,9911	3,9861	3,9961
Juli	2.	11,207	11,197	11,217	6,432	6,422	6,442	3,6865	3,6815	3,6915	3,9910	3,9860	3,9960
	3.	11,205	11,195	11,215	6,430	6,420	6,440	3,6885	3,6835	3,6935	3,9905	3,9855	3,9955
	4.	11,200	11,190	11,210	6,428	6,418	6,438	3,6936	3,6886	3,6986	3,9891	3,9841	3,9941
	5.	11,197	11,187	11,207	6,426	6,416	6,436	3,6930	3,6880	3,6980	3,9877	3,9827	3,9927
	6.	11,180	11,170	11,190	6,417	6,407	6,427	3,6880	3,6830	3,6930	3,9820	3,9770	3,9870
	9.	11,175	11,165	11,185	6,415	6,405	6,425	3,6870	3,6820	3,6920	3,9809	3,9759	3,9859
	10.	11,170	11,160	11,180	6,417	6,407	6,427	3,6860	3,6810	3,6910	3,9809	3,9759	3,9859
	11.	11,178	11,168	11,188	6,423	6,413	6,433	3,6940	3,6890	3,6990	3,9855	3,9805	3,9905
	12.	11,178	11,168	11,188	6,420	6,410	6,430	3,6910	3,6860	3,6960	3,9841	3,9791	3,9891
	13.	11,176	11,166	11,186	6,416	6,406	6,426	3,6905	3,6855	3,6955	3,9812	3,9762	3,9862

## noch: IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse

## Kassa-Kurse in DM

Zeit	Oslo			Paris			Stockholm			Wien			Zürich		
	100 nkr			100 NF			100 skr			100 S			100 sfr		
	Parität: 56,00 DM			Parität: 81,0199 DM			Parität: 77,3214 DM			Parität: 15,3846 DM			Parität: 91,4742 DM		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1962															
Juni															
1.	56,020	55,960	56,080	81,550	81,450	81,650	77,660	77,580	77,740	15,488	15,468	15,508	92,600	92,500	92,700
4.	55,965	55,905	56,025	81,515	81,415	81,615	77,590	77,510	77,670	15,482	15,462	15,502	92,570	92,470	92,670
5.	55,955	55,895	56,015	81,500	81,400	81,600	77,590	77,510	77,670	15,482	15,462	15,502	92,555	92,455	92,655
6.	55,995	55,935	56,055	81,575	81,475	81,675	77,670	77,590	77,750	15,493	15,473	15,513	92,640	92,540	92,740
7.	56,010	55,950	56,070	81,560	81,460	81,660	77,640	77,560	77,720	15,490	15,470	15,510	92,625	92,525	92,725
8.	56,025	55,965	56,085	81,565	81,465	81,665	77,650	77,570	77,730	15,492	15,472	15,512	92,615	92,515	92,715
12.	55,990	55,930	56,050	81,560	81,460	81,660	77,635	77,555	77,715	15,490	15,470	15,510	92,615	92,515	92,715
13.	56,010	55,950	56,070	81,555	81,455	81,655	77,700	77,620	77,780	15,490	15,470	15,510	92,590	92,490	92,690
14.	55,995	55,935	56,055	81,540	81,440	81,640	77,680	77,600	77,760	15,486	15,466	15,506	92,590	92,490	92,690
15.	55,990	55,930	56,050	81,510	81,410	81,610	77,650	77,570	77,730	15,482	15,462	15,502	92,570	92,470	92,670
18.	55,950	55,890	56,010	81,470	81,370	81,570	77,625	77,545	77,705	15,474	15,454	15,494	92,500	92,400	92,600
19.	55,910	55,850	55,970	81,450	81,350	81,550	77,600	77,520	77,680	15,466	15,446	15,486	92,460	92,360	92,560
20.	55,980	55,920	56,040	81,470	81,370	81,570	77,625	77,545	77,705	15,475	15,455	15,495	92,510	92,410	92,610
22.	55,920	55,860	55,980	81,420	81,320	81,520	77,615	77,535	77,695	15,464	15,444	15,484	92,450	92,350	92,550
25.	55,880	55,820	55,940	81,385	81,285	81,485	77,550	77,470	77,630	15,459	15,439	15,479	92,430	92,330	92,530
26.	55,905	55,845	55,965	81,430	81,330	81,530	77,580	77,500	77,660	15,466	15,446	15,486	92,475	92,375	92,575
27.	55,930	55,870	55,990	81,425	81,325	81,525	77,625	77,545	77,705	15,473	15,453	15,493	92,485	92,385	92,585
28.	55,950	55,890	56,010	81,480	81,380	81,580	77,640	77,560	77,720	15,475	15,455	15,495	92,500	92,400	92,600
29.	55,915	55,855	55,975	81,455	81,355	81,555	77,620	77,540	77,700	15,471	15,451	15,491	92,500	92,400	92,600
Juli															
2.	55,915	55,855	55,975	81,450	81,350	81,550	77,595	77,515	77,675	15,471	15,451	15,491	92,480	92,380	92,580
3.	55,900	55,840	55,960	81,435	81,335	81,535	77,590	77,510	77,670	15,468	15,448	15,488	92,470	92,370	92,570
4.	55,880	55,820	55,940	81,410	81,310	81,510	77,560	77,480	77,640	15,462	15,442	15,482	92,445	92,345	92,545
5.	55,855	55,795	55,915	81,385	81,285	81,485	77,515	77,435	77,595	15,456	15,436	15,476	92,400	92,300	92,500
6.	55,780	55,720	55,840	81,260	81,160	81,360	77,410	77,330	77,490	15,432	15,412	15,452	92,280	92,180	92,380
9.	55,765	55,705	55,825	81,245	81,145	81,345	77,385	77,305	77,465	15,429	15,409	15,449	92,250	92,150	92,350
10.	55,765	55,705	55,825	81,255	81,155	81,355	77,390	77,310	77,470	15,434	15,414	15,454	92,265	92,165	92,365
11.	55,810	55,750	55,870	81,360	81,260	81,460	77,455	77,375	77,535	15,449	15,429	15,469	92,380	92,280	92,480
12.	55,800	55,740	55,860	81,305	81,205	81,405	77,420	77,340	77,500	15,443	15,423	15,463	92,330	92,230	92,430
13.	55,780	55,720	55,840	81,250	81,150	81,350	77,415	77,335	77,495	15,434	15,414	15,454	92,270	92,170	92,370

X. Zinssätze im Ausland

1. Diskontsätze

Länder	%	seit	Vorheriger Satz		Länder	%	seit	Vorheriger Satz	
			1959	1958				1959	1958
Aegypten *)	5	15. 5. 62	3	15. 11. 52	Kanada *)	6	24. 6. 62	5,17	22. 6. 62
Argentinien *)	7	14. 6. 62	6	20. 12. 57	Kolumbien	5	. 58	4	18. 7. 33
Belgien/Luxemburg 1)	4	22. 3. 62	4,25	18. 1. 62	Mexico	4,5	4. 6. 42	4	2. 1. 41
Birma	4	4. 62	3	2. 57	Neuseeland	7	29. 3. 61	6	19. 10. 59
Bolivien *)	6	30. 9. 50	5	4. 2. 48	Nicaragua	6	1. 4. 54	5	28. 8. 53
Brasilien *)	8	9. 4. 58	6	30. 12. 55	Niederlande	4	25. 4. 62	3,5	16. 11. 59
Bulgarien	3,5	27. 7. 48	4,5	14. 8. 46	Norwegen	3,5	14. 2. 55	2,5	9. 1. 46
Ceylon	4	13. 8. 60	2,5	11. 6. 54	Österreich	5	17. 3. 60	4,5	23. 4. 59
Costa Rica	5	1. 4. 54	4	1. 2. 50	Pakistan	4	14. 1. 59	3	1. 7. 48
Dänemark	6,5	23. 5. 61	5,5	26. 1. 60	Peru	9,5	5. 11. 59	6	13. 11. 47
Ecuador	5	19. 12. 51	6	11. 8. 51	Polen	6	1. 8. 47	3	8. 4. 43
El Salvador *)	6	24. 6. 61	5,5	25. 1. 60	Portugal *)	2,5	12. 1. 44	3	8. 4. 43
Finnland 4)	6	28. 4. 62	7	30. 3. 62	Rumänien	5	25. 3. 48	7	15. 8. 47
Frankreich	3,5	6. 10. 60	4	23. 4. 59	Schweden *)	4	8. 6. 62	4,5	6. 4. 62
Griechenland	6	1. 11. 60	7	1. 3. 60	Schweiz	2	26. 2. 39	2,5	15. 5. 57
Großbritannien u. Nordirland	4,5	26. 4. 62	5	22. 3. 62	Sowjetunion (UdSSR)	4	1. 7. 36	8	22. 3. 27
Guatemala *)	6	1. 1. 54	4	11. 12. 47	Spanien *)	5	8. 6. 61	5,75	11. 4. 60
Indien, Republik	4	16. 5. 57	3,5	15. 11. 51	Südafrika, Rep.	4	13. 6. 62	4,5	7. 12. 61
Indonesien	3	1. 4. 46	4	23. 3. 48	Thailand *)	7 5)	23. 2. 45	—	—
Iran	6	12. 60	4	11. 6. 62	Tschechoslowakei	2,5	28. 10. 45	3,5	1. 10. 40
Irland, Rep.	4 3/32	30. 6. 62	4 1/16	22. 2. 60	Türkei	7,5 6)	1. 7. 61	9	29. 11. 60
Island	9	29. 12. 60	11	6. 4. 50	Ungarn	5	1. 11. 47	7	1. 8. 46
Italien	3,5	7. 6. 58	4	22. 7. 61	Venezuela *)	4,5	12. 11. 59	2	8. 5. 47
Japan 2)	7,3	29. 9. 61	6,935	22. 7. 61	Vereinigte Staaten	3	12. 8. 60	3,5	10. 6. 60

1) Satz für akzeptierte Tratten, die bei einer Bank domiziliert sind und für Lagerscheine. — 2) Basis-Diskontsatz für Handelswechsel. — 3) Flexibler, jede Woche neu bestimmter Diskontsatz bis 23. 6. 62. — 4) Mindestdiskontsatz. — 5) Satz für Exportwechsel ab Oktober 1959 5 %. — 6) Für landwirtschaftliche und Exportfinanzierungswchsel 5 1/4 %. — 7) Satz für Nichtbanken. — 8) Handelswechsel mit Bankunterschrift. — 9) Rediskontsatz.

2. Geldmarktsätze

Tagesdurchschnitte 1)

1959 p. a.

Monat bzw. Woche	Amsterdam		Brüssel			London			New York			Ottawa	Paris		Zürich			
	Tägliche Geld	Schatzwechsel (3 Monate) Markt-diskont	Tagesgeld (1 Tag) 2)	Schatzwechsel (3 Monate) Markt-diskont	Bank-akzepten (bis zu 4 Monaten)	Tagesgeld 4)	Schatzwechsel (3 Monate) Emissions-satz 2)	Bank-akzepten (3 Monate)	Schatzwechsel (3 Monate) Markt-diskont 6)	Bank-akzepten (3 Monate)	Erst-klassige Handels-papiere (4 bis 6 Monate)	Schatzwechsel (3 Monate) Emissions-satz 2)	Tagesgeld 8) gesichert durch		Tägliche Geld 9)	Dreimonats-geld 10)	Privat-diskonten 11)	
													private Titel	öffentl. Titel				
1959 Jan.	1,58	2,04	1,02	1,88	2,84	2,74	3,12	3,28	2,82	2,75	3,30	3,34	4,39	3,63	1,00	1,13	2,50	
Febr.	1,26	1,74	1,02	1,85	2,81	2,73	3,09	3,22	2,70	2,75	3,26	3,70	4,23	3,67	0,95	1,13	2,50	
März	1,42	1,68	1,03	1,85	2,81	2,65	3,30	3,41	2,80	2,88	3,35	4,16	4,36	3,74	0,88	1,06	2,24	
April	1,50	1,61	1,00	1,85	2,81	2,69	3,25	3,40	2,95	2,98	3,42	4,57	4,13	3,56	0,88	1,13	2,00	
Mai	1,34	1,63	1,00	1,85	2,81	2,67	3,33	3,43	2,84	3,17	3,56	4,98	3,88	3,61	0,88	1,14	2,00	
Juni	1,46	1,82	1,00	1,85	2,81	2,74	3,44	3,54	3,21	3,31	3,83	5,15	3,67	3,43	1,05	1,30	2,00	
Juli	1,48	1,79	1,00	1,85	2,81	2,81	3,46	3,57	3,20	3,45	3,98	5,23	4,27	3,62	1,04	1,37	2,00	
Aug.	1,15	1,63	1,00	1,85	2,81	2,75	3,48	3,60	3,26	3,56	3,97	5,82	3,95	3,36	1,00	1,50	2,00	
Sept.	1,31	1,66	1,00	1,85	2,81	2,79	3,48	3,59	4,04	4,07	4,63	5,68	4,05	3,55	1,00	1,59	2,00	
Okt.	1,50	2,03	1,00	1,85	2,81	2,82	3,43	3,57	4,05	4,25	4,73	5,05	3,87	3,59	1,00	1,68	2,00	
Nov.	1,50	2,01	1,00	1,94	2,81	2,77	3,39	3,55	4,15	4,25	4,67	4,87	4,02	3,53	1,06	1,80	2,00	
Dez.	1,50	2,52	2,17	2,69	3,01	2,87	3,61	3,72	4,49	4,47	4,88	5,02	4,07	3,58	1,39	1,88	2,00	
1960 Jan.	1,50	2,53	2,19	3,47	3,69	3,09	4,07	4,14	4,35	4,78	4,91	4,81	3,91	3,54	1,25	1,77	2,00	
Febr.	1,54	2,48	2,08	3,50	3,69	3,78	4,55	4,69	3,96	4,44	4,66	4,69	4,11	3,58	1,17	1,75	2,00	
März	1,65	2,33	1,95	3,50	3,69	3,91	4,59	4,74	3,31	3,96	4,49	3,87	4,17	3,65	1,11	1,83	2,00	
April	1,75	2,25	1,75	3,50	3,69	3,67	4,64	4,80	3,23	3,88	4,16	3,40	4,22	3,65	1,00	1,75	2,00	
Mai	1,54	2,30	2,19	3,50	3,69	3,87	4,59	4,76	3,29	3,78	4,25	2,87	4,25	3,61	1,08	2,05	2,00	
Juni	1,75	2,49	2,58	3,50	3,69	3,94	4,88	5,03	2,46	3,28	3,81	2,87	4,15	3,66	1,16	2,00	2,00	
Juli	1,64	2,19	3,23	3,50	3,69	4,69	5,58	5,76	2,30	3,13	3,39	3,13	4,53	3,72	1,21	2,00	2,00	
Aug.	1,56	2,05	4,03	4,50	4,56	4,78	5,58	5,75	2,30	3,04	3,34	2,66	4,05	3,58	1,13	1,69	2,00	
Sept.	1,50	2,00	4,14	4,50	4,69	4,85	5,53	5,71	2,48	3,00	3,39	1,91	4,15	3,70	1,00	1,72	2,00	
Okt.	1,64	1,96	3,92	4,50	4,69	4,78	5,37	5,62	2,30	3,00	3,30	2,64	3,99	3,71	1,00	2,00	2,00	
Nov.	1,14	1,57	2,81	4,50	4,69	4,31	4,74	4,98	2,37	3,00	3,28	3,42	3,76	3,62	1,00	1,67	2,00	
Dez.	1,13	1,51	2,67	4,50	4,69	3,86	4,44	4,63	2,25	2,92	3,25	3,61	3,70	3,68	1,13	2,08	2,00	
1961 Jan.	1,00	1,32	2,68	4,50	4,69	3,77	4,25	4,45	2,24	2,86	2,98	3,20	3,65	3,64	1,00	1,83	2,00	
Febr.	0,75	1,14	2,47	4,50	4,51	3,76	4,31	4,48	2,42	2,78	3,03	3,05	3,59	3,56	1,00	1,75	2,00	
März	0,75	1,03	2,38	4,50	4,26	3,74	4,48	4,61	2,39	2,94	3,03	3,21	3,70	3,63	1,00	1,56	2,00	
April	0,75	0,77	2,33	4,50	4,12	3,66	4,46	4,63	2,28	2,84	2,91	3,30	3,70	3,53	1,00	1,50	2,00	
Mai	0,75	0,83	2,79	4,50	3,92	3,79	4,39	4,55	2,29	2,68	2,76	3,18	3,91	3,41	1,00	1,53	2,00	
Juni	0,75	0,88	2,85	4,50	4,13	3,67	4,50	4,64	2,33	2,75	2,91	2,69	3,76	3,35	1,00	1,86	2,00	
Juli	0,75	0,88	2,90	4,50	4,10	3,98	5,11	5,10	2,24	2,75	2,72	2,91	3,65	3,47	1,00	1,84	2,00	
Aug.	0,75	0,84	2,53	4,25	3,91	5,64	6,72	6,91	2,39	2,81	2,92	2,48	3,52	3,33	1,00	1,75	2,00	
Sept.	0,95	1,00	2,50	4,25	3,75	5,71	6,61	6,84	2,28	2,84	3,05	2,42	3,57	3,38	1,00	1,79	2,00	
Okt.	1,50	1,68	2,54	4,25	3,75	5,42	5,95	6,31	2,30	2,75	3,00	2,53	3,60	3,40	1,00	1,88	2,00	
Nov.	1,33	1,74	2,44	4,25	3,75	4,89	5,41	5,67	2,48	2,75	2,98	2,40	3,52	3,35	1,13	2,21	2,00	
Dez.	1,11	1,32	2,25	4,00	3,75	4,83	5,35	5,61	2,61	2,87	3,19	2,75	3,58	3,39	1,25	2,30	2,00	
1962 Jan.	1,35	1,31	1,51	3,60	3,68	4,78	5,35	5,64	2,77	3,00	3,26	3,08	3,51	3,40	1,25	2,13	2,00	
Febr.	0,80	1,02	1,48	3,40	3,20	4,72	5,41	5,65	2,73	3,00	3,22	3,08	3,56	3,39	1,25	2,00	2,00	
März	1,59	1,81	1,87	3,30	2,98	4,33	4,86	5,13	2,72	3,00	3,25	3,12	3,65	3,47	1,25	2,11	2,00	
April	1,75	2,13	1,74	3,00	2,75	4,33	4,26	4,50	2,73	3,00	3,20	3,08	3,93	3,64	1,25	2,29	2,00	
Mai	1,75	2,46	1,82	3,00	2,75	3,24	3,94	4,14	2,68	2,91	3,16	3,32	3,98	3,46	1,25	2,48	2,00	
Juni	1,69	2,32	2,32	3,00	2,77	3,30	3,81	3,98	2,73	2,90	3,25	4,56	3,59	3,38	1,25	2,50	2,00	
Woche endend																		
am 30. Juni	2,00	2,49	2,66	3,00	2,85	3,35	3,92	4,05	2,84	2,98	3,25	5,75	3,73	3,45	1,25	2,50	2,00	
7. Juli	2,00	2,36	3,28	3,00	3,00	3,29	3,90	4,09	2,92	3,00	3,28	5,75	3,88	3,45	1,25	2,50	2,00	
14. "	1,90	2,24	2,51	3,00	3,00	3,34	3,89	4,09	2,97	3,00	3,38	5,75	3,58	3,33	1,25	2,50	2,00	
21. "	1,75	2,19	2,52	3,00	3,00	3,28	3,93	4,09</										